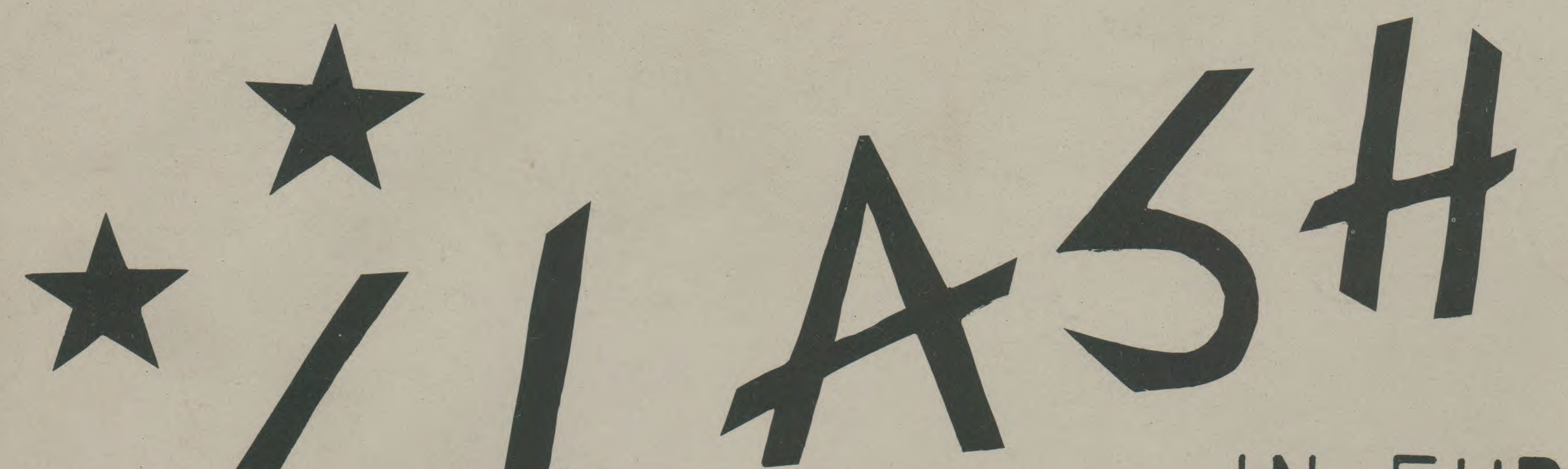
ZEITUNG FÜR DEN WIDERSTAND



IN EUROPA
NUMMER 0

E D I T O R I A L

seit längerer zeit gibt es eine diskussion um eine internationale bzw. (west-)europäische zeitung. das ergebnis dieser diskussion haltet ihr nun in der hand.
die idee entstand aus den diskussionen um den boykott der zeitung knipselkrant und hat sich innerhalb der internationalen infoladenstruktur entwickelt. international heisst im dem fall: es waren/sind frauen und männer aus sieben westeuropäischen staaten daran beteiligt.
in unseren diskussionen - damals dachten wir noch nicht im traum an diese zeitung - stellten wir als ein gemeinsames problem den charakter des dienstleistungsbetriebes der verschiedenen infoläden fest. wir sind die leute, die massen an post sortieren, archivieren, verschicken. die sich mit rechnungswesen, buchführung und kopiermaschinenverleihern rumschlagen. das alles nur weil die infovernetzung zwischen den verschiedenen stattfindenden kämpfen wichtig ist. zeitungen und flugblätter aus dem widerstand müssen unter die menschen - die läden sind oftmals die einzigen wirklich öffentlichen an-anlaufstellen in vielen städten.
an der ganzen sache ist allerdings ein haken: mit dem organisieren der techniks sind die meisten ladengruppen ausgelastet. die vermittlung der kämpfe in form riesiger papierberge ist arbeit - die politik wird woanders gemacht. z.b. ein antifa-plenum macht politik oder ein/e richtige/r häuserkämpfer/in macht politik: ist damit also subjekt: - der/die läden sind objekt der begierde! dort kriegt kämpfer/in immer alles was das herz begehrt - oder auch nicht - weil die ladengruppe gerade mit was anderem beschäftigt ist, vielleicht besetzen sie gerade ein haus oder sind auf der ICC-tagung oder, oder,oder,...
dieser zustand - erstmals so krass festgestellt in den gemeinsamen diskussionen - hat uns erschreckt. dienstleistungsbetrieb zu sein ist kein angenehmes gefühl, gerade auch weil wir eine politik vertreten und unterstützen, die prinzipiell gegen die funktionalisierung und gegen den konsumterror eintritt/kämpft.

und dann wäre da noch die politische dimension dieser tatsache: die medienmacht der herrschenden - ihr kaum angetastetes monopol - ist ein ein wesentlicher bestandteil ihrer macht. das war z.b. im Nazifaschismus so (die meisten wissen davon: volksempfänger und gleichschaltung der medien) und hat bis heute eine ungebrochene kontinuität: kriminalisierung der zeitungen des widerstandes, besonders weit fortgeschritten in der BRD, nachrichtensperre - wie gerade erst wieder in spanien (und in der BRD) zum hungerstreik -, verdrehung der tatsachen in ihren schweineblättern, gezielte hetzkampagnen um kriminalisierung und andere angriffe vorzubereiten, massive falschmeldungen: kurz und gut, das bezeichnen wir als gezielte massenmanipulation zur aufrechterhaltung ihrer macht.
derweil sitzen wir auf unseren papierbergen und sind emsig damit beschäftigt den laden am laufen zu halten oder wir pflegen unsere - zwar vorhandene, aber oftmals mit papierlawinen zugeschüttete - politische identität und tun ihr was gutes indem wir selbstverständlich auch politische kämpfe führen.
und das wird jetzt alles sofort ganz ganz anders: wir haben beschlossen (!!!) über die politische funktion der läden hinaus eine politische identität, ein profil, zu entwickeln. die info's die wir haben auch gezielt einzusetzen - auch auf dem hintergrund, die medienpolitik der herrschenden aktiv anzugreifen und die vernetzung

der kämpfe weiter voranzutreiben:

"george jackson sagt: "connection, connection, connection, was bedeutet: bewegung, internationale koordination, bewusstsein, gemeinsamer kampf". also die bestimmung der information/kommunikation als vehikel der zirkulation, der diffusion, der sozialisation, nicht nur der politischen diskussion und des revolutionären wissens, sndern auch der FÄHIGKEIT ZU KÄMPFEN und zu handeln. information ist macht, BE_ BEFREIUNG, KRIEG.
der raum der internationalistischen praxis deckt sich nicht mehr mit dem geografischen raum der nationalen realität, sondern mit dem immer dichter werdenden raum der INTERNATIONALEN SOZIALEN KOMMUNIKATION.
...d.h. durch information, die gleichzeitig zirkulation von politischen thesen, von befreiungsprojekten, von konkreten kampfinhalten, von bedürfnissen, von kampferfahrung ist; information, die die fähigkeit bedeutet, das verhalten und die taktischen schritte des klassenfeindes und des imperialismus vorwegzunehmen; information, die kenntnis des territoriums, akkumulation des proletarischen wissens, also PROLETARISCHE WISSENSCHAFT ist; information, die ein bruch mit der revisionistischen logik der "nationalen wege", überwindung von provinzialismus und nationalismus, begründung der revolutionären, internationalen kooperation in der epoche der informatik und der roboter ist."
(aus einem papier der roten brigaden, italien)

ein projekt darin ist diese zeitung.



Ongeveer vijftig gemaskerde krakers richtten in Groningen zaterdagmorgen vroeg in korte tijd voor e miljoen gulden schade aan.

eigentumsvorbehalt:

nach diesem eigentumsvorbehalt ist die zeitung so lange eigentum des absenders, bis sie der/dem gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "zur-habe-nahme" ist keine persönliche aushändigung im sinne des vorbehalts. wird die zeitung der/dem gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem absender mit dem grund der nichtaushändigung zurückzusenden.

inhalt:

wie soll die zeitung aussehen?
sie wird einen theorieteil enthalten, in dem wir versuchen, verschiedene hintergründe greifbar zu machen. in dieser nr. ist das der beitrag zu dem neuen ausländergesetz in der BRD.
die beiträge über norwegen und kurdistan berichten über die entwicklung und den stand der kämpfe in diesen ländern. solche länderschwerpunkte sollen eine basis für die diskussion der länder mit ihrer unterschiedlichen geschichte sein, um die verbindungen und gemeinsamkeiten in erfolgen und fehlern erkennbar zu machen.
in kurdistan haben die aktionen der guerilla, herausbildung von volkskomitees und massenaktionen wie streiks und demonstrationen zu einer vorrevolutinären situation geführt. ein prozess, der sich in den imperialistischen ländern noch nicht abzeichnet.
im aktuellen teil wird über die stattfindenden kämpfe und deren hintergründe berichtet.
den hungerstreik der gefangenen aus

GRAPO und PCE(r) und die häuserkämpfe in groningen und hamburg sehen wir in einem zusammenhang. beides sind kämpfe für unsere strukturen. dagegen richtet sich der angriff der schweine mit dem ziel uns voneinander zu isolieren. dementgegen stellen wir unsere eigenen vorstellungen von zusammen leben und zusammen kämpfen.
anfangs wird die zeitung die kämpfe, die in den ländern laufen, dokumentieren um entwicklungen aufzuzeigen und zu verdeutlichen. so wird der mangel an information über die kämpfe in anderen ländern aufgehoben: sich gegenseitig zu verstehen und voneinander zu wissen ist voraussetzung für gemeinsame diskussionen und kämpfe. dabei möchten wir auch gerne mit den gefangenen genossInnen aus den unterschiedlichen ländern in die diskussion kommen.
unser ziel ist es eine zeitung mit themenschwerpunkten zu machen, die inhaltlich aufeinander aufbauen: z.b. einen theorieteil zu umstrukturierung - was bedeutet das im rahmen der eg; im länderteil - wie wird es wo in den einzelnen ländern umgesetzt; im diskussionsteil - wie sehen die kämpfe dagegen aus und wie können wir dem gemeinsam etwas entgegensetzen; und natürlich der aktuelle teil - was passiert gerade die schwerpunktthemen sollen in der jeweils vorherigen nummer angekündigt werden, damit alle daran mitarbeiten können, auch unsere leserInnenschaft!!!
schwerpunktthemen wollen wir deshalb, weil es darum geht die (west) europäische dimension, den zusammenhang des projektes europa und die kämpfe dagegen umfassend darzustellen, bzw. darstellen zu können.
mit den darin enthaltenen beiträgen aus den verschiedenen ländern können wir das bestens verdeutlichen.
um das zu verwirklichen sind wir auf die mitarbeit aus den verschiedenen europäischen ländern angewiesen. wir fordern euch in spanien, portugal, italien, frankreich, belgien, und und und aufkonkret mitzuarbeiten. also berichte zu den verschiedenen themen zu verfassen und uns zuzuschicken !!!!!

die zeitung wird von anfang an zweisprachig erscheinen, englisch und deutsch. zu mehr sind wir nicht in der lage, später eventuell auch in spanisch und französisch. d.h., dass alle die das können ihre artikel in englisch bzw. deutsch übersetzen. auch wir sind auf die mitarbeit anderer beim übersetzen angewiesen. es ist unser grösstes organisatorisches problem und so können veröffentlichungen in der zeitung auch davon abhängig sein. das fällt vor allem bei den artikeln, die wir ins englische übersetzen auf: wir hoffen zutiefst, dass wir verstanden werden, bzw. die texte. unser schulenglisch hat uns schon vor jahren verlassen, abgesehen davon, dass oxford und deutsche politsprache wenig miteinander gemein haben. mal im ernst: versucht mal eure texte zu übersetzen mit dem anspruch inhaltlich nichts zu verändern. dabei seid ihr von allen wörterbüchern verlassen auch wortspielereien, die sonst ganz auflockernd wirken oder witzige passagen sowie slangausdrücke sind mittlerweile bei uns verhasst! "nieder mit den bandwurmsätzen" liegt uns zwar auf den lippen, bzw. im stift, aber gleich beschleicht uns die dumpfe angst im hinterkopf: "ob bandwurmsatz wohl im dictionary steht und wenn nicht: was dann? alles umschreiben?" und so lassen wir es denn lieber.

und so an die leserInnen unserer englischen ausgabe: wir freuen uns auch über aufgespürte falschübersetzungen und aktuelle, brauchbare vokabellisten..... keine hemmungen: der rotstift ist gefragt (ob redpen wohl die gleiche bedeutung in englisch hat wie rotstift in deutsch? die zweifel nagen an uns....)
und da ihr diesbezüglich also von uns keine wunder erwarten dürft - eher wird aus einem flugblatt zur letzten hausbesetzung in unserer do-it-yourself übersetzung ein schlechtes kochrezept - kümmert euch doch bitte selbst drum!
arbeit gibt es viel, auch für die, die noch nicht konkret an dem projekt arbeiten. da wäre die verteilung der zeitung, die aktuellen seiten, artikel, diskussionspapiere......ihr könnt z.b. eine aktuelle seite über eure region machen, am besten schon auf DIN A 3 im lay-out und wie gesagt: jeweils einmal in englisch und einmal in deutsch. je mehr arbeit ihr uns abnehmt umso öfter wird die zeitung auch erscheinen. von uns aus wird sie anfangs alle 3 monate erscheinen - öfter wäre uns auch lieber.
ab der nächsten ausgabe planen wir eine ISBN-nummer, so dass ihr sie mit hilfe dieser nummer über den ganz normalen buchhandel beziehen könnt.
so, das wäre es für das erste. wir melden uns wieder und wünschen uns bis dahin viel post mit kritik, ideen, artikeln, etc...

mit freundlichen grüssen,
genossinnen und genossen aus verschiedenen ländern europas

SLAGERZICHT
OVERTOOM 274
1054 BJ AMSTERDAM
NL
MIT 2. BRIEFUMSCHLAG
AN: CLASH

zur räumung des WNC in groningen fällt uns gleich eine ganze liste von räumungen besetzter häuser in den letzten monaten ein. oder auch die vorbereitungsaktionen- und versuche dafür, wie gegen die hafenstrasse in hamburg.
auf europaweiter ebene gehen die schweine jetzt mit nachdruck daran, den T.R.E.V.I. beschluss zur räumung besetzter häuser auszuführen.
seit oktober 1989 wurden in amsterdam mindestens 12 häuser geräumt (der bürgermeister von amsterdam sagte, dass er die stadt bis 1992 "kraakfrei" haben will! häuserräumungen als vorraussetzung für den binnenmarkt),
anfang februar wurden in kopenhagen 3 häuser auf einmal geräumt,
im april die LAMA-häuser in hamburg und ein seit 9 jahren besetztes haus in duisburg,
anfang mai 2 häuser in paris und eins in lyon,
und jetzt das WNC in groningen.

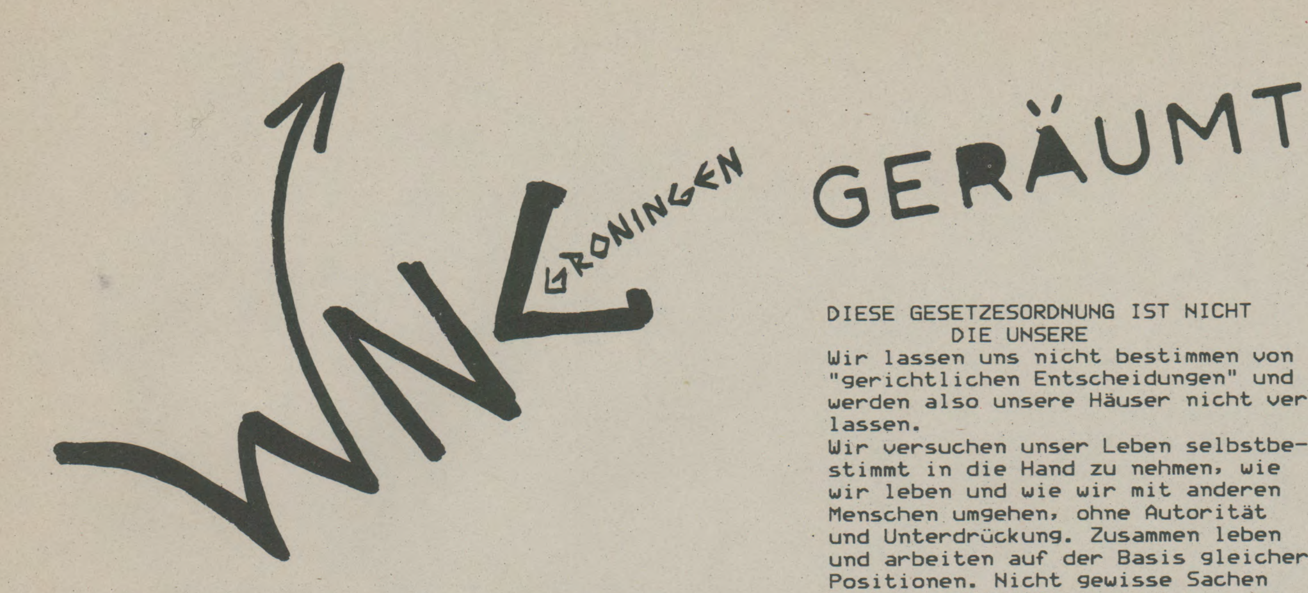
es ist ein frontalangriff auf unsere lebensbedingungen und strukturen.
gleichzeitig der angriff auf die gefangenenkollektive in spanien, die "harte haltung" gegen den hungerstreik der gefangenen, der mord an manuel sevillano martin.
sie greifen uns da an wo wir zusammen sind.
die häuser und zentren sind eine bessere bedingung um die vereinzelung zu durchbrechen. ausserdem sind es orte wo wir und unser ziel - eine andere, meschliche gesellschaft - für andere zu sehen und zu greifen sind. wo für uns alltag und widerstand nicht mehr getrennt ist, sondern zusammenfliesst.
ganz davon abgesehen, dass besetzte häuser und zentren eine unmittelbar praktische antwort auf stadtzerstörung und wohnungsnot sind.

kurz, es sind bedingungen für uns um zusammen kämpfen zu können und mehr zu werden.
sicher können und werden wir auch ohne häuser kämpfen, aber die ausgangsbedingungen sind schlechter.
bleibt die frage "was tun?"
klar ist, dass wir gegen die vereinten kräfte der (west-)europäischen regierungen unsererseits auch nur zusammen eine chance haben.
aber viel mehr ist noch nicht klar, wir haben noch keine antworten.
wir müssen von uns aus nach vorne gehen, immer nur auf die nächsten räumungen zu warten hilft uns nichts, lähmt uns eher.
vielleicht bringt uns das "häuserfront-treffen" während der phantomenalen tage in hamburg, ende juni, etwas weiter. geplant ist es als europäisches treffen und es sollen dort auch vorschläge für gemeinsames handeln diskutiert werden und gemeinsame grundlagen erarbeitet werden.

die redaktion

(T.R.E.V.I ist ein geheim-gremium der innen- und justizminister der 12 EG-Länder, der schweiz, österreichs, schwedens, der usa und kanada. ausserdem sitzen die leiter der anti-terror-einheiten, geheimdienstexperten und hohe bullen in diesem gremium. sie haben arbeitsgruppen, die sich öfter treffen und vorschläge ausarbeiten. alle 6 monate treffen sich die justiz- und innenminister um diese vorschläge abzusegnen. 1986 oder 87 gab es einen T.R.E.V.I.-beschluss in europa keine hausbesetzungen mehr zuzulassen und bereits besetzte häuser zu räumen.)


Groningen, 27 mei 1990





BARRIKADEN IN GRONINGEN

Ende Mai wurde in Groningen das WNC geräumt und 139 BesetzerInnen verhaftet.
Das WNC (Walter-Noordmann-Complex) war ein besetztes Zentrum. Mit der Räumung sollten wichtige Einrichtungen zerstört werden wie: Volxküche "Salmonella", Cafe "Gebrek", Frauencafe "De derde Dame", Musikübungsraum, Konzertsaal, Kneipe "De Perfectie", Wohnraum, Spielecken, Sportsaal, Akrobatikraum, Cassettenladen "de Teller", Fahrradwerkstatt Ateliers, Treffpunkt für Kraakers (HausbesetzerInnen).
Die BesetzerInnen bauten rund um das WNC Barrikaden:
"Weshalb wir an diesem Tag Barrikaden errichten und Stadtzerstörungsprojekte angreifen !!!!
Was ist eigentlich falsch daran, wenn jemand Hunger hat und sich das Brot nimmt von Jemandem, der frißt bis zum Herzschlag? Oder wenn Obdachlose ein Haus benutzen von Jemandem, der 10 Häuser besitzt, die dem Zerfall überlassen werden oder abgerissen.
Wie kann über Gerechtigkeit geredet werden, wenn Menschen vor Hunger sterben in einer Welt, in der es eigentlich nicht an Essen mangelt? Wir leben in Holland in einem sogenannten Rechtsstaat, was in der Praxis bedeutet, daß:
* Flüchtlinge und Asylanten in Knästen (auf-)gefangen werden;
* die Polizei folgenlos Menschen anpöbelt, misshandelt und ermordet;
* der Minister-Präsident und andere Bonzen fast unbehindert fraudieren (absahnen?) und steuerhinterziehen;
* Menschen 24 Stunden in Gewahrsam gehalten werden, wenn sie Hakenkreuze übermalen, damit sie unlesbar sind;
* Spekulanten (wie der Besitzer vom WNC: das P.G.G.M.) Häuser unbestraft abreissen können und HausbesetzerInnen von bezahlten Schlägertrupps zusammenschlagen lassen;
* Betriebe ohne ärger die Umwelt zerstören.
Der Rechtsstaat in diesem Land hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun, sondern hat nur zum Ziel, die heutigen Besitz- und Machtverhältnisse zu beschützen. Staatsanwaltschaft, Polizei und Richter bilden nix anderes als einen Unterdrückungsapparat im Dienst der herrschenden Klasse.

DIESE GESETZESORDNUNG IST NICHT DIE UNSERE
Wir lassen uns nicht bestimmen von "gerichtlichen Entscheidungen" und werden also unsere Häuser nicht verlassen.
Wir versuchen unser Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen, wie wir leben und wie wir mit anderen Menschen umgehen, ohne Autorität und Unterdrückung. Zusammen leben und arbeiten auf der Basis gleicher Positionen. Nicht gewisse Sachen machen, weil alle es so tun, oder weil es dir aufgelegt wird. Jeden Moment haben wir die Verantwortung Position zu beziehen und nicht nachzugeben, wenn die Folgen einer solchen Wahl auf uns zukommen. Konkret heißt das für uns, daß wir Widerstand leisten gegen:
* Unterdrückung: Schwarze von Weißen, Frauen von Männern, ArbeiterInnen von Chefs, Tiere von Menschen, usw.
* Zerstörung der Umwelt: Verschmutzung, Erschöpfung, Militarismus, usw
* Verschwendung von Rohstoffen, Energie, Leben, Umwelt, und andere übelstände, die damit zusammenhängen.
Dieser Widerstand hat direkte Konsequenzen für die Organisierung unseres Lebens. Es bekommt einen Sinn durch die Art und Weise wie wir wohnen: als Gruppe in mit zweiter, dritter oder vierterhand Materialien aufgebauten Räumen, und eingerichtet mit viel Kreativität und Freiheit. Oder durch die gemeinschaftlichen Räume, die wir geschaffen haben, in denen es allerhand Initiativen gibt, die unabhängig und nicht-kommerziell sind, damit auch Menschen mit wenig Geld irgendwo zurecht können. Für diese Ideen, von denen wir denken, daß sie eben gerecht sind, sind wir bereit zu kämpfen. Dafür gehen wir heute auf die Straße.
Wir haben Barrikaden errichtet vor dem WNC und werden diese verteidigen bis wir eine Garantie erhalten haben, daß wir hier auch weiterhin arbeiten und wohnen können. Zusätzlich werden auch Projekte der Stadtzerstörung angegriffen.
Wir sind vorbereitet auf eine weitere Hetzkampagne in der Presse, die auf unseren Widerstand zielt. Die Zeitungen werden wieder überfüllt sein mit verdrehten Fakten, Lügen und unvollständigen und einseitigen Geschichten. Seid kritisch und glaubt ihre Geschichten niemals ohne Weiteres.

Ein Augenzeugenbericht

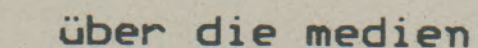
Samstag, 26.Mai 1990
4.40 Uhr
Es geht los, BesetzerInnen mit Barrikadenmaterial stürmen nach draussen; Ketten werden gebildet um das schwere Material von drinnen nach draußen zu schleppen. Innerhalb weniger Minuten wurden die Häuser vor Angriffen geschützt.



4.45
Ein ME-Bus (Mobiles Einsatzkommando fährt in die Oude Boterinenstraat, direkt zum Haus und bleibt hundert Meter vom Haus entfernt stehen, um die BesetzerInnen beobachten zu können. Sie wagen es zum ersten Mal sich sehen zu lassen und werden sofort von den BesetzerInnen, die hinter den Barrikaden hervorstürmen mit Steinen, Dachziegeln etc. angegriffen. Sie bekommen es mit der Angst zu tun und fliehen.
Das Yuppie-Cafe "Forum" und das Bonzenanwaltsbüro "Seidel und Plas" bekommen die ersten Schläge des länger andauernden Angriffs als erste zu spüren - mit ihrem Inventar konnten die Barrikaden verstärkt werden.
Noch einmal kamen die Bullen vorbei und wurden mit einem Regen von Steinen wieder in die Flucht geschlagen Während die Einrichtung (und Getränke) aus dem cafe "forum" geholt wurden um die Barrikaden(und Leute) zu stärken, rücken 3 ME-Busse auf den Universitätsplatz hinter den Häusern vor. Mit Overalls bekleidete und vermummte BesetzerInnen greifen die Bullen an, die sich in ihren Autos verschanzen; Steine fliegen gegen die Wagen und ihnen wird das Ausmaß unserer Wut deutlich gemacht.
Die Bullen flüchteten um die nächste Ecke und verließen dort ihre Wagen. Später postierten sie sich am anderen Ende der Straße, gegenüber den Barrikaden. Es war ein ganzes Stück rennen, trotzdem wurden sie nochmals angegriffen. Jetzt wurde mit Tränengas zurückgeschossen, sie mußten jedoch einsehen, daß das wertosist, wenn Menschen sich organisiert haben. Stellt euch vor was es für ein Schreck gewesen sein muß als die BesetzerInnen Gasmasken aufsetzten und noch einmal angriffen. Die Bullen mußten sich jetzt zurückziehen.
Während gehorsame Bullen Steine fingen, trafen sich Bürgermeister Staatsen und der Oberbulle um den Notzustand zu erklären; für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung (und um sich ihre Macht sicherzustellen) konnte ab diesem Zeitpunkt jede/r BesetzerIn oder alle, die so aussehen, festgenommen werden.
An der Vorderseite des Hauses rückte eine Planierraupe vor und der Himmel färbte sich schwarz vor lauter Steinen. Die Raupe blieb stehen fuhr dann in die Barrikaden und fing sich dort einen kaputten Reifen, öl und Farbe. Sie verschwand wieder; dann kamen 2 Wasserwerfer angerückt, die die selbe Behandlung erhielten. Die ME wurde zurückgeschlagen, der Wasserwerfer war voll mit Farben und Beulen und mußte sich auch zurückziehen. Die Barrikaden wurden dann angezündet, Flammen und Rauch stiegen bis weit über die Dächer der Häuser hinaus. Ein Journalist der Hetz-Zeitung "Nieuws van het noorden" bekam einen Stein ins Gesicht.
Wieder rückten die Bullen vor, es gelang ihnen aber wieder nicht, die Straße zu erobern.
Die Wut und Aggression über den Abriß des WNC sorgten für Angst und Verwirrung bei den Bullen.
Eine Gruppe wollt ganz gerne noch mehr Tränengas einsetzen, hatte jedoch ihre Gewehre vergessen; andere wiederum hatten keine Gasmasken; wieder mußten sie laufen.
Während die Bullen landesweit Verstärkung anforderten, wurde der Bürgermeister von seinen Auftraggebern unter Druck gesetzt; unfähig, etwas zu unternehmen machte er bekannt, daß die Bullen bis zum Dienstag mit einer Räumung warten würden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Bullen den gesamten Gasvorrat verbraucht, den sie zusammen mit Spezialeinheiten und Sprengstoffexperten aus Amsterdam geliefert bekommen hatten.
Nach sechsmonatiger Vorbereitungszeit hatte sich ihr Plan als unbrauchbar erwiesen.
Die Stadt war fünf Tage lang wegen des zu erwartenden WNC Widerstands voll mit Bullen gewesen. Trotzdem waren sie zu wenig.
Schließlich wurden 400 ME-Bullen gegen 135 HausbesetzerInnen eingesetzt, erst dann zogen sich die BesetzerInnen ins Haus zurück.
Die ME blieben jeoch aktiv. Anpöbeln und verfolgen von Menschen gehörte schon beinahe zur Tagesordnung; so sah ihr Rachefeldzug aus. Vier Menschen, die gewaltlos ein Haus besetzt hatten, wurden verhaftet, weil sie sich "an der Auseinandersetzung beteiligt hätten."

Aber auch viele andere, sowohl HausbesetzerInnen als auch die Stadtjugend, wurden von der Straße gepflückt; alles wegen des gerade eingeführten "Notzustands".
"de bakkerij" hatte, wie alle anderen besetzten Häuser in der Stadt, enorme Probleme wegen dieser Situation. (Bullenterror)
Die Presse tat alles um Lügen verbreiten zu können.
Die Kosten für die Räumung überstiegen eine Million Gulden.
Mittags fingen Jugendliche, die die ganze Zeit vom Jahrmarkt aus dem kostenlosen Geschehen gefolgt waren, an Scheiben einzuwerfen und Läden zu plündern und Bullen mit Flaschen zu bewerfen. Diese Gefechte dauerten bis in die Nacht.
Der Kontakt zu den Leuten im WNC verlief über 27 mc Funkgeräte. Ab und zu wurden die zwar von den Bullen gestört, die meiste Zeit jedoch sorgten sie für gute Stimmung und wichtige Informationen.
Zwei Leute, die versuchten, das WNC zu erreichen, wurden verhaftet; vier oder fünf anderen gelang es jedoch, durch die ME-Linien durchzubrechen.
Sonntag, 7.00 Uhr
Beim ersten Tageslicht unternehmen die Bullen ihren ersten Versuch, in das Haus reinzukommen (im Dunkeln hatten sie keine Lust, was niemand verwunderte).
Vier Stunden und ein untauglicher Kran. Später hatten sie noch ne Menge zu tun bevor sie wußten wo das Versteck der HausbesetzerInnen war. Dann kamen die BesetzerInnen nach draußen. Alle wurden verhaftet. Es war ein gewaltiger Tag für die Hausbesetzerbewegung hier.
Ich hoffe, daß viele ein Photo von dem ME-Bus gemacht haben, voll mit schwitzden ME-Bullen, der die ganze Zeit mit einem großen Ⓐ, das auf die Tür gesprüht war, durch Groningen fuhr.

Grüsse vom unbekannten Chaoten

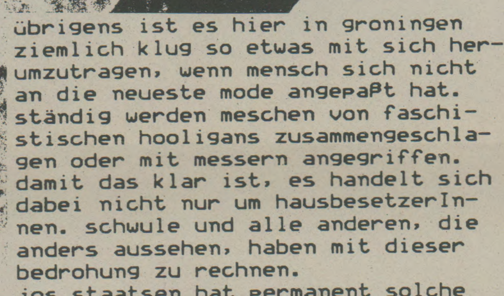


über die medien

die berichte in der "volkskrant" werfen ein schlechtes licht auf uns sie haben über unsere plünderungen des cafes "capitol" und nichts von unseren eindrücken über die explosiven auseinandersetzungen berichtet.
das alles deutet darauf hin, ein klima zu schaffen, welches "harte strafen" "was sie verdient" haben rechtfertigen soll. zusammen mit staatsmacht und fernsehen haben sie die tür geöffnet, um den weg für harte strafen zu ebnen und sich darin übereinstimmend vom "linken" bis zum rechten lager geäussert.

jos staatsen ist der bürgermeister von groningen

dieser staatsen sollte nicht unterschätzt werden. nach einer karriere beim innenministerium, wo er sogar allgemeiner direktor wurde beim staatssicherheitsdienst, wird klar, dass er ein eiskalter karrierejäger ist, der immer genau weiss, was er sagt und tut. wenn er vor wut schnaubt, dann nur damit ein gesundes volksempfinden wachgerufen wird.
Das hat er während seiner ganzen Bürgermeisterschaft in Groningen hinsichtlich des WNC's bewiesen. Darüber gibt es auch schon frühere Presse-Erklärungen vom WNC. es war auch seine initiative, die notstandsgesetze art. 219 und 220 einzusetzen. das bedeutete:
a. die umgebung des WNC war verbotenes Gebiet
b. alle auf der straße, die wie BesetzerInnen aussehen, können verhaftet werden oder wenn jemand etwas dabei hat was als waffe angesehen werden könnte.



übrigens ist es hier in groningen ziemlich klug so etwas mit sich herumzutragen, wenn mensch sich nicht an die neueste mode angepaßt hat. ständig werden meschen von faschistischen hooligans zusammengeschlagen oder mit messern angegriffen. damit das klar ist, es handelt sich dabei nicht nur um hausbesetzerInnen. schwule und alle anderen, die anders aussehen, haben mit dieser bedrohung zu rechnen.
jos staatsen hat permanent solche faschistischen äusserungen verursacht und sogar praktisch dazu aufgerufen.
nach der räumung wurden noch 15 andere menschen verhaftet aufgrund dieser 2 paragraphen. sie sind jetzt alle wieder draußen, egal ob sie ne kaution bezahlt haben oder nicht.

die angegriffenen objekte
zu anfang wollen wir erstmal klarmachen, dass es sich um spekulationen und vermutungen handelt, wenn wir uns über die motivation, diese objekte anzugreifen, aussprechen. wir wollen auch kein urteil fällen ohne mit allen beteiligten in aller offenheit darüber geredet zu haben. trotzdem wollen wir klarstellen, dass das mass der zerstörung von z.b. einer kneipe in keinem verhältnis zur "normalen" stadtzerstörung" steht und all die anderen verbrechen der bonzen wie steuerhinterziehungen, frauenhandel, umweltzerstörung, spekulation, illegaler kasinobau und z.b. das bewusste durchsetzen eines 10 millionen gulden projekts, wie das neue museum, gegen den willen von 80 % der bevölkerung. die stimme des volkes ist erst dann interessant, wenn es besetzerInnen gibt, die öffentlich kriminalisiert werden sollen.
mitspracherechte über stadtzerstörungsprojekte erscheinen schon seit in
das neue "groninger modell" wird am deutlichsten, wo sitzungen der senatskommission für soziales seit ungefähr einem jahr hinter geschlossenen türen stattfinden.
mitsprache ist erlaubt, aber erst hinterher, wenn die pläne bereits durchgeführt werden. diese art von verbrechen, über die die meinung der bevölkerung niemals gehört wird, werden übrigens genau von solchen anwälten unterstützt und begangen, deren büro während der räumung angegriffen wurde.
ein moderner trick um das geld des volkes zu stehlen, ist die PPS (öffentlich-private zusammenarbeit zwischen stadt und wirtschaft, betrifft stadtzerstörung. das ist



das persönliche steckenpferd des bausenators ypke gietema [sozialdemokrat]).

die gefangenen
von 138 gefangenen ist bekannt wo sie gefangengehalten werden. einer wurde auf jeden fall misshandelt, irgendwo sind 18 menschen zusammen in eine iso-zelle gesteckt worden. hier und da wird vegetarischens essen verweigert. in leeuwaarde und hoogeveen sind menschen in isolation. außerdem hat es in nieuwersluis (militärknast) schon mindestens einen verhörversuch zum sogenannten "groninger mordfall" gegeben (vor zwei wochen verübte ein besetzer selbstmord, die bullen behaupteten jedoch, dass er von WNC-bewohnerInnen ermordet worden sei).
inzwischen wurde ein 80-köpfiges spezialteam gebildet, das die verhöre macht, darüberhinaus noch ein team, das alle ladendiebstähle und graffityschäden der letzten jahre rund um das WNC zurückhaben will und zwar von den besetzerInnen ("auch wenn es 40 jahre dauert").
in hoogeveen (neuer euro-knast) waren alle verpflichtet zu duschen, knastkleidung zu tragen und mussten einen tb-test machen lassen. mehrere menschen flippten darüber aus (bei verletzten wurde oft ärztliche hilfe untersagt).
im allgemeinen denken wir jedoch, dass sich die meisten prima halten, zumindest erzählen uns das die anwälte. viele sind gut drauf, hier und da werden sogar lieder gesungen. die knäste und bullenwachen, in denen sich momentan gefangene befinden sind:
groningen, leeuwarden, arnhem, den haag, zutphen, drachten, almelo, stadskanaal, veenhuizen, assen, haren, zwolle, ter appel, winshoten, hoogeveen, hogezand, veendam und delfzijl.
nach unserer einschätzung haben jetzt alle einen verteidiger (pflicht oder eigene wahl), wir haben jedoch noch nicht mit allen kontakt.

unterstützergruppen
inzwischen gibt es eine unterstützungsgruppe. wir beschäftigen uns mit den gefangenen u.a. wir wollen auch einen regelmässig erscheinenden rundbrief machen. das kostet geld!
alle, die etwas beitragen können:
girokontonr. 2819508
steunfonds basta
groningen NL



aufruf zu verstärkter solidarität!

wir haben mitgekriegt, dass manche fragen oder zweifel über die ereignisse am samstag haben. wir wollen den diskussionen darüber nicht aus dem weg gehen, im moment gehen jedoch die gefangenen vor. wir wollen sie da so schnell wie möglich wieder rauskriegen und ihnen gegen die, die auf sie losgelassenen repressionen helfen. wir würden gerne benachdass es für uns eine basis für solidarität gibt. dass es die auch in anderen städten gibt merken wir an den vielen besuchen von ausserhalb. auch die initiativen in den jeweiliegen städten, die sich z.b. um die gefangenen in der jeweiligen umgebung kümmern, sind spitze. davon sollte es jedoch noch mehr geben. also hiermit ein aufruf um die anstrengungen zu verstärken. vor allem weil die medien und die politiker ganz und gar fixiert sind auf die krawalle und die schweren strafen, die jetzt gegeben werden sollen. was die besetzerInnen zu sagen haben wird totgeschwiegen. das ist eine form gesellschaftlicher isolierung, die durchbrochen werden muss. der kampf für selbstbestimmtes leben, gegen die kapitalistischen, patriarchalen gesellschaftlichen verhältnisse geht weiter.

alle gefangenen raus !!!
solidarität ist eine waffe !!!

steungroep WNC
tel.: o5o - 133247
fax. nr.: o5o - 140174

****
PROZESSERKLÄRUNG
****

einer der pfeiler der ökonomischen ordnung ist das sogenannte eigentumsrecht.
die welt, die eigentlich all ihren bewohnern gehört, ist unter ein paar "menschen" aufgeteilt, die damit machen was sie für richtig halten, und meistens ist das nicht so viel gutes. diese verteilung der erde ist dafür verantwortlich, dass 3 viertel der menschen hunger leiden während es genug lebensmittel gibt; dass menschen obdachlos sind, während es genug leerstehende häuser gibt; und sie ist auch eine der wichtigsten ursachen für die ausbeutung und vernichtung der umwelt.

auch in groningen werden wir hiermit konfrontiert. einige "besitzende" bestimmen was mit der umwelt (z.b. agrunol, suikerunie) und der struktur der stadt passiert (gasuni, ptt, pggm).
das WNC ist ein beispiel dafür wie das funktioniert. die pggm wird durch erpressung und anderen druck eigentümerin der häuser und fängt danach nach herzenslust an,sie unvon innen abzureissen (unbewohnbar machen nennt sich das). ihr intresse liegt nicht in den häusern, sondern im grundstück und den büros usw., die da gebaut werden sollen. kurzum, dem geld, das sie da verdienen können.
als der kraak 1985 das verhinderte, hat sich die pggm nicht geschämt, schläger zu schicken um die neuen bewohnerInnen wieder rauszuschmeissen. eine organisation, die denkt, so mit häusern und menschen umgehen zu können, verliert dadurch alle rechte.
für uns ist das recht, leben und wohnen zu können, wichtiger als das "eigentumsrecht". die pggm hat keinerlei ansprüche mehr an den wolters nordhoff complex. es ist darum auch die falsche politische entscheidung die pggm für ihr verhalten zu belohnen mit einer garantierten gewinnspanne von 5 %.
sollten dinge mit dem WNC passieren bestimmen das die heutigen bewohnerInnen und nicht die pggm.
GRUEN GEÄRGERT, ROT GEWÄHLT, WIEDER BETROGEN
wie lebenswert ist eine stadt, in der der soziale wohnungsbau abgerissen wird um luxuriöse eigentumswohnungen und bürogebäude zu bauen?

in der sozialkulturelle einrichtungen abgeschafft oder unbezahlbar werden? wo das aussehen der neuen bibliothek (neubau) wichtiger ist als die arbeitsumstände der dort arbeitenden und inhaltliche verbesserungen? in der ein spekulant, die pggm, noch extra verdient an dieser sozialen einrichtung?
"wir reden nicht mehr von bezahlbaren mieten, sondern von exotischen museen und ausländischen architekten", stellte der ex-bausenator und pvda-mitglied duivenstein auf einem kongress über stadterneuerung in groningen fest.

menschen mit wenig geld werden in die aussenbezirke der städte verbannt. unser bild einer lebenswerten stadt ist ein total anderes. wir denken, dass in einer stadt der raum da sein muss, dass sich jede/r da entfalten und wohnen kann. die interessen der bevölkerung müssen wichtiger sein als das investitionsklima. wir versuchen unser leben selbst zu bestimmen, indem wir eigene wohn- und arbeitsräume kreieren, alles bezahlbar halten wollen. gerade diese elementaren ausgangspunkte zur selbstentfaltung werden menschen weggenommen. im tausch kriegen wir ein paar "günste" zurück, wie zb. einen arbeitsplatz und materiellen wohlstand.
durch in erster linie von geldakkumulation ausgehen und nicht von den bedürfnissen und direkten menschlichen intressen, entsteht eine kluft zwischen der besitzenden klasse und der bevölkerung. hierbei darf die arbeitende klasse, zumindest solange es der wirtschaft gut geht, auch ein bisschen profitieren an diesem reichtum. hierdurch scheinen sie auch interesse an der herrschenden wirtschaftlichen ordnung zu haben. ausserdem gibt es dann die "unterklasse" von arbeitslosen, ausländern, usw., die immer ärmer wird, und die als sündenbock fungiert, zur lösung der probleme, die durch die herrschende klasse geschaffen wurden. so werden künstliche gegensätze aufgebaut, die die eigentlichen gegensätze ignorieren.
auch angesichts der stadtvernichtung funktioniert das so: besetzerInnen werden dargestellt als seien sie asozial und gewalttätig, und die gemeinde sorge zusammen mit baulöwen für eine lebenswerte stadt.
während die gemeinde und ihre kapitalistischen partner in wahrheit die stadt vernichten mit abriss von häusern und ihrem hässlichen und unbezahlbaren neubau.
wohnen in der innenstadt ist bald nur noch für diejenigen mit einem fetten portemonnaie möglich. auf die meinung der bevölkerung wird nicht mehr gehört, das wird auch wieder daran deutlich wie die pdva trotz einer wahlniederlage die museumsinsel noch schnell im alten stadtrat durchgesetzt hat.

WENN DAS WNC GERÄUMT WERDEN SOLLTE, WÜRDEN DADURCH EINE GROSSE ANZAHL EINRICHTUNGEN ZERSTÖRT, WIE ZUM BEISPIEL:
volksküche salmonella
tageskneipe der mangel
frauencafe die dritte dame
infoverteilpunkt 689
kassetten/plattenladen der zähler
fahrradwerkstatt
ateliers
kraaksprechstunde
ramschladen
akrobaten-übungsraum
musik-übungsraum
konzertsaal
nachtcafe die perfektion
wohnräume

SOLIDARITÄTSAKTION ZU GRONIGEN
HAUSBESETZUNG IN AMSTERDAM

heute, am 9.6., haben wir den komplex "byzantium" besetzt. diese gebäude befindet sich nun in demselben zustand wie der WNC-komplex in groningen, als er durch die PGGM soweit zerstört wurde, daß es nicht mehr besetzbar war (85). das war allerdings kein grund für eine große gruppe enthusiastischer menschen es trotzdem wieder aufzubauen und dafür zu sorgen, daß dort arbeits- und wohnräume entstanden.
wir wollen hier und jetzt dasselbe tun mit dem "byzantium", da dieser gebäudekomplex wohnraum für viele menschen bietet. auf jeden fall sind hier 139 zimmer frei für die gefangenen der WNC-räumung.
wir sind wütend das diese menschen nun festsitzen, wütend, weil der schaden, den sie angeblich angerichtet haben in keinem verhältnis zu dem schaden steht, den die gemeinde groningen in ihrer "stadtplanung" angerichtet hat.
das WNC war ein ort wo menschen nicht komerziell gearbeitet und gelebt haben. es waren z.b. volksküche, ein tag-cafe, ein frauen-cafe, musikübungsräume, konzertsaal, sporträume, cassettenladen, fahrrad werkstatt, ateliers, besetzerinnensprechstunde und natürlich wohnräume im WNC.

diese aktivitäten und die wohnräume einer großen gruppe menschen mußten dem spekulantentum weichen.
einmal mehr wo menschen bürobauten weichen mußten. einmal mehr wo politik - mit namen die PvdA (partei von der arbeit, niederländische sozialdemokratie) - deutlich gemacht haben, daß sie keine zugeständnisse an menschen machen, die selbstbestimmt leben wollen einmal mehr, wo die PvdA gezeigt hat, daß sie eine Yuppiestadt wollen, worin kein platz für menschen mit niedrigen löhnen oder sozialhilfe ist.
so versucht die PvdA eine scharfe grenze zu ziehen zwischen arm und reich. für die reichen werden eigentumswohnungen gebaut in den bevorzugten gegenden der stadt, ins zentrum kommen büros, parkhäuser und e/ine teure gastronomie. die armen menschen sollen sich verziehen, für sie ist kein platz in der stadt.
wir fressen das nicht so einfach. wir wollen bezahlbaren wohnraum in der stadt, keine geschäftshäuser die doch nur leerstehen.
wir wollen den null-tarif für öffentliche verkehrsmittel, statt parkhäuser für autos, die eh nur alles vergiften.
wir fordern die freilassung der gefangenen und die einstellung der verfahren.
die menschen des WNC sind stehts für die gleichen ideen eingetreten.
politikerinnen und polizei versuchen jetzt durch einsetzen des § 140 die menschen, die widerstand leisten gegen ihre scheindemokratie zu kriminalisieren.
§ 140 beinhaltet, daß schon die planung einer straftat mit einer gruppe strafbar ist. du bist ein mitglied einer gruppe, wenn du z.b. kaffee kochst für menschen die wiederum mitglied der gruppe sind. als gruppe (im sinne des § 140) wird bezeichnet, wer sich mehr als einmal trifft.
in nijmegen ist der § 140 das erstemal eingesetzt worden gegen besetzerinnen der marienburcht, die dann zu 8 monaten ohne bewährung verurteilt wurden (1987).
das prinzip der persönlichen schuld ist nicht mehr existent und damit wird der boden des sog. rechtsstaates verlassen.
so wird der § 140 nun eingesetzt um 135 menschen, die widerstand gegen die räumung der WNC geleistet haben, einzuknasten.
der kampf gegen stadtzerstörung wird so illegalisiert. so geht der staat der auseinandersetzung um politische motive aus dem weg.
jede/r die/der die gefangenen unterstützt (auf welche art auch immer) läuft nun gefahr den 140er gegen sich zu kriegen und auch kriminalisiert zu werden. auf der polizeiwache wurden menschen geschlagen und die kleidung vom körper gerissen. bei einigen waren die handschellen so stark angezogen, daß die hände blau anliefen. auch wurden einige nackt in die isolierzelle gesteckt.
während einer krach-demo am knast antworteten gefangene. das hatte zu folge, daß diese gefangenen in iso-zellen verschleppt wurden. so folgt jeder art von widerstand harte bestrafung.
trotzdem hielten die meisten ihren mund und gaben weder personalien noch erklärungen oder aussagen ab. mit diesen mitteln können sie weder unsere ideen zerstören noch den widerstand stoppen!
KRAKEN GAAT DOOR
(wir kraken weiter)
ZE WILLEN EEN YUPPIE-CITY, MAAR DE STAD ZIJN WIJ MET ONS ALLEN!!!!!
(sie wollen eine yuppie-stadt, aber die stadt sind wir alle!!)

DEN NÄCHSTEN TAG X BESTIMMEN WIR

sonntag, den 17.6. fangen 19 frauen, die seit der räumung des wnc eingeknastet sind einen hungerstreik an. alle 19 sind seit 3 wochen in winschoten inhaftiert. dieser knast sollte am 1.7. geschlossen werden. aber um alle 139 gefangene unterbringen zu können, wurde durch das justizministerium grünes licht gegeben alles notwendige zu tun, so wurde auch dieser knast schnellstens wieder provisorisch eingerichtet.
von den ursprünglich 22 frauen sind 3 wegen aussagen und/oder minderjährigkeit freigelassen worden. die restlichen 19 frauen halten sehr stark zusammen. jetzt folgt eine zusammenfassung aus einem brief einer frau, der am 18.6. aus dem knast rausgeschickt wurde. darin macht sie die ereignisse und hintergründe offen, die zum hs geführt haben.
" schon 3 wochen ist die situation genervt, die gefangenen beschweren sich, wollen mehr hofgang machen, mehr aufschluß in den mittagsstunden, aber es ändert sich nichts.
16.6. am nachmittag: der untere flur hat hofgang (1/2 std. am tag). insgesamt 9 frauen sammeln holz, glas und teelöffel und fangen ein riesen konzert an. die 10 frauen die gerade kein hofgang machen schließen sich an. 2 schließer befehlen: "rein mit euch". antwort: "nein, wir wollen mit dem knastdirektor reden, wir haben beschwerden".
noch 2 schließer und der chef kommen auf den hof. also sind sie zu 5. "rein mit euch, es gibt keine beschwerden." in der zwischenzeit haben die gefangenen die improvisierten instrumente abgelegt, damit klar wird, daß sie nicht aressiv sind. ein schließer fängt an eine von uns anzugreifen, zu schlagen, an den haaren zu reißen, aber es gelingt ihm nicht sie wegzuschleppen. eine andere gefangene wird zu boden geschmissen. die 5 schließer rufen um hilfe. wir warten noch immer auf das gespräch. sie kommen zurück mit 2 riesigen typen, unbekannt und noch nie gesehen. gegen 7 von denen werden wir eine nach der anderen reingeschleppt. die bullen melden sich auch in diesem moment. zu spät.
wieder eingesperrt fangen alle wieder an zellenkonzert zu machen. dem oberen flur wird mitgeteilt: aufschluß wird wegen der ereignisse gestrichen. reaktion: noch mehr lärm statt zwiespaltung, was sie schon 3 wochen versuchen. eine frau, die stark protestiert wird von der treppe runtergeschmissen und in der isozelle getreten. eine andere frau wird von 3 schließern angeordnet sich auszuziehen. wenn sie sich widersetzt, sagen sie ihr, daß sie es sonst machen werden. der krach in den zellen nimmt zu, alle haben schon vergessen wie lange es andauert. oben hören wir einen riesen lärm, eine frau wird in die isozelle geschleppt. ihre eigene zelle wird brutal leergeräumt. so machen sie das eins nach dem anderen mit allen zellen. durch ein fenster sehen wir, daß sie alles wegnehmen, alles, tisch, papiere, toilettensachen, briefe, bilder, alles ausser die matratzen, decken und einem scheißeimer. dann folgt zellendurchsuchung. wir werden abgetastet, müssen auch die schuhe ausziehen. unten protestiert eine frau:"das ist unmenschlich was ihr tut." sie bekommt isohaft. nachdem alle zellen durchsucht sind werden auch die scheißeimer weggeholt, damit auch mit denen kein lärm mehr gemacht werden kann. radio wird abgeschaltet und alarmklingel wird nicht mehr beantwortet. mindestens einer frau werden die medikamente verweigert. sie glauben wieder einen 'krieg' gewonnen zu haben. "aber wir lassen uns nicht intimidieren, wir werden immer stärker."
so., 17.6.: radio ist abgeschaltet, keine telefonanrufe. den ganzen tag gibt es hofgang alleine oder zu zweit. es gibt ein verbot in die nähe des zellenblocks zu kommen oder zu rufen. alarmklingel bleibt weiterhin abgeschaltet. duschen auch nur alleine oder zu zweit.
am nachmittag kommt ein beschluß des knastdirektors gemäß §10, art. 76 hat der direktor verordnet keinen hofgang mehr zu gestatten wegen dem krach, als es mit der gesprächsforderung. zweitens wird wegen dem aufstand der aufschluß gestrichen. wieso, der aufstand hat erst angefangen nachdem der aufschluß gestrichen wurde. zelleninventar wird wegen der möglichen sachbeschädigung von reichseigentum eingeschränkt. kein wort zu den gewalttaten auf dem hof und gewalt gegen die frauen, die in den isozellen waren, nämlich sexuelle gewalt. eine frau hat ein 'angebot' vom knastdirektor bekommen, daß wenn sie mal ein wochenende einen ausflug mit ihm machen will, sich das schon regeln läßt.
so. abend: viele frauen bekommen tabak und ihre bücher zurück. abfalltüten mit ihren persönlichen sachen werden reingebracht. teilweise zerstört oder zerrissen. es gibt wieder radio. hofgang weiterhin alleine oder zu zweit. wir können wieder anrufen und haben unsere fäuste noch um lärm zu machen. am sonntag abend entscheiden wir: unser letztes mittel; hungerstreik.
forderungen:
* aufhebung der einschränkungen im zusammenhang mit hofgang, aufschluss, usw.
* ein aufhören der willkürlichen strafen wie isozelle, ausziehen oder anderer gewalttaten
* hofgang mindestens eine stund am tag
* aufschluß in den mittagsstunden
* die möglichkeit einer kollektiven prozeßvorbereitung

es geht uns gut. no pasaran!"
der brief traf am montag beim ermittlungsausschuß in groningen ein. am gleichen abend wurde ein pessebericht verfasst und verschickt. erstaunlicherweise gab es einige resonanz in den medien.
am mittwoch, den 20.6. ist eine delegation des knastes zum justizministerium nach den haag gefahren. resultat dieses gesprächs war nicht die einwilligung in die forderungen sondern der beschluß alle frauen aus winschoten am montag oder dienstag (25/26.6.) in den männerknast nach hoogeveen zu verlegen. hoogeveen ist ein neuer euro-high-tech-knast, wo die bedingungen für die 24 wnc-besetzer, die schon dort sind, sich am härtesten gezeigt haben.
6 frauen, die in dordrecht inhaftiert sind, sind am dienstag in einen solidaritäts-hs gegangen. auch sie sollen nach hoogeveen verlegt werden.



am donnerstag (21.6.) haben sich 14 männer aus scheveningen dem hs angeschlossen, am montag (25.6. haben sich weitere ca. 20 männer aus scheveningen dem hs angeschlossen.
(in scheveningen sind die männer auf 4 verschiedene abteilungen verteilt.)
ein mann aus zwolle, strengstens isoliert von den anderen wnc-gefangenen und schwer verhört, da er als anstifter betrachtet wird, hat sich am mittwoch dem hs angeschlossen. in einer eigenen presseerklärung bezieht er sich auch auf den hs der grapo/pce(r) gefangenen in spanien. ebenfalls am mittwoch haben die gefangenen in hoogeveen eine hofbesetzung gemacht, aus solidarität mit dem hs und weil einer von ihnen, auch als anstifter betrachtet, auch in isohaft ist. das ist vorerst der stand der dinge. die leute im knast leisten viel widerstand und fühlen sich sehr stark!
ende july 90



1. juli:
in der letzten woche stoppten die frauen ihren hungerstreik, da alle ihre forderungen erfüllt wurden.
mit ihnen stoppten auch fast alle anderen mit ausnahme einer frau die den streik mit/für (wir wissen es nicht genau)dem mann aus zwolle fortsetzt der weiterhin in isolation sitzt. auch wissen wir nicht genau ob er noch im streik ist oder nicht.
diese woche (vom 2.bis zum 10. juli) beginnen die prozesse.
die leute aus holland erwarten harte strafenfür die wnc-besetzerInnen. schaut euch um nach informationen und unterstützt den kampf.

RARA AKTION

DOKUMENTATION



übersetzung aus der grachtenkrant nr. 249

KOMMUNIQUE

heute nacht haben wir zwei brandanschläge bei bei der distriktskommandantur gelderland, vijverlaan 107, arnhem und beim distrikt overijsel, prins bernhardlaan 2, oldenzaal, verübt. beide gehören zum koninklijke marechaussee (holländisches bgs).

der innere feind

"die reusefunktion unserer grenzen fällt weg: unerwünschte ausländer, aber auch ausländische kriminelle z.b. werden bald viel weniger sichtbar sein. an der grenze wirst du mit denen konfrontiert, im inland musst du sie aufspüren" kommandant der kmar-brigade zevenaar

im september 88 bekommt das parlament 2 briefe zur koniklijke marechausse. der verteidigungsminister und der staatssekretär des justizministeriums kamen beide, wegen ihrer verantwortlichkeitsbeteiligung, mit der ankündigung, dass dass 200 der 325 marechaussees, die durch das wegfallen der personenkontrollen an der ostgrenze überflüssig werden, bei der inneren kontrolle von ausländerinnen eingesetzt werden sollen.

im rahmen der - jetzt verzögerten - einführung des schengen-abkommens werden die inneren grenzen zwischen den beneluxstaaten, frankreich und der brd allmählich aufgehoben. das verursacht u.a. kontrollprobleme bezüglich der abwehr von "unerwünschten ausländerinnen". die kontrolle an den aussengrenzen soll nach innen verlegt werden.

der damaligen staatssekräterin für justiz, korte van hemel, nach "haben die nl eine grosse anziehungskraft auf illegale". diese sollten dann auch, ihrer meinung nach, in der neuen situation ohne äußere grenzen in den grosstädten aufgesucht" werden.

da liegt jetzt eine neue aufgabe für den kmar. der kmar ist ein elitekorps, das zum amtsbereich des verteidigungsministeriums gehört. schon in den 70er jahren wurde eine abteilung fahndungsbeamten des kmar, auf antrag des justizministeriums, zur aushilfe der kripo an der ausländerzentrale der amsterdammer polizei hinzugefügt. mit der aufgabe illegale flüchtlinge aufzuspüren und auszuweisen.

diese entwicklung hält an. der kmar wird als eine art fliegende brigade in den großstädten eingesetzt werden, als spezialbeauftragte mögliche illegale aufzuspüren.

im rahmen des ausländergesetzes ist es möglich jemand anzuhalten und zu kontrollieren, wenn es einen "angemessenen grund gibt, daß jemand fremder ist". das sich dieser "angemessene grund meist auf die hautfarbe stützt, läßt sich ahnen. die aussage eines der mitglieder dieses namhaften korps: "durch unserer erfahrung können wir illegale an ihrem aussehen erkennen", spricht bände. im kampf zwischen der kommunal- und der reichspolizei (es gibt in nl 2 polizeiverbände), oder besser noch zwischen dem innenministerium und dem justizministerium, hat die justiz in ihrem vorgehen ein großmass an freiheit erzwungen.

sobald es die regionalen polizeiverbände gibt, wird sich der bürgermeister nicht mehr vor dem gemeinderat verantworten müssen, das würde alles viel zu viel zeit beschlagnahmen.

die jetzt noch existierenden minimalen möglichkeiten zur kontrolle der geführten politik werden dann völlig verschwinden.

im rahmen dieser entwicklung werden die fahndungsteams des kmar die stoßtruppe des justizministeriums bilden.

nicht behindert von irgend einer art der kontrolle werden sie als ein selbstständiger apparat innerhalb des polizeiapparates funktionieren. mit dem, direkt von den justizbehörden erhaltenen namen in der hand wird die jagt auf flüchtlinge noch wirksamer realisiert werden können. wegen diesem allen haben wir für eine erste aktion die elitegruppen dieser verfolgungsjagt gewählt, gegen die stiefel in der straße.

obwohl es das erste mal ist, dass wir aktionen gegen die holländische asylpolitik ausführen, möchten wir es auf keinen fall so verstanden wissen, das dies ein bruch mit unserer politischen praxis der vergangenen jahre ist. dafür gibt es auch keine gründe. weder die situation in südafrika, noch das verhalten der holländischen regierung und wirtschaft geben dafür anlass. das einige, was sich verändert hat, ist, dass das weiße apartheidsregime dem schwarzen widerstand mehr politischen raum hat geben müssen.

die forderungen nach sanktionen und internationaler isolierung des weißen regims bleiben aber unverkürzt aufrechterhalten. wie für viele andere auch, bleibt es für uns eine prorität nach wegen zu suchen den widerstand in südafrika wirksam zu unterstützen. wir haben das in der vergangenheit gemacht und werden das wieder tun!

der kampf gegen apartheid und rassismus hört aber nicht an den grenzen südafrikas auf. der antirassismus war immer das herz unserer aktionen und erklärungen und mit dieser aktion verlegen wir höchstens einige akzente. das angreifen der asylpolitik heißt nicht mehr oder weniger als konsequenzen aus den vorher von uns bezogenen stellungnahmen zu ziehen.

stellungnahmen, die beinhalten, dass unsere solidarität mit den kämpfenden im trikont unlöslich verbunden ist mit dem kampf gegen die politischen, militärischen und wirtschaftlichen institutionen im westen. die institutionen, die die unterdrückung organisieren, nähren und davon profitieren.

in südafrika ist der rassismus in der apartheidspolitik instutionalisiert. hier bildet der gesetzlich legitimierte rassismus die grundlage der asylpolitik.

in dem moment, wo sich die ausländer- und asylpolitik immer mehr zu einer rücksichtslosen verhaftungs- und deportationspolitik entwickelt, wird`s allmählich zeit dass bei uns einige sicherungen durchbrennen, allerdings geplant.

weil der terror gegen flüchtlinge aufhören muß. weil die asylpolitik ausländerhaß hervorruft und den rassismus kanalisiert.

eine realität, die dazu zwing unmißverständlich stellung zu beziehen. der zu politik erhobene rassismus ist kein schwebendes phänomen. direkt verantwortliche personen, institutionen und organisationen sind nachweisbar, sie gestalten diese politik und führen sie aus. sie sind produzenten der hervorgerufenen bilder von flüchtlingen als "parasiten" und "kriminelle".

sie sind die entwerfer, konstrukteure und bediener der "amtlichen mühlen", die menschliche würde zermalen und jede(r), die (der) nur zuschaut korumpieren.



universelle erklärung der menschenrechte:
art. 14: jede(r) hat das recht in anderen ländern asyl zu suchen und zu bekommen, wenn verfolgt.

art. 13: jede(r) hat das recht sich frei zu bewegen und aufzuhalten innerhalb der grenzen eines jeden staates.



das hört sich natürlich prima an. du würdest das so zu sagen bereits mit beifall begleiten bevor es ganz ausgesprochen ist. nicht zu unrecht. weltweit stellt sich aber heraus, dass die mit dem mund und schriftlich bekannten ausgangspositionen und resolutionen nur als propagandamittel im kalten krieg geeignet sind. flüchtlinge aus dem ostblock sind jahrelang mit offenen armen empfangen worden. sie bildeten den lebendigen beweiß gegen den kommunismus. flüchtlinge aus dem süden werden meistens als profiteure und kriminelle abgestempelt. damit wird verschleiert, dass das entstehen von flüchtlingsbewegungen zum grössten teil eine direkte folge der machtpolitik des westens ist. das fluchtbewegungen oft bewußt verursacht werden als folge kapitalistischen handelns, seitens klubs wie der iwf, weltbank u.a. vergessen wird, dass hungersnot, armut, staatsstreiche, politische repression und sexuelle gewalt keine folgen von naturkatastophen sind sondern eine direkte konsequenz der politiscen, wirtschaftlichen und sozialen verhältnisse.

der kalte krieg darf dann angeblich aufgehört haben, der krieg zwischen dem norden und dem süden nur noch intensiviert. die flüchtlinge aus dem süden bilden erst dann ein wirkliches problem für die westlichen staaten, wenn ein wachsender teil dieser millionen von flüchtlingen ihre probleme in unseren anständig versorgten gärten hinterlegen. erst dann entstehen politische, finanzielle und humanitäre probleme und sind die regierungen der westlichen staaten verpflichtet eine antwort auf den anspruch auf asyl zu formulieren, die flüchtlinge hier erheben. die vorherrschende reaktion der westlichen staaten ist das netz zu schließen, europa völlig abzuriegeln. und erst dann werden die widersprüche sichtbar zwischen den antworten und den angeblichen ausgangspositionen: einige prozente bekommen den stempel "erwünscht" als legitimation und vorwand um die überragende mehrheit für unerwünscht zu erklären. die flüchtlingsproblematik ist kein vereinzeltes gesellschaftliches phänomen, sondern spiegelt die direkten eigentums- und machtverhältnisse wider. jede(r) individuelle flüchtling wird in diesen verhältnissen zu einer ware reduziert: nur die, die erwartungsgemäß innerhalb kurzer zeit gewinn bringen sind erwünscht. "erwünscht" sind z.b.

- flüchtlinge, die als lebendige politische propagandaware benützt werden können, wie vor kurzem flüchtlinge aus der sovjetunion und aus osteuropäischen ländern. oder wie eine limitierte zahl vietnamesische bootflüchtlinge jedes jahr. während zugeguckt wird wie der rest notfalls unter großer gewalt anwendung, abgeführt wird, wie die britten es in hong kong getan haben.
- flüchtlinge, die eingesetzt werden für bevölkerungspolitische zwecke, wie israel jüdische sovjet-flüchtlinge als schachfiguren in dem demographischen krieg gegen die palästinenser benutzt. wie die bulgarischen türken, die benutzt werden um kurdische ansprüche auf ihr nationales gebiet zu brechen ect.

flüchtlinge, die nützlich sind um bestimmte probleme in der kapitalistischen wirtschaftsordnung zu lösen. beispielhaft dafür ist, wie begierig die regierung der brd ihre grenzen für ddr-flüchtlinge öffnete. es bringt eine milliardeninjektion für die wirtschaft der brd ein. zur gleichen zeit hielt die südafrikanische regierung die gelegenheit für günstig und begann eine werbekampagne bei den ehemaligen ddr-bürger, damit wichtige funktionen in der wirtschaft exclusiv weiß gehalten werden.

"unerwünscht", und zwar mehr als 90%, sind die millionen von menschen aus afrika, asien und lateinamerika. hauptsächlich frauen und kinder, ausgehungert und durch den krieg verarmt, die meistens nicht weiter gelangen als die flüchtlingslager im benachbarten land (oft ein ebenfalls sehr armes land).
unerwünscht sind alle frauen die wegen geschlechtsspezifischer verfolgung flüchten. vergewaltigung, misshandlung, jeder spezifische terror gegen frauen wird nicht als grund zum flüchten anerkannt. nicht mal wenn der terror in polizeiwachen, während razzien oder in folterzentren stattfindet.
unerwünscht sind fast alle frauen und kinder, weil sie gemäß der kapitalistischen maßstäbe im westen nicht produktiv verwertet werden können, aber im trikont hingegen schon erwünscht als arbeitsreserve für die multinationals.
unerwünscht sind geflüchtete widerstandskämpferinnen aus ländern mit einem gewalttätigen und faschistischem, deshalb aber nicht weniger gut befreundetem regime.

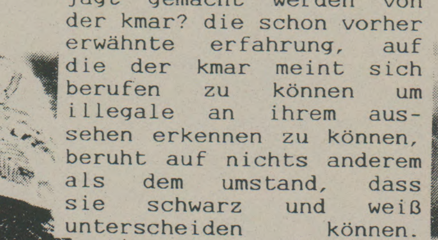
ursache und wirkung vom entstehen der fluchtbewegungen werden von den politikmachern konsequent und mit äußerster sorgfalt verschleiert. die gründe, weswegen menschen fliehen, bleiben ausser betracht. ebenso die intressen, die zum system der ablehnungs- und zulassungskriterien führen. es werden abgeschirmte kriterien beim verteilen der stempel "unerwünscht" benutzt, wo selten eine integere beurteilung der fluchtgeschichte gemacht wird. was beurteilt wird ist inwieweit (gruppen von) flüchtlinge(n) ausgenutzt werden können und welchen grad der gefahr sie für die politische und soziale stabilität bedeuten. nebenbei gibt es noch die praktiken der sicherheitsdienste (wie der bvd, nl vs), die locker aufenthaltsgenehmigungen anbieten, wenn ein flüchtling informationen über eine bestimmte politische organisation verschafft oder sie infiltriert.

schengen: nicht unterzeichnet, dennoch benutzt

schengen, probeversuch für ein vereintes europa und prototyp für die gesellschaft, die stromlinienförmig den bedürfnissen des europäischen kapitals entspricht. trotz des geheimnisvollen, der unkontrollierbarkeit und sogar für parlamentarier undemokratische weise auf denen die schengen-partner sich miteinander verständigen, gibt es anstrengungen um sich die loyalität der bevölkerung zu erobern. eines der wichtigsten mittel um das zu erreichen, ist eine breite ideologische gehirnwäsche durch die propaganda des erneuten europäischen nationalismus.
wir sollen anfangen international und europäisch zu denken, die riesigen vorteile, die ein europa ohne grenzen bietet sollen eingebracht werden. dem soll aber schon etwas entgegengesetzt werden: wir müssen dafür sorgen, dass auch das holländische territorium nur für einige wenige europäer geöffnet wird, und diese riesigen vorteile nicht von millionen "fremder elemente" ausgenutzt werden, die durch alle löcher des vereinten europas eindringen, wenn wir mal nicht richtig aufpassen.

die aussengrenzen von europa müssen mit stärkerem stahlbeton gebaut werden als der ehemalige eiserne vorhang. die botschaften in den ländern, aus denen viele flüchtlinge erwartet werden, funktionieren als weit vorgeschobene grenzwächter und führen eine aktive "entmutigungspolitik". fluggesellschaften müssen diejenigen, die kein visum haben auf eigene kosten zurückfliegen.
schengen (und jetzt die europäische vereinheitlichung) bietet für dies alles die instrumente. es setzt eine weiss-holland-achtet-auf-schwarz-holland-mentalität in wirkung. schengen liefert, durch die abstimmung der asylpolitik, einige internationale verabredungen, durch die mit gesetzlicher rückendeckung ständig mehr menschen mit dem stempel "ausgewiesen" zurückgeschickt werden können. es liefert die argumente um eine verschärfte fahndungs- und verfolgungspolitik innerhalb der grenzen durchzuführen, damit auf diese weise (wie der ministerpräsident lubbers es ausdrückt) "die spreu vom weizen getrennt wird."

und das ist auch der grund für die offenbar unvermeitliche marschroute, die in die richtung einer legitimationspflicht zurückgelegt wird. die verlegung der identitätskontrollen an den grenzen, zu einer identitätskontrolle im ganzen land durch mobile brigaden der kmar. ein netz was sich schließt mit der schon vorgeschlagenen strafverfolgung: für hilfe an illegalen. sie müssen eine bestimmte mentalität erzeugen. jede(r) nicht weisse muss den unwiderlegbaren bewei liefern kein(e) illegale(r), verbrecher(in) oder terrorist(in) zu sein.
denn, wer wird verpflichtet sich zu identifizieren? auf wen darf jagt gemacht werden von der kmar? die schon vorher erwähnte erfahrung, auf die der kmar meint sich berufen zu können, um illegale an ihrem aussehen erkennen zu können, beruht auf nichts anderem als dem umstand, dass sie schwarz und weiß unterscheiden können.





unterstützung für diese polizeiliche fähigkeit kommmt u.a. von dem prominenten anti-rassisten anti-apartheidskämpfer par excellence, der chef eines der meist rassistischen polizeikorps im lande. "der kmar ist ein elitekorps, einsatzbereit in forderster front bei prioritäten ersten ranges und wird kompensierend eingesetzt werden bei der fremdenaufsicht. der einsatz des kmar wird nicht zu razzien gegen (illegale) flüchtlinge führen", lt. dem amsterdammer bürgermeister van thijn in einer rede anlässlich des 175-jährigen bestehens des kmar, denn er sieht in der mentalität der

kmar und der gipfelberatung (bürgermeister, staatsanwalt und polizei) eine garantie gegen eine solche rassistische politik und repression...
wir haben hier oben einen rahmen unserer solidarität mit vielen flüchtlingen angegeben. es ist wichtig diese solidarität greifbar zu machen.
da läuft schon vieles: mit juristischen mitteln, durch aktionen, demos, veröffentlichungen, das aufbauen von zusammenhängen, usw....
energisch wird versucht aufenthalts- und wohnraum zu schaffen, geld einzusammeln, illegale jobs ausfindig zu machen und eine alternative gesundheitsversorgung aufzubauen.
das ist alles eine vollendete tatsache, wir müssen aber feststellen, dass die rassistische staatspolitik in der breite an boden gewonnen hat, dass die gehirnwäsche zumindest teilweise funktioniert: gewinn vor allem an dem punkt,

wo es ihnen gelungen ist, ein allgemeines "volksempfinden" zu schaffen, dass behauptet, die bevölkerung würde in großem umfange von fremden elementen betrogen werden, die nur sagen, flüchtlinge zu sein, tatsächlich aber diebe unseres wohlstans wären. es entsteht ein klima, in dem es gerechtfertigt erscheint "asylantinnen" als kriminelle gruppe zu betrachten und zu behandeln. dies wäre auch im intresse der bonafiden(?????) flüchtlinge sein, so wird uns vorgehalten.
in einem erschütterndem maße ist es ihnen gelungen das vorgehen gegen (illegale) flüchtlinge unter einer decke des verschleierten sprachgebrauchs zu vertuschen, und alle glauben zu lassen der staat würde sehr beherrscht und sanft vorgehen. knäste heißen aufenthaltsorte, internierungslager heißen fluchthöfe oder -orte, rassismus heißt entmutigungspolitik, razzien wären hausbesuche und wirtschaftliches und soziales abkneifen wäre eine bett-, bad-, brotregelung...
wenn es endlich dazu kommt, dass der tatsächliche inhalt dieser wörter und prozeduren klar wird ist die politik schon wieder um drei schritte weiter verschärft worden.

"wir sitzen und warten und sehen einander das gesicht an, es ist hier ein gefängnis. wo willst du hin mit fl.20,- taschengeld in der woche?
kurdische flüchtlinge im internierungslager

sonst wird es immer stiller. menschen werden weggesteckt in lager im polder (?????), ausgangspositionen der politik werden auf geheimen treffen irgendwo in europa formuliert, die konkreten maßnahmen dieser politik in zimmerchen in den haag. in der zwischenzeit steigen die flugzeuge auf. deportierte können nicht mehr protestieren. viele werden eingesperrt oder schlimmer wie in der türkei in marokko...
diejenigen, die morgen an der reihe sind warten heute schon in holländischen polizeizellen und knästen.
der kampf gegen diesen staatsrassismus muß unserer ansicht nach, mehr als es bisher der fall ist, integriert werden in die politische praxis der linken. der kampf für die rechte der flüchtlinge muß weg von der juristischen auf eine politische ebene gehoben werden. nicht nur weil rassismus moralisch und politisch bekämpft werden sollte, rassismus und sexismus sind kein auswuchs dieses systems, sondern gehören zum politischen instrumentarium der herrschender klasse. der gesellschaftliche reichtum des westens müßte niveliert werden. besonders für diejenigen, die gezwungen wurden zu flüchten und sich nachher in einer verfeindeten umgebung befinden, die der westen für flüchtlinge und ausländerinnen ist.
der/die flüchtling(sfrau) im allgemeinen ist kein "objekt" unserer solidarität. ein derartig paternalistisches verhältnis überlassen wir den politikern und anderen bezahlten kräften, die ihr brot mit dem elend anderer verdienen.
im gegenteil, jede(r) flüchtling hat eine geschichte, und jede geschichte enthält die wichtigsten elemente der jüngsten geschichte eines großteils der weltbevölkerung.
wir wissen, dass es unmöglich ist innerhalb der existierenden machtverhältnisse zu konkreten lösungen zu kommen. wir wollen uns nicht vom wunschdenken führen lassen. dies ist deshalb auch nicht mehr als ein bescheidener beitrag.
aber ausgehend von unserer geschichte, position und praxis untersuchen wir die möglichkeiten eine militante praxis zu den oben erwähnten themen zu entwickeln.
das es uns letztlich um eine welt ohne unterdrückung, ausbeutung und vergiftung geht, ohne rassismus und sexismus, ist kein pathetisches glaubensbekenntnis, sondern der kern des sozialismus, wie wir uns das vorstellen.
dennoch bleibt die frage, wie die schritte auf diesem weg aussehen. widersprüche nehmen immer noch zu, weniger menschen bekommen mehr möglichkeiten. du würdest denken, dass das zu spannungen führt, sogar zu widerstand, wir müssen aber feststellen, dass die kontrolle über die köpfe der menschen hinweg zu einem neuen gefängnis geworden ist.
während die unterschiede zwischen mehr oder weniger arm, mehr oder weniger verfolgt nicht verschwimmen sondern im hohen tempo verschärft werden, hat die gesamte linke noch nie so erschüttert dagestanden wie heute. soziale strukturen sind zerstückelt, organisationen zersplittert, ideale angeblich verseucht, das ziel ist diffus. ohne uns auf's hohe pferd setzen zu wollen, werden wir als linksradikale und revolutionäre bewegung erneut versuchen müssen etwas miteinander aufzubauen. militanter widerstand kann dabei eine wichtige rolle spielen, er kann den finger in die wunde legen. der erste schritt ist dann die widererkennung, das aufatmen das etwas passiert.
die folgenden schritte sind viel schwieriger. wir sind alle produkt dieser gesellschaft. individualisten, jede(r) für sich schon mit idealen und wut, das umzusetzen aber, in eine gemeinsame perspektive, versinkt dennoch oft im tagtäglichen kampf um eine persönliche perspektive, was leider oft nicht das gleiche ist.
wir wollen es dennoch angehen, nicht obwohl wir besser wüßten, wir wissen ganz genau, dass militante anschläge allein nichts bringen. 1,2,3mal eine spektakuläre aktion ändert an sich auch nichts. wir betrachten es als einen beitrag zu mehr taten, ideen und diskussionen.
die deportierungsmaschine dreht sich nicht von alleine, sondern wird am laufen gehalten von menschenjägern und schreibtischtätern.
und so wollen wir sie auch behandeln.
der apparat selber bleibt nicht länger ausser gefahr. wie schon vorher gesagt: der kampf der flüchtlinge muß weg von der juristischen ebene auf eine politische ebene gebracht werden. d.h.: dass die asylpolitik aus den händen der polizei, kmar und justiz gezogen werden muß. dass der gezwungene aufenthalt in lagern beendet werden muß, die anstalten für ausländerinnen und die speziellen knäste aufgehoben und geschlossen werden müssen. flüchtlinge müssen freien zugang zu unserer gesellschaft haben. das bedeutet, über alle notwendigen finanzielle, juristische, soziale, edukative und ärztliche vorkehrungen verfügen zu können. das sind die minimalbedingungen. weiter ist es notwendig die definition des flüchtlingsbegriffs zu ändern. zu politisieren.
geschlechtsspezifische fluchtgründe wie vergewaltigung, gezwungenes umziehen, krieg und zerstörung der selbstversorgenden wirtschaften müssen anerkannt werden. der begriff wirtschaftlich(r) flüchtling muss gestrichen werden (und die menschen bekommen bei ankunft hilfe von sachverständigen anwälten um gegen shell, azko, bruynzeel, philips usw. prozeduren für schadensersatz anleiern zu können, für sie selber und den rest der hinterbliebenen flüchtlinge, scherz!) (hä?)
armut muss ein anerkannter fluchtgrund sein. die lösung davon liegt nicht im zurückschicken sondern in einer grundsätzlichen änderung der internationalen wirtschaftlichen ordnung.
bis dahin werden wir die deportationspolitik sabotieren und angreifen!

mit freundlichen grüßen
RARA



HUNGERSTREIK SPANIEN

seit dem 30. november sind die gefangenen aus grapo und pce(r) in spanien im hungerstreik für ihre wiederzusammenlegung. der zustand der gefangenen ist sehr schlecht. der genosse josé manuel sevillano martín ist tot er ist in diesem kampf gestorben.
der spanische staat bleibt bei seiner harten haltung,es gibt keine verhandlungen und zugeständnisse,sie halten sich an nato-doktrin und die abmachungen in der trevi - gruppe.die angleichung der bedingungen in westeuropa läuft.die presse in spanien hat erst wieder berichtet als josé tot war. nach langem bewußten schweigen ihrerseits gibt es nun empörung in der liberalen öffentlichkeit.

wir waren nicht in der lage eine genauere einschätzung/analyse der aktuellen politischen situation in spanien zu erarbeiten dazu fehlt uns unter anderem eine genaue und kontinuierliche diskussion mit genossInnen dort .deutlich ist jedoch trotz der nationalen eigenarten in der geschichte der kämpfe und der strategie der regierung, der westeuropäische zusammenhang.

von den revolutionären gefangenen ist dieser zusammenhang spätestens seit dem hungerstreik der gefangenen aus RAF und widerstand 84/85 in der brd immer wieder analysiert und in ihren kämpfen praktisch gemacht worden.
es ist ein gemeinsamer kampf in den nato-knästen gegen die isolationsfolter -für zusammenlegung und politischen status,für die freilassung der haftunfähigen.

hungerstreik

am 21.9.1989 beenden die gefangenen aus grapo und pce(r) ihren hungerstreik, den sie am 21.august 89 im knast von "el acebuche " in almería gegen die dort herrschenden schlechten bedingungen begonnen hatten.sie hatten mit ihren kampf die zusage erreicht von almería aus in einen anderen knast mit menschenwürdigen bedingungen verlegt zu werden.
in ihrer erklärung zum abbruch sagen sie dazu : "trotz des erfolges den wir errungen haben brauchen wir uns keine illusionen machen...wir müssen daran denken,daß die verbesserungen die wir ihnen jetzt mit unserem hungerstreik abnötigen können,genauso wieder vergehen können."
am morgen des 9.novembers werden 4 militante der pce(r) und grapo,die in soría inhaftiert sind sowie 4 gefangene frauen aus pce(r) und grapo aus dem frauenknast in carabanchel und ein gefangener aus daroca in andere knäste verlegt.am folgenden tag werden die 7 gefangenen die nach dem streik vom 21.9.1990 im knastkrankenhaus von carabanchel(madrid) sind auf 7 verschiedene knäste auseinandergerissen.
alle diese gefangenen hatten am streik im september teilgenommen.es ist nur allzuklar,daß es sich um eine geplante racheaktion der regierung für den erfolg im september handelt.
die aktion der spanischen regierung ist teil der zerstreuungspolitik die seit 1987 mit der zerschlagung der gefangenenkollektive "comuna carlos marx"in soría und "carmen lopez sanchéz"in carabanchel begonnen hat und zur verschärfung der haftbedingungen/der situation in allen knästen geführt hat.

maßnahmen wie drastische kürzung der gemeinsamen freizeit,restriktive maßnahmen bei der kommunikation mit draußen bis zum extrem der totalen kontaktsperre,schläge,permanente provokationen, todesdrohungen und der bildung einer GAL(paramilitärische todesschwadron)im knast,sowie postzensur.

aus dieser situation heraus beginnen am 30.november 89 alle in soría verbliebenen mitglieder der kommune,militante der pce(r) und grapo und ein libertärer gefangener einen unbefristeten hungerstreik.
aus der hungerstreikerklärung:"nach drei jahren des kampfes,widerstandes und der denunzierung der nichterfüllten vereinbarungen und angesichts der neuen maßnahmen zu unserer vernichtung sehen wir:es gibt keine zwischenlösung,und es ist die stunde gekommen,den kampf für die wiederzusammenlegung aufzunehmen. gegenüber der politik der liquidierung und vernichtung der politischen gefangenen , basierend auf der folter und der zerstreuung,lassen sie uns nur einen ausweg:den unbefristeten hungerstreik für die wiederzusammenlegung aller unter menschenwürdigen und würdevollen bedingungen."

im laufe des streiks schließen sich immer mehr gefangene an.schon früh fallen die ersten gefangenen ins koma,aus dem sie durch zwangsernährung immer wieder herausgerissen werden.es kommt zu einzelnen aktionen von gefangenen die sich selber die zwangsernährungsschläuche herausreißen,was zu ihrer zurückverlegung in die knäste führt.im februar dieses jahres befinden sich schon viele gefangene im präkoma.zu diesem zeitpunkt werden viele gefangene zwangsernährt,jedoch noch nicht alle.
in der ärzteschaft spaniens kommt es zu diskussionen über die zwangsernährung.einzelne ärzte,so in zaragossa, lehnen die zwangsernährung ab.es kommt zu disziplinarverfahren gegen sie.
im märz erschießt die grapo einen arzt in zaragossa,der wesentlich an der durchführung der zwangsernährung beteiligt war.danach weigern sich viele ärzte im krankenhaus von zaragossa weiter zwangszuernähren.der angriff erwirkt jedoch kein breiteres verhalten von den übrigen ärzten in spanien.

am 17.5.1990 stirbt josé manuel sevillano matín,gefangener militanter ,nachdem er schon mehrere tage an einer beatmungsmaschine gehangen hat,weil sein herz und seine lunge nicht mehr von alleine funktioniert haben.
in diesen zustand war er gefallen,nachdem nach monatelanger zwangsernährungsfolter auf forderung der gefangenen die ärzte in einem zivilen krankenhaus in madrid die zwangsernährung verweigert hatten.nach josé s tod wurden wieder alle zwangsernährt.

die schweine haben josé ermordet.
es ist klarzustellen,daß die spanische regierung den tod von josé oder anderen gefangenen provoziert und kaltblütig mit eingeplant hat ,denn diese eskalation zu verhindern hätte bedeutet auf die forderungen der gefangenen einzugehen.

die aktuelle situation im hungerstreik sieht so aus, daß alle gefangenen im knastkrankenhaus von carabanchel zwangsernährt werden, falls das nicht in der knästen selber läuft.es kommt immer wieder zu rückverlegungen in die knäste.es haben sich weitere gefangene dem streik angeschlossen,sodaß jetzt wieder 44 gefangene im hungerstreik sind.2 gefangenen,olegário sanchéz und francisco brotons geht es sehr schlecht.
die gefangenen beenden jedoch den streik nicht und kämpfen weiter für ihre forderungen.

die gonzales-regierung

am 31.1.1990 bekräftigt der spanische justizminister mu gica die ablehnung der regierung zu jeglichen verhandlungen.bis heute hat sich diese haltung nicht grundsätzlich verändert.zudem zeigen die maßnahmen die gegen die gefangenen angewand werden im zustand der absoluten körperlichen schwäche bis zu lebensgefahr(bei zwangsernährung,verlegungen)das ziel der spanischen sozialfaschisten den kampf der gefangenen zu brechen und die gefangenen zu vernichten.die konfrontation ist mittlerweile schon alleine durch den tod von josé sehr hochgeschraubt.es herrscht eine nervöse stimmung und entgegen zu anfang des streiks ist die polizeipräsens verstärkt worden.es wird hart gegen jede äußerung von solidarität vorgegangen.

solidarität in den knästen

am 26.12.1990 erklärt sich das kollektiv der gefangenen militanten von AD im gefängnis von fresnes(frankreich) mit einer erklärung solidarisch mit dem hungerstreik der gefangenen in spanien:
"für uns politische gefangene in frankreich ist es unerläßlich,unsere ganze solidarität mit dem kampf der genossen zu zeigen,denn ihre forderungen,ihr widerstand ist unser widerstand,ihr kampf unser kampf;der kampf aller revolutionären gefangenen in westeuropa."
viele gefangene aus der RAF und dem widerstand in der brd machen befristete solihungerstreiks.sie beginnen eine kette,indemsich immer wieder neue gefangene am streik beteiligen.es kommt zu drohungen von seiten der justizministerien,die seit dem letzten hungerstreik in der brd durchgesetzten kleingruppen (2 zu je 4 gefangenen)auseinanderzureißen,sowie zur beschneidung der schon wenigen gemeinsamen freizeit. postzensur usw..
die verschärfungen machen klar,daß jede äußerung für die zusammenlegung,so zur solidarität zum streik in spanien,im ansatz zerschlagen werden soll.
die gefangenen aus RAF und widerstand setzen bis heute ihre solidaritätsstreiks fort.nach vielen erklärungen einzelner gefangener,was daher kommt ,das es keine möglichkeit der diskussion unter den politischen gefangenen in der brd gibt,da fast alle totalisoliert sind und briefe oft wochen dauern,kommt es am 9.3.1990 zu einer gemeinsamen erklärung der gefangenen aus RAF und widerstand zum solihungerstreik.
die gefangenen aus AD in frankreich befinden sich jetzt ebenfalls im solihungerstreik.

außerdem erklärten sich die 4 gefangenen aus der CCC in belgien am 20.1.90. solidarisch mit den gefangenen in spanien. so auch in den italienischen knästen, vom kollektiv wolta sita 4 gefangene aus den BR. alle sprechen in ihren erklärungen von einer ähnlichen situation in den ländern, die durchsetzung des europäischen projekts gegen die revolutionären gefangenen, der angleichung der bedingungen in den knästen westeuropas.
und dem gemeinsamen ziel, der einheitlichen forderung, die entsprechend dem gegenwärtigen und historischen bedingungen in jedem einzelnen land entwickelt wurde : die zusammenlegung.

Chronologie der Ereignisse

30.11.89 Beginn des Hungerstreiks

Dezember 89:

Gefangene aus ETA machen eine Kampagne der "Selbsttisolation" gegen die Verlegungen im Sommer 89

13.12. GRAPO macht einen Angriff auf einen Major in Madrid

15.12. " " " " einen Oberst in Valencia"

18.12. " " " " einen Bullen in Prat de LLobregat

25.12. 8 Gefangene werden ins Krankenhaus verlegt und auf Anordnung eines Richters intravenös ernährt.
GRAPO liquidiert 2 Guardia Civiles in Gijon im Zusammenhang mit den Verlegungen.
Der Justizminister klagt eine Anwältin vor der Staatsanwaltschaft an. Sie habe GRAPO-Papiere in den Knast geschickt.

22.12. Angehörige besetzen das Rote Kreuz in Madrid.

26.12. Baskische Gefangene beginnen einen Hungerstreik gegen die Verlegungen von ETA-Gefangenen.
Kundgebung vor der span. Botschaft in Zürich.

Januar 90:

Im Knast von Guadalajara beginnen 4 GRAPO-Gefangene einen Durststreik gegen die permanente Fesselung mit Handschellen.

13.1. 24 GRAPO-Gefangene werden aufgrund ihres sich verschlechternden Gesundheitszustandes auf mehrere Krankenhäuser des Landes verteilt.

4.1. In Betanzos (Galizien) werden Jose Luis Elipe Lopez und Maria Victoria Gomez Mendez als mutmaßliche GRAPO-Mitglieder verhaftet und eingeknastet. Sie schließt sich direkt dem Hungerstreik an. Vor dem Richter erklären beide, daß sie von den Bullen geohrfeigt und psychisch unter Druck gesetzt worden sind.
Juan Manuel Olarrieta Alberdi, Anwalt von 3 Frauen aus GRAPO, klagt gegen den Generaldirektor der Gefängnisbehörden und gegen den Leiter der Polizei in Bilbao, weil er seine Klientinnen nicht sehen durfte.
6 Gefangene aus Soria werden nach Alcala-Meco und Ocana verlegt.

12.1. Kundgebung vor der span. Botschaft in Bonn

13.1. Auf Beschluß der Überwachungsrichter sollen die Gefangenen solange nicht zwangsernährt werden bis sie ins Koma fallen.

15.1. 6 Gefangene sind bereits im Koma.

19.1. CCOO(comisiones obreros, Gewerkschaft) fordern Moscoso auf ein Ermittlungsverfahren gegen den Generaldirektor der Gefängnisbehörden einzuleiten, weil der in einem Rundschreiben die Beamten verpflichtet, die Zwangsernährung durchzuführen mittels physischer unterwerfung
7 Gefangene sind in sehr schlechtem Zustand.

20.1. Die Gefangenen der CCC in Belgien schicken eine Solidaritätserklärung.

22.1. Einige Gefangene aus RAF und Widerstand beginnen eine Kette von auf eine Woche begrenzten Solidaritätshungerstreiks.
Solidaritätsaktion in der Hamburger Innenstadt mit brennenden Sägemehlhaufen.

25.1. "Auflauf gegen die Spekulation in Zürich" mit Schwerpunkt Solidarität mit dem Hungerstreik

26.1. 2 Gefangene reißen sich die Zwangsernährungsschläuche ab.
Kundgebung von Angehörigen und Widerstand vor der span. Botschaft in Frankfurt.

27.1. Angehörige der span. Gefangenen ketten sich vor dem Gericht in Bilbao an.
Kundgebung vor der span. Botschaft in Zürich

29.1. 3 Gefangene sind in Lebensgefahr. Es ist klar, daß sie irreversible Schäden behalten.
Kundgebung vor der span. Fluggesellschaft "Iberia" in Hamburg
Kundgebung vor der span. Botschaft in Bern

30.1. Die span. Gesellschaft für Menschenrechte APDHE wiederholt ihr Angebot zwischen Regierung und Gefangenen zu vermitteln.

31.1. Justuzminister Mugica bestätigt erneut seine Haltung: es wird keine Verhandlungen geben.
Steine und rote Farbe gegen die span. Botschaft und die schweizerisch-span. Handelskammer in Zürich.

Februar:

Die baskischen Gefangenen beenden ihren Hungerstreik.

2..2. Demonstration mit 2oo Leuten in Madrid.

4.2. Auf einer Demonstration mit 10.000 Menschen für die Menschenrechte in Bilbao gibt es eine Solidaritätskundgebung zum Hungerstreik.

5.2. Mitglieder der "Gruppe zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Spanien" ketten sich an den Gittern der span. Botschaft und der "Banco Central" an.

7.2. Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD besetzen das Informationsbüro des europäischen Parlaments.

8.2. Besetzung des span. Konsulats in Hamburg.

10.2. Kundgebung vor dem span. Konsulat in Hannover

9.2. Kundgebung und zeitweilige Blockade des "Reichstag" in Berlin während einer Tagung aller westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien.

16.2. Angriffe gegen Baumaschinen, ein Autohaus und ein SPD-Büro in Köln
Kundgebung an einem Stand des span. Reiseverbandes auf der Messe "Reisen 90" in Hamburg

18.2. Gefangene aus Brigate Rosse in Italien weigern sich nach dem Hofgang in ihre Zellen zurückzukehren aus Solidarität mit den span. GenossInnen.

23.2. In Zürich werden Schlösser verklebt bei Reisebüros, staatlichen Institutionen und spanischen sowie deutschen Banken.

März:

Demonstration zum Justizministerium in Madrid

2.3. Besetzung des Europabüros der SPD in Frankfurt

5.3. Aktion der Angehörigen der Gefangenen in der BRD bei der Anti-Folter-Kommission des europäischen Parlaments in Straßburg

9.3. TAGO, ein Zug der spanischen Staatsbahn RENFE, der von Bern nach Barcelona fährt, wird in der Schweiz mit roter Farbe eingedeckt.
Erneuter Beginn von Solidaritätshungerstreiks von Gefangenen aus der BRD.

12.3. AnwältInnen der politischen Gefangenen in der BRD übergeben bei der span. Botschaft in Bonn eine Protestnote an die spanische Regierung.

18.3. Demonstration mit mehreren hundert Leuten in Santiago de Compostela

21.3. Kundgebung in Konstanz anläßlich der deutsch-spanischen Konsultationen und des Treffens Kohl-Gonzales
2 Gefangene, Olegario Sanchez Corrales und Francisco Sela, machen zusätzlich zum Hungerstreik einen Kommunikationsstreik, um medizinische Versorgung zu bekommen und die Verabreichung von Medikamenten mit der Zwangsernährung zu stoppen.

23.3. 3 Leute besetzen ein dpa-Büro in Oldenburg. Heike Habel und Edzard Staben werden verhaftet.

27.3. GRAPO richtet einen Arzt in Zaragoza hin. Er hat die Zwangsernährung an mehreren Gefangenen durchgeführt und sich persönlich dafür eingesetzt, dieses Mittel zu gebrauchen.
RARA macht einen Angriff auf das Justizministerium in den Niederlanden.
Einige der Gefangenen sind als Folge des Hungerstreiks erblindet.
Das Kampf-Kommittee der französischen Gefangenen aus Actione Directe schreibt eine Solidaritätserklärung.

April:

1.-8.4. Solidaritätsstreik der Gefangenen aus AD

2.4. Die span. Gefangenen schreiben eine Karte an die politischen Gefangenen in der BRD.
Solidaritätsbeitrag zum Hungerstreik auf der großen Demonstration gegen die NATO-Militärbase in Torrejon (Madrid) Zitat aus dem Beitrag:"Verhindern wir die langsame Ermordung der politischen Gefangenen! Ihr Kampf gegen die Vernichtung ist ein Kampf gegen alle Pläne der NATO!"
Francisca Villalba und einige andere AnwältInnen der Grupe "junge Anwälte" besetzen das Büro der Anwaltsvereinigung auf unbestimmte Zeit.

10.4. Der Haftbefehl gegen Heike und Edzard aus Oldenburg wird aufgehoben.

15.4. Leute aus der BRD solidarisieren sich mit den spanischen Gefangenen auf einer Demonstration für ein freies Baskenland.

16.4. Deutsche GenossInnen machen ein 1 1/2 stündiges Radioprogramm zum Hungerstreik bei einem freien Radio in Pamplona.

17.4. Spanische Angehörige ketten sich vor dem Justizministerium an, gemeinsame Kundgebung mit deutschen und spanischen GenossInnen.

18.4. Als Reaktion auf die Erschießung des Arztes in Zaragoza werden die Gefangenen zurück in die Knäste verlegt oder ins Knastkrankenhaus von Carabanchel/Madrid (das einzige Knastkrankenhaus in Spanien!). In den zivilen Krankenhäusern gab es Proteste von ÄrztInnen gegen die Zwangsernährung.
Ein Sprengstoffanschlag auf Seat in Braunschweig mißlingt.

22.4. Eine Live-Übertragung der Kultur-Propaganda-Show "unser Haus Europa" in Duisburg wird gestürmt um die Nachrichtensperre zum Hungerstreik zu durchbrechen.
In der BRD wird für den 26. April zum Aktionstag zum Hungerstreik aufgerufen.
162. Tag des Hungerstreiks: 4 Gefangene sind auf die kanarischen Inseln verleggt worden, 2 nach Teneriffa, nach Gran Canaria. Ihre Verlegung lief per Schiff, was 3 Tage dauerte, das nach 5 Monaten Hungerstreik!

26.4. Sprühaktionen in Nürnberg, Veranstaltungen in Tübingen, Gießen, Köln
Das Unterstützungsbüro für kämpfende Gefangene "Rote Säge" in Berlin macht Infotische und sammelt mehr als 100 Unterschriften für die Zusammenlegung der Gefangenen in Spanien. Die Unterschriften werden an die span. Botschaft in Bonn geschickt.

Mai:

10.5. Demonstration in Köln mit ungefähr 100 Leuten
Kundgebung am span. Konsulat in Hannover

16.5. Jose Manuel Sevillano Martin ist klinisch tot: nach 5 Tagen ohne Zwangsernährung bekam er einen Herz- und Atemstillstand. Für eine kurze Zeit waren keine Gehirnströme mehr meßbar. Seitdem liegt er im Koma und ist an ein Beatmungsgerät angeschlossen. Das Aussetzen mit der Zewangsernährung war eine Folge eines Kommuniques einiger Gefangener, die von Carabanchel in zivile Krankenhäuser verlegt worden waren. In dem Schreiben hatten sie alle zivilen Ärzte aufgefordert, keine Zwangsernährung an den Gefangenen durchzuführen. Viele Ärzte haben sich daraufhin auch geweigert das zu tun.
Der Zustand von 3 anderen Gefangenen war ebenfalls sehr kritisch, verbesserte sich aber wieder laut El Pai vom 18.5. Alle werden wieder zwangsernährt.
Die Gefangenen wiederholen, daß sie mit dem Kampf weitermachen. Fast alle haben wunde Stellen an den Hüften vom Liegen. Die Angehörigen müssen Zellstoff mitbringen und das alles selber v ersorgen.
Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß die spanische Regierung auf die Forderungen der Gefangenen eingeht. Die Regierung erläßt einen Sicherheitsplan.

17.5. Nach 167 Tagen Hungerstreik stirbt Jose Sevillano.

18.5. Kundgebung in Madrid, anschließend Spontandemo ums Krankenhaus. Die Bullen fahren mit Motorrädern in die Menge und prügeln die Leute zusammen. Besonders haben sie es auf Leute abgesehen, die offensichtlich keine Angehörigen sind. Verletzte gehen in die Ambulanz des Krankenhauses um sich versorgen zu lassen. Auch dort entern die Bullen und schlagen noch mal auf die Leute ein Einer wird festgenommen, er soll eine Anklage kriegen, auf die bis zu 6 Jahren steht.
Solidaritätskundgebung auf einer Demo für Totalverweigerung in Madrid
Die Staatsanwaltschaft nimmt neue Ermittlungen auf gegen Francisca Villalba (Anwältin) wegen "gemeinschaftlicher Arbeit mit einer kriminellen Vereinigung".
Blockade der spanischen Handelsgesellschaft in Darmstad

26.5. Eine Filiale der "Deutschen Bank" in Bielefeld wird entglast.

27.5. Auf einer Demo in Pamplona gegen die Ermordung von José Sevillano schießen die Bullen scharf: ein Demonstrant und eine Passantin werden verletzt.

unterstützung für diese polizeiliche fähigkeit kommt u.a. von dem prominenten anti-rassisten anti-apartheidskämpfer par excellence, der chef eines der meist rassistischen polizeikorps im lande. "der kmar ist ein elitekorps, einsatzbereit in forderster front bei prioritäten ersten ranges und wird kompensierend eingesetzt werden bei der fremdenaufsicht. der einsatz des kmar wird nicht zu razzien gegen (illegale) flüchtlinge führen", lt. dem amsterdammer bürgermeister van thijn in einer rede anlässlich des 175-jährigen bestehens des kmar, denn er sieht in der mentalität der kmar und der gipfelberatung (bürgermeister, staatsanwalt und polizei) eine garantie gegen eine solche rassistische politik und repression...

wir haben hier oben einen rahmen unserer solidarität mit vielen flüchtlingen angegeben. es ist wichtig diese solidarität greifbar zu machen.

da läuft schon vieles: mit juristischen mitteln, durch aktionen, demos, veröffentlichungen, das aufbauen von zusammenhängen, usw....

energisch wird versucht aufenthalts- und wohnraum zu schaffen, geld einzusammeln, illegale jobs ausfindig zu machen und eine alternative gesundheitsversorgung aufzubauen.

das ist alles eine vollendete tatsache, wir müssen aber feststellen, dass die rassistische staatspolitik in der breite an boden gewonnen hat, dass die gehirnwäsche zumindest teilweise funktioniert: gewinn vor allem an dem punkt, wo es ihnen gelungen ist, ein allgemeines "volksempfinden" zu schaffen, dass behauptet, die bevölkerung würde in großem umfange von fremden elementen betrogen werden, die nur sagen, flüchtlinge zu sein, tatsächlich aber diebe unseres wohlstans wären. es entsteht ein klima, in dem es gerechtfertigt erscheint "asylantinnen" als kriminelle gruppe zu betrachten und zu behandeln. dies wäre auch im intresse der bonafiden(?????) flüchtlinge sein, so wird uns vorgehalten.

in einem erschütterndem maße ist es ihnen gelungen das vorgehen gegen (illegale) flüchtlinge unter einer decke des verschleierten sprachgebrauchs zu vertuschen, und alle glauben zu lassen der staat würde sehr beherrscht und sanft vorgehen. knäste heißen aufenthaltsorte, internierungslager heißen fluchthöfe oder -orte, rassismus heißt entmutigungspolitik, razzien wären hausbesuche und wirtschaftliches und soziales abkneifen wäre eine bett-, bad-, brotregelung...

wenn es endlich dazu kommt, dass der tatsächliche inhalt dieser wörter und prozeduren klar wird ist die politik schon wieder um drei schritte weiter verschärft worden.

"wir sitzen und warten und sehen einander das gesicht an. es ist hier ein gefängnis. wo willst du hin mit fl.20,- taschengeld in der woche?

kurdische flüchtlinge im internierungslager

sonst wird es immer stiller. menschen werden weggesteckt in lager im polder (?????), ausgangspositionen der politik werden auf geheimen treffen irgendwo in europa formuliert, die konkreten maßnahmen dieser politik in zimmerchen in den haag. in der zwischenzeit steigen die flugzeuge auf. deportierte können nicht mehr protestieren. viele werden eingesperrt oder schlimmer wie in der türkei in marokko... diejenigen, die morgen an der reihe sind warten heute schon in holländischen polizeizellen und knästen.

der kampf gegen diesen staatsrassismus muß unserer ansicht nach, mehr als es bisher der fall ist, integriert werden in die politische praxis der linken. der kampf für die rechte der flüchtlinge muß weg von der juristischen auf eine politische ebene gehoben werden. nicht nur weil rassismus moralisch und politisch bekämpft werden sollte, rassismus und sexismus sind kein auswuchs dieses systems, sondern gehören zum politischen instrumentarium der herrschender klasse. der gesellschaftliche reichtum des westens müßte niveliert werden. besonders für diejenigen, die gezwungen wurden zu flüchten und sich nachher in einer verfeindeten umgebung befinden, die der westen für flüchtlinge und ausländerinnen ist.

der/die flüchtling(sfrau) im allgemeinen ist kein "objekt" unserer solidarität. ein derartig paternalistisches verhältnis überlassen wir den politikern und anderen bezahlten kräften, die ihr brot mit dem elend anderer verdienen.

im gegenteil, jede(r) flüchtling hat eine geschichte, und jede geschichte enthält die wichtigsten elemente der jüngsten geschichte eines großteils der weltbevölkerung.

wir wissen, dass es unmöglich ist innerhalb der existierenden machtverhältnisse zu konkreten lösungen zu kommen. wir wollen uns nicht vom wunschdenken führen lassen. dies ist deshalb auch nicht mehr als ein bescheidener beitrag.

aber ausgehend von unserer geschichte, position und praxis untersuchen wir die möglichkeiten eine militante praxis zu den oben erwähnten themen zu entwickeln. das es uns letztlich um eine welt ohne unterdrückung, ausbeutung und vergiftung geht, ohne rassismus und sexismus, ist kein pathetisches glaubensbekenntnis, sondern der kern des sozialismus, wie wir uns das vorstellen.

dennoch bleibt die frage, wie die schritte auf diesem weg aussehen. widersprüche nehmen immer noch zu, weniger menschen bekommen mehr möglichkeiten. du würdest denken, dass das zu spannungen führt, sogar zu widerstand, wir müssen aber feststellen, dass die kontrolle über die köpfe der menschen hinweg zu einem neuen gefängnis geworden ist.

während die unterschiede zwischen mehr oder weniger arm, mehr oder weniger verfolgt nicht verschwimmen sondern im hohen tempo verschärft werden, hat die gesamte linke noch nie so erschüttert dagestanden wie heute. soziale strukturen sind zerstückelt, organisationen zersplittert, ideale angeblich verseucht, das ziel ist diffus. ohne uns auf`s hohe pferd setzen zu wollen, werden wir als linksradikale und revolutionäre bewegung erneut versuchen müssen etwas miteinander aufzubauen. militanter widerstand kann dabei eine wichtige rolle spielen, er kann den finger in die wunde legen. der erste schritt ist dann die widererkennung, das aufatmen das etwas passiert.

die folgenden schritte sind viel schwieriger. wir sind alle produkt dieser gesellschaft. individualisten, jede(r) für sich schon mit idealen und wut, das umzusetzen aber, in eine gemeinsame perspektive, versinkt dennoch oft im tagtäglichen kampf um eine persönliche perspektive, was leider oft nicht das gleiche ist.

wir wollen es dennoch angehen, nicht obwohl wir besser wüßten, wir wissen ganz genau, dass militante anschläge allein nichts bringen. 1,2,3mal eine spektakuläre aktion ändert an sich auch nichts. wir betrachten es als einen beitrag zu mehr taten, ideen und diskussionen.

die deportierungsmaschine dreht sich nicht von alleine, sondern wird am laufen gehalten von menschenjägern und schreibtischtätern.

und so wollen wir sie auch behandeln.

der apparat selber bleibt nicht länger ausser gefahr. wie schon vorher gesagt: der kampf der flüchtlinge muß weg von der juristischen ebene auf eine politische ebene gebracht werden. d.h.: dass die asylpolitik aus den händen der polizei, kmar und justiz gezogen werden muß. dass der gezwungene aufenthalt in lagern beendet werden muß, die anstalten für ausländerinnen und die speziellen knäste aufgehoben und geschlossen werden müssen. flüchtlinge müssen freien zugang zu unserer gesellschaft haben. das bedeutet, über alle notwendigen finanzielle , juristische, soziale, edukative und ärztliche vorkehrungen verfügen zu können. das sind die minimalbedingungen. weiter ist es notwendig die definition des flüchtlingsbegriffs zu ändern. zu politisieren.

geschlechtsspezifische fluchtgründe wie vergewaltigung, gezwungenes umziehen, krieg und zerstörung der selbstversorgenden wirtschaften müssen anerkannt werden. der begriff wirtschaftliche(r) flüchtling muss gestrichen werden (und die menschen bekommen bei ankunft hilfe von sachverständigen anwälten um gegen shell, azko, bruynzeel, philips usw. prozeduren für schadensersatz anleiern zu können, für sie selber und den rest der hinterbliebenen flüchtlinge, scherz!) (hä?)

armut muss ein anerkannter fluchtgrund sein. die lösung davon liegt nicht im zurückschicken sondern in einer grundsätzlichen änderung der internationalen wirtschaftlichen ordnung.

bis dahin werden wir die deportationspolitik sabotieren und angreifen!

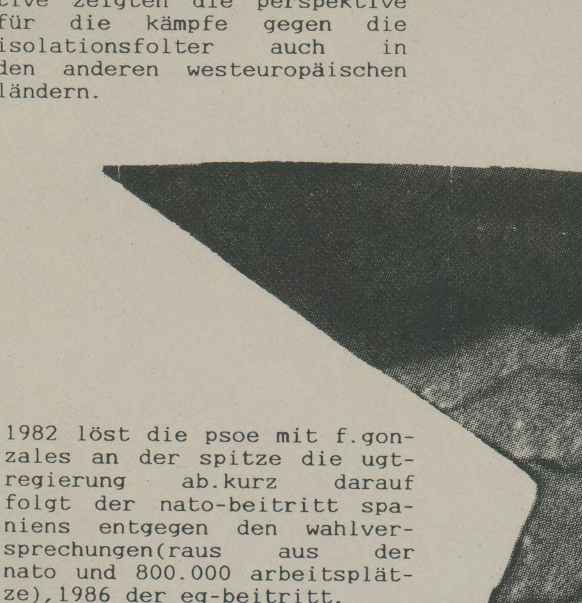
mit freundlichen grüßen
RARA

am 14.3.1981 beginnen die

pce(r) und grapo-gefangenen einen großen hungerstreik.sie forderndie evakuierung der gefangenen aus herrera de la mancha und die zusammenlegung in einen knast.die politische situation in spanien ist zu diesem zeitpunkt äusserst angespannt.im februar gab es einen mißlungenen militärputsch.die anti-nato-bewegung erfaßt immer größere teile der bevölkerung.in vielen betrieben wird gestreikt.
der hungerstreik wird von vielen demos,konsulats- kirchenbesetzungen begleitet,teile der arbeiterbewegung solidarisieren sich mit den gefangenen.die größte massenmobilisierung läuft im baskenland,einige eta-gefangene haben sich dem hungerstreik angeschlossen.am19.6. stirbt der gefangene crespo gallende. das krankenhauspersonal von la paz weigert sich die zwangsernährung durchzuführen.endlich am 25.juni gibt die regierung nach.die gefangenen werden nach und nach aus herrera de la mancha evakuiert die frauen werden in yeserias und die männer in soria zusammengelegt,das zieht sich allerdings bis ende 1983 hin.


Zusammengelegte Frauen aus GRAPO + PCE (r)

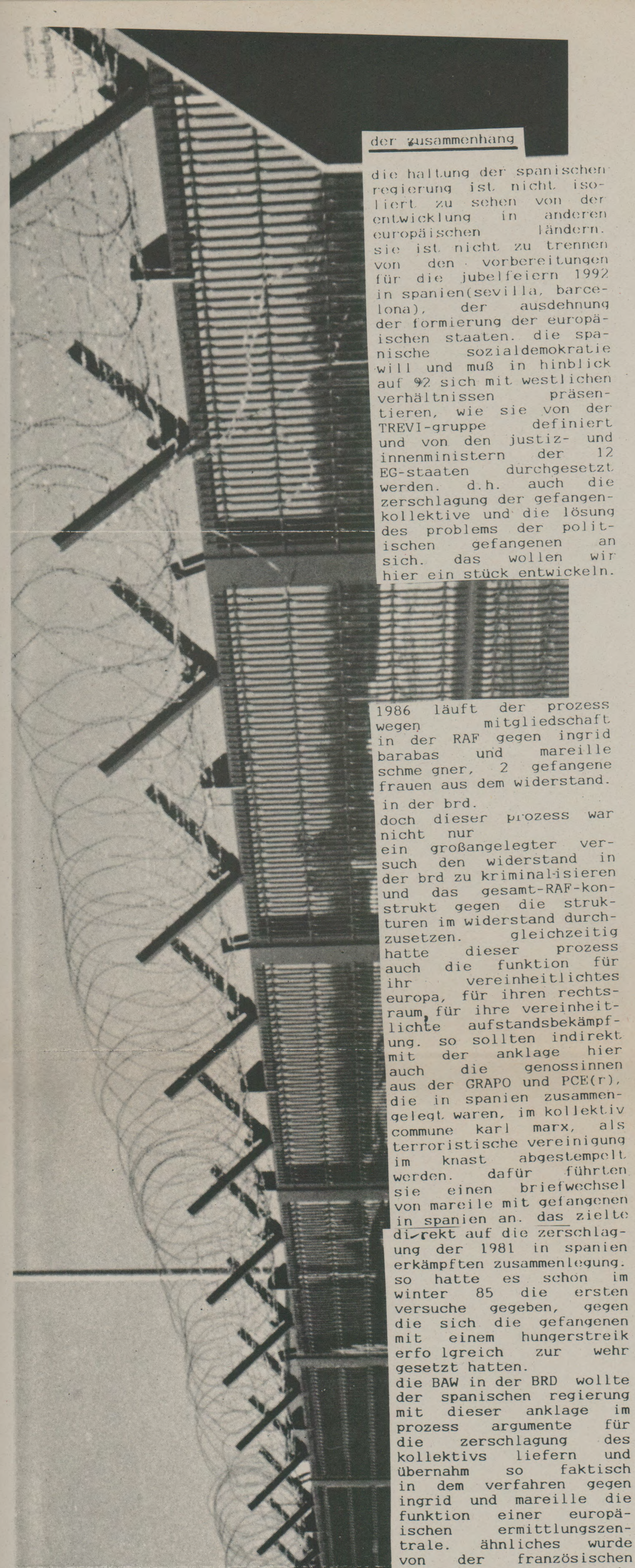
dieses ergebnis des hungerstreiks war ein sieg.die gefangenenkommunen "kommune karl marx" in soria und "kommune carmen lopez sanchez" in yeserias,später carabanchel haben über die grenzen hinaus sichtbar gemacht,was die zusammenlegung bedeutet.die gefangenen haben handwerklich gearbeitet,bücher,broschüren geschrieben,politische analysen erarbeitet,radiosendungen gestaltet,gemeinsam diskutiert mit draußen und gefangenen in anderen knästen.sie waren auf diese weise ein aktiver teil in der politischen auseinandersetzung in der revolutionären linken in spanien und in anderen ländern.ihre kollektive zeigten die perspektive für die kämpfe gegen die isolationsfolter auch in den anderen westeuropäischen ländern.



1982 löst die psoe mit f.gonzales an der spitze die ugt-regierung ab.kurz darauf folgt der nato-beitritt spaniens entgegen den wahlversprechungen(raus aus der nato und 800.000 arbeitsplätze),1986 der eg-beitritt.

1987 wurde auf einer trevi-konferenz die entscheidung gefällt,daß die spanischen gefangenenkollektive zerschlagen werden müssen.
seit 1987 verfolgt die psoe-regierung nach trevi-richtlinien die vernichtungspolitik gegenüber den politischen gefangenen(sowohl eta wie pce(r)/grapo) konsequent und auf neuer stufe durch die strategie der zerstreuung, d.h. verlegung der politischen gefangenen auf alle knäste spaniens.im sommer 87 wurden die großen kollektive auseinandergerissen und die gefangenen auf verschiedene knäste des landes verteilt.die schikanen gegen die gefangenen nehmen zu:sie werden zusammengeschlagen,besuche von freunden und angehörigen werden gekürzt die verlegungen betreffen auch die kommune der eta-gefangenen in herrera de la mancha.die grapo und pce(r) gefangenen haben seitdem mehrere hungerstreiks gemacht, in denen sie ihre widerzusammenlegung in große gruppen forderten.nach jedem streik gab es zusagen und kleine verbesserungen,die aber nach kurzer zeit immer wieder zurückgenommen wurden.

bis ende 1989 war die situation für viele grapo/pce(r) gefangenen,daß sie mit 3 oder 4 genossInnen,teilweise auch mit eta-gefangenen in einem knast waren,also etwa vergleichbar mit den kleingruppen in der brd.
eva alonso,gefangene aus der grapo bewertete die kleingruppen so:"...sie haben uns zusammengelassen,was-wenn es auch kein rückschritt der regierung in den plänen mit uns ist- jedenfalls als wichtiger kleiner schritt zu bewerten ist.die ganze solidarität,die durch die verlegungen(juni 87) vor allen in den neuen regionen,in die sie uns gebracht haben,uns gegenüber entstanden ist,hat sie wohl zu der entscheidung gebracht nicht weiter allzuviele widerstandsherde entstehen zu lassen.und wie es vorher 3 probleme waren,die wir ihnen schaffen konnten(eva ist mit 2 genossinnen in castellon,vorher waren sie in 3 verschiedenen knästen), ist jetzt nur eins.und tatsächlich sind wir auch so weiter zerstreut und brechen so nicht ihre zerstreuungspolitik,denn demnach nützt diese lösung ihnen und paradoxerweise auch uns.so werten wir es als positiv,obwohl wir wissen,daß es nichts mit unserem ziel der zusammenlegung zu tun hat und wir wissen,daß sie mit ihren plänen weitermachen...".
bis ende 1989 hat die spanische regierung konsequent weiter die zerstreuung der politischen gefangenen auf inzwischen 16 knäste des landes betrieben.



der zusammenhang

die haltung der spanischen regierung ist nicht isoliert zu sehen von der entwicklung in anderen europäischen ländern. sie ist nicht zu trennen von den vorbereitungen für die jubelfeiern 1992 in spanien(sevilla, barcelona), der ausdehnung der formierung der europäischen staaten. die spanische sozialdemokratie will und muß in hinblick auf 92 sich mit westlichen verhältnissen präsentieren, wie sie von der TREVI-gruppe definiert und von den justiz- und innenministern der 12 EG-staaten durchgesetzt werden. d.h. auch die zerschlagung der gefangenenkollektive und die lösung des problems der politischen gefangenen an sich. das wollen wir hier ein stück entwickeln.

1986 läuft der prozess wegen mitgliedschaft in der RAF gegen ingrid barabas und mareille schme gner, 2 gefangene frauen aus dem widerstand. in der brd.
doch dieser prozess war nicht nur ein großangelegter versuch den widerstand in der brd zu kriminalisieren und das gesamt-RAF-konstrukt gegen die strukturen im widerstand durchzusetzen. gleichzeitig hatte dieser prozess auch die funktion für ihr vereinheitlichtes europa, für ihren rechtsraum, für ihre vereinheitlichte aufstandsbekämpfung. so sollten indirekt mit der anklage hier auch die genossinnen aus der GRAPO und PCE(r), die in spanien zusammengelegt waren, im kollektiv commune karl marx, als terroristische vereinigung im knast abgestempelt werden. dafür führten sie einen briefwechsel von mareile mit gefangenen in spanien an. das zielte direkt auf die zerschlagung der 1981 in spanien erkämpften zusammenlegung. so hatte es schon im winter 85 die ersten versuche gegeben, gegen die sich die gefangenen mit einem hungerstreik erfolgreich zur wehr gesetzt hatten.
die BAW in der BRD wollte der spanischen regierung mit dieser anklage im prozess argumente für die zerschlagung des kollektivs liefern und übernahm so faktisch in dem verfahren gegen ingrid und mareille die funktion einer europäischen ermittlungszentrale. ähnliches wurde von der französischen justiz angestoßen. in frankreich lief ein prozess gegen 2 genossen aus der GRAPO und PCE(r), wo ebenfalls unterlagen zu kommune karl marx angefordert wurden.
frankreich sowie die BRD übernahmen damit faktisch auch in der einheitlichen bekämpfung der gefangenen die vorreiterrolle in westeuropa.
die 2 kollektive der spanischen gefangenen aus GRAPO undPCE(r) mußten weg, weil sie im widerspruch zur isolationsfolter in der BRD standen. diese linie war eine reaktion auf die nähe der politischen gefangenen in WE, in ihren kämpfen für kolletive lebens- und arbeitsbedingungen.

was deutlich wurde im HS der politischen gefangenen aus RAF und widerstand in der BRD im winter 1984/85, wo gefangene aus l'international und AD in frankreich den gleichen kampf für ihre zusammenlegung führten. und die gefangenen aus GRAPO und PCE(r) unterstützten diesen kampf mit ihrer solidarität. das aufstansbekämpfungsprojekt dagegen sah die gleichmißhandlung aller politischer gefangener in den nato-kz's vor. durch viele aktionen, öffentlichkeitsarbeit und den einsatz der spanischen anwälte, die aussagen im prozess zur kommune karl marx machten, gelang es der BAW nicht die juristische kriminalisierung der kollektive in spanien durchzusetzen. doch es war ein weiterer schritt der zusammenarbeit in der aufstandsbekämpfung in den westeuropäischen ländern erreicht.

im november 86 hat gonzales zu einer internationalen TE-konferenz nach spanien eingeladen, die den konkreten aufruf zur europäischen zusammenarbeit hatte. außerdem gab es ein TREVI-treffen speziell zur situation in spanien. das waren die konkreten schritte die zerschlagung der kollektive doch noch durchzuziehen und das zunichte zu machen, was die gefangenen und die soli-bewegung in den jahren zuvor erreicht hatte.
begleitet wurde diese aktion von dem aufruf der spanischen regierung zu einem staatspakt gegen den terrorismus, ein pakt dem alle reaktionäre als notwendig ansahen, von der vereinigten linken bis zur ultra-rechten. ein pakt nicht nur gegen den bewaffneten kampf sondern gegen alle, die widerstand leisten. die jugendlichen in euskadi, die arbeiterInnen eben all die nicht zulassen, dass sie kleingemacht werden, wie es auch in vielen anderen ländern läuft.

die "anti-terror-kommission" der nato sagt im frühjahr 1988:"die politik der resozialisierung beschleunigen ... die "harten" und die, die politische beziehungen aufrechterhalten, isolieren ..."
es ist die nato-strategie der gezielten vernichtung durch isolationsfolter, die sichtbar wird in der initiative der politischen gefangenen von GRAPO und PCE(r) durch ihren hungerstreik. das projekt der EG/nato-staaten gegen die politischen gefangenen zielt auf abschwören, unterwerfen oder vernichten.
es ist ein plan, ein projekt mit dem die politischen gefangenen in westeuropa konfrontiert sind.



in einer situation, in der sich die imperialistische macht versucht aufzurichten im marsch nach osten und durch die formierung eines vereinten europas müssen sie die widersprüche und antagonismen zurückdrängen und wenn möglich ganz vernichten. darin stehen die gefangenen revolutionäre in forderster front, weil sie beispiel sind und weil sie an ihrer revolutionären identität festhalten.darum mußten die kollektive in spanien weg. darum halten die schweine an ihrer harten haltung fest, darum wollen sie die zusammenlegung nirgendwo mehr durchlassen. mit der gleichzeitigen verschärfung der haftbedingungen fahren sie konzepte wie integration in den "normalvollzug" oder hafterleichterung durch abschwören, wie es in italien gegen die gefangenen aus BR zuerst gelaufen ist.

die gonzales regierung treibt seit 1987 systematisch die zerschlagung der kämpfenden kollektive voran und forciert so die angleichung der konterrevolutionären normen. unterstützung bekommt sie dabei von der BRD und frankreich und sie erhält jetzt die rückendeckung der gesamten ökonomisch-politischen macht europas.
die spanische regierung muß sich bis 92, zu den jubelfeiern in sevilla und barcelona,des problems der politischen gefangenen entledigt haben um einen widerspruch nach aussen hin auszulöschen.
sie müssen - und können sich nur so - eine starke position in europa behaupten. eine haltung wie sie in der TREVI-gruppe beschlossen worden ist.
das ist die konfrontation in der die politischen gefangenen in spanien mit ihrem hungerstreik jetzt stehen, gegen das intresse der konzentration von kapital und macht in einem vereinten europa. wieweit sie mit ihren plänen durchkommen liegt an uns. die soli-aktionen zum hungerstreik sind ein anfang darin, auch wenn sie noch wenig und schwach sind. jede aktion ist wichtig.
die gefangenen aus GRAPO und PCE(r) sagen dazu in einer karte an die gefangenen genossinnen in der BRD:
"wir sind sicher, daß ein sieg in diesem kampf bedeuten würde, genauso/ebenfalls die vernichtungspläne zu bremsen, die alle länder der nato gegen alle politischen gefangenen weiterbringen wollen, um kontinuierlich im angriff gegen den widerstand und alle völker europas fortzufahren."

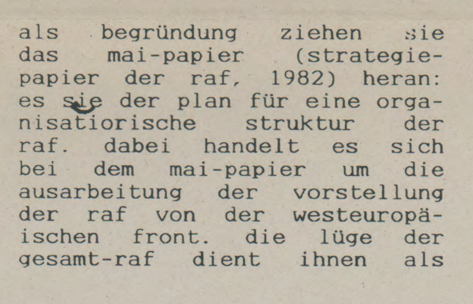
zur situation nach der verhaftung von ute und holger

am 7.12.89 wurden in der brd 2 menschen aus dem widerstand ute und holger, verhaftet. die verhaftung stellte der staatsschutz mit der tötung von a.herrhausen am 30.11.89 in bad homburg* beiden wurde von anfang an "mitgliedschaft in der raf" vorgeworfen. nach einer woche pressehetze gegen sie und die raf, in vormals noch nie dagewesener schärfe, setzte sich die staatsschutzl-linie durch, die die beiden als "kommandomitglieder der raf" der öffentlichkeit verkauft. als begründung zogen die schweine heran, dass ute und holger sich 1988 einer zu erwartenden knaststrafe - wegen einer veranstaltung zur zusammenlegung, zu den haftunfähigen gefangenen und zur organisierung von widerstand, 1985 - entzogen. als weitere beweise dienten die sachen, die bei ihnen gefunden worden sein sollen: eine waffe, gefälschte papiere, kfz-kennzeichen doublette und sog. "raf-typische unterlagen". trotz fehlender beweise passte den staatsschützern die festnahme von ute und holger hervor ragend ins konzept. für den fahndungserfolg, den sie nach dem abgang von herrhausen dringend brauchten, konnten sie ute und holger sehr gut benutzen. so machten sie aus 2 menschen aus dem widerstand, die sich monate vorher ihrer festnahme wegen einer veranstaltung entzogen haben, kommandomitglieder der raf.
beide kamen nach ihrer verhaftung in isolationshaft. isolationshaft ist ein genau erforschtes folterprogramm. es wird gezielt gegen politische gefangene angewandt, um ihre identität zu brechen und zu zerstören. die auswirkungen der isolationsfolter sind so ausgerichtet, dass sie die gefangenen körperlich wie psychisch angreifen und schwächen sollen: permanenter sauerstoffentzug und reizentzug erzeugen konzentrationsstörungen und desorientierung, wogegen die gefangenen ständig ankämpfen müssen. durch die permanent existierende stresssituation werden bei vielen gefangenen krankheiten erzeugt. ute hatte am 14.3.90 einen "unfall" auf ihrer zelle. sie ist seitdem querschnittsgelähmt. der haftbefehl wurde ca. 14 tage nach ihrem "unfall" "ausser vollzug gesetzt", d.h. der staatsschutz hält sich die möglichkeit offen, ute doch noch zu verurteilen, wenn es ihr irgendwann einmal besser geht.

im folgenden wollen wir die geschichte von ute und holger darstellen und die aktuelle situation des verfahrens verdeutlichen, u.a. situation von ute, durchsuchung der hamburger hafenstraße.
die inhalte der später kriminalisierten veranstaltung am 18.10.85 - jahrestag der ermordung von andereas baader, gudrun enslin und jan karl raspe - spiegelten den allgemeinen rahmen der diskussion um revolutionäre politik in der brd wider. wir versuchen diesen rahmen kurz zu skizzieren.

die situation 1984/85/86 war geprägt von einem offensiven auftreten der politischen gefangenen in den knästen, der raf und den menschen aus dem anti-imperalistischen und autonomen widerstand. als beispiele: hungerstreik 84/85, damit im zusammenhang militante aktionen und angriffe der raf vor allem auf us-militäreinrichtungen, tag X - beginn der atommüllagerung in gorleben und der widerstand dagegen, demonstrationen nach dem tod von g. sare in frankfurt bei einer antifaschistischen demo, die diskussion um eine revolutionäre front in westeuropa, die öffentlichen ausdruck fand in der planung und durchführung eines internationalen, antiimperialistischen, antikapitalistischen kongresses in frankfurt anfang 1986 fand.

es erscheint uns richtig festzustellen, dass mit diesem gedanken der wille auf einen wirklich gemeinsamen und damit breiterem und wirksameren kampf der militanten gruppen verbunden war, wobei ein gemeinsamer feind und auch das vorhandensein von vergleichbaren bedingungen in den ländern westeuropas vorausgesetzt wurde. der kongress war ein versuch, über die gleichzeitigkeit von aktion und angriffen hinaus den frontgedanken als perspektive für den widerstand umzusetzen.
einen roten faden in vielen diskussionen und aktionen bildete die auseinandersetzung mit der situation der gefangenen und die forderung nach zusammenlegung. sie wurde ausserhalb der knäste - im gegensatz zum hungerstreik 89 - fast ausschließlich von menschen aus dem autonomen und antiimperialistischen widerstand getragen. der kampf um ihre durchsetzung spielte sich - wie heute - auf verschiedenen ebenen ab: direkt mit den gefangenen im hungerstreik 84/85, ininitiativen, angriffen, veranstaltungen, für die zusammenlegung und als parole, die immer dabei ist.
es gelang dem staatsschutz 1984 mehrere männer und frauen aus der raf zu verhaften und ihnen den prozess zu machen. durch die anstehenden prozesse gegen die 7 raf-angehörigen und gegen claudia aus dem widerstand, war noch eine weitere direkte ebene der auseinandersetzung gegeben. natürlich schlief der staatsschutzapparat (bundeskriminalamt, bundesanwaltschaft, verfassungsschutz, bullen) nicht. es war die zeit in der der § 129a massiv für die kriminalisierung von öffentlicher auseinandersetzung mit widerstands-politik per flugblatt, veranstaltung, brief angewendet wurde. in diesem kontext wurde auch die veranstaltung kriminalisiert, für die christoph zu 18 monaten verurteilt wurde und ute und holger ebenfalls verurteilt werden sollten. der staatsschutz konstruierte den begriff der "gesamt-raf", die auf verschiedenen ebenen operiere: von legal bis zur ausführung von anschlägen bis in den knast. in fast allen verfahren der letzten jahre gegen gefangene aus der raf und dem widerstand ging es den schweinen darum, schrittweise ihre erfindung des gesamt-raf-konstruktes zu verrechtlichen und festzuklopfen. sie behaupten, die raf bestehen aus guerilla, kämpfenden einheiten, dem antiimperialistischen widerstand und den gefangenen.



als begründung ziehen sie das mai-papier (strategiepapier der raf, 1982) heran: es sie der plan für eine organisatiorische struktur der raf. dabei handelt es sich bei dem mai-papier um die ausarbeitung der vorstellung der raf von der westeuropäischen front. die lüge der gesamt-raf dient ihnen als legitimationsschiene alle raster der anti-guerillakriegführung gegen alle kämpfenden menschen - legale wie illegale - zu ziehen und einzusetzen.

dass sie sich hiermit ein wirksames mittel geschaffen hatte, menschen aus dem widerstand zu verfolgen, gegen sie zu ermitteln und sie in den knast zu bringen, zeigte sich in den nächsten jahren. ebenso diente die konstruktion zur weiteren isolierung der politischen gefangenen.
am 22.4.88 stand dann der prozess gegen christoph, ute und holger an. die prozessvorbereitungsgruppe kam zu dem



* in zusammenhang

ergebnis, dass es sinnvoller ist, dem ziel der repression entgegen zu arbeiten. d.h., es ging in den diskussionen hauptsächlich darum, die kämpfe die wir führen -die z.t. kriminalisiert wurden/werden - voranzutreiben. der fehler in diesem positiven ansatz war allerdings, dass der konkrete prozess zu spät thematisiert wurde. und so war es nicht möglich, die direkte bedrohung, die persönlich unterschiedlich empfunden wurde und daraus resultierende verschiedene vorstellungen unter einen hut zu bringen. ute und holger erschienen nicht zum prozess, christoph ging hin. er wurde zu 18 monaten knast verurteilt und erkrankte schwer während der haft.

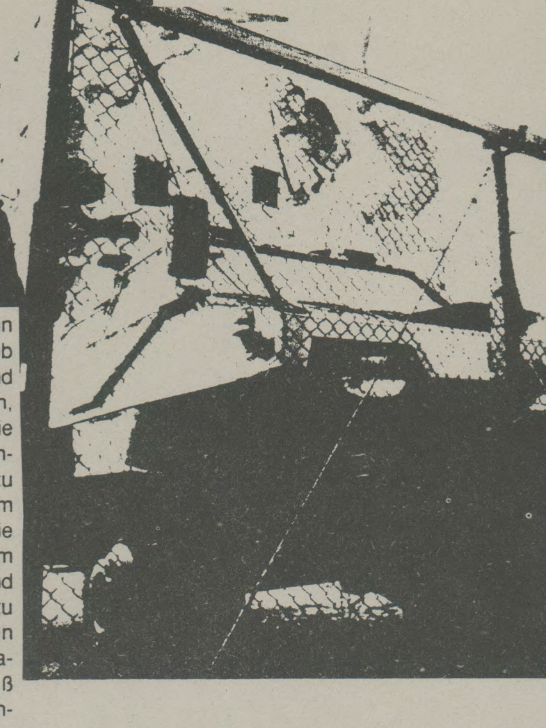
der prozess selbst: die anklage war "werbung für eine terroristische vereinigung", basierend auf der durchführung der veranstaltung und auf den briefwechsel der 3 mit gefangenen aus der raf. begründet wurden die 18 monate gegen christoph hauptsächlich mit seiner politischen identität -vermischt mit dem konstrukt, diese identität diene nur dazu, die raf zu unterstützen: "strafaussetzung auf bewährung nach § 56 stgb. konnte dem angeklagten nicht gewährt werden. wenn der angeklagte nach dem schlusswort seines verteidigers noch den "revolutionären kampf" öffentlich propagiert und seine anhängerschaft mit einer kampfparole das signal für eine massive störung der gerichtsverhandlung gibt, so beweist er damit seine unverbrüchliche sympathie mit dem terror der "raf". zitat aus dem gerichturteil gegen christoph.
am 7.12.89 wurden ute und holger in husum verhaftet. dass die beiden wegen der veranstaltung bzw. dem prozess darum abgetaucht sind, spielt in den medien keine rolle.

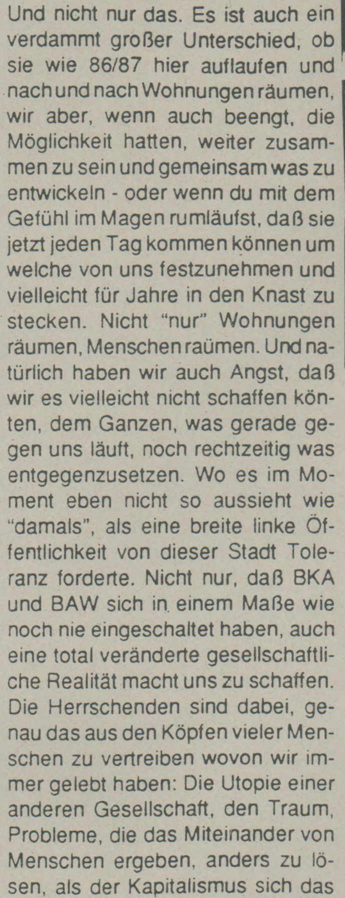
vielmehr wird ihre verhaftung im zusammenhang mit der tötung von a. herrhausen ausgeschlacht et. die beiden werden ab jetzt "mutmaßliche raf-terroristen" genannt.
zu den haftbedingungen der beiden. ein paar beispiele machen schon klar worum es geht. es ist verboten, den beiden flugblätter, broschüren, kopien oder abschriften zu schicken. d.h., es ist unmöglich ihnen authentisch mitzuteilen was "draussen" passiert. briefe sind oft mehrere wochen unterwegs. sie erhalten kein wort ausser: zensierte briefe, ab und zu besuch von ihren anwältinnen, 1 stunde besuch im monat, der nur mit trennscheibe stattfindet. keine berührung, keine zärtlichkeit. beide haben einzelhaft, d.h. 23 stunden am tag allein auf der zelle. auch die 24. stunde am tag müssen sie allein verbringen: einzelhofgang.
aus dieser situation heraus hatte ute am 14.3., ihrem geburtstag, einen schweren unfall in ihrer zelle. sie zog sich einen schwere kopfverletzung und einen wirbelbruch des 2. halswirbels zu. sie selber sagt, die schweine hätten es nicht gemacht, aber sie könnte sich auch nicht mehr daran erinnern wie es passiert ist. sie weiß nur noch, dass sie gerade sport auf der zelle machte.
sie wurde zunächst in ein städtisches krankenhaus gebracht. dort wurde ihr wirbelbruch festgestellt und sie anschließend in die uniklinik in lübeck verlegt.
einen tag später wollten genossinnen sie im krankenhaus besuchen, wurden aber nicht zu ihr gelassen. der behandelnde arzt teilt ihnen mit, dass ute querschnittsgelähmt ist. die intensivstation war besetzt mit bullen und nur ihre mutter kam aufgrund ihres durchsetzungsvermögens zu ute durch. sie lag in einer speziellen spannvorrichtung, so dass die gefährdete stelle nicht bewegt werden konnte. kurz danach wurde ute an der wirbelsäule operiert und in eine spezialklinik für querschnittsgelämte nach hamburg verlegt.
14 tage nach dem "unfall" wurde utes haftbefehle "ausser vollzug gesetzt".
die haftbefehle, die gegen ute noch bestehen, müssen weg. eine solche situation - wo noch haftbefehle gegen sie offen sind, also der zugriff des staatsschutzes auf sie nach wie vor gegeben ist - erschwert natülich wesentlich utes heilungsprozess. für ute macht es mehr sinn dafür zu kämpfen, wenn wir es schaffen eine erneute verhaftung von ihr, einen prozess gegen sie und eine anschließende knaststrafe zu verhindern. darum: die haftbefehle gegen ute müssen endgültig aufgehoben werden.
mit utes bewegungsfähigkeit geht es langsam voran. sie kann ihre finger und zehen etwas bewegen, den kopf und die schultern leicht anheben. sie hat ein großes programm an täglicher krankengymnastik. sie lernt mit dem mund zu malen, schreibmaschine zu schreiben und zeitung umzublättern. sie sitzt mittlerweile mehrere stunden am tag im rollstuhl. sie bekommt seit der aussetzung des haftbefehls jeden tag besuch.
ute und holger wollen sich sehen, sie haben beide anträge gestellt. bisher wird ihnen der besuch verweigert.

ein weiterer angriffspunkt der schweine war in dem zusammanhang mit dem verfahren gegen ute und holger die hetze gegen zentren des widerstands, in denen gelebt wird, von denen aus gekämpft wird. so wurde in hamburg die hafenstraße angegriffen:"die spur der raf führt in die hafenstraße",hamburger morgenpost, 12.12.89. dafür herhalten mußte die san jose demo 1988, an der ute teilgenommen hatte und ein personalausweis, den sie bei holger gefunden haben wollen. diesen ausweis sollen leute aus der hafenstraße geklaut haben.
am 15.5.90 fielen knapp 3000 bullen über die hafenstraße her. das viertel um die häuser wurde abgeriegelt und jedes haus von oben bis unten auf den kopf gestellt. als vorwand die häuser zu durchsuchen schoben die bullen einen haftbefehl gegen eine frau und einen mann, cora und kalle, vor. sie sollten ute und holger papiere und motorräder geklaut, eine waffe besorgt haben ect. beide werden nun als mitglider der raf gesucht. 11 menschen, die ihrem freundeskreis angehört haben, wohnen noch offiziell in der hafenstraße. auf die wohnungen der unterstützerinnen der unterstützerinnen lautete der durchsuchungsbefehl.
die haftbefehle dienten den schweinen als vorwand endlich mal in die hafenstraße reinzukommen und alles zu durch suchen. sie fertigten skizzen sämtlicher häuser an. durch dieses vorgehen verschaffen sie sich die möglichkeit mit weiteren konstrukten gegen die kämpfenden menschen in der hafenstraße vorzugehen. ihre konstrukte dienen ihnen als legitimation weiter gegen legale projekte und menschen des widerstands vorzugehen.
nach der ersten großen welle der pressehetze nach der verhaftung von ute und holger war es einige monate ruhig geworden. in den letzten wochen aber tritt der staatsschutz wieder verstärkt mit seinen lügen an die öffentlichkeit. das hat viele gründe: denunziation, spaltung und es dient auch der vorbereitung weiterer festnahmen. das zeigte sich an der durchsuchung der hafenstraße. immer selbstverständlicher greifen die schweine auf ihr lügenkonstrukt, die gesamt-raf zurück. es wird der öffentlichkeit als allgemeine tatsache verkauft.

auffällig an ihrer derzeitigen lügenprpaganda ist die ausweitung ihres konstuktes über den antiimperialistischen widerstand hinaus. der gesamte widerstand ist ziel ihres angriffs. der widerstand ist zum politisch-ideologischen arm der raf aversiert. so behauptet das bka: "die raf werde von kämpfenden einheiten aus der autonomen szene unterstützt und habe sich einen politisch-ideologischen arm zugelegt, der rund 1500-2000 personen umfasst. diesm kreis rechnet hessel(bka-fahndungschef) auch die bekennerschreiben der letzten jahre zu, denn die terroristen um meyer seien machertypen, die anschäge vorbereiten und ausführten, aber für die ideologische arbeit nicht in frage kämen." zum einen weiten sie hiermit den personenkreis, der raf sein soll aus, auf die autonomen zusammenhänge, zum anderen schaffen sie sich aus diese weise immer neue tatvorwürfe gegen die sog. legalen mitglieder der raf. jetzt soll das legale umfeld die bekennerinnenschreiben ausarbeiten, so werden wir zu mitwisserinnen, mitplanerinnenund mittäterinnen gemacht.
aber nicht genug für den brd-staatsschutz. zur neusten aufgabe des sog legalen arms der raf gehört laut bka auch das vorbereiten von anschlägen. o-ton hessel: "ungefähr 9 monate sind die fahrtrouten von herrhausen ausspioniert worden, erst in den letzten 3 monaten vor dem attentat hat sich der harte kern der terroristen eingeschaltet und bei der vorbereitung mitgearbeitet."
wir müssen diesen angriff sehr ernst nehmen. hier zeigt sich eine linie wie sie den TREVI-beschluß von 1987 durchsetzen wollen. auf diesem TREVI-treffen beschlossen die schweine den widerstand bis 1992 zu zerschlagen.
setzen sie die ausweitung des gesamt-raf-konstuktes hier in der brd weiter durch, werden sie bald alle legal um befreiung kämpfende menschen als mittäterinnen verurteilen können. sicher ist, dass sie bestimmte widersprüche und inhalte in ihrem europa der bullen, bonzen und militärs nicht mehr haben wollen, da sie keine störung bei ihren kapitaltransfers ect. gebrauchen können.
im zusammenhang mit der verhaftung von ute und holger sind mittlerweile noch 3 weitere menschen kriminalisiert worden. kalle und cora wegen mitgliedschaft, jürgen wegen unterstützung. sie versuchen ihr gesamt-raf-ding weiter durchzusetzen und auszuweiten. wir begreifen das als angriff auf uns alle!
dagegen sehen wir unsere solidarität mit der raf, den kämpfenden gefangenen hier und überall auf der welt und allen kämpfen um selbstbestimmung, unabhängigkeit und befreiung.
dagegen sehen wir unsere politische identität als widerstand und unsere kollektive verantwortung für das leben aller menschen. no pasaran!
ganz liebe grüße an susanne albrecht, eine frau, die vor ein paar tagen in ostberlin verhaftet wurde.
keine auslieferung von susanne an die brd!

...irgendwer, irgendwie, irgendwas... in der Hafenstraße...





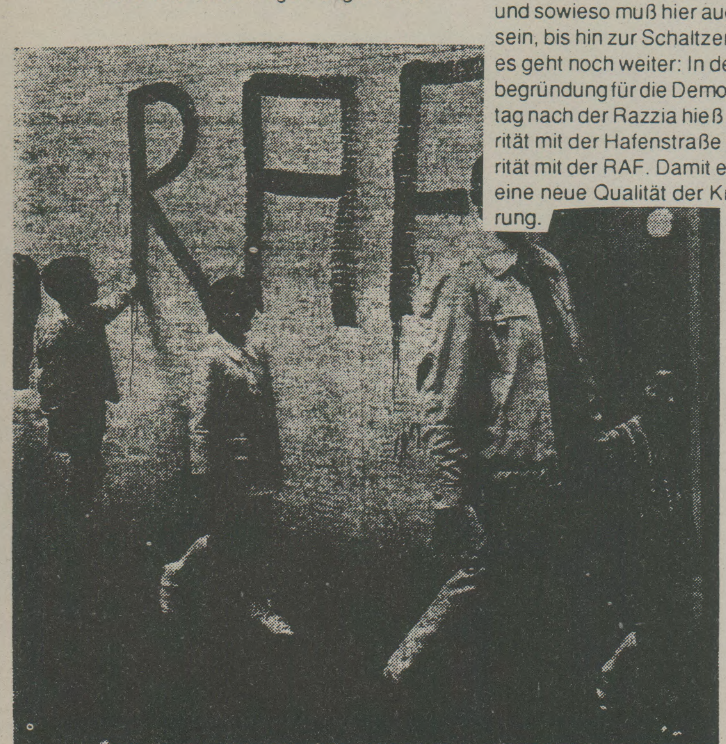
Am Dienstag, den 15.Mai 1990, wurden auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft unsere Häuser gestürmt, besetzt und durchsucht. Zirka 3000 Bullen und BGS-ler waren an der Aktion beteiligt. In ihrem Schutz kamen ungefähr 150 BKA und LKA Beamte, die die Durchsuchung vornahmen und lastwagenweise sogenanntes "Beweismaterial" abschleppten. Weder BewohnerInnen, NachbarInnen, Presse, teilweise AnwältInnen kamen rein oder raus. Im Umkreis von 300 Metern um die Häuser sperrten sie alles ab und für die Dauer des ganzen Tages war für alle, die in dem Sperrgebiet wohnen bzw. gemeldet sind, ein Passierscheinsystem vorbereitet worden. Als Grundlage für Kontrollsystem, Komplexdurchsuchung usw. dienten Teile aus den Notstandsgesetzen von 68 und 76/77. Gegenüber, auf dem Gelände von DFDS, wurde ein Gefangenenlager eingerichtet (22 Festgenommene, die aber wieder freigelassen wurden). Der Sturm auf die Häuser und die Durchsuchung ziehen sich über 10 Stunden hin. In einem Haus schmissen sie jeden von uns auf den Boden, fesselten die Leute mit Plastikfesseln; in ein Anderes drangen sie mit gezogener Pistole ein. Erst Stunden nach dem Beginn des Feldzuges und dem Auftauchen einer Reihe von Anwälten ließ die BAW eine auf Hochglanz gedruckte Erklärung raus, die nicht mehr besagte als das angeblich irgendwelche Leute irgendwo bei einem Versuch dabeigewesen sein sollen irgendwas vor diesem korrupten Staatsapparat zu verbergen. Gleichzeitig zu der Aktion bei uns laufen in Hamburg zwei Durchsuchungen in Privatwohnungen und im Buchladen "Schwarzmarkt". Später erfahren wir noch von einer Durchsuchung in Hannover. Auch in anderen Städten wurden Bewegungen von Menschen beobachtet und teilweise deren Personalien überprüft.

Mit der Razzia, die über Monate geplant und bundesweit koordiniert wurde, hat in unseren Augen die BAW die Federführung bei der Bewältigung des "Problems Hafenstraße" übernommen. Es wird zwar weiterhin versucht uns über das Mietrecht zu kündigen und zu räumen (nächster Prozeßtermin: 2.Juli), aber wir können uns schlecht vorstellen, daß die BAW nach Hamburg gekommen ist um uns lediglich einen Schrecken einzujagen. Mit solchen Interpretationen, wie sie am nächsten Morgen zum Beispiel in der MOPO standen: "Außer Spesen nix gewesen!" können wir nix anfangen: sie stellen den Sachverhalt völlig auf den Kopf. Wir nehmen die Durchsuchung sehr ernst, denken, daß sie der Beginn einer neuen Qualität des Angriffs gegen uns als Ganzes und gegen Einzelne ist.

Als offizielle Begründung des Ganzen dienen zwei Haftbefehle gegen Cora und Kalle wegen angeblicher "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (RAF)". Die Durchsuchungsbefehle wurden gestützt auf "Kontaktverdacht" von elf Menschen von uns zu den beiden. Cora und Kalle haben hier mit uns gelebt. Das sie nicht mehr hier wohnen ist den Bullen aus früheren Einsätzen, spätestens aber seit der Razzia vom 3.4.90 (damals wollten sie drei Haftbefehle vollstrecken, einer davon gegen Kalle wegen 100 DM Bußgeld), sowie der permanenten Observation der Häuser nur zu bekannt. Cora und Kalle sind hier weggegangen. Cora sollte eineinhalb Jahre Knast absitzen. Zu allem Weiteren ist von uns aus nichts zu sagen; das können nur Cora und Kalle selber tun. Quasi als nachträgliche Begründung der Razzia erklärt Rebmann eine Woche später, eine Wohnung in der Hafenstraße "entdeckt" zu haben, die nach "Anlage und Ausstattung" als "Schaltzentrale der RAF in Norddeutschland" anzusehen sei. Dazu sagen wir: Barer Unfug. Diese Wohnung wurde in den letzten vier Jahren zweimal durchsucht, von der HEW und der Lawaetz-Stiftung begangen, und schon damals gab es eine angemeldete Funkanlage und eine E-Werkstatt, ebenso wie die Zugänge zu Keller und Hinterhof. Nichtsdestotrotz machen sie daraus, aus den Computern, dem Fotolabor, dem Kopierer, sowie ihrem Charakter als Gemeinschaftswohnung ein '129a Verbrechen' - daß heißt Unterstützung der oder Mitgliedschaft in der RAF.

Das Ganze basiert auf der seit Jahren von der BAW angewendeten Ebenenkonstruktion in der RAF: Kommandoebene - kämpfende Einheiten - legaler Arm der RAF. Konkret auf uns bezogen sieht ihre bisherige Konstruktion so aus:

Im Dezember 1989, nach der Aktion gegen Herrhausen, werden in Norddeutschland Ute Hladcki und Holger Deilke festgenommen und ohne konkreten Tatvorwurf zur RAF-Kommandoebene hochstilisiert. Wenig später wird eine Kate in Lasbek entdeckt, wo zwei Leute gewohnt haben sollen, die öfter Besuch von Ute und Holger gehabt hätten. Heute geht die BAW davon aus, daß es Kalle und Cora waren. Kurz darauf werden mehrere Leute im Raum Hamburg verhaftet. Einer der Verhafteten gibt an, er sei von einem Kalle in der Volxküche angesprochen worden, ob er nicht den Strom für die Kate in Lasbek anmelden könne. Außerdem in in diesen Tagen, riesige Schlagzeilen in den Zeitungen: "Spur der RAF führt in die Hafenstraße!". Die Bullen hatten bei Holger einen Ausweis gefunden, der aus einem Autoaufbruch vor unseren Häusern stammen soll. Ihr Konstrukt ist simpel: Ute und Holger RAF-Kommandoebene, Kalle und Cora auch irgendwie RAF, und da sie hier im Hafen gewohnt haben und sowieso muß hier auch die RAF sein, bis hin zur Schaltzentrale. Und es geht noch weiter: In der Verbotsbegründung für die Demo am Samstag nach der Razzia hieß es, Solidarität mit der Hafenstraße sei Solidarität mit der RAF. Damit eröffnen sie eine neue Qualität der Kriminalisierung.



Nicht nur der bewaffnete Kampf, bereits der Versuch gesellschaftliche Alternativen offen zu leben wird zum Unding erklärt und mit ihrem ganzen innenpolitischen Machtapparat bekämpft. Öffentlich werden Überlegungen angestellt, ob nicht eine dauerhafte Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht um darüber das SOG anwenden zu können. Das hieße: Räumung und Abriß der Häuser und dazu noch mehrere von uns für Jahre in den Knast. So, wie sie in der Geschichte immer wieder durch Terror und Propaganda versucht haben, den bewaffneten Kampf als sinnlos erscheinen zu lassen, versuchen sie jetzt durch ihren massiven europaweiten Angriff auf besetzte Zentren (Holland, Dänemark) uns jede Perspektive zu nehmen, wollen sie uns mit unseren Träumen in die Isolation drücken.

Und wir ?

In den ersten Diskussionen nach der Durchsuchung haben wir festgestellt, wieviel Arbeit untereiander noch notwendig ist, diesem Angriff standzuhalten oder ihn gar zurückzuweisen. Aber es ist nicht nur das. Es fällt uns auch schwer, genau zu fassen, was diesen Angriff eigentlich ausmacht, was er auch mit uns macht.

Bei den verschiedenen Diskussionen und Versuchen, ein Flugblatt dazu zu schreiben, sind wir immer dabei stehen geblieben, den Angriff zu beschreiben und ihn durch eine politische Analyse zu erfassen (allgemeine politische Lage, Zusammenbruch des Ostblocks, der DDR Wiedervereinigung, Europa 92, 2/3 Gesellschaft, Zustand der Linken, Angriff auf die Linke). Und das, obwohl wir ziemlich klar haben, daß es nicht reicht die Razzia nur zu beschreiben und die Konstruktionen der BAW festzustellen. Wir denken, daß wir ihren Angriff nur brechen können wenn wir das, was uns ausmacht, unseren Alltag, unsere unterschiedlichen Ansätze, besser zusammenkriegen. Und das es notwendig ist, uns selbst wieder gegenseitig ernster zu nehmen, was voneinander zu fordern, Widersprüche anzugehen und die Streits daran durchzustehen. Denn eins ist klar: Sie haben hier nicht Wattebäuschchen und Bonbontüten mitgenommen, sondern Dinge, die mit unserem konkreten Alltag, unserer politischen Praxis was zu tun haben. Was sie daraus basteln ist eine Sache, insofern sind es ihre Konstruktionen. Aber sie basteln mit etwas was es hier konkret gibt, was uns auch ausmacht und worüber es auch immer wieder kleinere und größere Streits gab. Sei es über Fragen wie wir uns die Kohle besorgen, die wir zum Leben brauchen, wie wir politisch handeln, wie wir mit Drogen umgehen, was für Strukturen unter uns herrschen. Wir entwickelten zum Beispiel eine Mentalität, vieles, was in unserer besonderen Situation möglich wurde, einfach auszuprobieren, ohne es mit allen oder verantwortlich bis in die letzte Konsequenz zu durchdenken. Die vordergründige Stärke, mit 150 Leuten auf einem Fleck gegen diesen Staat zu leben, machte uns sicher auch leichtsinnig und angreifbarer für die andere Seite. Das macht es für uns wohl auch so schwer, etwas dazu zu sagen; weil uns der Angriff trifft, trifft in dem wie wir sind, was wir machen.

Und nicht nur das. Es ist auch ein verdammt großer Unterschied, ob sie wie 86/87 hier auflaufen und nach und nach Wohnungen räumen, wir aber, wenn auch beengt, die Möglichkeit hatten, weiter zusammen zu sein und gemeinsam was zu entwickeln - oder wenn du mit dem Gefühl im Magen rumläufst, daß sie jetzt jeden Tag kommen können um welche von uns festzunehmen und vielleicht für Jahre in den Knast zu stecken. Nicht "nur" Wohnungen räumen, Menschen räumen. Und natürlich haben wir auch Angst, daß wir es vielleicht nicht schaffen könten, dem Ganzen, was gerade gegen uns läuft, noch rechtzeitig was entgegenzusetzen. Wo es im Moment eben nicht so aussieht wie "damals", als eine breite linke Öffentlichkeit von dieser Stadt Toleranz forderte. Nicht nur, daß BKA und BAW sich in einem Maße wie noch nie eingeschaltet haben, auch eine total veränderte gesellschaftliche Realität macht uns zu schaffen. Die Herrschenden sind dabei, genau das aus den Köpfen vieler Menschen zu vertreiben wovon wir immer gelebt haben: Die Utopie einer anderen Gesellschaft, den Traum, Probleme, die das Miteinander von Menschen ergeben, anders zu lösen, als der Kapitalismus sich das vorstellt.

Diese Beschreibung unserer Gefühle hier hat nichts mit Opfermentalität zu tun, sondern genau mit der Schwierigkeit, daß ihr qualitativ härterer Angriff auch neuere und bessere Antworten von uns erfordert, die wir gerade jetzt nicht einfach aus dem Ärmel schütteln können, die wir auch nicht allein finden können und wo uns zur Zeit auch vieles auf die Füße fällt, was wir versäumt haben zu klären.

Wir haben zwar eine gemeinsame Geschichte hier im Hafen, lernen uns in den verschiedenen Situationen immer wieder neu und besser kennen; und was uns eint ist, daß wir jede/r an unterschiedlichen Punkten mit der kapitalistischen Gesellschaft hier angeeckt sind, daß wir so wie früher nicht weiterleben wollten, was Neues ausprobieren wollten, uns dem Zugriff von Bullen, Ausbeutern, ätzenden Familien - und Beziehungsstrukturen entziehen wollten - es einfach anders machen und verändern wollen; und uns auch gegen all das besser wehren wollen. Und doch haben wir im Alltag der letzten Jahre gemerkt, wie leicht sich Gruppen und Strukturen verselbständigen. Das Gefühl für Gemeinsamkeit hatte in der letzten Zeit oft nicht den Stellenwert, der ihm gebührt und Gruppen oder Einzelinteressen standen im Vordergrund. Frau/Mann hatte eigene Schwierigkeiten und den Konflikten außerhalb der Kleingruppe wurde zu oft aus dem Weg gegangen. So entstanden selbst hier im Hafen in den letzten Jahren fast vollständig getrennte Lebenszusammenhänge. Wir verloren fast ein gemeinsames Ziel aus dem Auge. Und so knapp die Zeit auch ist, während wir diesen Angriffen gegenübertreten, brauchen wir auch Raum für klärende Diskussionen, Kritik und Veränderung. Nur in einer freiwilligen, selbstgewollten Gemeinschaft können wir die Stärke erarbeiten, die wir jetzt brauchen.

Dieser Berg war uns schon vorher deutlich, wir haben nicht erst seit der Durchsuchung begonnen daran zu gehen und etwas verändern zu wollen. Wir hatten gemerkt, daß es so, wie es ist, eigentlich nicht weitergeht. Aber es bleibt zu oft bei moralischen Appellen stehen: "Wir müssten das oder das mal angehen!" Und genau das fällt uns immer wieder auf die Füße. In extremen Situationen, wo wir zum gemeinsamen Handeln einfach gezwungen sind oder auch wo wir einfach Lust haben, gemeinsam aktiv zu werden, wird es immer wieder deutlich, daß da Lähmung ist, Sprachlosigkeit oder unfruchtbarer Streit. Und dann geht wieder alles so seinen gewohnten, alltäglichen Gang. Jede/r macht so seine Sachen. Es wird immer deutlicher, daß es existenziell für uns ist, das jetzt zu durchbrechen.

Es geht nicht darum, alles, was wir gemacht haben und machen, in Frage zu stellen, in einem großen Aufwasch alles wegzufegen. Denn in allem steckt ja auch das, was uns ausmacht, unsere Hoffnungen, unsere Versuche, was zu machen, der anderen Seite was entgegenzusetzen. Aber es geht um das "Wie". Wie machen wir das, z.B. auch in einem wiedervereinigten Deutschland oder einem vereinigten Europa als Zusammenhang zu existieren bzw. als eigene Kraft zu stehen gegen den Kapitalismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Es geht darum uns selbst und unsere Situation mal ganz nüchtern zu betrachten. Es geht um die solidarische Diskussion und Aktion mit allen, die sich angesprochen fühlen und die mit uns weitergehen wollen.



KEIN AUSLÄNDERGESETZ! GRENZEN AUF FÜR ALLE!!

Im Eilverfahren wird zur Zeit das neue Ausländergesetz durchgedrückt. Es ist ein Sondergesetz gegen Menschen aus Nicht-EG-Ländern.
Den Vorstellungen der Wirtschaft wurde entsprochen, befristet Arbeitskräfte hereinzuholen, um diese nach Belieben wieder auszuweisen. Oppositionelle politische Betätigung der hier lebenden MigrantInnen wird unter Androhung der Ausweisung stark beschränkt.
Den Frauen bringt das Gesetz noch besondere Benachteiligungen. So sind sie z.B. hauptsächlich von der Regelung betroffen, daß der Bezug von Sozialhilfe als Ausweisungsgrund gilt.
Die Macher des Gesetzes erfüllen sich ihre eigene Forderung nach Abschottung der Grenzen selber.
Ausweisungsgrund kann all das werden, was "den Interessen der BRD" zuwiderläuft. Dazu gehört selbst das mehrmalige Begehen von Ordnungswidrigkeiten. Durch die vielen Kann- und Soll-Bestimmungen wird der Ermessensspielraum der Ausländerbehörden erheblich ausgeweitet. Die Rechte, auf die sich hier lebende MigrantInnen berufen können, werden beschnitten.
Gerade zur Zeit werden die Emotionen geschürt für ein Großdeutschland. Ein Fremdenhaß, Rassismus entwickelt sich und das quer durch die Bevölkerung. Die Angst der hier Lebenden etwas verlieren zu müssen, bestimmt zum Teil das Bewußtsein. In einem solchen fremdenfeindlichen Klima fällt es dem Staat leicht, dieses Gesetz durchzusetzen. Es wird die Grundlage sein für neue, entfesselte Formen gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus der kommenden Jahre.
Wir sehen die Neuregelung auch im Zusammenhang mit der europäischen Vereinheitlichung. Während die Binnenmarktgrenzen für Kapital, Arbeitkräfte, Dienstleistungen und Waren fallen sollen, bauen die einzelnen Länder immer höhere Schutzwälle gegen die MigrantInnenfluten vor allem aus den Ländern des Trikonts, aber auch aus Osteuropa auf.
So beantwortet sich auch die Frage, warum so kurz vor der Schaffung des "europäischen Rechtsraumes" noch ein Gesetz von so großer Tragweite, wie das Ausländerrecht neugeregelt wird: als Vorbereitung für ein Europa, in dem der Zuzug der Nicht-EG-AsländerInnen streng unter Kontrolle gehalten werden soll.

Abschottung gegen Nicht-EG-MigratInnen

Die Einreisebestimmungen gegenüber Nicht-EG-MigrantInnen werden im neuen Gesetz erheblich verschärft. Staatlich erklärtes Ziel ist es, Menschen erst gar nicht in die BRD gelangen zu lassen, die hier einen Asylantrag stellen könnten.
Der für alle Länder der "Dritten Welt" und Südosteuropa eingeführte Visumszwang soll dies bewirken (ausgenommen sind nur westeuropäische Länder, USA, Kanada, CSFR u.ä.). Fluggesellschaften werden verpflichtet, Menschen nur noch mit gültigem Visum in die BRD zu befördern. Die bundesdeutschen Botschaften schrauben die Kriterien zur Vergabe eines Visums immer höher. Einreisevisa werden u.a. nur noch erteilt, wenn entsprechende Einladungsschreiben von Verwandten oder Freunden aus der BRD vorliegen oder wenn eine genügende materielle Absicherung nachgewiesen werden kann.
Doch trotz Visum wird die Einreise in die BRD weiter erschwert. So kann der BGS die Einreise verweigern, wenn der "Aufenthalt aus einem sonstigem Grunde die Interessen der BRD beeinträchtigt oder gefährdet". Was alles ein solcher Grund sein kann, bleibt der jeweiligen Willkür überlassen.
Die Einreise kann ebenfalls verwehrt werden, falls die Beamten den Eindruck haben, daß der Aufenthalt in der BRD einen anderen als dem angegebenen Zweck dient. So wird eine Praxis, die bisher von den Grenzbehörden illegal angewandt wurde, legalisiert. Flüchtlinge, die an der Grenze einen Asylantrag stellen, werden zurückgewiesen mit der Behauptung, ihr Antrag sei unbegründet, denn sie wollten sich ja doch nur einen Aufenthalt erschleichen.
Neu ist weiter, das der BGS zu erkennungsdienstlichen Maßnahmen gegenüber MigrantInnen berechtigt ist. Damit verschafft sich der Staat eine noch größerer Handhabe, Menschen aus anderen Ländern zu erfassen und zu kontrollieren.

Zwang zur Arbeit, Sklavenarbeit

Trotz hoher Arbeitslosigkeit, trotz immer neuer Verordnungen zu Ausweitung des Arbeitszwangs beklagen die Unternehmer, daß es in bestimmten Bereichen, vor allem auch in Gastronomie, Landwirtschaft und im sog. Dienstleisungssektor zu wenig willige Arbeitskräfte gibt. Dem soll mit dem neue Gesetz abgeholfen werden.
Wenn der Bezug von Sozialhilfe zum Ausweisungsgrund wird, und längere Arbeitslosigkeit das Aufrücken in einen sichereren Aufenthaltsstatus verhindert, dann muß auch die schlechtest bezahlte und mieseste Arbeit angenommen werden, auch wenn es dafür weniger Geld gibt als Arbeitslosenhilfe.



Der Marsch der Roma — am 9. Januar vor dem Verfassungsschutzgebäude in Köln

Neu eingeführt wird auch das Rotationsprinzip. Damit können BRD-Kapitalisten ArbeiterInnen aus Nicht-EG-Ländern für höchstens zwei Jahre anwerben, danach müssen sie je nach Bedarf wieder zurück oder eine Verlängerung wird beantragt.
Ebenso offen nur aufs Verwertungsinteresse ausgerichtet ist eine neue Bestimmung, mit der quasi Wanderarbeit gesetzlich geregelt wird. Die Bundesregierung verfügt, daß für bestimmte Branchen oder Saisonarbeiten (z.B. Ernteabeiten in der Landwirtschaft) ArbeiterInnen aus Nicht-EG-Ländern geholt werden können. Ihre Bewegungsfreiheit kann jeweils auf eine festgelegte Region beschränkt werden, genauso wie die Zeit, die sie bleiben sollen. Wenn ihr "Arbeitseinsatz" beendet ist, sollen die ArbeiterInnen wieder abgeschoben werden.
"Um der echten privaten Barmherzigkeit keine unnötigen Schranken zu setzen", der "Allgemeinheit" jedoch keine zusätzlichen Kosten aufzubürden, können Dritte (also etwa Kirchen) eine achtjährige Bürgschaft übernehmen und müssen sich verpflichten, alle Kosten für den Lebensunterhalt einschließlich der Ausreisekosten zu übernehmen. Im ungünstigsten Fall kann ein Flüchtling an einen obskuren Bauunternehmer geraten, der ihn/sie als SklavIn behandelt und unter menschenunwürdigen Bedingungen ausbeutet.
Durch solche Regelungen, wonach ein Teil der ausländischen ArbeiterInnen ihre Arbeitskraft billig verkaufen müssen und nebenbei die Sozialleistungen eingespart werden, wird der Druck für alle anderen ArbeiterInnen ausgeweitet, sich auch schlechteren Arbeitsbedingungen zu unterwerfen.

Die Sondergesetze gegen AusländerInnen sind sexistisch

Schon von ihrer ganzen Struktur spiegeln die Ausländer- und Asylgesetze den Sexismus ihrer Macher wider. Sie sind zugeschnitten auf den Mann, der als Arbeiter in die BRD gekommen ist oder als politisch Verfolgter hier Asyl beantragt hat.
MigrantInnen tauchen im Gesetz hauptsächlich als Ehefrauen und Familienangehörige auf - als Anhängsel der Männer. Die überwiegende Mehrheit der ca. 2 Millionen Ausländerinnen sind auf dem Weg des sog. Familiennachzugs zu ihren Ehemännern in die BRD gekommen. Ihr Aufenthaltsrecht ist abhängig vom Mann. Erst nach vier Jahren Ehe in der BRD können sie ein eigenständiges Aufenthaltsrecht beantragen. Diese Abhängigkeit zwingt die Frauen dazu, sich ihren Ehemännern zu unterzuordnen, was diese als Druckmittel ausnutzen können.
Eine eigene Aufenthaltserlaubnis bekommt die Frau aber auch nur dann, wenn sie eine "gesicherte Existenz" nachweisen kann, also keine Gelder vom Staat bezieht. Wenn sie auch von sonst niemandem Geld erhält, braucht sie einen Arbeitsplatz und eine Arbeitserlaubnis. Aufgrund der Vorzugsregelung für Deutsche und EG-Menschen kriegen Frauen aus Nicht-EG-Ländern nur die allerletzten Arbeiten, die sonst niemand machen will. Für viele Frauen heißt also die Alternative zu einer unerträglichen Ehe, in einer Putzkolonne oder an einem Fließband ausgebeutet zu werden.

Mithilfe der Sondergesetze gegen AusländerInnen will der Staat die absolute Kontrolle über die nichtdeutsche Bevölkerung an sich ziehen.
In den 70er Jahren sind durch den massenhaften Nachzug von Kindern und Frauen ("Familiennachzug") feste Strukturen in den griechischen, türkischen oder kurdischen Gemein-

schaften entstanden. Der Familiennachzug ist sicher auch gewährt worden, um die Unzufriedenheit der Männer mit ihrer Lebenssituation, die sich u.a. in einer großen Kampfbereitschaft bei Streiks ausdrückte, zu dämpfen.
Aber die sich durch die nachziehenden Familien entwickelnden Gemeinschaftsstrukturen machten es dem Staat immer schwerer, nach Belieben MigrantInnen rauszuwerfen; sie sind mit der Rückhalt z.B. für Widerstand gegen faschistische Übergriffe.
Diese gefestigten Gemeinschaften sind entstanden und werden zusammengehalten durch die Frauen.
Will der Staat die weitere Verfestigung nichtdeutscher Menschen hier verhindern, muß er den Nachzug von Frauen und Kindern stoppen. Deswegen werden die Bedingungen für den Familiennachzug verschärft.
Nach dem Gesetz dürfen Familienangehörige nur in die BRD kommen, wenn "ausreichender Wohnraum" nachgewiesen werden kann, d.h. die Wohnung muß in ihrer Größe mindestens dem Standard einer Sozialwohnung entsprechen (z.B. für 2 Erwachsene und 3 Kinder: 85 qm). Außerdem muß nicht nur nachgewiesen werden, daß der Unterhalt der nachziehenden Kinder bzw. Frau gesichert ist, sondern daß auch kein anderes Familienmitglied auf öffentliche Gelder angewiesen ist.
AusländerInnen der "zweiten Generation" (so werden MigrantInnen bezeichnet, die bei der Ersteinreise nicht volljährig waren) dürfen ihre/n EhepartnerIn erst nachholen, wenn sie selbst mindestens acht Jahre in der BRD leben. Zusätzlich muß die Ehe schon ein Jahr bestanden haben, d.h. daß die Eheleute ihr erstes Ehejahr getrennt leben müssen (laut BRD-Recht ist ein Jahr Trennung Beweis für eine Scheinehe. Laut Scheidungsrecht gilt eine Ehe nach einjähriger Trennung als zerrüttet)



ITALIEN

In Italien ist bereits seit Februar 1990 ein neues Immigrationsgesetz in Kraft: es verspricht den illegalen EinwandererInnen, die nachweisen können vor Dezember 1989 eingereist zu sein und wenn sie sich bereits Mitte März bei den Behörden gemeldet haben, eine Amnestie, zudem auch noch Pensions- und Krankenkassenansprüche, ja sogar die bevorzugte Zuweisung von Wohnungen.
Für viele schien es ein guter Weg, die nahezu 950.000 Illegalen vor der extremen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft in Steinbrüchen, auf den Feldern und Fischkuttern zu schützen. Doch sie übersahen, daß sich nur wenige auf den Amnestievorschlag melden würden, da sie dann Abgaben zahlen müßten; bei Tagelöhnen von oft weniger als 15 DM unmöglich (taz 23.2.90)
Doch die angebliche Bevorzugung rief bewaffnete faschistische
Bürgerwehren auf den Plan. Unter dem Vorwand, daß die ImmigrantInnen mit Aids "durchseucht" oder angeblich DrogendealerInnen seien, machten sie Menschenjagd. Anfang März wurden in Florenz ambulante afrikanische Händler mit Stöcken und Messern angegriffen und mehrere schwer verletzt, unter dem Motto: "Kein Zimmer für Neger, solange nicht jeder Italiener ein Dach über dem Kopf hat!" (FR 6.3.90)
Während in der italienischen Öffentlichkeit helle Empörung über die "Lynch-"justizaktionen herrschte, sah sich nun die florentiner Stadtverwaltung genötigt "den Bürgern zu zeigen, daß wir das Phänomen Immigration im Griff haben".(Bürgermeister Morales, taz 19.3.90)
Nachdem Mitte März die Meldefrist abgelaufen war, durchkämmten die Bullen systematisch Viertel um Viertel nach illegalen ImmigrantInnen. Mehrere hundert Einlieferungen in Abschiebehaft verzeichneten die Behörden bereits nach weniger als einer Stunde Polizeiaktivität. Nun fühlten sich die Knüppel- und Dolchgruppen erst recht ermutigt, Schwarze anzugreifen.
Auf die Frage, warum sie die Schlägerbanden nicht stellen, antwortete ein Bullenoffizier: "Können wir derzeit nicht, weil wir alle im Einsatz bei Razzien gegen Farbige sind."(taz 19.3.90)
Gleichzeitig werden die Grenzen absolut abgeschottet.
Mittlerweile wurde in Italien sogar beschlossen, die Grenze mit Armee und Marine gegen Flüchtlinge zu "schützen", während Schwarze angebliche "Drogendealer" von einer Art "Todesschwadronen" ermordet werden.
Interessant ist an dem Gesetz, daß es mit Zustimmung von Christ- und Sozialdemokraten, Sozialisten und Liberalen, aber auch Grünen und Kommunisten verabschiedet wurde. Und aus anderen EG-Ländern rufen die Behörden in Italien an, so ein Ordnungsbeamter, "und fragen nur, wie griffig unser neues Gesetz zum Abschieben ist".(taz 19.3.90)



Kriminalisierung von Widerstand

Die politische Betätigung von MigrantInnen, besonders der radikaleren, soll mit dem neuen Ausländergesetz noch weiter eigeschränkt werden.
Sowohl politische Aktivitäten gegen die Unrechtsregime in den Herkunftsländern als auch Protest und Widerstand gegen die Situation hier können kriminalisiert werden, sofern sie "den Interessen der BRD" widersprechen. Das Gesetz gibt die Möglichkeit MigrantInnen abzuschieben, die gegen die äußerst weit und dehnbar gefaßten Verbotsvorschriften verstoßen haben sollen.
Das Gesetz "schützt den äußerst sensiblen Bereich der außenpolitischen Beziehungen der BRD. Dieser Bereich muß umfassend der Gefahr störender Einwirkungen durch Ausländer entzogen werden."(aus der Kommentierung zum Gesetz)
Das ist das faktische Verbot für AusländerInnen, gegen die Zustände in den Heimatländern zu demonstrieren, z.B. anläßlich des Besuchs ausländischer Politiker.
Wenn Generalbundesanwalt Rebmann fordert, in Zukunft sogenannte "terroristische Straftäter" nicht mehr in der BRD den Prozess zu machen, sondern sie sofort abzuschieben, dann gibt das neue Gesetz ihm jetzt die rechtliche Möglichkeit dazu. Das ist die Lehre daraus, daß sie im Verfahren gegen die 18 KurdInnen der PKK (Arbeiter- und Bauernpartei Kurdistans) kein Stück damit weitergekommen sind, nationale Befreiungskämpfe hier zu verurteilen.
Aber nicht nur Exilparteien und -organisationen sollen leichter kriminalisiert werden.
Den hier lebenden AusländerInnen wird generell die Verantwortung für das "friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern" auferlegt, obwohl sie es sind, die rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind. Das heißt, daß MigrantInnen, die sich gegen faschistische Angriffe zur Wehr setzen, nach dem Gesetz abgeschoben werden können.
Wir gehen davon aus, daß sich ein breiter Widerstand gegen dieses System nur mit AusländerInnen entwickeln kann, und die rassistischen Benachteiligungen nur durchbrochen werden können, wenn die AusländerInnen sich nicht mehr von ihren Fürsprechern vertreten lassen, sondern selbst auf die Straße gehen. Genau gegen eine solche Entwicklung richtet sich das Gesetz.

Hinzu kommt, daß auch AusländerInnen immer häufiger sich nicht mehr mit ihrer miserablen Situation abfinden. Sie werden genötigt zu klauen, hehlen, dealen und Frauen oft auch zur Prostitution. Und eine längere oder mehere Freiheitsstrafen und der Verkauf von illegalen Drogen auch kleinster Mengen (sogar von Haschisch oder Gras) sind Abschiebegründe. Von solchen Abschiebungen sind auch anerkannte Asylberechtigte betroffen, die selbst dann ins Heimatland abgeschoben werden können, wenn dort "sein LEBEN ...bedroht ist."

Deutsche Kontinuität

Historisch gesehen ist die aktuelle Verschärfung der Sondergesetze die Fortschreibung der Fortschreibung der faschistischen Ausländerpolizeiverordnung von 1938.
Als konkrete Maßnahme im Zuge der Kriegsvorbereitung mußte die völlige Rechtlosigkeit von AusländerInnen geregelt werden, damit keine Probleme bei der Rekrutierung und Deportation zur Zwangsarbeit und bei der Erhaltung der inneren Sicherheit im Krieg auftraten. Die geringen Rechte, auf die sich Nichtdeutsche bis dahin berufen konnten, wurden auf diesem Wege völlig abgeschafft, fortan waren sie nur noch staatlicher Willkür ausgesetzt.
Vor allem wurden zahlreiche neue Ausweisungsgründe aufgeführt, kein einziger verlor bis heute sein Gültigkeit - einige wurden lediglich sprachlich verändert.
Deutsche Kontinuität heißt, daß diese faschistische Verordnung, die die völlige Entrechtung von AusländerInnen formal abgesichert hatte, mühelos mit der angeblich so freiheitlichen Rechtsordnung der BRD zu vereinbaren war und erst 1965 durch das bisher geltende Ausländerrecht ersetzt wurde.
Grund für die Überarbeitung 1965 war vor allem, daß die Verordnung in einem "Rechtsstaat" nicht mehr voll ausgeschöpft werden konnte. So mußten wieder Ausweisungsgründe neu hinzugefügt werden (z.B. Prostitution, Gefährdung der Sittlichkeit und Gesundheit ...) Außerdem sollte dem Gesetz der modrige NS-Geruch genommen werden, wegen dem bei einzelnen Sachbearbeitern gewisse innere Bedenken für eine "straffe Handhabung" bestanden.

Fazit

Die Ursachen für die Flüchtlingsströme aus der sogenannten Dritten Welt und aus Süd- und Osteuropa liegen in den Metropolenländern. Die bis heute andauernde jahrhundertelange koloniale Ausbeutung, imperialistische Kriege, kapitalistische Durchdringung und patriarchale Strukturen haben alle eigenständigen Überlebensformen der Völker fast restlos zerstört.

IWF, Weltbank, NATO und andere Agenturen bestimmen die Lebensbedingungen, das Ausmaß an Ausbeutung und Verhungern in praktisch allen Ländern.
Dagegen der Widerstand der Frauen, Kinder und Männer, die sich nicht mit ihrer Rolle als Opfer begnügen, sondern sich auflehnen gegen die Alternative vernutzt oder vernichtet zu werden.
Die einen versuchen erneut ihr Überleben unter Bedingungen des Krieges zu organisieren, andere greifen zu Stein, Molli oder Waffe, andere machen sich auf, um an anderen als ihnen zugewiesenen Orten ihre Einkommensforderungen zu stellen.
Sie beanspruchen dort ein besseres Leben, wohin die ihnen geraubten Reichtümer geflossen sind und stellen sich damit bewußt oder unbewußt in Widerspruch zu den Interessen der HERRschenden.
Gegen diese Ansprüche werden die Inseln des Wohlstandes durch immer höhere Mauern geschützt, u.a. durch die Ausländergesetze.

Dichte Grenzen, die absolute Kontrolle darüber, wieviele und welche Menschen in die BRD kommen, sind eine unbedingte Voraussetzung für die herrschende "Sicherheit und Ordnung", für die rassistisch und sexistisch abgestufte Ausbeutung.
Offene Grenzen, das freie Hereinfluten der Menschen aus den Armutsregionen der Welt, die hier ihr Recht auf Existenz und menschenwürdiges Leben einfordern: das ist für die Machthaber eine unerträgliche Horrorvision, die Vorstellung von Zornesausbrüchen und plündernder Armutsbevölkerung. So, wie die von den Medien verschwiegenen Zusammenstöße und Aneignungsaktionen, wie sie fast täglich in den schwarzen Vorstädten Englands ablaufen.

Wir begreifen die Parole "Grenzen auf für alle" als politische Ausrichtung, die durchaus auf die Erschütterung des herrschenden Machtgefüges zielt.
Sie bedeutet heute, jegliche Selektion und Spaltung in berechtigte und unberechtigte Flüchtlinge zu bekämpfen. Aber auch, unseren Lebensstandard, der v.a. rassistisch begründet ist, nicht gegen Flüchtlinge oder AussiedlerInnen zu verteidigen, sondern die Möglichkeiten, die wir aufgrund unserer Lebensbedingungen haben, gegen die herrschende Politik der Spaltung einzusetzen.

Ein Beispiel, wo die rassistische Spaltung besonders greifen soll, ist die Wohnungsnot. Dabei sind die Aus- und ÜbersiedlerInnen und Flüchtlinge ja nicht schuld daran, daß in den 80er Jahren gezielt zu wenig Wohnungen gebaut wurden, in großem Stil billige wegsaniert wurden und heute tausende leerstehen. Die Wohnungsnot ist von Wohnungswirtschaft und Bundesregierung bewußt produziert worden, einerseits um die Mieten in die Höhe schnellen zu lassen, andererseits ist der Wohnungsneid ein wichtiges Mittel, arme Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen.

Das neue Ausländergesetz ist für diesen Staat ein weiteres Instrument, hierarchische Spaltungen weiter zu festigen: Männer gegen Frauen, Deutsche gegen AusländerInnen, und AusländerInnen die integriert werden sollen gegen die, die wieder rausfliegen oder gar nicht erst reinkommen.

Durchkreuzen wir ihre Politik der Überwachung und Abschiebung und das Funktionieren der Sondergesetze!
Treffen wir einen der zentralen Mechanismen von HERRschaft, indem wir eigene rassistische Schranken überwinden, staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus und die sexistische Unterdrückung der Migrantinnen bekämpfen!!

DIE GRENZE VERLÄUFT NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN, SONDERN ZWISCHEN OBEN UND UNTEN!!

KEIN AUSLÄNDERGESETZ! GRENZEN AUF FÜR ALLE!!

Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit den weltweiten Befreiungskämpfen ist für uns die Entwicklung und/oder Weiterentwicklung unserer eigenen revolutionären Theorie und Praxis für unsere Kämpfe in den Ländern Westeuropas, für uns konkret hier in der BRD, für die Entwicklung eines internationalen Klassenbewußtseins und den Aufbau einer Praxis mit einer neuen und genauen Begriffsbestimmung von internationaler Solidarität.
Voraussetzung dafür ist unserer Meinung nach, die Kenntnis über die spezifischen Bedingungen der Befreiungskämpfe, aus denen sie sich entwickeln, ihre Ziele und die Praxis bestimmen.
Wir wissen, daß sich die Bedingungen der Befreiunhgsbewegungen im Trikont und ihr schon erreichter Organisationsgrad, grundsätzlich von unserer eigenen Realität unterscheidet und das sich daher auch nichts einfach übertragen oder etwa vergleichen läßt. Die Bedingungen unterscheiden sich sogar extrem in den einzelnen Ländern im Trikont. Jede Bewegung entsteht aus den besonderen Widersprüchen in den jeweiligen Ländern, sie entwickelt sich aus der eigenen Geschichte von Widerstand oder muß sogar ganz neue revolutionäre Ideen erarbeiten. Es reicht nicht aus die Perspektiven von Befreiungsbewegungen in anderen Ländern zu kommentieren, wenn sie in keiner Weise mit der eigenen Realität im Einklang stehen und da auch anwendbar sind. Die wichtigste Erfahrung vieler Befreiungsbewegungen war daher auch "immer auf die eigene Kraft zu vertrauen". Die Erfahrung zeigt aber auch, daß die Bewegungen in den einzelnen Ländern nicht nur mit der nationalen Bourgeoisie konfrontiert sind, sondern sich heute schon längst gegen das gesamte imperialistische System durchsetzen müssen.
Die eigenen Kräfte reichen einfach nicht mehr aus, um etwas entgegenzusetzen, was eine totale Vernichtung verhindern könnte.

Sie sind dann oft genug gezwungen Kompromisse einzugehen, was aber bedeutet, daß sich der revolutionäre Prozeß, die Selbstorganisierung des Volkes an dieser Stelle nicht mehr weiterentwickeln kann.
Wir wollen aus den Erfahrungen anderer lernen, nichts gleichmachen und nichts übertragen.
Wir wollen einen Soliadritätsbegriff entwickeln, ausgehend von der eigenen revolutionären Perspektive und selbstbestimmten Praxis, der es möglich macht sich im Kampf gegenden "selben Feind" zu unterstützen und zu ergänzen.

Voraussetzung dafür ist für uns die offene und solidarische Auseinandersetzung mit den jeweiligen spezifischen Bedingungen und Vorstellungen der einzelnen Befreiungsbewegungen und die Möglichkeit authentische Informationen zu bekommen.
Der nachfolgende Artikel über den Befreiungskampf des kurdischen Volkes wurde aus authentischen Quellen, d.h. aus den Publikationen der kurdischen Befreiungsbewegung zusammengestellt. Der Artikel soll über den Volksaufstand in Nord-West Kurdistan und dessen Hintergründe informieren. Wichtig ist uns dabei die Einheit zwischen dem Volksaufstand, organisiert und getragen von den Volkskomitees und den bewaffneten organiserten Kräften der Befreiungsfront darzustellen. Ebenso wollen wir aber auch beschreiben, wie ein Volk sich aus der totalen Resignation und Erniedrigung kämpft, menschliche Würde und ein neues Selbstbewußtsein entwickelt und sich trotz schärfster Repression befähigt einen organisierten Befreiungskampf zu führen.



URSPRUNG UND GESCHICHTE DER BEFREIUNGSBEWEGUNG IN NORD-WEST KURDISTAN

Um die Eigenheiten und die aktuelle Entwicklung des Volksaufstandes "Serhildan" (d.h. den Kopf heben) besser verstehen zu können, ist es wichtig sich die Bedingungen in Kurdistan und die Geschichte des Volkes genauer zu betrachten. Diese Geschichte ist maßgeblich geprägt von der sklavengleichen Ausbeutung durch die feudalistische Herrschaftsstruktur, von Massakern, Deportationen und der blutigen Unterdrückung der nationalen Identität eines ganzen Volkes.
Doch wie überall in der Geschichte findet sich auch bei diesem Volk eine jahrhundertealte Widerstandstradition wieder. So haben sich die Menschen in zahlreichen spontanen Aufständen gegen ihre Vernichtung gewehrt. Dieser uralte Widerstandsgeist bildete das Fundament für die Entstehung und weitere Entwicklung der Befreiungsbewegung in Kurdistan.

Geschichte der Unterdrückung

Der aus den Trümmern des 1918 zerfallenen Osmanischen Reiches entstandene türkische Staat, gründete seine Kolonialpolitik auf den von Mustafa Kemal (Attatürk) entwickelten Nationalismus (Kemalismus). Demnach gab es nur ein Volk und eine Sprache und das Lebte in der Türkei. So war die Politik der Türkei gegenüber den anderen Völkern der Region wie z.b. ArmenierInnen und KurdInnen von blutiger Unterdrückung und Türkisierung (Assimilierung) gekennzeichnet. Letzteres bedeutete das Verbot der eigenen Sprache, Kultur und der Bezug auf die nationale Geschichte.
1923 wurde im Abkommen von Lausanne die Teilung Kurdistans in vier Abschnitte tans beschlossen und auf vier Länder (Türkei, Iran, Irak und Syrien) aufgeteilt. An dieser Aufteilung waren die Kolonialmächte Frankreich und England federführend beteidigt. Gegen die darauf folgende Assimilierung fanden bis 1938 ca. 20 Aufstände statt, die alle blutig niedergeschlagen wurden.
Der Widerstandswille war groß, aber die Kämpfe waren zersplittert und es gab keine gemeinsame antikolonialistische Ausrichtung in der Politik. Meistens wurden die Aufstände von den traditionellen Fürsten und reaktionären Großgrundbesitzern für ihre eigenen Machtinteressen genutzt. Das kurdische Volk wurde in dieser Zeit seiner Würde und nationalen Identität beraubt. Der damalige ministerpräsident der Türkei sagte in diesem Zusammenhang: "Wir haben Kurdistan begraben und eine siebenschichtige Betondecke darübergegossen. Das kurdische Volk wird sich nicht mehr erheben."

1940 begann die Militarisiersierung und die wirtschaftliche Auspressung der kurdischen Region durch die Türkei. Elementarer Bestandteil der Kolonialpolitik war weiterhin die schonungslose Vernichtung der nationalen Identität des kurdische Volkes. Dafür baute die türkische Regierung in ganz Nord-West Kurdistan Schulen auf und schickte staatstreue Lehrer, die den kurdischen Kindern gewaltsam die türkische Sprache und Geschichte beibrachten.
Ende der 50er Jahre veränderte sich die Bedeutung Nord-West Kurdistans. Per Nato-Dekret wurde beschlossen die Türkei, also auch Kurdistan zur wirtschaftlichen und militärischen Nutzung auszubauen. So bekam die Türkei und Nord-West Kurdistan ihre besondere Bedeutung als NATO-Stützpunkt zur Kontrolle des Nahen und Mittleren Ostens und als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion. Das westliche Kapital nutzte die Region als Lieferant von Resourcen und billigen Arbeitskräften, als Absatzmarkt, sowie für eigene Investitionen. Schon ab 1950 waren ca. 2/3 der türkischen Ölproduktion in den Händen der Ölmultis Sheil (50%) und Mobil Panoil (13%).

Beginn einer neuen Bewegung

Anfang der 70er Jahre begann in Ankara und Istanbul eine kleine Gruppe kurdischer Studenten sich auf seine nationale Identität als KurdInnen zu besinnen und die eigene Geschichte zu studieren. Ihre Idee war die Befreiung Kurdistans von der kolonialen Herrschaft und die Errichtung eines selbstbestimmten Staates.
1975 entschloßen sich die Mitglieder dieser Gruppe in ihre kurdische Heimat zurückzukehren, um dort eine nationale Befreiungsbewegung aufzubauen. Mit illegalen Propagandaaktionen (Veranstaltungen, Flugblättern, Kundgebungen, usw.) verschafften sie sich innerhalb kürzester Zeit viel Sympathie und eine größere Basis im kurdischen Volk. Diese Bewegung wurde vor allem von der Jugend, von den Intelektuellen, aber auch von den armen Schichten wie z.B. den Bauern unterstützt. Sie wurde damit zur größten Gefahr für die Herrschaftsinteressen des türkischen Staates in Kurdistan.
So bemühte sich die türkische Regierung mit massiven polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Mittelnteln die Bewegung zu zerschlagen. Am 18.5.1977 wurde ein Gründungsmitglied der ursprünglichen Gruppe, der Türke Haki Karer in Antep durch den Geheimdienst ermordet.

Nach dieser ersten Phase des nationalen Befreiungskampfes (Aufklärung und Bewußtseinsbildung) wurde am 27.11.1978 die PKK (ArbeiterInnen- und Bauernpartei Kurdistan) gegründet. Das Ziel der PKK ist die Errichtung eines unabhängigen, demokratischen und vereinten Kurdistans. So steht in ihrem Programm: "Die Revolution hat zwei Aspekte: Einen nationalen und einen demokratischen. Der Nationale zielt auf die koloniale Herrschaft im politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich... der zweite Aspekt der Revolution ist der Demokratische. Ziel der demokratischen Revolution ist die Aufhebung der noch aus dem Mittelalter fortbestehenden Konflikte wie etwa der feudalen und kompradoren Ausbeutung, des Stammeswesens, des religiösen Sektierertums und der sklavengleichen Ausbeutung der Frauen...".

Die PKK hat innerhalb kurzer Zeit eine breite Unterstützung unter den verschiedenen Schichten des kurdischen Die politischen Aktivitäten der PKK sind zahlreich: So organisierte sie Streiks in den Fabriken und an den Uni s, sie gründete selbstorganisierte Vereine für die HändlerInnen und unterstützte praktisch die Forderungen der Bauernschaft nach eigenem Land.
Die Starke Solidarität mit der PKK entstand auch darüber daß sie direkt in die Dörfer zu den Menschen ging. Dort hielt sie politische Versammlungen ab und sprach mit den Menschen über ihre alltäglichen Probleme. Sie machte mit ihrer politischen Bestimmung und Praxis für die Menschen vorstellbar, wie der Kolonialismus bekämpft und zerschlagen werden kann. Das kurdische Volk entdeckte die Stärke der Rebellion und der Einheit, besann sich auf seine Würde und nationale Identität und lernte wieder den Kopf zu heben. Die Widerstandstradition des kurdischen Volkes erwachte aufs neue. Die PKK versetzte dem Denunzianten- und Agentennetz des türkischen Staates, den faschistischen Organisationen den Großgrundbesitzern und den türkischen Verwaltungsinstitutionen in Kurdistan empfindliche Schläge.
Der türkische Staat versuchte mit Massakern unter der Bevölkerung und zahlreichen Verhaftungen die Ausweitung und Weiterentwicklung der kurdischen Befreiungsbewegung zu stoppen. Eines der schwersten Massaker fand im Dezember 1978 in Maras statt. 1000 Männer, Frauen und Kinder wurden dort vom türkischen Militär niedergemetzelt. Noch im gleichen Monat wurde über alle Provinzen Kurdistans der Kriegsrechtszustand erklärt, der offizell bis 1987 andauerte, tatsächlich aber bis heute existent ist. Aber auch diese Maßnahmen konnten die Entwicklung der Befreiungsbewegung nicht aufhalten.

Der Siegeszug des Faschismus

1980 erreichten die sozialen und politischen Widersprüche in der Türkei ihren Höhepunkt. Die steigende Verelendung, Arbeitslosigkeit, überhöhte Preise erzeugten großen Unmut in der ganzen türkischen Bevölkerung
Die Menschen radikalisierten sich und es kam zu riesigen Volksdemonstrationen gegen die Machenschaften der türkischen Regierung. Es gab riesige Streiks von über 240000 ArbeiterInnen und militante Aktionen gegen staatliche Institutionen und kapitalistische Ausbeuterbetriebe. Die Situation wurde für die türkische Bourgeoisie und das internationale Kapital unkontrollierbar.
So putschte am 12.10.1980 das türkische Militär unter der Führung einiger faschistischer Generäle, u.a. mit dem heutigen Ministerpräsidenten Kenan Evren und mit

Billigung der NATO-Staaten. Gerade zu dieser Zeit fand das NATO-Manöver "anvil express" in der Türkei statt. Die Erleichterung der imperialistischen Staaten über den Putsch war einen Tag danach in einem Artikel des "Daily Telegraph" zu lesen: "Endlich gibt es in der Türkei,einem zuverlässigen NATO-Verbündeten von unschätzbarem Wert,einen Gesprächspartner,mit dem der Westen mit einer gewissen Hoffnung über Geschäfte politisch und militärisch reden kann."
Die Konsequenz des Putsches war faschistischer Staatsterror.100000de Menschen in der Türkei und Nord-West Kurdistan wurden festgenommen und gefoltert,tausende wurden ermordet oder in die Knäste verschleppt.Allein über 7000 PKK-Mitglieder und und UnterstützerInnen wurden verhaftet und sind es zum größten Teil heute noch.In Kurdistan wurden ganze Dörfer vom Militär umstellt und die Menschen ohne Unterschied niedergemetzelt.Weder in der Türkei noch in Kurdistan gab es eine organisierte militärische Kraft des Volkes die den faschistischen Terror hätte einschränken können.Die Menschen waren so schutzlos der Vernichtung ausgesetzt. Überall herrschte Erstarrung und große Angst.Viele Linke flüchteten ins Ausland,die linken Organisationen lösten sich auf und die PKK erklärte ihren Rückzug in den Libanon da sie ebenfalls nicht zu einer Verteidigung in der Lage war.Das wär eine schwere Niederlage für die soziale Widerstandsbewegung in der Türkei und die junge nationale Befreiungsbewegung in Kurdistan.Alle bereits erkämpften Strukturen waren zerstört.Die Widerstandskraft,das Vertrauen in die eigene Stärke und in die linken Organisationen war gebrochen.
Aus dieser Niederlage wollte und mußte die PKK lernen,weil sie den Befreiungskampf in Kurdistan nicht aufgeben wollte.

Aufgrund der neuen Bedingungen mußten nun neue politische und militärische Voraussetzungen für die Weiterführung des Befreiungskampfes geschaffen werden. In einem ehemaligen palästinensischen Guerillacamp (heute: Mazlum Korkmaz Akademie) wurde eine umfassende Analyse der vorangegangenen Kampfjahre gemacht.Im Libanon bereitete sich die Bewegung umfangreich auf die Rückkehr nach Kurdistan vor.Aus der Erfahrung des beispiellosen faschistischen Terrors nach dem Putsch wurde auch der Guerillakampf trainiert.Die KämpferInnen der PKK beteidigten sich auch an den Kämpfen der PalästinenserInnen im Libanon.

Das Feuer des Widerstandes brennt wieder

In dieser Zeit der totalen Resignation und Repression hatte der ungebrochene Widerstandsgeist der unzähligen politischen Gefangenen auch für die Menschen draußen eine ganz besondere Bedeutung. Mit zahlreichen Hungerstreiks und anderen Aktionen gegen die tägliche blutige Folter und die unmenschlichen Lebensbedingungen in den Knästen hielten sie die Hoffnung auf Befreiung wach und eröffneten einen Weg aus der Erstarrung und Resignation.
Zum traditionellen Neujahrsfest (Newroz),das gleichzeitig ein Fest des kurdischen Widerstandes ist,entzündete Mazlum Dogan (Mitglied der PKK) im März 1982 und Ferhat Kurtay und Esref Anyak (beide Mitglieder der PKK) im April 1982 in ihren Zellen symbolisch das Newroz-Feuer.Mazlum Dogan wurde noch in der selben Nacht zu Tode gefoltert und die beiden anderen verbrannten in ihren Zellen.

Am 14.7.1982 begannen die PKK-Gefangenen Hayri Durmus, Kemal Pir,Akif Yilmaz.Ali Cicek und andere ein Todesfasten,während dem noch viele der Gefangenen ermordet wurden.Die Kämpfe der Gefangenen setzten so ein Zeichen für die Kontinuität des Widerstandes und machten die Weltöffentlichkeit auf die Situation in der Türkei aufmerksam.
Zur selben Zeit beschloß die Pkk auf ihrem 2. Kongreß, daß 1983 kleine bewaffnete Propagandaeinheiten nach Kurdistan zurückkehren sollen. Damit wurde der organisierte Befreiungskampf wieder aufgenommen.Die KämpferInnen führten in Kurdistan politische und kleinere militärische Aktionen gegen die faschistische türkische Junta durch,um so die Passivität,den Pessimismus und die Angst in der Bevölkerung zu brechen und wieder neues Vertrauen zu sich und untereinander herzustellen.
Am 15.8.1984 fanden dann in Kurdistan die ersten Guerillaaktionen statt.Diese kämpfenden Einheiten (HRK) besetzten an diesem Tag für mehrere Stunden zwei kleinere Städte (Eruh und Semdinli) und hielten politische Versammlungen mit der Bevölkerung ab.Die HRK erklärte:
"...aus dieser Sicht wird sie gegen den faschistisch-kolonialistischen Terror revolutionäre Gewalt anwenden,also die revolutionäre Kraft unseres Volkes auch in diesem Bereich zur Entfaltung bringen und organisieren.Die HRK ist die bewaffnete,revolutionäre Streitkraft unseres Volkes..."
Die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Kurdistan stieß auf harte Kritik in der türkischen Linken,die behauptete,daß es dazu noch zu früh sei und nur den faschistischen Terror verstärken würde.Außerdem beharrte sie weiter auf dem Standpunkt,daß zuerst die Herrschaftsverhältnisse in der Türkei verändert werden müssen und dann könnte erst an ein Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes gedacht werden.Gerade diese Einstellung hat schon vor dem Putsch ein Zusammenkommen der türkischen Linken und der kurdischen Befreiungsbewegung verhindert.
Mit der Wiederaufnahme des Kampfes in Kurdistan und der erfolgreichen Ausweitung des Guerillakampfes wuchs auch der Wunsch nach Selbstbestimmung und die Widerstandskraft im Volke wieder.Viele,besonders die jungen KurdInnen traten in die Guerilla ein.
Diese Entwicklung verdeutlichte die Notwendigkeit eine Organisation zu schaffen,die die Einheit der unterschiedlichen Schichten,wie sie in der feudalistischen Gesellschaftsstruktur Kurdistans gegeben war,in sich herstellte.
Schon ein halbes Jahr nach den ersten bewaffneten Aktionen wurde am 21.3.85 die Nationale Befreiungsfront Kurdistan (ERNK) gegründet.In ihrem Programm steht:
"die ernk bezweckt die schaffung einer national unabhängigen und demokratischen gesellschaft unter einer demokratischen volksadministration. sie verfolgt gesellschaftlich unabhängige und demokratische ziele auf einer grundlage der nationalen befreiung. die ernk bemüht sich um die schaffung eines systems, in dem die politische einheit des ganzen volkes von kurdistan ohne unterschied nach sprache, religion, region, nationalität und geschlecht errichted wird und indem das volk das recht auf demokratische freiheit und freie entfaltung erlangt...die ernk glaubt an die notwendigkeit der errichtung der breitesten politischen einheit und der fortentwicklung der politischen und militärischen stärke unseres volkes, damit die befreiung möglich werden kann. in diesem rahmen übernimmt sie die rolle eines organs, indem sie das gesamte volk ausbildet, organisiert und aktionsfähig macht."
die aktivitäten der ernk verschafften ihr großes vertrauen in der bevölkerung, hundertausende traten in diese organisation ein.

Auf dem 3. Parteikongreß im Oktober 1986 eröffnete die PKK die Phase der Front- und Armeebildung.Die Volksbefreiungsarmee (ARGK) wurde gegründet und darin die HRK-Einheiten integriert.
Schon nach kurzer Zeit stellte Die Volksbefreiungsarmee tausende neue KämpferInnen.Sie war in der Lage die türkische Armee,welche seit den ersten bewaffneten Aktionen zu 2/3 nach Kurdistan verlegt worden war,zahlreiche militärische Niederlagen und große Verluste beizubringen.
Es entstand daraufhin die Notwendigkeit einer politischen Organisierung,denn immer mehr Menschen schlossen sich der Befreiungsbewegung an.
So wurden verschiedene politische Verbände für die unterschiedlichen Schichten nach ihren spezifischen Interessen und Bedingungen gegründet.1987 entstand der Verband der Patriotischen Frauen Kurdistan,der Verband der Patriotischen Arbeiter Kurdistan und der Revolutionäre Jugendverband.

"Spezialkrieg" in Kurdistan

Auf die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes reagierte der türkische Staat schon im April 1985 mit dem Aufbau des "Dorfschützertums".
Diese Milizbanden stellten eine militärische Reservekraft des Staates im Kampf gegen die Guerilla dar.Sie wurden mit den modernsten Waffen ausgerüstet und erhalten monatlich einen besonderen Lohn.Als Dorfschützer werden nur Kurden rekrutiert,die sich loyal gegenüber dem faschistischen Staat verhalten wie z.B. die Kreise um die feudalistischen Stammesführer.Viele dieser Dorfschützer handeln im Sinne ihrer eigenen Interessen wie z.B. die Entführung von jungen Frauen oder rächen sich an ihren persönlichen Feinden.Sie überfallen in Zusammenarbeit mit der türkischen Armee kurdische Dörfer und terrorisieren die Bevölkerung.Sie töten Menschen und behaupten es sei die Guerilla gewesen.Seit ihrer Existenz haben sie bis 1988 insgesamt etwa 150 Revolutionäre ermordet.
Diese Milizbanden wurden aufgestellt um einerseits Kurden gegen Kurden aufzuhetzen,andererseits weil es der türkischen Armee schwerfällt,sich in den militärisch schwer kontrollierbaren Hochgebirgen



Kurdistans zu orientieren. Die großen Verluste an eigenen Soldaten sollten damit vermindert werden.
Für die Entwicklung des Befreiungskampfes bedeutet das Milizentum ein sehr ernstes Hindernis. So mußte die Guerilla die Initiative ergreifen und dieses Hindernis beseitigen.
Es ist bekannt, daß der Mehrheit der "Dorfschützer" die Waffen aufgezwungen werden. D.h. dieser Teil mußte von diesem Fehler überzeugt und für den Befreiungskampf gewonnen oder zumindest neutralisiert werden. Hierfür werden alle Dorfschützer in erster Linie einerintensiven Überzeugung unterzogen. Erst wenn alle Aktivitäten keine Ergebnisse erzeilt haben, werden diejenigen, die nicht von ihren feindlichen Haltung absehen, gewarnt. Sie werden dreimal gewarnt. Erst wenn auch diese Aktivitäten keine Erfolge erzielt haben, wird zur Waffe gegriffen. Die Verantwortung dafür, daß auch Kinder und Frauen dabei getötet wurden, liegt allein an dem türkischen Staat, der die Häuser der Dorfschützer in ein einziges Waffendepot umgewandelt hat und sich die Dorfschützer während eines Angriffs der Guerilla hinter ihren Frauen und Kindern verstecken.

In Westeuropa wurde daraufhin über die Medien eine Hetzkampagne eröffnet, an der sich auch deutsche linke Organisationen mit ihren Publikationen (GAL Hamburg, TAZ und KB/Arbeiterkampf) beteidigten. Es wurden Meldungen veröffentlicht, in denen behauptet wurde, die ERNK sei keine Befreiungsbewegung weil sie "Frauen und Kinder ermordet". Es sind die selben Gruppen die auch solche Behauptungen gegen den palästinensischen Befreiungskampf aufstellen und diesen über den Anti-Semitismus-Vorwurf isolieren. Über deren Ablehnung des bewaffneten Befreiungskampfes streiten diese Gruppen dem Volk in Palästina, Kurdistan oder anderswo ab, einen nationalen Befreiungskampf zu führen.
Tatsache ist aber, daß die Schläge der Guerilla gegen die Milizbanden bewirkten, daß immer mehr Dorfschützer ihre Waffen zurückgaben und in den Gebeiten wo diese große Niederlagen erlitten haben, sich der Befreiungskampf in viel stärkerem Maße entwickelte als zuvor. Der türkische Staat mußte so schon nach kurzer Zeit begreifen, daß das "Dorfschützertum" keine Alternative gegen die "Seperatisten" ist.
In einer Zeit in der sich der Befreiungskampf stetig ausweitet und auch auf der internationalen Ebene zunehmend Anerkennung findet, werden die Methoden zur Liquidierung der PKK und der Befreiungsbewegung in der Türkei und im europäischen Ausland intensiviert. In den westeuropäischen Ländern begann man über eine Alternative für Kurdistan nachzudenken, diese hieß "Autonomie", d.h. sprachliche und kulturelle Rechte. Politisch und ökonomisch sollte aber auch weiterhin der türkische Staat entscheiden. Für dieses Projekt brauchte man eine Partei oder andere Organisation, die in Zusammenarbeit mit der Türkei die regionale Regierungsgewalt in Kurdistan übernehmen konnte. So fanden sich Dissidenten der PKK in Europa sehr schnell bereit, eine "demokratische PKK" als Alternative zu schaffen. Diese wurde aber von den in westeuropa lebenden KurdInnen als verräterisch erkannt und isoliert.
In Kurdistan wurden dagegen die Methoden des "Spezialkrieges" gegen das kurdische Volk intensiviert. Neben den Milizbanden wurden auch Spezialarmeeinheiten, die sogenannten "Schwarzen Käfer" aufgebaut. Diese Einheiten wurden von der bundesdeutschen GSG 9 (Antiterrorismuseinheit) ausgebildet und mit den modernsten Waffen ausgerüstet.
Die türkische Armee begann Gasbomben-Einsätze gegen die Guerilla in den Bergen zu fliegen. Dörfer, wo man die Bevölkerung der Unterstützung für die Guerilla verdächtigt, werden überfallen und die Menschen gefoltert. Hunderte von Dörfern mit tausenden von Einwohnern werden daraufhin zwangsumgesiedelt, um der Guerilla ihre soziale Basis zu zerstören. Hunderte von KurdInnen werden getötet oder verhaftet.
Die imperialistischen Länder intensivieren trotz der offensichtlichen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen in der Türkei und Kurdistan ihre militärische, wirtschaftliche, politische und diplomatische Hilfe für den faschistischen Staat. Sie versuchen in enger Zusammenarbeit durch die Geheimdienste den Spezialkrieg gegen den Befreiungskampf auf die internationale Ebene zu übertragen.
In einer beispiellosen Hetzkampagne in den bundesdeutschen Medien, aber auch in anderen Ländern Westeuropas wird behauptet, daß die Pkk den schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme ermordet hätte und das sie darüberhinaus spziell in der Brd besondere "Todeslisten" über Dissidenten und Kritiker der PKK führen soll. Außerdem soll sie "Terroraktionen" auf türkische Einrichtungen und Representanten planen. Auch für den unaufgeklärten Mord eines türkischen Exillanten in Hamburg wurde die PKK verantwortlich gemacht. An dieser Hetzkampagne beteidigten sich wiederum die schon genannten westdeutschen linken Organisationen und ein Teil der türkiscehn Linken, die nach dem Putsch In die Länder Westeuropas, speziell in die BRD geflüchtet war. Diese Gruppen sind zum größten Teil nicht mehr in der Türkei politisch tätig, sondern haben sich dort aufgelöst. In der BRD habe sie sich dann neu zusammengesetzt und unterstützen von der BRD aus den friedlichen "Demokratisierungsprozeß" in der Türkei.

In dieser Zeit finden auch Angriffe auf kurdische Revolutionäre in Europa statt. 1985 wird der kurdische Revolutionär und Mitglied der Befreiungsbewegung Mustafa Aktas (Celal) in Paris und einen Tag später ein weiterer Kurde namens Necdet in Stockholm ermordet. 1987 wird Ahmet Aydin, ebenfalls aktives Mitglied der Befreiungsbewegung in München erschossen.
Trotz der Intensivierung des Spezialkrieges geht der Widerstand des kurdischen Volkes in den Bergen, Städten, auf dem Lande, in den Knästen Kurdistans und auch im europäischen Ausland stetig weiter. Die Guerillaeinheiten verstärken die Angriffe auf militärische und wirtschaftliche Ziele der Türkei. Militärisch werden dem türkischen Staat schwere Verluste zugefügt. Zum erstenmal findet im Oktober 1986 auch ein Angriff auf den NATO-Radarstützpunkt in Mardin statt.



"WIDERSTAND HEISST ANGRIFF"

DER VOLKSAUFSTAND IN KURDISTAN UND WIE ES DAZU KAM

1988 reagierte die Türkei und die westeuropäischen Staaten auf die Entwicklung des kurdischen Befreiungskampf mit einer Offensive, die auf 3 Ebenen stattfand:

1. Kriminalisierung der Selbstorganisationsstruktur von Kurdinnen in Westeuropa

Im Februar 1988 werden 20 kurdische PolitikerInnen unter dem Vorwand der Bildung einer "terroristischen Vereinigung" nach § 129a in der BRD verhaftet. Einen ausführlichen Artikel und ein Interview mit einem der kurdischen Angeklagten dazu, findet ihr auf den nächsten Seiten.

2. Das 1. August-Dekret

Mit dem 1. August-Dekret von 1988 wurden die türkischen Militärgefängnisse der zivilen Gerichtsbarkeit und Verwaltung überstellt, d.h. die Zuständigkeit für die Haftbedingungen der Gefangenen lag nicht mehr in Händen des Militärs sondern beim Justizministerium.
Diese Entscheidung war eine Reaktion auf den Kampf der politischen Gefangenen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den türkischen Knästen, den sie unter der Parole "Die Menschenwürde wird die Folter besiegen" schon seit Jahren mit zahlreichen Hungerstreiks führten.
Durch diesen Kampf war das Bild der "Demokratisierung" der Türkei in der internationalen Öffentlichkeit stark in Frage gestellt und viele Menschen in der Türkei und Nord-West Kurdistan solidarisierten sich mit dem Kampf der politischen Gefangenen, in dem sie Demonstrationen, Solidaritätshungerstreiks und andere Aktionen zu deren Unterstützung durchführten. Die Einführung des 1. August-Dekrets sollte jedoch in der Öffentlichkeit eine scheinbare Liberalisierung der Haftbedingungen vortäuschen und die bestehende Solidaritätsbewegung in ihren politischen Aktivitäten bremsen. Das Dekret bedeutete außerdem einen Angriff auf die jahrelang erkämpften Verbesserungen in den Knästen. Durch die Überstellung der Knäste an die zivile Verwaltung sollten diese Verbesserungen wortlos aufgehoben werden. Die Durchsetzung des Dekrets konnte allerdings durch mehrere monatelange Hungerstreiks, an denen sich jeweils mehrere tausend politische Gefangene beteiligten, verhindert werden. Während des letzten Hungerstreiks vom Juni bis Sebtember 1989 wurden 2 Gefangene zu Tode geprügelt. Viele der Gefangenen sind durch die Folter und die zahlreichen Hungerstreiks schwer erkrankt und haftunfähig, trotzdem bleiben sie auch weiterhin im Knast.

3. Ausweitung des faschistischen Staatsterrors auf die gesamte kurdische Bevölkerung

Ende des Jahres 1988 verstärkte die türkische Armee ihre Angriffe nicht nur gegen die Guerilla, sondern auch gegen die gesamte kurdische Bevölkerung. Die Spezialeinheiten terrorisierten ganze Dörfer. Im Dezember 1988 erreichte dieser Terror seinen vorläufigen Höhepunkt in der bisher größten Militäroperation des türkischen Staates. Sie dauerte 2 Monate an. In dieser Zeit wurden über 3000 kurdische Frauen, Männer und Kinder aus fast allen Schichten der Bevölkerung festgenommen. Das Ziel war die Bevölkerung einzuschüchtern und die weitere Organisierung des Befreiungskampfes in den Dörfern und Städten Kurdistans zu verhindern.

Volksmilizen: Die Selbstorganisation des Volkes gegen den faschistischen Terror

1987 wurde durch die Befreiungsbewegung mit dem Aufbau von Volksmilizen begonnen. Deren Mitglieder lebten legal und arbeiteten in den Städten und Dörfern. Dort sammelten sie Informationen und gaben sie an die Guerilla weiter und führten auch eigenständige illegale Aktionen durch. Diese Volksmilizen waren der Grundstein für die Selbstorganisierung des Volkes, zur Verteidigung gegen die faschistische Armee und für die zukünftige Verwaltung der befreiten Gebiete.
Zu dieser Zeit hatte die ARGK damit begonnen größere Städte zu besetzen, die dort bestehenden politischen und militärischen Einrichtungen des Staates zu zerstören und politische Versammlungen mit der Bevölkerung abzuhalten. Diese Aktionen stärkten die sich im Aufbau befindenen Volksmilizen und gaben dem Volk mehr Mut und Selbstvertrauen.
Dieses Selbstvertrauen drückte sich schon 1989 in vereinzelten Aufständen der Bevölkerung gegen den Terror der Armee und deren Spezialeinheiten aus. In der Stadt Silopi gingen 2000 Menschen nach der Ermordung von 9 Bauern durch das Militär mit Steinen und Stöcken gegen die Sicherheitskräfte und Regierungsgebäude vor. In Yesilkurt organisierte die Bevölkerung eine Sitzblockade vor der Militärstation, nachdem Spezialeinheiten am 15.1.1989 eine Nacht lang das Dorf beschossen und am nächsten Tag die Bevölkerung gefoltert hatten.
Am 24.5.89 demonstrierten über 500 Leute gegen die Armee, nachdem Soldaten 2 kurdische Mädchen bedroht hatten und die zur Hilfe gekommenen Jugendlichen zusammengeschlagen worden sind.
Diese Beispiele zeigen, daß die Bevölkerung nach vielen Jahren der Passivität nicht mehr bereit war den faschistischen Terror hinzunehmen und jetzt damit begann aktiven Widerstand zu leisten.
Die Reaktion des türkischen Staates auf diese Entwicklung war, daß sie "territoriale Verteidigungseinheiten" (konterrevolutionäre Milizen) aufbaute und mit massiver Repression gegen das Volk vorging. In dieser verschärften Situation übernahmen die Volksmilizen die besondere Aufgabe von Selbstverteidigungskomitees des Volkes.
Dies alles fand in einer Zeit statt, in der sich auch in der Türkei die sozialen, politischen und ökonomischen Widersprüche immer mehr zuspitzten. Das militärische Konzept gegen die kurdische Guerilla war gescheitert und das Bild von einer demokratischen Türkei war in der internationalen Öffentlichkeit weitgehend zerstört. Faschistische Angriffe auf linke Organisationen waren wieder an der Tagesordnung. In Kreisen des Militärs wurde immer öfter von der Notwendigkeit eines neuen Militärputsches geredet.
Teile der türkischen Linken erkannten in dieser Zeit den Widerspruch zwischen der objektiven Situation im eigenen Land, nämlich das die Bevölkerung durchaus bereit war zu handeln, und ihrer eigenen mangelnden Organisierung. Die türkische Bevölkerung begann sich für den kurdischen Befreiungskampf zu interessieren und laß die linken Zeitungen, die trotz des Verbots darüber berichteten.
Die Menschen wurden zunehmend kritischer gegenüber der türkischen Propaganda und in den großen Städten entwickelte sich wieder eine soziale Bewegung. Zahlreiche türkische Jugendliche begannen den Wehrdienst in der Armee zu verweigern, weil sie nicht in den Krieg gegen das kurdische Volk ziehen wollten. Kriegsdienstverweigerer werden in der Türkei zu vielen Jahren Knast verurteilt.

"Die Revolution wird das kurdische und das türkische Volk vereinen"

Die fortschreitende Entwicklung des kurdischen Befreiungskampfes machte es der türkischen Linken wie in den Jahren zuvor unmöglich diesen auch weiterhin zu ignorieren. So kam es im Januar 1989 zu einem Zusammenschluß zwischen linken türkischen Organisationen und der PKK auf der Ebene einer Einheitsfront gegen den faschistischen türkischen Staat. In einer gemeinsamen Erklärung von der PKK, SVP (Sozialistische Heimatpartei), THKP-C(ACIL) (Volksbefreiungspartei der Türkei/Front (ACIL)), TKP/B, (Kommunistische Partei der Türkei/Einheit), Sosyalist (Sozialist) wird die Gründung einer revolutionären Einheitsfront bekanntgegeben. Darin steht u.a.: "...wir, Revolutionäre aus Kurdistan und der Türkei, haben den ersten Schritt für die Einheits- und Solidaritätsplattform gemacht. Entsprechend des voranschreitenden Kampfes hat unsere Plattform das Ziel, eine Front zu errichten. ...Unsere Plattform zielt auf die Einnahme der politischen Macht ab und lehnt dafür keine Kampfmethode ab, sondern sieht es als eine Aufgabe an, diese zu entwickeln... ." Desweiteren beinhaltet sie das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes. Prinzip der Plattform ist die gegenseitige Achtung und Anerkennung und lehnt auch nicht im voraus die Zusammenarbeit mit "außenstehenden linken Organisationen und reformistischen Kräften ab. Sie erklärt sich solidarisch mit den Völkern der Welt, die gegen Kolonialismus und Imperialismus kämpfen. Sie erklärt sich solidarisch mit den befreiten Ländern und das sie entschlossen ist, diese zu unterstützen. Sie rufen dann alle linken Kräfte in Kurdistan und der Türkei auf sich der Plattform anzuschließen. Die Plattform war damit ein wichtiger Schritt für die Einheit der kurdischen und türkischen Linken im Kampf gegen den türkischen Staat.
Die Lage in Kurdistan spitzte sich gleichfalls immer weiter zu. So besetzten am 20.6.1989 ARGK-KämpferInnen das Stadtzentrum von Silopi und hielten es 10 Stunden besetzt. Während dessen wurden politische Veranstaltungen durchgeführt und am Ende schlossen sich 500 neue KämpferInnen der Guerilla an. 300 davon waren Peshmergas, die vor den Giftgasangriffen des Iraks aus dem irakisch besetzten Teil Kurdistans nach Nord-West Kurdistan geflüchtet waren. Die Türkei hatte die irakisch-kurdischen Peshmergas nur unter der Bedingung aufgenommen, wenn diese gegen den Befreiungskampf in Nord-West Kurdistan kämpfen würden. Diese Rechnung ging nun nicht mehr auf.
Solche Aktionen in den Städten wurden von der Guerilla auch noch öfter durchgeführt. Selbst der extra beauftragte "Super-Gouverneur" für ganz Kurdistan, H. Kazakcioglu, der 1987 mit allen politischen und militärischen Vollmachten vom türkischen Staat ausgestattet war und noch damals großspurig behauptete die Probleme im "Südosten" und die "seperatistische Bewegung" innerhalb kürzester Zeit in den Griff zu bekommen, mußte während der Sommeroffensive der ARGK 1989 zugeben, daß das Gebiet Botan (Provinz in Kurdistan) nicht mehr vollständig von der türkischen Armee kontrolliert werden kann.

Das türkische Militär reagiert auf die Entwicklung mit weiteren Gasbombeneinsätzen gegen die Guerilla und trifft Vorbereitungen zur zwangsweisen Räumung ganzer Dörfer. Die Bevölkerung währt sich mit Demonstrationen und Sitzblockaden gegen die Deportationen und mit Steinwürfen gegen das anfahrende Militär.
Im Sommer 1989 kritisiert der CIA offen die bisherige Politik der Türkei in Kurdistan. Er bemängelt, daß die Türkei bis dahin versucht hat die Ausmaße und die Entwicklung des kurdischen Befreiungskampfes herunter zu spielen, es ihr aber nicht gelingt die Guerilla vernichtend zu schlagen. Der CIA verlangt eine "Veränderung der Politik zur Bekämpfung der PKK...", denn die bisherige Politik hat der PKK zwar einige Schwierigkeiten bereitet, sie aber nicht niederschlagen können. Das Interesse der USA an der Zerschlagung des immer stärker werdenden Befreiungskampf ist nicht nur mit den militärischen Interessen der NATO verknüpft, sondern beruht auch auf seinen eigenen ökonomischen Interessen in dieser Region. So mußte z.B. der amerikanische Ölkonzern Chevron sein Vorhaben in den Cudi-Bergen nach Öl zu bohren wegen des Volkskrieges aufgeben und den Vertrag mit der türkischen Regierung kündigen.
Die Entwicklung in Kurdistan, die Erkenntnis, daß die hochgerüstete türkische Armee nicht alleine in der Lage ist die Befreiungsbewegung zu zerschlagen, zwingt die Türkei und die Imperialistischen Staaten die sogenannte "Autonomie-Lösung" wieder ins Gespräch zu bringen. Dazu findet dann im Oktober 1989 in Paris eine Konferenz unter dem Namen "Kurden, Menschenrechte und nationale Identität" unter dem Vorsitz von Frau Miterrand statt. An dieser Konferenz beteiligten sich außerdem Repräsentanten der USA, Englands und der BRD, sowie Vertreter einiger

kurdischer Exil-Organisationen, die schon seit Beginn des Befreiungskampfes mit der Türkei zusammenarbeiten.
Die Autonomie-Lösung sieht die Anerkennung der kurdischen Sprache und Kultur vor.Kurdistan soll ein eigenes Regionalparlament bekommen,was aber auch weiterhin von der Türkei kontrolliert bleiben soll.
Dieser Augenwischerei setzt die PKK die weitere Intensivierung des Befreiungskampfes entgegen mit der Parole "Die Lösung ist nicht Autonomie,sondern Unabhängigkeit".

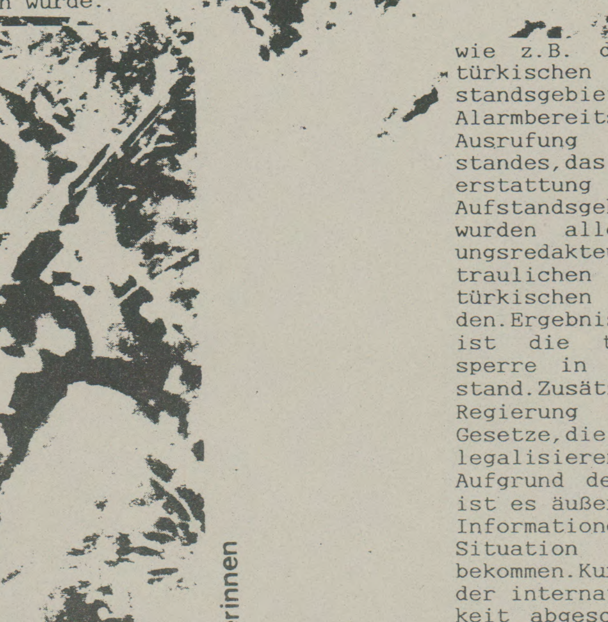
Zwischen der ARGK und der Armee besteht seit Ende 1989 ein militärisches Gleichgewicht der Kräfte.Die Guerilla-Einheiten,die mittlerweile auch zu einem drittel aus Frauen bestehen,sind zu über 1000 Kämpferinnen starken Regimentern angewachsen und werden in allem von der Bevölkerung unterstützt.In der Region Botan ist die ARGK in der Lage weite Gebiete zu kontrollieren,so daß hier die türkische Armee nicht mehr einmaschieren kann.Hier wurde auch ein weiteres Ausbildungslager für die Guerilla aufgebaut.Die Selbstorganisierung des Volkes ist in dieser Region am weitesten entwickelt. Besonders die Teilnahme der Frauen in den Volkskomitees ist gewachsen.

Die Volkskomitees bilden den politischen Kern eines unabhängigen Kurdistans.Sie haben jetzt z.B. die Aufgabe die Versorgung und die Erziehung der Bevölkerung zu gewehrleisten.Der Aufbau von Volksmilizen ist wichtig für die Selbstverteidigung der Menschen vor dem Terror der türkischen Armee und führen auch selbstorganisierte Aktionen gegen die Armee und staatliche Institutionen durch.Diese Organisierung schafte die politische und materielle Grundlage für den Volksaufstand in diesem Jahr.

VOLKSAUFSTAND "SERHILDAN"

Am 12.3.90 kam es in der Provinz Mardin zu einem Gefecht zwischen einer ARGK-Einheit und der türkischen Armee,bei dem 13 ARGK-KämpferInnen getötet wurden.Viele von ihnen kamen aus Nusaybin und Umgebung.Die Beerdigung der KämpferInnen wurde zu einer Demonstration für den Befreiungskampf.Die 6000 TeilnehmerInnen zogen nach der Beerdigung als geschlossener Demonstrationszug in die Stadt zurück.Dabei riefen sie Parolen "Nieder mit dem Kolonialismus" und "Es lebe die PKK".Daraufhin versuchte die türkische Armee die Demonstration zu zerschlagen.25 Menschen wurden durch Schüsse verletzt und acht getötet.Die DemonstrantInnen wehrten sich mit Steinen und Stöcken gegen diesen Angriff und es kam in den folgenden Tagen zu einer offenen Rebellion.Die Händler streikten und die Bevölkerung errichtete Barrikaden.Fast alle Schulen mußten aufgrund eines Schülerboykotts schließen.Die Militärkomandantur verhängte eine Ausgangssperre,die aber von der Bevölkerung nicht befolgt wurde.In Cizre und Silopi schlossen sich die HändlerInnen und SchülerInnen dem Streik in Nusaybin an.In wenigen Tagen fanden in allen großen Städten Nord-West Kurdistans Solidaritätsaktionen statt.Über 1000 Menschen werden in dieser Zeit festgenommen.Am 19. und 20.3. wird ein Generalstreik ausgerufen,an dem sich die gesamte Bevölkerung beteidigt. In Cizre demonstrierten 10000 Menschen und bekennen sich in Parolen offen zur Befreiungbewegung.Die Spezialeinheiten der türkischen Armee versuchten die Demonstration aufzuhalten und nachdem sie mit Steinen beworfen wurden, schossen sie ziellos in die Menge.Viele DemonstrantInnen wurden verletzt und über 10 Menschen getötet.Trotzdem gelang es nicht die Demonstration zu zerschlagen.Sie wurde geschlossen zu Ende geführt und gleichzeitig noch verschiedene staatliche Institutionen angegriffen.Nach dieser Demonstration verhängt die türkische Militärverwaltung wiederum eine Ausgangssperre.Trotzdem finden überall in der Stadt Kämpfe zwischen den türkischen Armeeeinheiten und den Volksmilizen statt.Die ARGK-Einheiten der Stadt hatten die Aufgabe die Nachschubtruppen der Armee aufzuhalten.An diesem Tag beweißt sich der hohe Organisationsgrad der Volkskomitees und findet im gemeinsamen Handeln mit den bewaffneten Befreiungskräften seine praktische Anwendung und Einheit.
Während der,von der ERNK ausgerufenen,"HeldInnen und Widerstandswoche im März diesen Jahres,breitete sich der Aufstand vollständig in der Region Mardin und Botan,teilweise aber auch auf die restlichen Gebiete Nord-WestKurdistans aus.Auch in den türkischen Städten kommt es zu zahlreichen Solidaritätsaktionen.Die politischen Gefangenen in den Knästen in Van und Diyarbakir traten in einen 14tägigen Solidaritätshungerstreik.Am 27.3. fordert die ERNK-Vertretung der Region Cizre/Botan die Bevölkerung auf jetzt erstmal die Streiks zubeenden, um wieder neue Kräfte sammeln zu können,die letzten Erfahrungen auszutauschen und neue Pläne für weitere Streiks und Aktionen zu machen.





Am 1.Mai fanden dann wiederum in vielen Städten Kurdistans Demonstrationen und Streiks statt.Auch in Istanbul wurde versucht eine Demonstration durchzuführen,die sofort von der türkischen Armee angegriffen wurde.

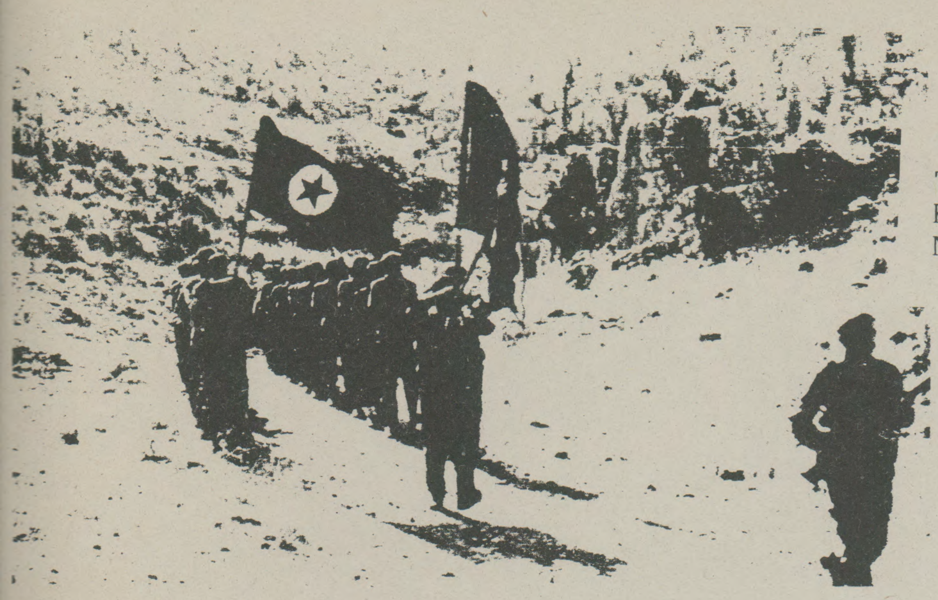
VORBEREITUNG ZUM MASSENMORD

Während des Aufstandes verkündete die türkische Regierung, daß sie fest entschlossen sei "das Problem militärisch zu lösen".Am 28.3. trat der nationale Sicherheitsrat bezüglich dieses "Problems" zusammen.Im gehört die gesamte militärische und politische Führung der Türkei an,sogar die Oppositionsparteien nahmen daran teil.Dort wurden verschiedene Beschlüsse zur Bekämpfung des Aufstandes gefaßt wie z.B. die Verstärkung der türkischen Armee in den Aufstandsgebieten,seine ständige Alarmbereitschaft und die Ausrufung des Ausnahmezustandes,das Verbot von Berichterstattung in und über die Aufstandsgebiete,usw. .Außerdem wurden alle türkischen Zeitungsredakteure zu einem vertraulichen Gespräch mit der türkischen Regierung eingeladen.Ergebnis dieses Gespräches ist die totale Nachrichtensperre in Bezug auf den Aufstand.Zusätzlich erließ die Regierung zahlreiche neue Gesetze,die dieses Vorgehen legalisieren sollten.
Aufgrund der Nachrichtensperre ist es äußerst schwierig genaue Informationen über die konkrete Situation in Kurdistan zu bekommen.Kurdistan soll von der internationalen Öffentlichkeit abgeschottet werden,damit das Militär ungehinderte Handlungsmöglichkeiten hat.Sicher ist aber,daß Organisierung des Volksaufstandes verstärkt fortgesetzt wird,daß die militärischen Aktionen der ARGK sich auf weitere Gebiete ausdehnen und es immer wieder zu Demonstrationen,Streiks und anderen Aktionen der Bevölkerung kommt.Am 24.5. haben die Gefangenen mit einem kurzfristigen Hungerstreik gegen die Sondergesetze und gegen die Verlegung von Gefangenen in den neuen Isolationstrakt nach Eskeshir , demonstriert. Dieser Knast ist nach westeuropäischen Standarts umgebaut worden,d.h. Isolationshaft.Der Hungerstreik war auf eine Woche begrenzt.Es beteidigten sich 5660 Gefangene daran.In einigen Knästen haben die Gefangenen zur diesem Zeitpunkt den Streik noch nicht abgebrochen.
In Diyarbakir haben daraufhin 500 Angehörige einen Solidaritätshungerstreik im Gebäude der Sozialistischen Partei durchgeführt.Am 28.5. wurde das Gebäude geräumt,die Menschen verprügelt und 304 festgenommen.Am 7.6. waren immer noch 24 von den Festgenommenen im Knast.Gleichzeitig begann in Diyarbakir ein Massenprozeß gegen TeilnehmerInnen des Volksaufstandes.Die meißten der Angeklagten sind Frauen und Kinder.Der Prozeß findet unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt,selbst die Presse wurde nicht zugelassen.

Die Begrëndung dafër ist, daß sich unter den Angeklagten auch Kinder befänden deren Identität geschützt werden müßte.

Die Situation in Kurdistan hat sich erheblich verschärft. Die Nachrichtensperre macht möglich,daß es "unter Ausschluß der Öffentlichkeit" zu Massakern an der kurdischen Bevölkerung kommt und die Guerilla-Armee in langen Stellungskriegen zermürbt und erfolgreich geschlagen wird.
In dieser Phase geht es daher der Guerilla darum unbedingt flexibel zu bleiben und ihre Aktionen über das Gebiet Botan hinaus auszuweiten und in vielen anderen Regionen und Städten aktiv zu sein.Dies bietet die Möglichkeit die Kräfte der türkischen Armee zu zersplittern,weil sie so überall mit Angriffen konfrontiert ist.Außerdem ist das Ziel die Region Botan entgültig zu befreien.
Die Selbstorganisationen des Volkes stehen vor einer schwierigen Aufgabe.Nach ihrer kurzen Aufbauzeit stehen sie mitten in der eskalierten Konfrontation mit der türkischen Armee.
Die Türkei ihrerseits steht unter einem enormen Druck.Durch die weltweit veränderte Situation und der instabilen Lage in Kurdistan verliert sie innerhalb der NATO,vom strategischen Gesichtspunkt aus, erstmal ihre bisherige Bedeutung und das westliche Kapital hat ebenfalls zur Zeit weniger Interesse an ihr.Diese Faktoren zusammengenommen machen es für die Türkei notwndig schnell und erfolgreich zu handeln.Die Möglichkeit eines erneuten Putsches und die Gefahr von Massakern an der kurdischen Bevölkerung müssen daher sehr ernst genommen werden.

Peschmergekämpferinnen



"DER WILLE EINES VERSKLAVTEN VOLKES NACH UNABHÄNGIGKEIT UND FREIHEIT KANN NICHT ANGEKLAGT WERDEN!"
(Hasan H. Güler)

§ 129a Prozeß gegen die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)

seit dem 24.oktober 89 läuft vor dem oberlandesgericht (olg) in düsseldorf ein § 129 a prozeß gegen 18 kurdinnen und kurden,wegen "mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung".nachdem in den ersten wochen ein umfangreicher einstellungsantrag von der verteidigung und den gefangenen selbst vorgetragen wurde,fielen nun erste entscheidungen für den weiteren prozeßverlauf. am 30. verhandlungstag wurde das verfahren gegen einen der angeklagten eingestellt,sieben weitere erhielten haftverschonung auf kaution von insgesammt 80000 dm.der plexiglas-käfig der die gefangenen im gerichtssaal bisher von den übrigen prozeßteilnehmern getrennt hat,wurde demontiert.ein weiteres verfahren wurde kürzlich ebenfalls eingestellt. die gründe für diese entwicklung sind politisch,denn die bundesanwaltschaft(baw) ist mit ihrer strategie der distanzierung und entsolidarisierung nicht durchgekommen.so ist es auch in erster linie ein erfolg der hier lebenden kurden und kurdinnen,die sich mit den angeklagten und dem befreiungskampf in kurdistan solidarisieren. sie haben kontinuierlich und massenhaft den prozeß besucht und an den zahlreichen veranstaltungen, demonstrationen und kundgebungen teilgenommen und damit ihre ungebrochenen solidarität zum ausdruck gebracht.ein weiterer grund für diese veränderungen,ist in der wachsenden zahl kritischer westdeutscher prozßbeobachter bis hinein in die liberalen medien zu suchen.ebenfalls einfluß auf den prozeßverlauf hatten auch die proteste aus anderen ländern;internationale delegationen besuchten den prozeß und verurteilten öffentlich die dort herrschenden bedingungen.von einer 'liberalisierung' des verfahrens kann aber keine rede sein.trotz dieser erfolge sind die verteidigungsrechte stark eingeschränkt und es bestehen weiterhin gravierende èbersetzungsprobleme.acht der angeklagten sitzen noch immer unter isolationsbedingungen in untersuchungshaft. zwei anwälten droht jetzt ein verfahren wegen angeblicher veröffentlichung prozeßinterner dokumente und zwei weitere anwälte haben ein verfahren wegen "unflätiger äußerungen" im gericht.
der einstellungsantrag wurde bereits am 6.februar 90 als "derzeit unbegründet"vorläufig zurückgewiesen.ebenso wurde die besetzungsrüge (betrifft die besetzung des senats als sondergericht) ohne nähre begründung abgelehnt.bundesanwaltschaft und senat halten dagegen hartnäckig an der anklagekonstruktion fest.das eigentliche ziel,eine ausländische befreiungsorganisation nach §129a zu kriminalisierung,besteht weiter.

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE UND ANKLAGESCHRIFT

schon vor 1986 gab es auch in anderen westeuropäischen ländern (schweden,frankreich, schweiz) bemühungen die pkk zu kriminalisieren.die erfolge waren allerdings so gering,wie beispielsweise bei dem versuch die pkk für den mord an palme verantwortlich zu machen.ein weiteres vorgehen war daher nur noch in der brd vorstellbar,denn in keinem anderen westeuropäischen staat gibt es ein so ausgefeiltes und erprobtes instrumentarium für eine politische kriminalisierung,d.h.nur in der brd gibt es die jahrzehntelange erfahrung und bereitschaft einer sonderjustiz,menschen für die bloße mitgliedschaft in einer politischen organisation zu verfolgen und zu langen knaststrafen zu verurteilen.
so trifft sich bereits im oktober 86 generalbundesanwalt rebmann mit dem türkischen botschafter und beide erklären, man wolle den "gemeinsamen kampf gegen den terrorismus" verstärken. am 1.1.87 trat dann das neue ,von rebman maßgeblich forcierte "terrorismusgetz"in kraft.es sieht eine erhebliche ausweitung des §129a stgb. vor.die kronzeugenregelung und ausweitung der zuständigkeit des generaldundesanwalts (gba) auf taten die die "äußere sicherheit der brd bzw. der nato-truppen beeinträchtigen" wurde eingeführt.einige tage später erstellte das bka den ersten vermerk zur einleitung des ermittlungsverfahrens wegen des verdachts von "terroristischen straftaten"aus der pkk.ende des jahres begann dann eine massivs repressionswelle gegen kurdische organisationen in der brd,die den unabhängigkeitskampf in nordwest kurdistan unterstützen. razzien in wohnungen und vereinen,beschlagnahme von materialien und geld,kontakt-und zeitungsverbote,hausarrest,sowie festnahmen waren an der tagesordnung.rebmann läßt sich auf jeder seiner pressekonferenzen über die "terroristische pkk"aus,obwohl es keine neuen ermittlungsergebnisse gibt und die verfassungsschutzämter widmen sich eifrig der pkk als "verfassungsfeindliche ausländerorganisation". die bürgerlichen medien heizen ihrerseits die stimmung an und verbreiten meldungen von einer zunehmenden gefahr durch auländerorganisationen.in der türkei ist man hocherfreut über diese entwicklung.so miliyet im august 87:"wir schlagen gegen die bande auch in europa zu."die schon einige zeit zuvor in den bürgerlichen medien geführte hetz-und lügenkampagne gegen den kurdischen befreiungskampf,die auch von einigen linken gruppen durch ihre publikationen unterstützt wurde,bekommt in dieser extremen situation erst seine wirkliche bedeutung.die liberale öffentlichkeit schweigt und die solidarität in der westdeutschen linken ist gering gleichzeitig wird in einigen kreisen der reformistischen linken eine offene distanzierungskampagne gegen die pkk und den kurdischen befreiungskampf verschärft fortgesetzt.die solidarität unter den kurdinnen und kurden in der brd dagegen wächst an.eine spaltung wurde nicht erreicht.
im februar 88 erreichte die repressionswelle ihren vorläufigen höhepunkt mit der verhaftung von 20 kurdinnen und kurden.die meisten müssen sich neben dem vorwurf der 'mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung' (§129a stgb) wegen geringen einzeltatvorwürfen,zb.urkundenfälschung,verantworten.vier der angeklagten stehen allerdings in unmittelbaren zusammenhang mit mordvorwürfen. bereits zu dieser zeit begann auch die planung für einen 8 millionen teuren umbau des prozeßbunkers im polizeikasernengelände in düsseldorf für einen bevorstehenden prozeß gegen die kurdinnen und kurden. dieser prozeßbunker wurde bisher für 129a verfahren gegen mitglieder der raf und leuten aus dem revolutionären widerstand benutzt.
im oktober 88 wurde die anklage eröffnet,die sich juristisch nur auf die aussagen von drei kronzeugen stützt.einer dieser hauptbelastungszeugen ist ein kurde gegen den grade in berlin wegen mordes verhandelt wurde.für seine aussagebereitschaft während des verfahrens wurde ihm eine strafmaßerleichterung vom berliner gericht zugebilligt: ..fünf



jahre wegen mord statt lebenslang. seine aussagen sollen jetzt im düsseldorfer prozeß gegen die angeklagten verwand werden. damit wird auch zum ersten mal die kronzeugenregelung in der brd angewendet. mit seinem urteil hat das berliner gericht praktisch schon die aussagen des zeugen als glaubwürdig beurteilt und damit auch vorweggenommen, was im düseldorfer prozeß eigentlich noch zu beweisen wäre. nach den aussagen der kronzeugen, soll eine teilorganisation der pkk in europa 'volksgerichte' abgehalten haben, auf denen sogenannte abweichler und kritiker der partei abgeurteilt und mit dem tode bestraft werden sollten. ende dezember 88 erhob die baw gegen zwei der gefangenen kurdinnen und kurden eine weitere anklage: ihnen werden 2 morde im guerillacamp der volksbefreiungsfront kurdistan (argk) im libanon vorgeworfen. nachdem es der baw allerdings in 2 jahren intensiver ermittlungen und prozeßvorbereitung nicht gelungen ist diese teilorganisation der pkk genauer zu definieren, hat es das olg geschafft in seinem prozeßeröffnungsbeschluß vom august 89 eine neue variante der "terroristischen vereinigung" einzuführen. jetzt wird behauptet es wäre innerhalb der pkk zur durchsetzung des alleinvertretungsanspruches und zur disziplinierung der parteimitglieder eine mit parteisicherheit, kontrolle und nachrichtendienst beauftragte organisation entwickelt worden. diese reiche vom generalsekretät der pkk a.öcalan über das zentralsekretariat der gesammtpartei, das europäische zentralkomitee in köln, das europäische exekutivkomitee in köln, das komitee für parteisicherheit, kontrolle und nachrichtendienst beim zk in köln, die nach bedarf einberufbaren untersuchungsausschüsse und parteigerichte, die leiter der parteigebiete, bis zu speziellen arbeitsgruppen. damit wird zum ersten mal eine ausländische befreiungsbewegung zum gegenstand eines 129a verfahrens in der brd. das bedeutet, daß jetzt prinzipiell jede ausländische befreiungsbewegung mit dem §129a verfolgt und angeklagt werden kann.

HINTERGRÜNDE UND POLITISCHE DIMENSION

Als die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) und deren bewaffnete Einheiten (HRK) 1984 den bewaffneten Befreiungskampf in Nord-West Kurdistan mit kleinen Guerillaeinheiten wiederaufnahm, tönte der türkische Staat noch lauthals: "In 72 Stunden haben wir diese Banditen erledigt." Doch an der aktuellen Entwicklung des Befreiungskampfes wird deutlich, daß das ursprüngliche Konzept der Türkei für die Zerschlagung des kurdischen Befreiungskampfes längst gescheitert ist.



In einem CIA-Bericht vom August 89 steht: "Die PKK ist die gefährlichste und terroristischste Organisation der Welt.... Ihre Quellen im Ausland müssen ausgetrocknet werden."

Das konkrete Interesse der imperialistischen Staaten im Fall der Türkei und Kurdistan ist greifbar. Der Befreiungskampf, in dem die PKK die anerkannte führende und daher auch wichtigste Kraft ist, hat sich inzwischen für die NATO-Interessen und insbesondere auch für das BRD-Kapital zu einer unerträglichen Gefahr entwickelt. Die Interessen der BRD werden u.a. in der direkten Militärhilfe von 600 Mio. DM jährlich, und dem erheblichen finanzellen Engagement, mit dem alle großen bundesdeutschen Konzerne in der Türkei und Nord-West Kurdistan vertreten sind, deutlich.

So wurde über die kaum noch verdeckte militärisch-polizeiliche, juristische und geheimdienstliche Zusammenarbeit eine 2. Kriegsfront gegen den kurdischen Befreiungskampf in Westeuropa eröffnet. Sie zielt darauf ab, die politische und materielle Unterstützung der Befreiungsbewegung durch die hier lebenden Kurden und Kurdinnen (ca. 400000 in der BRD) zu verhindern.

Primäres Angriffszeiel war daher auch die Auslandsstruktur der ERNK in Westeuropa, wie z.B. die Arbeitervereine (FEYKA), das Kurdistan-Komitee in Köln und die Publikationen, die über den AGRI-Verlag vertrieben werden. Durch Razzien, Festnahmen, Beschlagnahmungen oder Bedrohungen sollte einerseits diese Struktur zerstört und andererseits die hier lebende kurdische Bevölkerungmassiv eingeschüchtert werden.

Der Prozeß ist nun der vorläufige Höhepunkt dieser Kriminalisierungskampagne. Er ist ein Teil der Umsetzung der Pläne, die seit Anfang der 80er Jahre von der NATO innerhalb ihrer "internationalen Terrorismuskampagne", d.h. im Rahmen der "low-intensity-warfare" Strategie zur effektiven Bekämpfung von antiimperialistischen Befreiungsbewegungen beschlossen wurde. Die mit allen Mitteln betriebene Diffamierung von Befreiungsbewegungen als "terroristisch" soll Entsolidarisierung und Distanzierung hervorrufen und darüber hinaus die Legitimation für eine direkte militärische Intervention schaffen wie z.B. die offen völkerrechtswidrige Interventionspolitik der USA in Grenada, Lybien, Nicaragua, Panama, usw. zeigt. Angesichts der Kritik an diesen militärischen Aktionen ziehen die europäischen Staaten subtilere Vorgehensweisen in Sachen Sicherheitspolitik vor. Das heißt, wie in diesem Prozeß, eine Befreiungsbewegung unter dem Terrorismusvorwurf zu kriminalisieren und die eigenen Strafverfolgungsbehörden einzuschalten.

So richtet sich dieser Prozeß nicht nur gegen den kurdischen Befreiungskampf, sondern geht in seiner Bedeutung weit darüber hinaus. Die exemplarische Darstellung einer Befreiungsbewegung als "terroristisch ist ein Angriff auf internationale Menschen- und Völkerrechtsvereinbarungen.

In der UN-Resolution 2621 wird das Recht kolonialisierter Völker anerkannt, "mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, gegen Kolonialmächte zu kämpfen, die ihre Bestrebung nach Freiheit und Unabhängigkeit unterdrücken." Das Zusatzprotokoll der Genfer Konvention von 1977 verbietet daher die strafrechtliche Verfolgung von Taten im Zusammenhang mit Aktionen einer bewaffneten Befreiungsorganisation und 1978 betonte die UN-Vollversammlung in ihrer Resolution zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus ausdrücklich, das nationale Befreiungskämpfe immer mit gewaltsamen Auseinandersetzungen verbunden und deshalb auch noch lange nicht terroristisch sind.

Über die Ausweitung des § 129a auf ausländische Befreiungsorganisationen werden diese von der BRD selbst unterschriebenen internationalen Vereinbarungen unterlaufen und die Kriminalisierung weiterer Organisationen vorbereitet. Die Bundesanwaltschaft hat bereits die Aufstockung ihrer Mittel und ihres Personals verlangt, unter Berufung auf weitere Ermittlungsverfahren gegen ausländische Organisationen.

Auch die Einbeziehung von angeblichen Straftaten im Libanon, wie in diesem Prozeß, bedeuten einen eklatanten Angriff auf die Souveränität eines Staates. Denn hier wird versucht die Anwendung deutschen Strafrechts beliebig auf Vorgänge im Ausland auszuweiten.

Diese Angriffe auf Befreiungsbewegungen dokumentieren sich auch in den neuen Asyl- und Ausländergesetzen und bedeuten eine weitere Aushöhlung von grundsätzlichen Menschenrechten in der BRD.

In diesem Gesetz wird eine politische Betätigung von Ausländern und Ausländerinnen, die "die außenpolitischen Belange der BRD beeinträchtigen" kriminalisiert und zum Abschiebegrund deklariert. Wie das demnächst gehandhabt werden kann, zeigt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Verfassungsbeschwerde eines Kurden Abgelehnt hatte, die dieser aufgrund der zu erwartenden Folter in der Türkei gegen seine Abschiebung eingelegt hatte. Nach diesem Urteil gilt der Anspruch auf Asyl in der BRD nicht, wenn der Asylbewerber von der BRD aus, "terroristische Aktionen" in der Türkei unterstützt. Die sogenannte Unterstützung war in diesem Fall seine Teilnahme an einer Demonstration gegen den faschistischen Militärputsch in der Türkei.

Über die laufende westeuropäische Vereinheitlichung der Asyl- und Flüchtlingspolitik wird die Abschottungspolitik der westeuropäischen Staaten deutlich, die einerseits internationale Völkerrechtsbestimmungen einfach übergeht und andererseits nach innen ein Vakuum schaft, das jede Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in der Welt von hieraus verhindern soll. Die vorhergegangene Hetzkampagne gegen den kurdischen Befreiungskampf hat hier ebenfalls den politischen Boden für die Durchsetzung der neuen Asyl- und Ausländergesetze geschaffen.

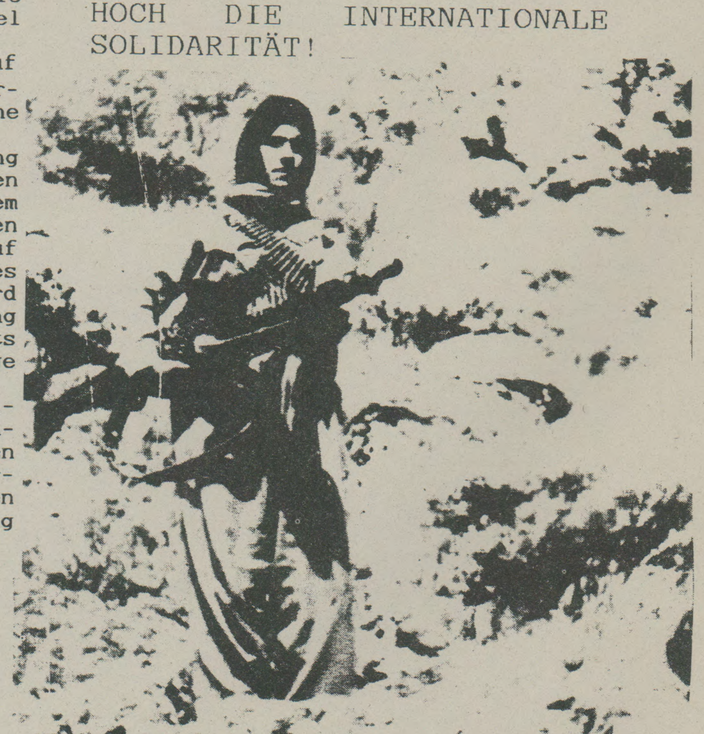
FÜR DIE SOFORTIGE EINSTELLUNG DES § 129a PROZESSES GEGEN DEN KURDISCHEN BEFREIUNGSKAMPF!

FREILASSUNG UND KEINE ABSCHIEBUNG DER ANGEKLAGTEN!

GEGEN DIE POLITISCHE, ÖKONOMISCHE UND MILITÄRISCHE UNTERSTÜTZUNG DES KOLONIALFASCHISTISCHEN TÜRKEI DURCH DIE BRD/WESTEUROPA!

SOLIDARITÄT MIT DEM NATIONALEN BEFREIUNGSKAMPF IN KURDISTAN!
ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!





Interview mit Hüseyin Celebi, Kurdistan Komittee Köln (Juni 1990)

Verhaftung und Knast (Teil I)

Frage: Ende 1987 begann die Bundesanwaltschaft unter Federführung von Generalbundesanwalt Rebmann mit einer massiven Welle der Kriminalisierung gegen kurdische Organisationen vorzugehen, die den Unabhängigkeitskampf in Nordwest-Kurdistan unterstützen. Es gab Bespitzelungen, Angriffe auf eure Feste, zahlreiche Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahme von Geld und Schriften. Den vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Kampagne am 15. Februar 1988 mit deiner Verhaftung und der von 19 weiteren Kurden und Kurdinnen. Grundlage hierfür war der §129a.
Hüseyin, kannst du erzählen, wie es dir damals ergangen ist und was dir vorgeworfen wurde?
Welcher Zweck wurde deiner Meinung nach mit dieser sehr breit angelegten Repressionswelle verfolgt?

Hüseyin: Diesen 15. Februar 1988 werde ich so schnell sicherlich nicht vergessen. Aber ich will etwas weiter ausholen: die Repressionswelle begann zwar insoweit 1987 als sie besonders verstärkt wurde, aber die eigentliche Verfolgung ging schon etwas länger. Schon Mitte der 8oer Jahre hatte es sehr heftige Hetzkampagnen gegeben mit dem Ziel, uns zu kriminalisieren. Das war in Schweden so, aber auch hier in der BRD. Das ging soweit, daß Komplotte organisiert wurden - ich erinnere da an die Sache mit Faruk Bozkurt in Hamburg - und so wurde eine Atmosphäre geschaffen, die zusammen mit der rechtlichen Erweiterung des 129a auf ausländische Organisationen dazu führte, daß am 1. Januar 1987 ein Ermittlungsverfahren gegen die PKK eingeleitet wurde. Aber es hat schon, ich glaube im Jahre 1983, Drohungen vom Innenministerium gegeben, daß man die PKK verbieten werde, wenn es sein müsse. Das war kurz nach dem Verbot von Dev Sol/Halk Der (nach der Besetzung des türkischen Konsulats in Köln, d.Red.) und schon 1984 wurde immer wieder geäußert, daß man uns beobachte usw. Der Beginn des Ermittlungsverfahrens war verbunden mit einem Haufen von Repressionen die den Zweck hatten, uns erstmal auszuforschen. Es sollte eine Grundlage geschaffen werden, wie man uns angreifen könne und diese Vorbereitungen endeten dann, vorläufig, mit dieser Verhaftungswelle im Februar 1988. Wenn wir uns diese ganze Zeitspanne ansehen, dann wird klar, daß dahinter viel mehr Sachen stecken, als das, was uns da jetzt konkret vorgeworfen wird.
Es gibt 3 Grundsäulen dieses Projektes "Angriff auf die PKK": die erste,wesentliche Grundsäule ist die Entwicklung in Kurdistan, d.h. die Entwicklung eines Befreiungskampfes, der den Nato-Partner Türkei, die Südostflanke der Nato, in Bedrängnis bringt und wodurch eine Lösung der kurdischen Frage im imperialistischen Sinne zunehmend verhindert wird. Ein Befreiungskampf, der dieses kolonialistische Gebilde im Nahen Osten, das den Interessen des Imperialismus entsprach und entspricht, angreift und versucht, auseinanderzunehmen. In dieser Situation war es für sie ganz wichtig, einen Einhalt zu gebieten.

Die Türkei hat in diesem Krieg die verschiedensten Methoden angewandt. 1984 (Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes der PKK in Nordwest-Kurdistan)wurde der Beginn dieser Entwicklung noch mit ziemlichem Schulterzucken quittiert, sie sagten, das ist eine Frage von 72 Stunden und dann haben wir das hinter uns. Aber der Befreiungskampf entwickelte sich zunehmend, es wurden neue Stufen erreicht und sie kamen schließlich an den Punkt, wo sie sagen mußten, so wie bisher, so schaffen wir das nicht. Das Problem konnte für sie nur in einem letzten Schlag gelöst werden, den sie dann vorbereiteten. 1988 ist von ihnen daher als "Schicksalsjahr" bezeichnet worden, was auch mit den Beschlüssen des 3. Kongresses der PKK 1986 zusammenhängt, wo wichtige Entscheidungen für die Weiterentwicklung des Befreiungskampfes getroffen wurden. Während 1987 die Vorbereitungen für die Umsetzung dieser Beschlüsse getroffen wurden, mit mehr oder weniger erfolgreichen Aktionen, sollten sie im Jahr 1988 umgesetzt werden. Dem türkischen Staat war diese Planung natürlich bekannt und er hat alles daran gesetzt, diese Entwicklung zu verhindern. In diesem Kontext müssen wir diese Offensive 1988 sehen.
3 Standbeine hatte ich gesagt, einmal also der militärische Angriff der Türkei Ende 1987 gegen die Guerilla ziemlich verstärkte. Diese Vorgehensweise entsprach der militärischen Lösung des "Problems". Das zweite Standbein waren die Angriffe in der BRD. Es wurde ganz deutlich gesagt, daß man die Luftröhre der Bewegung ins Ausland abschneiden müsse. Damit sollte die Unterstützung gekappt werden und der Schlag sollte so endgültig sein, daß die Bewegung auch durch Öffentlichkeitsarbeit nichts mehr dagegen unternehmen könne. Zum Hintergrund muß man auch sagen, daß die Türkei schon seit 1985 immer wieder die verschiedensten Regierungsvertreter in die BRD schickte und ein Ende der sog. "separatistischen Aktivitäten" im Ausland forderte. Gerade hier in der BRD gibt es ca. 400 Tausend Kurden und Kurdinnen, von denen ein beträchtlicher Teil den Befreiungskampf massiv unterstützt, sowohl ideell als auch materiell. Das wollen sie verhindern.

Die BRD, deren Interessen sich mit denen der Türkei decken, hat dann ohne viel Federlesen Vorbereitungen getroffen deren vorläufiges Ende die Verhaftungen 1988 gewesen sind.
Das dritte Standbein des Projekts "Angriff auf die PKK" war ein Angriff aus dem Innern der PKK, dessen gesamtes Ausmaß bis heute noch nicht geklärt werden konnte. Es gab Infiltration durch den türkischen Staat, die, vermischt mit politischen Differenzen, dazu führten, daß eine Clique innerhalb der Organisation versuchte, die Organisation zu liquidieren. Die mittlerweile verfaulende Losung von der Schaffung einer "demokratischeren PKK" sollte durchgesetzt werden. Diese Angriffe waren tatsächlich auch zeitlich ziemlich gut aufeinander abgestimmt: die militärische Offensive im Winter 1987/88, im Frühjahr 1988 die Verhaftungen und im Herbst 1988 der Vorstoß dieser Gruppe. Objektiv gehören diese Angriffe alle zusammen und haben alle das gleiche Ziel verfolgt. Und es wird auch subjektiv Zusammenarbeit gegeben haben. In diesem Schicksalsjahr ging es also darum, die Entscheidung zu fällen. Das ist, grob geschildert, der Hintergrund zu diesem Verfahren.

Wie es mir dann speziell ergangen ist? Ja, ich habe also hier im Kurdistan-Komitee gesessen, als das SEK auf seine "liebenswürdige"Art hier hereingestürmt kam und wir wurden mit aufs Polizeipräsidium genommen. Uns wurde nicht gesagt, worum es ging. Am nächsten Morgen kam dann mein Anwalt, aber der war auch kaum informiert, er sagte nur, wir würden nach Karlsruhe geflogen, es sei ein Verfahren der Generalbundesanwaltschaft und er rechne damit, daß ein Haftbefehl erlassen würde. Wir sind dann nach Karlsruhe geflogen worden und kamen vor den Haftrichter. Es war noch ein Vertreter der Bundesanwaltschaft anwesend. Der Haftrichter verlas den Haftbefehl und auch die konkreten Vorwürfe gegen mich: Mitgliedschaft in einer "terroristischen" Vereinigung, § 129a, Freiheitsberaubung und versuchter Mord. Was den anderen im einzelnen vorgeworfen wurde, wußte ich damals noch nicht, die Trennung voneinander war spätestens seit unserer Ankunft in Karlsruhe perfekt. Ich war sehr erstaunt über diese Vorwürfe, besonders über die Formulierung, die der Vertreter der BAW betonte, nämlich daß ich Mitglied einer "terroristischen" Vereinigung innerhalb der PKK" sein solle. Naja, mit diesem Haftbefehl kam ich dann nach Wuppertal in den Knast. Ich muß sagen, daß es einige Tage gedauert hat, bis ich den ersten Schock hinter mir hatte, bis ich mal verstanden hatte, was passiert war. Ich hab den Haftbefehl unzählige Male durchgelesen und konnte es immer noch nicht begreifen. Das hatte sicherlich damit zu tun, daß ich völlig unvorbereitet von dieser Verhaftung getroffen wurde.

Frage: Du hast grade gesagt, ihr seid sofort in Karlsruhe voneinander getrennt worden. Kannst du zu euren zu deinen Haftbedingungen etwas sagen?

Hüseyin: Grennt wurden wir eigentlich schon in dem Moment, in dem wir festgenommen wurden. Hier im Büro gibt es ja recht viele Räume und wir wurden schon hier jeder in einen Raum gesteckt. Ich wurde dann allein ins Polizeipräsidium gefahren, wo ich einige Leute sehen konnte, die noch aus anderen Büros und Räumen dorthin gebracht worden waren. Das interessante im Polizeipräsidium war, daß alles ablief wie in einer Maschine: ich kam an eine Tür, wo ich stehenbleiben mußte. Dort konnte ich sehen, wie jemand anders von uns dort drin durchsucht wurde und ein Dritter bereits aus dem Raum zur nächsten Maßnahme geführt wurde. Dann kam ich in den Raum zur Duchsuchung, der vor mir wurde weitergeführt und hinter mir wartete der nächste - das war wie in einer Maschine. Offensichtlich war, daß wir uns nicht sehen und nicht miteinander reden sollten. Wenn wir uns doch trafen wurden wir sofort voneinander weggezogen. Dann kam ich in eine Einzelzelle. Später, bei einer Gegenüberstellung kamen einige von uns, so ca. 8 Personen, nochmal zusammen. Wir haben erst aus den Akten, erfahren, daß es sich um eine Gegenüberstellung gehandelt hatte, es lief alles verdeckt ab. Das waren natürlich nur ein paar Minuten, aber ich schildere das so ausführlich, weil es selbst diese paar Minuten später für lange lange Zeit nicht mehr gegeben hat. Auf dem Weg nach Karlsruhe kamen wir noch einmal zusammen. Wir wurden auf dem Weg zum Hubschrauber in so eine Wanne verfrachtet, wo zwischen den Einzelzellen so Fensterscheiben waren, daß wir uns sehen und ein bißchen miteinander reden konnten. Da hab ich auch einige getroffen, von denen ich bis dahin nicht wußte, daß wir Opfer desselben Schicksals geworden waren. Im Hubschrauber waren wir auch zusammen, aber Reden war da nicht möglich, es war einfach zu laut. Danach war Schluß, bis zum Prozeß haben wir uns nicht mehr gesehen. Ich weiß noch, daß ich in Karlsruhe, als ich mit dem Haftbefehl weggebracht wurde, an einer Tür, die ungefähr 100 m weit weg war, den Selman gesehen hab, wie er weggebracht wurde. Das war das letzte Bild im Hinterkopf, was ich noch mitgenommen habe.
Im Knast selber war es die absolute Isolation. 24 Stunden war ich allein, 23 Stunden allein auf der Zelle, 1 Stunde allein Hofgang. Menschen sah ich, wenn überhaupt, nur in Uniformen, meist drei bis vier. Als besonders gefährlicher Gefangener wirst du stigmatisiert, du hast drei bis vier Schließer um dich rum. In der ersten Phase der Verhaftung hast du ja auch nichts, keine Zeitungen, keine Bücher, kein Radio. Du wirst also völlig von der Umwelt abgeschnitten. Es hat dann ungefähr 3 Monate gedauert bis es erste Veränderungen gab: Zeitungen, gemeinsamer Hofgang. Ich bekam keine türkischen Zeitungen, weil ich der deutschen Sprache so mächtig bin, daß ich deutsche Zeitungen zu lesen hatte.

Frage: Du hast eben gesagt, daß ihr nach drei Monaten die Möglichkeit gemeinsamen Hofgangs hattet, aber das wamit anderen Gefangenen, nicht mit deinen Freunde?

Hüseyin:Ja natürlich, ich vergeß das immer zu sagen, es ist ganz klar, daß politische Gefangene nie zusammenkommen. In diesem Knast gab es sowieso, außer mir nur noch einen anderen politischen Gefangenen. Das änderte sich allerdings, als ein weiterer Genosse von mir, der in einem ganz anderen Trakt gewesen ist, den ich nie zu Gesicht bekommen habe, der ist dann kurze Zeit später auch entlassen worden. Aber auch das habe ich erst sehr viel später über Beschlüsse mitgekriegt, in denen stand, daß ich nicht mit ihm zusammengebracht werden dürfte. Dann kam später noch ein palästinensischer Genosse, der lange Zeit dort war, der Hafiz und mit dem war auch ein Kontakt nicht möglich. Ab und zu passiert ein Versehen, wenn sie uns zum Einkaufen führen, politische Gefangene werden allein zu einer bestimmten Zeit dorthin gebracht, und zwar nacheinander. Und wenn sie dann die Koordination nicht genau hinkriegen, passiert es, daß dann plötzlich zwei politische Gefangene in einem Raum sind. Die merken das meistens nach ein paar Minuten und dann ist sofort Schluß. Aber ein-, zweimal hab ich den Hafiz so gesehen und wir haben ein bißchen geredet. Später, nachdem die Anklageschrift gekommen war, gab es ein umfangreiches Haftstatut, das aus 57 Einzelpunkten bestand. Diese Einzelpunkte waren so ein richtig auf uns als ausländische politische Gefangene abgestimmtes Programm. Kurdische Zeitungen wurden einfach verboten, türkische Zeitungen wurden reduziert auf drei Boulevard-Blätter, die man wirklich nicht lesen konnte, Radio wurde dahingehend zensiert, daß wir keine Kurzwellen und keine UKW-Sender hören durften und das bedeutete, daß es keine Sendung gab, die wir überhaupt hören konnten in einer Sprache, die wir verstanden - also wenn wir kein deutsch konnten. Dann gab es noch einige Spezialitäten, z.B. daß wir zum Gemeinschaftshofgang rausgehen durften, aber nicht mit Gefangenen kurdischer Volkszugehörigkeit, wie sie sich ausdrückten, zusammenkommen durften. Es gibt selten Situationen für Kurden, wo es gut ist, daß sie keinen Paß haben, aber in dieser Situation war das schon ganz gut, denn die Knastleitung konnte zwischen Türken und Kurden nicht richtig unterscheiden und so ließ sich dieser Beschluß praktisch nicht durchsetzen. Ein sehr starkes Mittel der Isolation, das sehr oft mit den verrücktesten Begründungen angewendet wurde,war die Zensur. So wurden politische Äußerungen ohne Mapstäbe, z.B. in Briefen angehalten, zerschnippelte Zeitungen kamen rein usw. usf.

Frage: Ihr habt zwischendurch ja Hungerstreiks gemacht, um bessere Haftbedingungen durchzusetzen. Hat sich dadurch denn irgendetwas spürbar für euch verändert?

Hüseyin: Es gab minimale Veränderungen. Es gab diese ganz verrückten und harten Beschlüsse, wie z.B. daß wir ein Radio haben durften, das wir aber nicht verstehen konnten, oder Zeitungen lesen zu müssen, die man sonst im normalen Leben nicht mal anfassen würde - also solche Dinge wurden schon geändert. Auch gemeinschaftlichen Hofgang machen zu können wurde erst nach einem Hungerstreik eingeführt. Und auch, daß wir sog. Gemeinschaftsveranstaltungen besuchen durften, wobei gesagt werden muß, daß bei diesen Gemeinschaftsveranstaltungen Bedingungen vorgeschrieben wurden, die wirklich menschenunwürdig waren. So erlaubten sie einem z.B. an einem Gottesdienst teilzunehmen - was vom Inhalt her ziemlich uninteressant ist, aber es ist gut, mit anderen zusammenzukommen. Deswegen gehen auch die meisten Gefangenen dorthin. Sie sagten also, man dürfte am Gottesdienst teilnehmen, aber müsse irgendwo so abseits gesetzt werden, daß man mit keinem anderen Gefangenen direkten Kontakt bekommen könne und Schließer müßten dabei sitzen. Das wollten wir so natürlich nicht machen, das ist doch absolut sinnlos.
Ich möchte noch ausdrücklich betonen, daß zu dieser gesamten Situation der Isolation kommt, daß wir die Sprache nicht können, außer mir und einem anderen Genossen können alle anderen kein deutsch sprechen. Selahattin Erdem beschrieb in einem Brief an mich das mal so: er meinte," Du bist ein Gefangener, aber ich bin ein doppelter Gefangener." Er konnte noch nicht mal diesen Schließern irgendetwas sagen oder irgendetwas verstehen, was sie ihm sagten.

Frage: Diese Haft wird ja international als "weiße Folter" bezeichnet. Warst du in irgendeiner Weise auf solche Haftbedingungen vorbereitet, hattest du dich irgendwie und -wann mal damit auseinandergesetzt oder war das eine völlig neue Erfahrung für dich?

Hüseyin: Es war eine völlig neue Erfahrung für mich, was nicht heißt, daß ich nicht schon einmal davon gelesen hatte, aber wenig. Ich möchte das Wort Erfahrung betonen, man kann soviel lesen darüber, wie man will, ohne die praktische Erfahrung glaube ich nicht, daß du einen wirklichen Sinn dafür bekommen kannst, was es ist. Ich kann das absolut unterstreichen, wenn gesagt wird, das ist die

"weiße Folter", die saubere, unblutige Form von Folter. Denn im Endeffekt, was die Zielsetzung und die langfristigen Schmerzen betrifft, hat es denselben Effekt. Einen, den du physisch folterst, dem bereitest du kurzfristig, in dem Augenblick der Folter, schwere Schmerzen mit dem Ziel, etwas aus ihm herauszupressen oder ihn zu brechen. Es bleiben aber die langfristigen Schäden. Und hier, bei der Isolationshaft, ist es genau dieselbe Sache, nur daß es alles langfristiger geplant ist. Dieses ständige Alleingelassen werden, dieses ständige Schikanieren, diese ständigen willkürlichen Beschlüsse, das ständige Hin und Her, dieser ständige Druck, der auf dich ausgeübt wird, die absolut kalte Umwelt, die absolute Abschottung von jeder Form von Menschlichkeit, von jedem Kontakt - das alles hat genau dasselbe Ziel. Nach 3 Monaten Totalisolation kommen plötzlich so BKA-Typen zu dir und fragen, ob du denn nicht endlich eine Aussage machen willst. Damit nutzen sie eine ganz bestimmte Situation aus, nachdem du 3 Monate lang mit niemandem geredet hast, hast du ein ganz natürliches Verlangen egal mit wem, egal über was, mit irgendwem zu reden. Das ist eine gezielte Politik. Das, was die türkischen Folterer versuchen, an einem Tag zu erfahren, versuchen hier die Folterer mit 3 Monaten Isolationshaft zu erreichen. Der Unterschied ist erstmal, daß es keine offen physische Folter ist, aber wenn ich mir ansehe, was es für Spätfolgen bei Menschen gibt, die in der Türkei gefoltert wurden und den Menschen, die hier gefoltert wurden, dann sehe ich da keine großen Unterschiede. Im Endeffekt geht es darum, wie es die Menschen prägt, daß man in ganz bestimmten Situationen immer noch unter dem Eindruck dieser Folter steht, das sind vor allen Dingen psychische Folgen.

Frage: Für die politischen Gefangenen in der BRD ist die Isolationshaft seit 20 Jahren, d.h., seitdem es hier politische Gefangene gibt, eine Realität. Am 1. Februar 1989 begannen die Gefangenen aus der RAF den 10. Hungerstreik für ihre Zusammenlegung und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen. Gefangene aus dem revolutionären Widerstand schlossen sich ebenfalls dieser Hungerstreikkette an. Nach und nach haben sich dann noch andere Gefangene diesem Hungerstreik mit eigenen Forderungen angeschlossen oder sie haben sich einfach solidarisiert.
Hast du zu diesem Hungerstreik irgendetwas mitbekommen und wie war dein eigenes Verhältnis dazu?

Hüseyin: Mitbekommen habe ich den Beginn und den Verlauf des Hungerstreikes schon. Authentisches habe ich nicht mitbekommen, denn alles, was hierzu an mich geschickt wurde, wurde konsequent angehalten. Jede Seite, auf der etwas ausführlicher über den Hungerstreik berichtet worden ist, jeder Artikel, jede kleine Nachricht wurde weggeschnitten, die Zensur war absolut. Auch das, was wir oder was ich je dazu geschrieben habe, wurde, soviel wie ich weiß nicht durchgelassen. Sie haben wirklich alles daran gesetzt, zu verhindern, daß wir mitbekommen, was dort abläuft. Meine anderen Genossen, also da muß ich sagen, daß einige, also diejenigen, die der Sprache überhaupt nicht mächtig sind, lange Zeit überhaupt nichts von dem Streik mitgekriegt haben. Bei uns gab es während des Hungerstreiks ganz andere Diskussionen, über ganz andere Sachen.
Diese Auseinandersetzung um die Zusammenlegung kannte ich schon von früher, ich war auch informiert über die konkrete Realität der Gefangenen, erst recht nochmal durch unsere eigene Situation und damit war für mich klar, daß die Forderung nach Zusammenlegung und alle anderen Forderungen auch unsere Forderungen waren. Auch wenn wir sie nie so formuliert haben, dann ist es für uns doch ganz klar, daß die Forderungen der politischen Gefangenen dieselben sind, wie unsere, denn es geht um dieselben Sachen.
Es lief bei uns während dieser Zeit ja auch ein Hungerstreik, mitten in dieser Phase, gegen diese verschärften Haftbedingungen, das war sicherlich ein unglücklich gewählter Zeitpunkt. Ich habe in meiner Erklärung zu unserem Hungerstreik auch einen konkreten Bezug hergestellt zu dem Hungerstreik der Gefangenen hier und erklärt, daß ich mich solidarisiert habe. Ich weiß nicht, ob dies je bekannt geworden ist, soviel ich weiß wurden meine Erklärungen dazu alle beschlagnahmt und nicht rausgelassen.

(dazu konkret): Bei der großen Demonstration zur Unterstützung der Forderungen der Gefangenen im Hungerstreik in Bonn wurde dies auch bekannt gegeben und es gab eine Grußadresse an Euch, wo Ihr namentlich auch alle aufgerufen wurdet - eine Erklärung sollte von Euch verlesen werden, die aber erst am Morgen der Demonstration bei der Auftaktkundgebung ankam und zu lang war, weshalb dann darauf verzichtet wurde, sie zu verlesen.

Prozeßverlauf und Verteidigungsstrategie (Teil II)

Frage: Aufgrund der Isolationshaft konntet Ihr euch ja nicht gemeinsam auf den Prozeß vorbereiten, trotzdem vermittelt ihr während des Prozesses eine Stärke und Einheit, die uns alle wirklich sehr beeindruckt hat. Was macht diese gemeinsame Stärke und Verbundenheit unter euch aus?

Hüseyin: Ersteinmal das, worum wir kämpfen. Das ist wohl eines der wichtigsten Bindeglieder zwischen uns. Die Situation von Menschen, die ein Sklavendasein führen, in einem Kampf als Menschen gegen dieses Sklavendasein für eine Befreiung, ja für Freiheit. Das ist unser Ziel - und diese Vorstellung der Ziele ist sicherlich ein Bindeglied zwischen uns und macht und gibt uns unsere Stärke. Auch, weil wir davon ausgehen, daß wir im Recht sind und einen gerechten Kampf führen.
Auf der anderen Seite haben wir eine lange Kampferfahrung, was Gefangenschaft betrifft, Kämpfe in Knästen, Prozesse - es gibt genug PKK-Prozesse in der Türkei und wir stellen uns auch ganz klar und konkret in die Tradtition der Erfahrungen unserer Genossen in der Türkei und in Kurdistan in den Knästen. Diese beiden Sachen, das gemeinsame Ziel und die enge menschliche Verbundenheit, daß wir bereit sind, füreinander da zu sein, nach der bekannten Losung: Einer für alle, alle für einen, das sind wohl die wichtigsten Gründe, daß wir viel Stärke und Verbundenheit zum Ausdruck bringen. Wobei ich dazu auch sagen muß, wir kennen uns alle mehr oder weniger, wir haben vieles gemeinsam gemacht und das schweißt uns auf jeden Fall zusammen.

Frage: Diese Bedingungen im Prozeßbunker waren von Anfang an so extrem, daß eine rechtmäßige Verteidigung ausgeschlossen war. Kannst du vielleicht was sagen über diese Bedingungen im Prozeßbunker, sie genauer beschreiben und was, denkst du, sollte mit diesen Bedingungen erreicht werden?

Hüseyin: Es ist ja bekannt, daß dieser Bunker für ungefähr 8 Millionen Mark umgebaut worden ist, extra für diesen Prozeß. Im Keller sind neue Hafträume eingerichtet worden. Wenn ich mich nicht irre, dürften 50 Hafträume dort unten sein. Allein dort, wo 5 oder 6 von uns sind, waren 13 Haftzellen, aber dieser Teil ist nur einer von mehreren Zellenteilen dort unten. Das macht klar, worum es hier geht, nämlich die Vorbereitung eines dieser Prozeßbunker - es gibt ja mehrere, Stammheim z.B. noch - für Massenprozessen. Und alle Möglichkeiten, die für kleine Gruppen von Gefangenen gelten, oder auch für einzelne, haben sie hiermit auch für große Prozesse vorbereitet. Die Abteilungen sind voneinander abgeschottet und es ist ein richtiges Labyrinth dort unten. Ich war ja 4 Monate dort und hab in dieser nicht kapiert, wie wir dahin kamen, wo wir hinkamen. Es ist aufgebaut wie in einem Labyrinth, damit du es nicht durchschaust. Wenn wir z.B. zum Prozeßsaal gebracht wurden, wurde jedesmal ein anderer Weg genommen, und so verstehst du nie so genau, wo du grade bist.
Oben im Prozeßsaal ist dieses Aquarium, dieser Käfig das erste gewesen, was sofort ins Auge stach. Eine Plexiglaswand, die uns, die Angeklagten von der Verteidigung abschottete ebenso wie vom Rest des Prozeßsaals. Es gab sog. Sprechstellen, 3 Löcher in dieser Plexiglasscheibe, wo wir, wenn wir wollten, mit unseren Anwälten sprechen konnten. Die Anwälte selber saßen ziemlich weit entfernt, z.T. bis zu 16 Meter. Um mit ihnen sprechen zu können, mußten wir auf einen Knopf drücken, der auf so einem Schaltbrett vor uns war, wenn wir darauf gedrückt haben, leuchtete bei ihnen ein rotes Lämpchen auf. Das klappte aber hinten und vorne nicht, weil schon am 2. Tag des Prozesses, das gesamte Schaltsystem zusammenbrach. Diese Trennscheibe selber, ein Novum in der Prozeßgeschichte der BRD, hängt auch mit dem zusammen, was da unten im Keller gemacht worden war, eben der Versuch, einen Massenprozeß als Pilotprojekt durchzusetzen und durchzuführen. Hier haben sie mal ausprobiert, inwieweit das klappt und wie man das machen kann. Heute ist diese Glaswand ja abgebaut worden, aber ich glaube trotzdem, daß sie schon einige Erfahrungen mit diesem Ding gesammelt haben und das nächste Mal werden sie es wahrscheinlich besser machen, schlauer angehen. Ich glaube einfach nicht, daß sie das Projekt aufgegeben haben. Wenn sie die Glaswand abgebaut haben, dann hat das sicherlich viele andere Gründe, aber nicht den, daß sie tatsächlich Abstand davon genommen haben. Alle Bedingungen in diesem Prozeß, z.B. auch das Problem mit den Dolmetschern, alles hat in erster Linie einen Propagandazweck. Diese zweijährige Hetze als sogenannte "gefährlichste Terroristen", als die neue, eigentliche Gefahr für die innere Sicherheit der BRD mußte in einem ansprechenden Bild auch dargestellt werden. Was bietet sich da besser als so eine Glasscheibe, so ein Käfig, der ja auch bestimmte Assoziationen hervorruft, nämlich daß dahinter Ungeheur, Monster sitzen müssen, die so gefährlich sind, daß sie hinter Scheiben von dem Rest der Menschheit abgeschottet werden müssen. Alles das mußte nochmal zum Ausdruck gebracht werden und wenn diese Scheibe heute weg ist, dann hat das auch damit zu tun, daß eben diese Propaganda in diesem Punkt nicht geklappt hat, daß dieses Bild von den "gefährlichen Terroristen" einfach nicht durchzusetzen war.

Frage: Du hast ja schon gesagt, die Trennscheibe steht heute nicht mehr, und ich teileaber Deine Einschätzung, daß es sich nicht um eine Liberalisierung handelt. Gegen zwei von Euch wurde das Verfahren eingestellt, sieben sind gegen Kaution freigelassen worden. Was denkst Du waren die Gründe für diese Veränderungen?

Hüseyin: Also sie sagen ihre Gründe dafür ganz offen: Rebmann sagte ja, die deutsche Justiz ist mit diesem Verfahren überfordert. Wenn er das sagt, dann hat das weniger damit zu tun, daß irgendwelche Gesetzeslücken vorhanden sind, sondern das hat damit zu tun, daß die BRD noch ziemlich unerfahren ist in dieser neuen Rolle, die sie mit diesem Prozeß als Weltpolizist spielen will. Schwierigkeiten hat sie also einmal mit der propagandistischen, aber auch mit der realen Abwicklung dieses Prozesses. Dieses Bild, das sie versucht hat mit diesem Prozeß zu schaffen, hat sich umgekehrt. Der Versuch, 20 Menschen als Ungeheuer hinter eine Glasscheibe zu stellen, hat sich umgekehrt. Selbst aus liberalen Kreisen kam Kritik, daß man das so doch hier nicht machen könne. Ein Massenprozeß, der Assoziationen zu den schlimmsten Massenprozessen in der Türkei hervorrief, sollte hier nicht geführt werden. Der Schauprozess kam deutlich zum Ausdruck. Jeder, der in diesen Prozeßsaal reinkam, hat gesehen, hier läuft eine Show ab. Diese Scheibe, hinter der wir steckten, war das Sinnbild dieser Show, die große Anzahl von Leuten - das war schon technisch eine Show, dieses Ausgestelltsein zwischen den Schließern. All das hat doch zu deutlich gemacht, was hier ablief, das mußte also geändert werden.
Mit der Freilassung von sieben der Gefangenen und der Einstellung von zwei Verfahren haben sie jetzt erstmal versucht, sich neue, günstigere Bedingungen zu schaffen. Die Ziele sind geblieben.
Was haben sie mit der Entlassung von 8 Leuten erreicht? Sie haben erstmal in ganz bestimmte Schichten der liberalen Öffentlichkeit gewirkt, die jetzt sagen: na also, was wollt ihr denn, die Gerechtigkeit hat zum Schluß doch gesiegt! Und alles, woran sich äußerlich die Kritik festgemacht hat, wie z.B. die Scheibe, wurde beseitigt. Aber inhaltlich, die Punkte der Anklagen, der Versuch, zum ersten Mal eine Befreiungsbewegung in der BRD als "terroristisch" zu verurteilen und der Versuch, der BRD eine Gerichtsbarkeit im Ausland einzuräumen, mit, also die Libanon-Anklage, daran hat sich nichts geändert. Sie brauchen Ruhe, um genau diese Punkte durchzusetzen.

Frage: In den ersten Wochen wurde ein umfangreicher Einstellungsantrag von der Verteidigung vorgebracht. Einen großen Teil dieses Antrages nimmt eure Darstellung des Befreiungskampfes in Kurdistan ein. Ihr begründet sehr ausführlich warum es im Rahmen deutscher Gesetze nicht möglich sein kann, den nationalen Befreiungskampf eines Volkes zu kriminalisieren und zu verurteilen. Du hast zu den Zusammenhängen ja schon einiges gesagt, kannst du nochmal sagen, wie ihr eure eigenen Aufgaben in diesem Prozeß bestimmt im Verhältnis zum Befreiungskampf.

Hüseyin: Für einen Revolutionär ist der Ort, an dem er sich aufhält, absolut unwichtig. Das heißt, ein Revolutionär ist überall Revolutionär. Dieser Gerichtssaal ist also kein Ort, an dem wir uns anders verhalten sollten oder wollen wie in einer anderen Situation in Freiheit oder sonstwo. Wir sagen das auch ganz offen, daß wir diesen Prozeß als eine Bühne betrachten. Auf dieser Bühne wollen wir ganz konkret darstellen, warum wir was wann und wo und wie wir es machen. Das ist in unseren Erklärungen ja sehr ausführlich dargelegt worden. Da geht es um die wirtschaftlichen, politischen, sozialen Hintergründe unseres Kampfes. Das ist der eine Teil unserer Erklärungen.
Dazu möchte ich Ismail Besci zitieren, der gesagt hat, daß im Prozeß die Möglichkeit besteht, einen differenzierten Einblick in unseren Kampf in Kurdistan zu geben, denn wir können dort auftreten und erklären, worum es uns geht.
Der andere Punkt ist, daß wir den Prozeß als einen Teil unseres Kampfes gegen Imperialismus, Kolonialismus und feudale Reaktion begreifen. Entsprechend müssen wir anklagen, was der Imperialismus und Kolonialismus den unterdrückten Schichten unseres Volkes antut. Wir klagen sehr konkret an, an welchen Verbrechen Imperialismus und Kolonialismus beteiligt sind, wo sie zusammenarbeiten. Wie es wohl immer bei diesen Prozessen ist und es viele andere Bewegungen auf der Welt tun, begreifen wir diesen Prozeß als Tribunal.

Frage: Zum ersten Mal soll ja, mit diesem §129a-Verfahren und dem Mammutprozeß, der zwei Jahre und möglicherweise auch noch länger dauern wird, gegen eine ausländische Befreiungsbewegung vorgegangen werden. Welche Bedeutung hat das deiner Ansicht nach für die weitere Entwicklung in der BRD sowohl für euch als Kurden, als auch für andere Befreiungsbewegungen?

Hüseyin: Mit diesem Pilotprojekt wird eine ziemlich gefährliche Geschichte gebastelt. Gelingt es der BRD, diese Kriminalisierung und Stigmatisierung als "Terroristen" juristisch festzuklopfen und es zu einer Verurteilung nach dem 129a kommen sollte, dann fängt ihr Repressionsapparat ja erst an, zu laufen. Noch muß, zumindest dem Anschein nach, eine "terroristische Vereinigung" ja erst einmal festgestellt werden. Kommt das aber durch, dann kann jede Äußerung zu den Befreiungsbewegungen als Unterstützung gewertet werden und entsprechende Konsequenzen nach sich ziehen. Dann wird es einen massiven Angriff gegen alle Aktivitäten von uns geben. Klar ist, daß damit der



Boden für die Arbeit mit den 400 Tausend Kurden, die hier leben, entzogen wird. Durch Kriminalisierung soll die politische Arbeit und Organisierung bei einem großen Teil unserer Menschen, die hier leben, unmöglich gemacht werden. Für andere Befreiungsbewegungen gibt es da erstmal überhaupt keinen Unterschied, denn wenn das hier durchkommt, kann es morgen jede andere Befreiungsbewegung treffen. Wenn die Libanon-Anklage durchkommt, wird es ein leichtes für die BRD sein, morgen angebliche Straftaten in irgendeinem anderen Teil dieser Welt, von denen die BRD ausgeht, daß es sich nicht um einen Rechtsstaat handelt, anzuklagen. Wenn das durchgeht, bedeutet das, jeder ist dran!

Frage: Anfang Februar diesen Jahres wurde der Einstellungsantrag als "derzeit unbegründet" vorläufig zurückgewiesen. Nun hat die Beweisaufnahme begonnen. Da sich die Anklageschrift hauptsächlich auf die Aussagen von 3 Kronzeugen stützt, kommt ihnen eine besondere Bedeutung für den weiteren Prozeßverlauf zu. Welche Bedeutung meßt ihr von eurer Seite diesen Zeugen zu?

Hüseyin: Erstmal wollen wir uns die Gegenseite angucken. Die mißt diesen Kronzeugen eigentlich eine sehr wichtige Bedeutung zu und zwar dahingehend, daß sie sagt, diese Anklage fällt und steht mit der Aussage dieser Typen. Ganz speziell bei dem einen richtigen Kronzeugen, also dem, der auch einen Rabatt gekriegt hat (Ali Cetiner, d.Red.) sieht es so aus, daß die gesamte "mutige Indizienkette" (Zitat BAW Senge) erst durch ihn "rund gemacht" gemacht. Die beiden anderen Zeugen hatten erstmal die Aufgabe, Leute in den Knast zu bringen. Diesen Leuten im Knast eine Struktur überzustülpen, diese Aufgabe hat Ali Cetiner übernommen.
Grundsätzlich ist für uns die politische Seite des Verfahrens wichtiger. Wir wissen natürlich, und das haben wir von Anfang an gesagt, daß wir keine Angst vor diesen Zeugen haben. Es macht uns keine Schwierigkeiten, unter den richtigen Bedingungen, diese Zeugen auseinanderzupflücken. Für uns haben diese Zeugen eine geringere Brisanz, als für die BAW. Inzwischen scheint die BAW allerings zu den gleichen Erkenntnissen zu kommen. Die Aussagen bzw. die Nicht-Aussagen des ersten Kronzeugen in der vergangenen Woche (Hasan Dogan, Ende Mai in Düsseldorf, d.Red.) hat dies ganz deutlich gemacht. Einer jener Kronzeugen, der über Jahre als das Beweisstück überhaupt gilt, weigert sich, auszusagen. Er beruft sich auf den 55, weil er sich angeblich selbst belasten könne, denn er hat noch ein eigenes Ermittlungsverfahren laufen. Dieses umfassende Aussageverweigerungsrecht wurde ihm vom Vorsitzenden des Strafsenats gewährt. Er weigert sich auszusagen und klopft damit aber die umfangreichen Aussagen, die er vor der Polizei gemacht hat, fest. Im Gerichtssaal gibt es jetzt nur noch die Möglichkeit, daß die Polizeibeamten diese Aussagen bestätigen, aber sie sind nicht überprüfbar, denn eine Befragung des Zeugen ist nicht möglich. Uns geht es nicht darum, , irgendeine Kritik am 55 zu üben, der ist richtig, wichtig und notwendig. Aber es ist für uns natürlich interessant, mitzukriegen, mit welchen Methoden hier gearbeitet wird. Warum gibt es ein Ermittlungsverfahren gegen H. Dogan? Aus den zwei Akten an Aussagen, die er gemacht hat, geht hervor, daß dieses Ermittlungsverfahren gegen ihn immer wieder als Druckmittel eingesetzt worden ist. Er ist ein sehr labiler Mensch und er wird durch Versprechungen einerseits, dann wieder durch Drohungen niedergehend erpresst. Während all seiner Aussagen hat ihm nie jemand was vom 55 erzählt, das ist in den Akten nachzulesen. Ständig ließ man ihn sich selbst belasten und erpreßte gleichzeitig Aussagen von ihm gegen uns. Und jetzt, wo er vor der Öffentlichkeit seine Aussagen praktisch wiederholen soll, wo sie überprüft werden sollen, da braucht er auf einmal nicht mehr zu reden. Ich glaube das sagt viel.
Es gibt noch einen weiteren Zeugen, Nusret Arslan, der demnächst, nach den Sommerferien auftreten wird. Der wird wohl in die Geschichte dieses Prozesses als der Baron von Münchhausen eingehen, denn der hat viele Lügen aufgetischt, womit er ziemlich baden gehen wird. Er hat kein Ermittlungsverfahren und kann sich nicht auf den 55 berufen. Dann bleibt noch Ali Cetiner, der eigentliche Kronzeuge, mit dem hier sehr viel gespielt worden ist und wo wir noch lange darum werden kämpfen müssen, daß wir ihn befragen können, wie wir das wollen. Doch auch hier sehen wir keine Schwierigkeiten, denn Ali Cetiner ist ein "verbrauchter" Zeuge. Schon in Schweden ist er als Zeuge in dem Olof Palme - Verfahren aufgetreten und hat dort der schwedischen Regierung viele Schwierigkeiten gebracht, einen Skandal nach dem anderen.

Nach den Geschichten in Schweden kam er in Abschiebungshaft, er sollte abgeschoben werden und die BRD hat sich diesen Zeugen dann geangelt.

Frage: Kannst du vielleicht noch eine allgemeine Prognose für den weiteren Prozeßverlauf abgeben und wie wird eure weitere Verteidigungsstrategie aussehen?

Hüseyin: In diesem Prozeß Prognosen abgeben zu wollen ist wirklich schwierig. Nichts läuft so, wie es laufen soll, alles ist hierdrin ein Novum. Entsprechend schwierig ist es auch für die Zukunft eine Prognose abzugeben.
Was gesagt werden kann ist, daß das Ende dieses Prozesses noch völlig offen ist. Bezüglich dem 129a sind noch beide Möglichkeiten offen. Die BRD hat feststellen müssen, daß es mit dem Prozeß nicht so einfach läuft, wie sie sich das vorgestellt haben, sie müssen sich nach neuen Methoden umsehen. Das neue Ausländerrecht ist dafür ein neues Mittel, womit sie ihre Ziele durchsetzen können. Große Prozeßkosten werden wegfallen, und das "Problem" wird sich viel leichter, viel ruhiger lösen lassen, z.B. über Abschiebungen, Verbote politischer Betätigungen usw. Natürlich stellt sich die Frage nach dem Nutzen des Prozesses, den er jetzt noch hat. Es ist schwierig, hier eine klare Prognose abzugeben.
Aufgrund der Tatsache, daß der Ausgang noch offen ist, kann unsere Verteidigungsstrategie nur offensiv aussehen. Wir werden das tun, die BAW wird sich noch wundern, was wir noch alles aufdecken werden, vor allem bei der Befragung ihrer Kronzeugen. Die BAW wird von uns noch viele Schwierigkeiten in diesem Prozeß bekommen. Sie hat ihn zwar propagandistisch ausgeschlachtet, aber juristisch nicht gut vorbereitet. Das weiß die BAW auch selber, weswegen unsere Verteidiger immer wieder zum Ziel von Angriffen ihrerseits werden. Es geht ja sogar soweit, daß einige unserer Anwälte Verfahren haben, ein Ermittlungsverfahren wg. Verstoß gegen die Geheimhaltung von Akten (Kamalatta-Flugschrift 1) oder zwei Ehrengerichtsverfahren gegen einen Anwalt, eine Anwältin. Weil sich die BAW in die Enge getrieben fühlt, versucht sie sich mit solchen schmutzigen Methoden zu wehren. Damit werden sie uns jedenfalls nicht einschüchtern können.

Hintergründe und Solidarität (Teil III)

Frage: Welche Rolle spielt die BRD im Konflikt zwischen der Türkei und Kurdistan? Um welche Interessen geht es da? Siehst du einen Zusammenhang zwischen dem Prozeß und der Entwicklung des Befreiungskampfes in Kurdistan?

Hüseyin: Die BRD ist Partei in dieser Auseinandersetzung. Sie ist Partei auf der Seite der Türkei oder besser gesagt, auf der Seite der herrschenden Klasse in der Türkei. Die BRD ist konkret auf allen Ebenen der Auseinandersetzung beteiligt. Es sind ihre Interessen, die Angriffsziele des Befreiungskampfes sind, es sind ihre Interessen, die die Unterdrückung durch den kolonialistischen türkischen Staat ausmachen, es sind ihre Waffen, die in dem Krieg benutzt werden, es ist ihr Geld, was hier investiert wird. Das macht auch ihre Rolle in der konkreten Auseinandersetzung aus. Seitdem sich der Befreiungskampf in NW-Kurdistan so wie jetzt aktuell entwickelt, versuchen in Westeuropa und die verschiedenen Großmächte der imperialistischen Staaten eine ganz bestimmte Kurdistan-Politik zu entwickeln. Es gibt verschiedene Versuche der Befriedung und hier muß man ganz klar sehen, daß die BRD bei dem Versuch, eine neue Politik zu entwickeln, die reaktionärste Position einnimmt und vertritt. Viele versuchen durch Umarmen und Erdrücken Kurdistan zu befrieden, die BRD aber versucht es über den direkten Angriff. Die BRD übernimmt ganz klar die Rolle eines Mitkämpfers, eines Bündnispartners in diesem Krieg. In diesem Kontext sehe ich den Prozeß, der ist ganz klar Teil dieser Position. Wenn man sich die offiziellen Verlautbarungen der westeuropäischen Länder zur Kurdistan ansieht und dann, was hier in der BRD, gerade in der Aktuellen Stunde jetzt im Bundestag gesagt wird, dann wird deutlich: die Koalitionsparteien stehen auf der Seite der Türkei und das, was die SPD gesagt hat, fällt weit weit hinter das zurück, was andere sozialdemokratische Parteien in Europa inzwischen dazu sagen. Die BRD verficht eine Position, die inzwischen überholt ist.
Frage: Du meinst die reale Situation, die Entwicklungen in Kurdistan haben diese Haltung überholt? Die Politik der BRD ist veraltet, wie die der Türkei?

Hüseyin: Genau so meine ich das. Die BRD hat uns mit diesem Prozeß angegriffen, es ging um die Liquidierung der PKK. Das ist ihnen aber nicht gelungen, das Gegenteil ist eingetreten. Eine Liquidierung auf diesem Wege ist nicht möglich, das weiß die BRD ebenso wie die Türkei. Es gibt keine militärische Endlösung mehr gegen uns, das sind Realitäten, die sie anerkennen müssen. Wenn sie aber trotzdem auf dieser Politik der militärischen Endlösung beharren, dann kann ich nur sagen, diese Politik ist überholt und wird von den Realitäten entsprechend beantwortet werden.
Man muß schon sehen, daß nach den letzten Entwicklungen in Osteuropa sich die Situation ziemlich rasant verändert, aber das bedeutet nicht, daß die BRD ihr Interesse für unsere Region jemals aufgeben wird. Das Verhältnis wird sich verändern. Die Türkei wird ihre alte Stellung als die Südostflanke der Türkei, als das einzige Nato-Land mit einer direkten Grenze zur Sowjetunion nicht mehr so behalten, die Bedeutung ändert sich. Diese gewichtige Rolle, die sie in der Phase des Status-Quo hatte verliert sie damit. Das will sie aber nicht. Mit allen möglichen Methoden versucht sie an ihrer alten Rolle festzuhalten, was sie aber immer weiter in Bedrängnis bringt, zunehmend auch zu den anderen Regimen in der Region. Seit den neuen Entwicklungen in Osteuropa hat sich die Türkei ja von einem Fettnäpfchen ins andere gesetzt, was ihre diplomatischen und auswärtigen Beziehungen betrifft. Einerseits sollten die USA bei der Stange gehalten werden, indem sie Israel unterstützte bei der Einwanderung sowjetischer Juden nach Israel, die über die Türkei reisen konnten, sie hat versucht Druck auf den Irak und Syrien mit der Wasserzufuhr auszuüben und dadurch Staaten, die eigentlich natürliche Bündnispartner der Türkei sind, vor den Kopf gestoßen. Die veränderte Situation in Bulgarien hat sie als Ventil genutzt, um türkisch-nationalistische Gefühle, die sog. türkisch-islamische Synthese, noch weiter anzuheizen, was Bulgarien erst einmal in Angst und Schrecken versetzt hat und im Endeffekt gerade den türkischstämmigen Bulgaren sehr viele Schwierigkeiten bereitet hat. Aber trotz all dieser Entwicklungen - und gerade das macht wohl die besondere Beziehung zwischen der Türkei und der BRD aus - steht die BRD immer noch zur Türkei. Wahrscheinlich soll das so bis zum bitteren Ende bleiben. Das muß schon eine sehr innige Liebe sein, denn mit Vernunft ist das nicht mehr zu erklären. Hier müßte die BRD eigentlich wirklich mal neu nachdenken. Die neue Marktsituation in Osteuropa, der Zusammenschluß der gesamten Nordhalbkugel unter völliger Herrschaft des Weltimperialismus ist die derzeit bestimmende Politik. Das bedeutet einerseits, daß die Länder des Trikont außen vorgelassen werden und die Machtkonzentration im Norden eine zunehmende Gefahr für die Trikontländer bedeutet. Andererseits ist die Situation aber auch eine Chance, hier einen Zusammenschluß gegen den reichen Norden anzustreben. Der Druck in manchen Regionen ist etwas zurückgegangen, was auch Möglichkeiten in ganz bestimmten Regionen für die Durchsetzung revolutionärer Umgestaltung schafft. Länder wie Cuba, Nicaragua usw. werden natürlich Angriffsziele des Imperialismus bleiben. Aber es entstehen natürlich Lücken, die wir erkennen müssen und nutzen sollten.

Frage: Das ist ein wichtiges und umfangreiches Thema, über das wir sicherlich noch länger reden könnten und auch müssen. Aber noch einmal zu eurem konkreten Kampf: kurz nach Beginn der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Kurdistan begann in einigen Ländern Westeuropas eine beispiellose Hetz- und Diffamierungskampagne gegen die PKK als die führende Kraft des Befreiungskampfes. In allen Medien wurde sie als "terroristisch" bezeichnet, die in Kurdistan Frauen und Kinder massakriert und in Europa angebliche Abweichler mit dem Tode bestraft. In Schweden hat man sogar versucht euch den Mord an Ministerpräsident Palme anzuhängen.
Kannst du etwas zu diesen Vorwürfen sagen? Wer waren die Drahtzieher dieser Kampagne und welche Interessen waren damit verfolgt?

Hüseyin: Sehr viele verschiedene Sachen kamen da zusammen und haben ein gemeinsames Interesse ausgemacht und daran hat sich eine Politik der Hetze festgemacht. Erstmal gibt es das Interesse des türkischen Staates, dann gibt es das Interesse des BRD-Imperialismus, das muß man sehen. Wieso aber, und das ist doch die eigentliche Frage - haben sich denn Linke und Fortschrittliche an dieser Kampagne beteiligt? Und hier sehe ich ein Bündnis von ganz bestimmten Kräften aus der türkischen und aus der BRD-Linken, die bei dieser Kampagne zusammengearbeitet haben. Viele haben es als Nebenkriegsschauplatz genutzt, um von ihrer eigenen Situation abzulenken. Für die türkische Linke war das der Zusammenbruch ihrer STrategien, ihre Perspektivlosigkeit, in die sie geraten waren. Da, wo sie selber keine Lösung hatten, versuchten sie andere, anzugreifen. Für die BRD-Linke möchte ich sagen, daß sie von einer sehr stark eurozentristischen, metropolenchauvinistischen Haltung geprägt ist, die konkret den Leuten vielleicht noch gar nicht einmal bewußt ist, wie überheblich, was für eine .... ich finde fast schon keine Worte mehr für dieses Ausmaß an Anmaßung, was in dieser Haltung steckt. Sie haben gar nicht mehr mitgekriegt, wie sehr ihnen der Imperialismus schon die Köpfe gestohlen und das, was hier als Metropole bezeichnet wird, in ihre Köpfe reingemauert hat. Ich habe bei einigen Gruppen noch nie so viel Energie feststellen können im Kampf gegen die Hauptwidersprüche, wie sie in die Hetzkampagne gegen die PKK eingebracht haben. Ganz konkretes Beispiel sind da für mich die Hamburger Grünen, die GAL, die im Jahre 1987 zwei Broschüren herausgebracht haben, die beide Teil dieser Hetzkampagne gegen die PKK waren. Diese Hetzkampagne nutzte dann auch sehr stark den Komplotten, die es gegeben hat - unsere Geschichte ist eine Geschichte von Komplotten, das kann man so sagen. Schon vom 1. Tag unserer Entstehung an waren wir mit solchen Sachen konfrontiert, daß es uns z.T. heute noch wundert, daß noch immer manche Menschen darauf hereinfallen. Nochmal zusammengefaßt, was da zusammenkam: einmal diese Niedergeschlagenheit der Linken, diese Perspektivlosigkeit plus das nicht Anerkennen wollen der eigenen Feh-

ler, was dann überging in die Auseinandersetzung gegen eine Kraft, die einen anderen Weg eingeschlagen hat. Andererseits ist es bei der BRD-Linken dieser tiefe Ausdruck, wie sehr es dem Imperialismus schon gelungen ist, die Köpfe der Menschen einzubetonieren. Was nicht heißt, daß es auf unserer Seite keine Fehler gegeben hat.

Frage: Ja,du hast die Hetzkampagnen, an denen sich viele linke und fortschrittliche Kreise der BRD beteiligt und diese widerspruchslos übernommen haben jetzt schon sehr deutlich angesprochen. Das ist sicherlich auch ein Grund, warum sich bis heute keine breite Solidarität gegen diesen Prozeß und mit dem Befreiungskampf in Kurdistan hier durchgesetzt hat.Ich möchte da noch einmal nachfragen, ob es auf eurer Seite nicht auch Fehler im Umgang mit den Linken hier gegeben hat?

Hüseyin: Ja, natürlich, auch auf unserer Seite hat es viele Fehler gegeben, kleine und große. wir können und wollen sie nicht bestreiten. Wichtig ist weniger, ob wir das nun anerkennen oder nicht, sondern wichtig ist, was lernen wir daraus? Wir haben einen Prozeß durchgemacht, den ich gern als einen Prozeß des Erwachsenwerdens bezeichne. Ein Prozeß, bei dem wir aus unseren Kinderschuhen langsam herausgewachsen sind, ein Prozeß, bei dem wir unsere Kinderkrankheiten durchgemacht haben und heute in eine neue Phase eintreten. Ich will betonen, daß wir das natürlich nicht alles einfach so als Kinderkrankheiten abtun können, daß es jetzt vorbei und alles wieder gut ist. Ich sehe da in vielen Vorkommnissen, die es gegeben hat auch eine gewisse Gesetzmäßigkeit. Wir sind eine Bewegung gewesen, die in einer äußerst schwierigen Situation entstanden ist, mit schwierigsten Bedingungen konfrontiert einen äußerst schwierigen Kampf geführt hat. Noch dazu ohne jegliche Erfahrung und in einer Situation der absoluten Verfolgung. Die PKK, und das ist bekannt, ist der eigentliche Staatsfeind innerhalb der Türkei schon immer gewesen. Nun, daß es in einer solchen Situation zu etlichen Fehlern gekommen ist, das ist für mich klar, und ich denke, das gehört auch mit zur Einschätzung. Heute gibt es eine andere Seite der Geschichte, heute versuchen wir, aus unseren Fehlern zu lernen, sie möglichst nicht zu wiederholen - und ich glaube auch, daß uns das gelingen wird - und damit haben wir bewiesen, daß wir lernfähig sind. Und jetzt fordern wir einen ebensolchen Lernprozeß bei genau denjenigen, die lange Zeit an diesem Konflikt beteiligt waren. Es gibt, das sehen wir, einen gewissen Lernprozeß, Denkveränderungen, es gibt keine offenen Angriffe mehr, die die früher am lautesten diese Angriffe geführt haben, schweigen heute. Und viele, die damals die Angriffe mitgeführt haben, haben ihr Schweigen gebrochen und reden jetzt auch wieder. Das ist gut und das müssen wir auch weiter vorantreiben. Das ist die Basis, auf der ein Dialog entstehen könnte und auf beiden Seiten, das möchte ich betonen, auf b e i d e n Seiten zu gucken, was falsch gelaufen ist, um daraus für die Zukunft für beide Seiten zu lernen. Wer versucht, nach wie vor alle Schuld auf uns abzuwälzen, den werden wir einfach nicht ernst nehmen, mit denen werden wir darüber auch nicht weiter diskutieren, das ist für mich ganz klar.

Frage: Ich möchte noch einmal auf diesen Vorwurf des Eurozentrismus zurückkommen, denn ich denke, daß ist ein sehr wesentlicher Punkt, dieses metropolenchauvinistische Denken bei vielen Linken hier, das ihnen möglicherweise nicht bewußt ist, wie du gesagt hast. Sag doch mal so ein Beispiel dafür.

Hüseyin: "Ich möchte nicht wissen, wie es der kurdischen Bevölkerung ergehen wird, wenn die PKK an der Macht ist", das ist konkret so ein Satz, den ich vor einigen Tagen gehört habe und der für mich ein Ausdruck für dieses absolut überhebliche Denken ist. Es ist dumm, was sie sagt (es war eine Frau, die das sagte), einfach, weil es ausdrückt, daß sie nichts weiß. Sie weiß nicht, daß die Kurden noch nie "an der Macht" gewesen sind, noch nie strukturelle Macht hatten, mit der sie was falsch machen konnten. Was da zum Ausdruck kommt ist, daß diese Frau die Menschen in Kurdistan für dumme Leute hält, die irgendeiner Kraft zur Macht verhelfen und sich dann wie Blinde unter deren Fittiche stellen. Das heißt das doch. Wie wird die PKK denn - wenn - an die Macht kommen? Doch nicht über einen Putsch oder sonstwie! Nur über den Befreiungskampf, an dem die Bevölkerung sich aktiv beteiligt! Das weiß sie auch, daß das so ist. Und das heißt, sie assoziiert mit dem Kampf der Bevölkerung den Kampf eines dummen, armen, kleinen Negerleins, des armen, kleinen, dummen Asiaten, der irgendwelchen schlauen Demagogen hinterherläuft und denen die gute Missionarin aus dem Land der Weißen erst einmal klarmachen muß, was für eine Dummheit die Menschen dort begehen. Das drückt sich darin aus.
Wenn ich ihr das so ins Gesicht sagen würde, ich glaube, sie würde umfallen.So denken die Menschen auch nicht, ich glaube auch kaum, daß sie es mit bösem Willen gesagt hat, jedenfalls kann ich mir nicht vorstellen, daß sie die Türkei näher kennt. Ich mache ihr das auch nicht zum Vorwurf, vielleicht ist sie auch aufgehetzt. Ich mache ihr nur zum Vorwurf, daß das, was in diesem Satz steckt, viel tiefer, etwas in ihr selber ist. Aber das ist nur einer solcher Sprüche, es gibt ganz ganz viele in diesem Zusammenhang. Das drückt sich auch immer wieder bei der Kritik unserer Struktur aus: "Wie sieht es denn mit der inneren Demokratie der PKK aus?" Das war auch so eine Frage, die ich in den letzten Tagen gehört habe.Jemanden, der draußen steht, den weißen Mann sozusagen oder die weiße Frau, geht diese Frage erst einmal gar nichts an. Mit dieser Frage werden doch die eigenen Entwicklungen, die die Menschen hier durchgemacht haben, assoziiert. Mit den Vorwürfen gegen die K-Gruppen-Mentalität, die K-Gruppen-Strukturen, mit den Vorwürfen gegen die Parteistrukturen usw.usf., schlechte Erfahrungen, die h i e r Realität sind. Und aufgrund dieser Basis hat man eine ganz bestimmte Auffassung von innerer Demokratie, von Struktur. Und jetzt zu versuchen, aus diesem Blickwinkel etwas zu betrachten und sogar zu bewerten, was sich ganz woanders entwickelt, ist für mich metropolenchauvinistisch. Wer von denen, die sowas sagen, kennt auch nur einen Aspekt der kurdischen Geschichte, der kurdischen Parteigeschichte, der kurdischen Entwicklung?! Doch wohl niemand. Und trotzdem versuchen sie eine Bewertung unserer Bewegung - das ist für mich Ausdruck von Metropolenchauvinismus.

Frage: Ende der 60er Jahre, zur Zeit des Vietnamkrieges hat es eine sehr breite internationale Solidarität auch in der BRD mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA gegeben. Massaker in Kurdistan, auf den Phillippinen oder in Palästina scheinen die Menschen heute nicht mehr zu erschüttern. Kannst du dir Gründe vorstellen, warum es so ein internationalistisches Bewußtsein auch bei den Linken hier in der BRD nicht mehr gibt?
Wie würdest Du die politische Situation hier in der BRD und Westeuropa definieren? Siehst du Gefahren für die Zukunft?

Hüseyin: Ich glaube, die Solidaritätsbewegung von damals hat bei der Definition des klassischen Imperialismus einen wichtigen Aspekt vergessen, nämlich die unglaubliche Flexibilität und Lernfähigkeit, die der Imperialismus inzwischen gewonnen hat. Der sog. sterbende Kapitalismus ist kein alter kranker Mann, sondern er ist eine junge Entwicklung, die zwar objektiv sich in einem Prozeß des Sterbens befindet, die aber aus diesem Wissen heraus alles dazu tut, den Zeitpunkt des Todes so weit wie möglich hinauszuzögern. Und in diesem Kampf ist der Kapitalismus unglaublich dynamisch. Das ist die Situation des Imperialismus heute. Die Vietnam-Bewegung war eine sehr starke und wichtige Bewegung bezüglich bestimmter Entwicklungsprozesse hier. Und sie war auch ein wichtiger Bestandteil des Kampfes in Vietnam, diese Bewegung hat den Vietnamesen sehr viel geholfen. Die Lehre, die der Imperialismus aus dieser Etappe gezogen hat ist, daß solche Bewegungen wie zur Zeit des Vietnam-Krieges nicht wieder entstehen dürfen. Um das zu verhindern, wird alles getan. Auf der anderen Seite, und das ist eine Frage des Bewußtseinstandes hier, war die Vietnam-Bewegung das Ergebnis einer Entwicklungsgeschichte hier in der BRD. Wesentlicher Bestandteil für die damalige Solidaritätsbewegung war sicherlich der Kampf des armen, kleinen vietnamesischen Volkes gegen den bösen, großen imperialistischen Yankee. Die Widersprüche waren so krass, daß es leicht war, sich auf die eine Seite gegen die andere zu stellen. Gleichzeitig wurde der vietnamesische Kampf zu etwas, was man zwar selber wollte, die Ungerechtigkeit nämlich, aber nicht schaffte. Diese kleinen Vietnamesen, in allem klein, also wirklich ein kleines Volk, auch als Menschen sind sie ja klein, schafften es, dem Imperialismus derart die Stirn zu bieten. Das rief einfach Bewunderung hervor. Insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg hatten die Menschen mit dem Neuaufbau Europas ja mitgekriegt, daß es nichts anderes war als die Neuauflage von dem, was es schon immer gewesen war, nur in einer anderen Farbe. Man hatte gemerkt, daß man betrogen und belogen worden war. Und dort war das vietnamesische Volk, daß sich alledem entgegenstellte. Mit diesem Kampf konnte man sich identifizieren. Aber, und das ist ein Grund dafür, daß es heute diese Bewegung nicht mehr gibt, damit wurde vieles verbunden, was mit der Realität nichts zu tun hatte. Die Vietnam-Bewegung war stark geprägt von Utopie und Euphorie, die einfach nichts mit der Realität Vietnams zu tun hatten. Vietnam braucht gerade heute z.B., brauche nach 1975 eine ebenso starke Solidarität. Aufgrund der unglaublichen Folgen des Krieges, an denen das Volk heute noch zu leiden hat, klappt eben auch vieles nicht so, wie es klappen sollte. Natürlich liegt das auch an Fehlern, die politisch gemacht werden, aber auch an der wirtschaftlichen und ökologischen Situation. Diese Solidaritätsbewegung hörte auf, als die USA vertrieben waren und das vietnamesische Volk den Alltag versuchte zu organisieren.



Ich möchte noch ein bißchen zu diesem Begriff "Utopie" sagen: es fehlte die Vorstellung, daß auch die Vietnamesen nur mit Wasser kochen. Aufgrund der Entfernung und daß man nicht sehr viel über die konkrete Situation im Trikont weiß, gibt es die Vorstellung, diese Menschen seien mit irgendwelchen Zaubertränken ausgestattet. Das ist natürlich nicht so, wir kämpfen mit den Mitteln, die wir haben und versuchen, mit dem,

was wir erkämpfen, etwas Neues aufzubauen. Niemand im Trikont hat Wundermittel. Die Kämpfe im Trikont wurden und werden leicht idealisiert. Und dann, wenn gemerkt wird, daß auch dort nur mit Wasser gekocht wird, gibt es den abrupten Abbruch der Solidarität. Hätte die Vietnam-Bewegung auf einer realistischen Grundlage gestanden, auf der Grundlage des konkret Möglichen und des konkret Machbaren, dann hätte diese Bewegung nicht zusammenbrechen dürfen. Die Nicaragua-Bewegung hat daraus ein bißchen gelernt, auch wenn sie nie das Ausmaß der Vietnam-Bewegung erreichte. Nicaragua hatte ja vor der Revolution kaum Solidarität, wer kannte schon die Sandinisten 1978? Doch nur wenige. Danach hat sich das dann geändert, obwohl auch hier Fehler gemacht wurden. Darauf einzugehen würde jetzt wohl zu weit führen, nur soviel, die Herangehensweise an ein die Situation Nicaraguas wie an ein Sozialprojekt, wurde den Problemen überhaupt nicht gerecht. Im Endeffekt müssen die Veränderungen in großem Maßstab erfolgen, um sich wirklich auf die konkrete Situation der Menschen auswirken zu können.

Frage: Sprichst du auf die Projektepolitik in Nicaragua an?

Hüseyin: Ja, das auch, aber ich will auf keinen Fall sagen, daß das alles falsch gewesen ist. Es kommt auf die Situation drauf an, z.B. dieses Projekt der Kaffeernte war eine ziemlich internationalistische Bewegung in einer Situation, wo diejenigen, die eigentlich den Kaffee pflücken, in den Krieg ziehen mußten. Das war schon eine sehr konkrete Form des Internationalismus.

Interessant ist hier bei den europäischen Solidaritätsbewegungen auch, daß sie sich mit Entwicklungen beschäftigen, die sehr weit von ihnen entfernt passieren. Sachen, die sozusagen vor ihrer Nase passieren, werden von ihnen nicht besonders stark aufgegriffen. Das hat wohl auch sehr viel damit zu tun, daß Internationalismus und Solidaritätsbewegung stark romantisiert wird. Der Papa fährt nach Mallorca und Fritzchen fährt nach Nicaragua - und beides ist Urlaub. Was fehlt ist das Bewußtsein über den charakteristischen Unterschied, daß es um die konkrete Veränderung der Situation der Menschen dort geht, um eine andere Politik. Ich glaube auch, daß das viel damit zu tun hat, daß es hier keine revolutionäre Perspektive gegeben hat. Das heißt, daß es um Machtergreifung, die Veränderung der Machtverhältnisse geht. Die Veränderung der Struktur ist nur mit der Veränderung der Machtverhältnisse zu erreichen. Wer von den Menschen, die hier von der Revolution irgendwo schwärmen kann sich schon vorstellen, morgen irgendein Minister zu sein?! Und jetzt muß man mal versuchen, sich in die Köpfe von Ortega, Borge oder anderen hineinzuversetzen. Das war doch auch nur eine ganz bestimmte Szene in der Linken, die unter den konkreten Bedingungen dort, die Macht erreicht bzw. die Macht erhalten hat. Daß also revolutionäre Perspektiven hier gefehlt haben, ist für mich mit ein wichtiger Grund, daß es hier keine Solidaritätsbewegung geben kann. Das Fehlen einer hiesigen Organisierung/Organisation, die ihre eigenen Interessen formuliert und umsetzt in konkrete revolutionäre Politik, ist der Grund, daß es keine starke internationalistische Bewegung gibt - das bedingt sich gegenseitig.

Frage: Welche Gefahren siehst du jetzt in den Entwicklungen in Westeuropa, auch für die Menschen und Völker im Trikont?

Hüseyin: Also, da entstehen viele Gefahren, das sehen wir hier in der BRD am besten: es gibt nur noch Deutschland und der Rest der Welt ist zusammengebrochen. In dieser Situation der Nabelschau, der Kraftmeierei, die hier betrieben wird, fallen viele wichtige Sachen weg. Der hiesigen Linken fehlt auch hier eine Alternative. Ein anderes Informations- und Nachrichtensystem fehlt, wo wirkliche Nachrichten aus aller Welt zusammengeholt und weitergegeben werden, denn auch die Linken hier kriegen nur wenig von dem mit, was wirklich in der Welt passiert. Dieses letzte Massaker z.B. in Palästina, das größte wohl seit es die Intifada gibt, hat zu gar keinen Reaktionen geführt, oder die aktuellen Entwicklungen in der Türkei, kein Mensch kriegt das so richtig mit, daß es dort in Kurdistan einen Volksaufstand gibt, der von Tag zu Tag in die verschiedenen Orte schwappt, sich ständig entwickelt - das ist hier so gut wie gar nicht bekannt. Insofern würde ich auch nicht sagen, ob ich eine Gefahr sehe, denn ich l e b e in dieser Gefahr, sie ist schon da.

Bei der Linken hier herrscht derzeit eine ziemliche Niedergeschlagenheit, Perspektivlosigkeit. Es besteht die große Gefahr im Selbstmitleid zu versinken und nur noch die eigenen Wunden zu lecken. Das kann man natürlich machen, eine Zeitung mag das ja auch ganz schön sein, aber wenn das nicht aufhört, dann geht die Bewegung und die Perspektive hier für immer kaputt. Dann wird es im Endeffekt darauf hinauslaufen, daß es vielleicht noch einige guten Kabarettisten mehr gibt, die die Situation in Ironie und Karikatur darstellen können und der Rest wird sich ins normale Leben zurückziehen. Hier gilt es, im Namen des Trikonts zu sagen: Hört auf mit diesem verdammten Selbstmitleid! Hört auf die eigenen Wunden zu lecken! Gut, ihr müßt eure Wunden schon verbinden, aber dann könnt ihr euch nicht wochen- oder jahrelang in irgendwelche Lazarette legen und warten, bis es auskuriert ist. So lange kann die Welt nicht warten, angesichts der vielen Probleme! Und egal, wie schwierig diese Situation für euch heute ist, egal wie perspektivlos ihr seid, eins ist doch klar: das, was die da oben an Wiedervereinigung vollziehen oder nicht, das passiert auch ohne euch. Ihr spielt darin überhaupt keine Rolle, mit d e r e n Interesse habt ihr doch nichts z u tun!. Wer immer noch von der Mitgestaltung dieser neuen Situation träumt, der ist schon verloren. Wir können nur sagen: eure Interessen und unsere Interessen, d a s sind gemeinsame Interessen! Unsere Interessen im Trikont, die gefährliche Situation die jetzt schon besteht durch die große k o n t e r revolutionäre Bewegung, sind bedroht. Dieser Kampf wird verschärft, wird mit allen Mitteln gegen uns geführt. Und die Menschen hier müssen erkennen, was ihre wirklichen Interessen sind wo ihre wirklichen Bündnispartner sitzen.

Frage: Kannst du jetzt zum Schluß nochmal sagen, z.T. zieht es sich ja immer wieder durch deine Stellungnahmen, die neue Politik der realsozialistischen Staaten und ihre weltweiten Auswirkung. Kannst nochmal was dazu sagen, welche Auswirkungen diese Entwicklungen auf die Perspektiven von nationalen Befreiungsbewegungen haben?

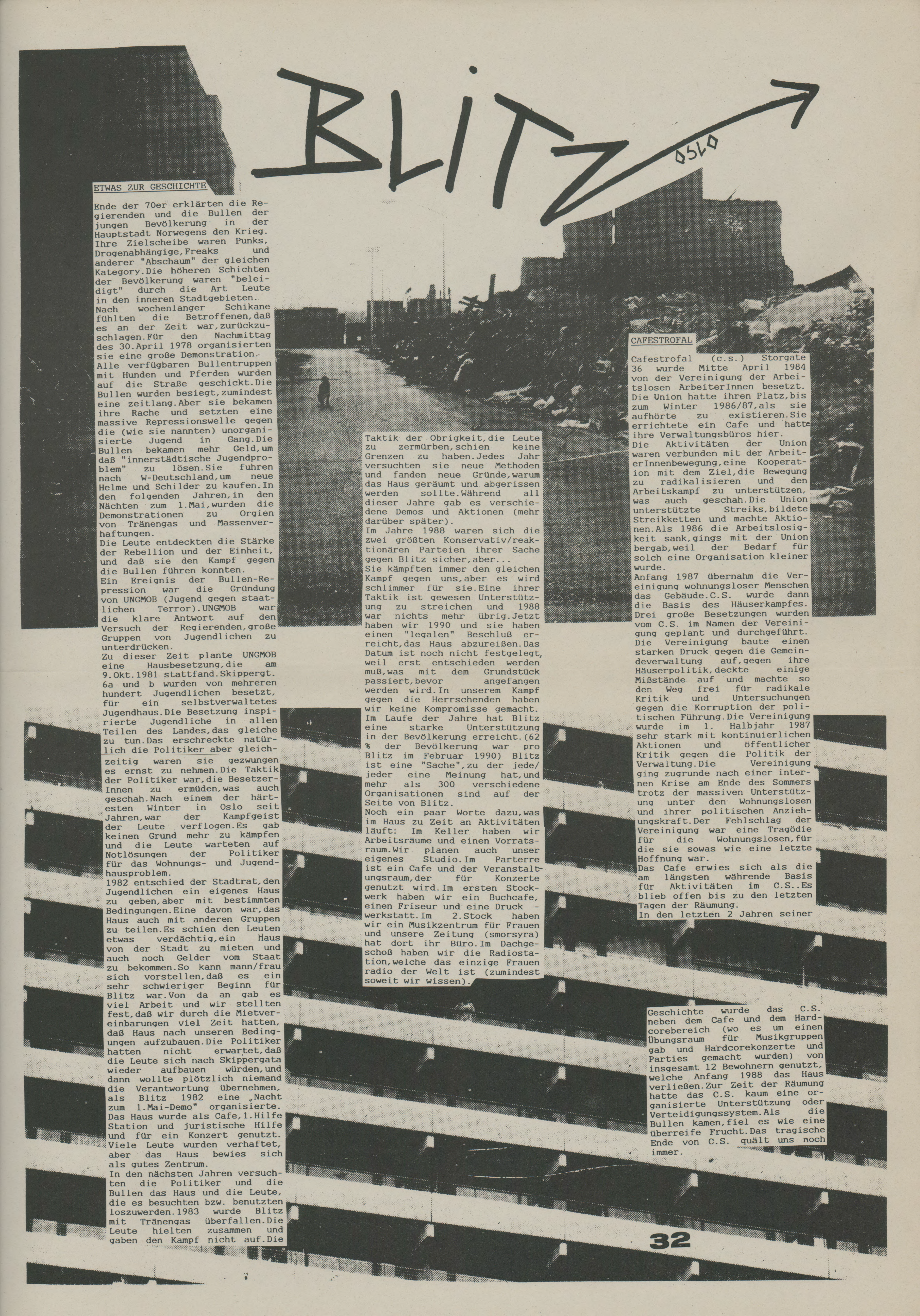
Hüseyin: Mittlerweile gibt es ja aus verschiedenen Teilen der Welt Thesenpapiere dazu. Einige kommunistischen Parteien Lateinamerikas haben dazu z.B. eine Erklärung abgegeben. Wir können sagen, daß wir die Entwicklung in den sozialistischen Staaten nicht völlig ablehnen. Wir sehen die Notwendigkeit von Veränderungen in diesen Staaten. Wir sehen die Stagnation, wir sehen die unglaublichen Folgen der Staatsbürokratie, diese Auswirkungen des administrativen Sozialismus. Wir sehen die Notwendigkeit der Öffnung und der Umgestaltung. Wir sehen gleichzeitig die unglaubliche Macht des imperialistischen Weltmarktes und die Auswirkungen der jahrzehntelangen Einkesselung der UDSSR durch diesen Weltmarkt. Und wir sehen dies alles auch als Ergebnis der falschen Politik der friedlichen Koexistenz. Die lenin'sche Taktik der friedlichen Koexistenz wurde zu einer chruschtschow'schen, schon einer stalin'schen Strategie der friedlichen Koexistenz, die die Interessen der Völker des Trikonts außer acht läßt. D.h. die Interessen der eigentlichen Bündnispartner wurden nicht mehr beachtet, mit denen ein revolutionäres roll-back hätte geschafft werden können. Das, was man die Notwendigkeit einer permanenten Revolution nennt. Hierfür gibt es eine Mitschuld der real-sozialistischen Staaten, man kann nicht sagen, die Schuld für diese Situation käme nur von außen. Aus diesem Grund sagen wir, mit der Veränderung muß endlich angefangen werden. Die alten Denkstrukturen müssen aufgegeben und die große Chance muß genutzt werden, daß wir uns zusammensetzen, ausdiskutieren, welche Fehler wir wirklich gemacht haben und welche Perspektiven wir für uns entwickeln können. Gerade das ist heute wichtig. Derzeit betreibt die Sowjetunion eine Politik, die sowohl lang- als auch kurzfristig gesehen, ziemlich schädlich für sie selbst ist und natürlich auch für die anderen Länder in dieser Region. Andererseits aber dürfen wir uns aufgrund dieser Entwicklungen nicht in irgendeine Resignation treiben lassen, wie das in der BRD sehr stark der Fall ist. Revolutionsimporte mögen noch so gut gemeint sein, sie helfen nicht. Wir wußten schon immer, daß die Revolution nur das Werk unserer eigenen Hände sein kann. Aus diesem Grund kann es für uns nur eine Perspektive geben: unsere revolutionäre Perspektive weiterzuentwickeln und voranzutreiben.

In dem Zusammenbruch des reellen Sozialismus sehen wir einen großen Verlust aber auch einen großen Gewinn. Wir haben schon viele wichtige Dinge damit verloren, aber auch viel Schlechtes, und das ist jetzt erstmal gut. Wir müssen vor allem daraus lernen und das Positive heraus zu ziehen. Das heißt für mich, anzuerkennen, daß (wir) eine falsche Politik gegenüber dem Imperialismus betrieben (haben) wurde und damit verbunden auch eine falsche Politik nach innen. Die revolutionäre Perspektive müssen wir jetzt neu aufbauen. Was in der Sowjetunion derzeit passiert, d a s ist es auf jeden Fall nicht!

Wir müssen die großen Chancen, die diese Situation mit sich bringt, nutzen. Wir müssen unsere eigenen Modelle, unsere eigenen Vorstellungen versuchen durchzusetzen und zu realisieren. Wir müssen die große Chance, neue Perspektiven mitentwickeln zu können, nutzen. Wir müssen die neue Perspektive s e l b s t sein, anstatt immer nur andere Perspektiven darzustellen.

Und wir müssen aus den Fehlern lernen, um sie nicht noch einmal zu begehen und das anhand unserer eigenen konkreten Bedingungen.

Das sind die wichtigsten Lehren die wir aus dieser Entwicklung ziehen. Und das wir mit dieser Haltung richtig liegen, das zeigen die aktuellen Entwicklungen in Nordwest-Kurdistan jetzt.



BLITZ

OSLO

ETWAS ZUR GESCHICHTE

Ende der 70er erklärten die Regierenden und die Bullen der jungen Bevölkerung in der Hauptstadt Norwegens den Krieg. Ihre Zielscheibe waren Punks, Drogenabhängige,Freaks und anderer "Abschaum" der gleichen Kategory.Die höheren Schichten der Bevölkerung waren "beleidigt" durch die Art Leute in den inneren Stadtgebieten.
Nach wochenlanger Schikane fühlten die Betroffenen,daß es an der Zeit war,zurückzuschlagen.Für den Nachmittag des 30.April 1978 organisierten sie eine große Demonstration.
Alle verfügbaren Bullentruppen mit Hunden und Pferden wurden auf die Straße geschickt.Die Bullen wurden besiegt,zumindest eine zeitlang.Aber sie bekamen ihre Rache und setzten eine massive Repressionswelle gegen die (wie sie nannten) unorganisierte Jugend in Gang.Die Bullen bekamen mehr Geld,um daß "innerstädtische Jugendproblem" zu lösen.Sie fuhren nach W-Deutschland,um neue Helme und Schilder zu kaufen.In den folgenden Jahren,in den Nächten zum 1.Mai,wurden die Demonstrationen zu Orgien von Tränengas und Massenverhaftungen.
Die Leute entdeckten die Stärke der Rebellion und der Einheit, und daß sie den Kampf gegen die Bullen führen konnten.
Ein Ereignis der Bullen-Repression war die Gründung von UNGMOB (Jugend gegen staatlichen Terror).UNGMOB war die klare Antwort auf den Versuch der Regierenden,große Gruppen von Jugendlichen zu unterdrücken.
Zu dieser Zeit plante UNGMOB eine Hausbesetzung,die am 9.Okt.1981 stattfand.Skippergt. 6a und b wurden von mehreren hundert Jugendlichen besetzt, für ein selbstverwaltetes Jugendhaus.Die Besetzung inspirierte Jugendliche in allen Teilen des Landes,das gleiche zu tun.Das erschreckte natürlich die Politiker aber gleichzeitig waren sie gezwungen es ernst zu nehmen.Die Taktik der Politiker war,die BesetzerInnen zu ermüden,was auch geschah.Nach einem der härtesten Winter in Oslo seit Jahren,war der Kampfgeist der Leute verflogen.Es gab keinen Grund mehr zu kämpfen und die Leute warteten auf Notlösungen der Politiker für das Wohnungs- und Jugendhausproblem.
1982 entschied der Stadtrat,den Jugendlichen ein eigenes Haus zu geben,aber mit bestimmten Bedingungen.Eine davon war,das Haus auch mit anderen Gruppen zu teilen.Es schien den Leuten etwas verdächtig,ein Haus von der Stadt zu mieten und auch noch Gelder vom Staat zu bekommen.So kann mann/frau sich vorstellen,daß es ein sehr schwieriger Beginn für Blitz war.Von da an gab es viel Arbeit und wir stellten fest,daß wir durch die Mietvereinbarungen viel Zeit hatten, daß Haus nach unseren Bedingungen aufzubauen.Die Politiker hatten nicht erwartet,daß die Leute sich nach Skippergata wieder aufbauen würden,und dann wollte plötzlich niemand die Verantwortung übernehmen, als Blitz 1982 eine „Nacht zum 1.Mai-Demo" organisierte. Das Haus wurde als Cafe,1.Hilfe Station und juristische Hilfe und für ein Konzert genutzt. Viele Leute wurden verhaftet, aber das Haus bewies sich als gutes Zentrum.
In den nächsten Jahren versuchten die Politiker und die Bullen das Haus und die Leute, die es besuchten bzw. benutzten loszuwerden.1983 wurde Blitz mit Tränengas überfallen.Die Leute hielten zusammen und gaben den Kampf nicht auf.Die Taktik der Obrigkeit,die Leute zu zermürben,schien keine Grenzen zu haben.Jedes Jahr versuchten sie neue Methoden und fanden neue Gründe,warum das Haus geräumt und abgerissen werden sollte.Während all dieser Jahre gab es verschiedene Demos und Aktionen (mehr darüber später).
Im Jahre 1988 waren sich die zwei größten Konservativ/reaktionären Parteien ihrer Sache gegen Blitz sicher,aber...
Sie kämpften immer den gleichen Kampf gegen uns,aber es wird schlimmer für sie.Eine ihrer Taktik ist gewesen Unterstützung zu streichen und 1988 war nichts mehr übrig.Jetzt haben wir 1990 und sie haben einen "legalen" Beschluß erreicht,das Haus abzureißen.Das Datum ist noch nicht festgelegt, weil erst entschieden werden muß,was mit dem Grundstück passiert,bevor angefangen werden wird.In unserem Kampf gegen die Herrschenden haben wir keine Kompromisse gemacht. Im Laufe der Jahre hat Blitz eine starke Unterstützung in der Bevölkerung erreicht.(62 % der Bevölkerung war pro Blitz im Februar 1990) Blitz ist eine "Sache",zu der jede/ jeder eine Meinung hat,und mehr als 300 verschiedene Organisationen sind auf der Seite von Blitz.
Noch ein paar Worte dazu,was im Haus zu Zeit an Aktivitäten läuft: Im Keller haben wir Arbeitsräume und einen Vorratsraum.Wir planen auch unser eigenes Studio.Im Parterre ist ein Cafe und der Veranstaltungsraum,der für Konzerte genutzt wird.Im ersten Stockwerk haben wir ein Buchcafe, einen Friseur und eine Druck - werkstatt.Im 2.Stock haben wir ein Musikzentrum für Frauen und unsere Zeitung (smorsyra) hat dort ihr Büro.Im Dachgeschoß haben wir die Radiostation,welche das einzige Frauen radio der Welt ist (zumindest soweit wir wissen).

CAFESTROFAL

Cafestrofal (c.s.) Storgate 36 wurde Mitte April 1984 von der Vereinigung der Arbeitslosen ArbeiterInnen besetzt. Die Union hatte ihren Platz,bis zum Winter 1986/87,als sie aufhörte zu existieren.Sie errichtete ein Cafe und hatte ihre Verwaltungsbüros hier.
Die Aktivitäten der Union waren verbunden mit der ArbeiterInnenbewegung,eine Kooperation mit dem Ziel,die Bewegung zu radikalisieren und den Arbeitskampf zu unterstützen, was auch geschah.Die Union unterstützte Streiks,bildete Streikketten und machte Aktionen.Als 1986 die Arbeitslosigkeit sank,gings mit der Union bergab,weil der Bedarf für solch eine Organisation kleiner wurde.
Anfang 1987 übernahm die Vereinigung wohnungsloser Menschen das Gebäude.C.S. wurde dann die Basis des Häuserkampfes. Drei große Besetzungen wurden vom C.S. im Namen der Vereinigung geplant und durchgeführt. Die Vereinigung baute einen starken Druck gegen die Gemeindeverwaltung auf,gegen ihre Häuserpolitik,deckte einige Mißstände auf und machte so den Weg frei für radikale Kritik und Untersuchungen gegen die Korruption der politischen Führung.Die Vereinigung wurde im 1. Halbjahr 1987 sehr stark mit kontinuierlichen Aktionen und öffentlicher Kritik gegen die Politik der Verwaltung.Die Vereinigung ging zugrunde nach einer internen Krise am Ende des Sommers trotz der massiven Unterstützung unter den Wohnungslosen und ihrer politischen Anziehungskraft.Der Fehlschlag der Vereinigung war eine Tragödie für die Wohnungslosen,für die sie sowas wie eine letzte Hoffnung war.
Das Cafe erwies sich als die am längsten währende Basis für Aktivitäten im C.S..Es blieb offen bis zu den letzten Tagen der Räumung.
In den letzten 2 Jahren seiner Geschichte wurde das C.S. neben dem Cafe und dem Hardcorebereich (wo es um einen Übungsraum für Musikgruppen gab und Hardcorekonzerte und Parties gemacht wurden) von insgesamt 12 Bewohnern genutzt, welche Anfang 1988 das Haus verließen.Zur Zeit der Räumung hatte das C.S. kaum eine organisierte Unterstützung oder Verteidigungssystem.Als die Bullen kamen,fiel es wie eine überreife Frucht.Das tragische Ende von C.S. quält uns noch immer.

NORWEGEN UND DIE EG

1972 ging die Wahl über die Mitgliedschaft Norwegens in der EG mit ein paar Stimmen verloren. Seit deren Beginn hat Norwegen mit der London Kommision und TREVI zusammengearbeitet. Vor 1988 war Norwegen offiziell kein Mitglied von TREVI. Bosterud, der Chef des Justuzministeriums, meinte, daß es für Norwegen wichtig sei, eine Antiterror-Polizei aufzubauen. (Es gab eine einzige Terroraktion in Norwegen, 1974, verübt von der MOSSAD, dem israelischen Geheimdienst). Norwegische Vertreter waren von Anfang an bei den TREVI-Treffen dabei.

In den letzten Jahren versuchten die Regierenden, Norwegen über die Hintertür in die EG reinzukriegen. Klare Fakten zeigen, daß die Landwirtschaft zerstört werden wird, im Sinne der Bestrebungen der EG nach Effektivität. Wachsende Zentralisation wird größere Verschmutzungsprobleme hervorrufen. Die Landgegenden werden aussterben und zu gleicher Zeit wird der Ausbau von Autobahnen und der ausgedehntere Gebrauch von Autos geplant. In Norwegen, wo die Gewerkschaften sehr stark waren, will die Regierung mit Hilfe der EG das Lohn-Niveau senken.

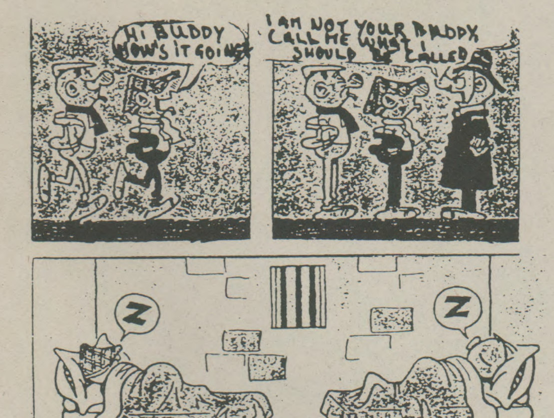
EFTA

EFTA sollte eine Alternative zur EG sein. Aber es zeigte sich, daß EFTA lediglich die Hintertür zur EG ist. Die Herrschenden versuchen den Widerstand gegen die EG zu brechen, indem sie das Land an die EG-Politik anpassen, so daß der Unterschied zwischen EFTA und EG so klein wie möglich wird. Alternativer Widerstand wird immer schwieriger und stützt sich auf einzelne Projekte.

Die Anpassung an die EG hat einen sehr starken Staatsrassismus im Laufe der letzten Jahre hervorgebracht (siehe Staats-Rassismus). Neue und strengere Einwanderungsgesetze werden jetzt von der Regierung diskutiert. Ein weiteres Ergebnis der Anpassung an die EG sind große Zusammenschlüße zwischen Handelsgesellschaften, Fabriken und Banken. Wiederum ein Ergebnis davon ist, daß ArbeiterInnen gefeuert und Arbeitsplätze abgebaut werden. Die 3 Großen Parteien in Norwegen sind für die EG, so daß Norwegen 1992 Mitglied der EG sein wird.

DIE RECHTE BEWEGUNG

1973 wurden zwei rechtsextreme politische Gruppen gegründet. Anders Lange-Partei' und die 'Nationale Front'. Sie waren der Beginn einer neuen Welle von Facshismus und Nazismus in Norwegen. Nachdem Anders Lange gestorben war, reorganisierten einige Die Partei und sie entwickelte sich in eine mehr populistische reaktionäre Partei, die 'Fortschrittspartei'. Sie ist sehr populär in Norwegen und ist jetzt die führende Partei der faschistischen/rassistischen Idee. 1989 hatten wir nationale Wahlen, bei der die extreme Nazipartei 'SI' (Stop Immigration) eine legale Partei wurde und mit der Unterstützung von 3ooo Leuten zur Wahl aufgestellt.



Die 'FMI' (Vereinigung gegen Immigration) besteht aus früheren Nazis und sie hatten große Unterstützung von ignoranten jungen Leuten. Die Organisation erlitt einen großen Rückschlag, als ihr Führer wegen der Planung eines Bombenanschlags auf ein Einwanderungsbüro verhaftet wurde. Bei ihm zu Hause wurden Waffen, Dynamit und ein Plan des Anschlags gefunden, aber er wurde nicht über seine Nazipropaganda angeklagt.

Danach verlor die 'FMI' viel Unterstützung und viele Leute gingen zu einer anderen extremen Nazigruppe, die sich selbst 'Zorn 88' nennt (88 steht für Heil Hitler). 'Zorn 88' sammelt seine Mitglieder auch von der früheren 'Nationalen Front', 'Boot-Boys' (eine kleine Gruppe von Nazi-Skins) und der 'Nationalen Demokratischen Union', welche größtenteils aus früheren 'SI-Mitgliedern besteht. Sie haben 200 registrierte Mitglieder und vertreiben ihre eigene Zeitung, "Gjallarhorn" genannt, in einer Auflage von 1200. Zorn 88' hat auch Kontakte zu Nazi-Schweinen in Schweden und Dänemark errichtet und wahrscheinlich auch zu anderen Ländern. Zorn 88' will einen gewaltsamen Kampf anheizen gegenfarbige Menschen, Anti-RassistInnen, Linke im allgemeinen und speziell gegen Blitz. Die rechte Bewegung, mit der neu gebildeten 'NDU' an der Spitze, hat kürzlich eine Medienoffensive aufgebaut, um ihre dreckigen Ideen in die allgemeine Öffentlichkeit zu bringen.

Angesichts der Engstirnigkeit und des latenten Halb-Faschismusin den Köpfen vieler NorwegerInnen, sehen wir Anti-RassistInnen es als eine Aufgabe, die Faschisten zu stoppen.

ANTIIMPERIALISTISCHE ARBEIT

Die antiimperialistischen Aktivitäten sind im Laufe der letzten 20 Jahre im politischen Kampf in Norwegen ständig stärker geworden.

Heute sehen es die AktivistInnen von Solidaritätsorganisationen wie dem gemeinsamen Rat für Südafrika (FSA), den Lateinamerika Gruppen usw., als selbstverständlich und notwendig an, den imperialistischen Strukturen etwas entgegen zusetzen. Die Revolutionäre Kommunistische Partei (AKP/ml) hat ebenfalls den Antiimperialismus in ihrem Programm, während ihrer ganzen ExistenzIhre Ihre Zeitung "Klassekampen" (Klassenkampf) ist die kraftvolle, informative und radikale Zeitung in Norwegen heutzutage. Ihre Rolle in der Mobilisierung ist von großer Bedeutung.

Die Aktivierung der Jugend wurde über die Mobilisierung immer wichtiger in den letzten 10 Jahren. Es gibt zwei kontinuierliche Aktionen, die immer noch laufen, die tausende und abertausende dazu gebracht haben, antiimperialistisch zu denken und zu handeln. Das sind die Anti-Apartheid Aktionen und der Kampf der Jugend, repräsentiert durch die Massenorganisationen "Natur und Jugend" (NU) und die professionellen AktivistInnen von Bellona.

Die erfolgreichen Aktionen gegen den Vertrieb von südafrikanischen Waren in Oslo, 1984, mobilisierte noch mehr Menschen gegen die Profitmacher, Politiker und das Wesen der Apartheid. Der Wendepunkt für den Antiimperialismus als Kampfansage, kam im Herbst 1986 mit dem Besuch von Maggie Thatcher in Oslo. 1200 Menschen stürmten in das Schloß Akershus wo die Elite zu einem pompösen Essen versammelt war. Die Polizei geriet in Panik trieb die Leute mit allen Mitteln aus dem Schloß. Einige Menschen wurden ernsthaft verletzt. Nach diesem Vorfall wurde der Antiimperialismus von der Polizei und den Verantwortlichen ernstgenommen.

Ein weiterer wichtiger, noch nicht so effektiver Weg zum antiimperialistischen Denken sind die antimilitaristischen Aktionen gegen Nuklearwaffen usw.. Gemeinsam mit denen, die die Befreiungskämpfe der lateinamerikanischen Völker unterstützen, haben sie eine Basis für die Aktionen gegen die NATO (A.N.A.) gebildet.

A.N.A. machte mehrere Blockaden gegen die NATO-Station Kolsas, die außerhalb von Oslo liegt, und reguläre Demonstrationen gegen die amerikanische Botschaft, die bekannteste im Mai 1987, als Reagans Verteidigungsminister Weinberger, Oslo mit seinem erscheinen plagte. Auch die L.A.G. ist sehr aktiv auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit: Sie machen mindestens einmal in der Woche Infostände in der Innenstadt.

Die L.A.G. arrangiert z.B. auch die Soli-Arbeitsbrigaden nach Nicaragua und Cuba. Ein ganzer Haufen von Blitzleuten hat an solchen Brigaden teilgenommen.

Blitz hat eine wachsende Bedeutung für den antiimperialistischen Kampf in Oslo in den letzten 6 bis 7 Jahren bekommen. Seit Leute vom Blitz die permanente Anti-Apartheid organisieren, kam der Ball ins Rollen. Das Engagement kann in verschiedene Sektionen aufgeteilt werden wie: Die Anti-NATO Aktionen; im Hintergrund sind die L.A.G. und CND (nukleare Abrüstung). Die Mehrheit der NorwegerInnen unterstützt die NATO.

Blitz als ganzes, hat den Kampf des palästinensischen Volkes für seine Rechte "adoptiert". Dieser Kampf engagiert und interessiert Jede/n auf verschiedenen Ebenen. Blitz ist heute eine Hauptkraft für den palästinensischen Kampf in Norwegen. Das Palästina Kommitee scheint dies akzeptiert zu haben und nimmt an Solidaritätsaktionen, die vom Blitz ausgehen, teil; von Zeit zu Zeit arbeiten sie sogar mit uns zusammen. Die Solidarität von Blitz mit der FMLN/FSLN in El Salvador und Nicaragua ist klar; wir unterstützen die kämpfenden revolutionären Gruppen, die ihre Wurzeln im Leben und im Kampf der Menschen haben.

Die FSLN in Nicaragua und die FMLN in El Salvador haben sich für uns als die wahren Volksorganisationen erwiesen, mit der Sympathie und der Unterstützung der Massen, ArbeiterInnen und Bauern. Wir unterstützen die FMLN mit aktiver Information durch Flugblätter und unsere Zeitungen. Als die Sandinisten die Verantwortung für die politische Entwicklung hatten, waren wir der Meinung, daß es richtig ist an den Brigaden teilzunehmen. Die neue Situation bedarf einer neuen Strategie, die diskutiert werden muß.

Russischer Imperialismus!

Unter der Flagge des sogenannten Sozialismus, ist die Sowjetunion nichts anderes gewesen, als ein russisches Reich, daß sich auf die Arbeit von untergeordneten russischen Menschen stützt. Das Reich des sozialistischen Rußlands ist sogar noch effektiver als das alte zaristische Reich. Blitz war schon immer gegen die Barbarei, die sich ärmlicherweise als "Sozialismus" verkleidet.

Diese Tage sehen wir, das Reich bröckelt, weil seine Strukturen abgetragen sind und seine Sklaven die Schnauze voll von allem haben. Es wird klar, daß die Sklaverei bald zu Ende kommen wird und der Aufruhr des Volkes steht kurz bevor. Nicht einmal die Anstrengungen der "Superhelden" Bush und Gorbie werden dies verhindern. Blitz unterstützt den Volksaufruhr gegen das ungerechte System, dennoch werden sie einer großen Herausforderung gegenüberstehen: Der rabiate Nationalismus wächst in diesen Zeiten der Verwirrung und der Verzweiflung. Blitz knüpft weiterhin Kontakte und Freundschaften in Ost-Europa und wird versuchen einen politischen Dialog und

kulturellen Austausch mit unseren Freunden im Osten zu stabilisieren. Es ist wichtig alle radikal gesinnten Leute in Ost-Europa zu erreichen und ihnen in ihrem Kampf gegen ein pervertiertes System und wachsenden Nationalismus auszuhelfen.
Der zukünftige Kampf der AntiimperialistInnen wird sich mehr daran orientieren müssen, politischen und ökonomischen Strukturen des Imperialismus zu zerschlagen. Unsere Aufgabe wird es sein, den Feind zu schwächen, so wie unsere Verbündeten bis die kämpfenden Völker im Trikont fähig sein werden, sie zu zerschlagen. Wir, die InformationsarbeiterInnen, haben eine große Verantwortung. Wir müssen unseren GenossInnen alle möglichen und unmöglichen Informationen über die feindlichen politischen und wirtschaftlichen Strukturen beschaffen. Wir müssen die Schwächen des Systems aufzeigen, so daß unser Kampf dort zuschlagen kann, wo er empfindlich trifft.
Neulich hat sich eine Aktionsgruppe für das Recht auf politisches Asyl gegen die rassistische Politik des Staates gegründet. Unter verschiedenen Gruppen politischer Flüchtlinge im norwegischen Exil, ist Blitz aktiv an der Gründung beteidigt und plant Aktionen, die gegen das staatliche Immigranten-Kontroll-System stattfinden sollen. (siehe auch Rassismus) Mehr darüber wird in folgenden Broschüren erscheinen. Guckt auch nach Flugblättern.

STAATLICHER RASSISMUS

In der norwegischen Verfassung von 1814 wurde Juden verboten in das Land einzureisen. Im Jahr 1927 wurden Zigeuner, Juden und andere nichtweiße AusländerInnen der selben Behandlung unterzogen. 1956 wurde zum ersten Mal ein neues Gesetz entworfen; ein Teil dieses Gesetzes ist heute noch gültig. Dieses Gesetz wurde gemacht, weil der Arbeitsbedarf der norwegischen Industrie eindeutig stieg. Selbst in den frühen 70er Jahren wurde es als ziemlich liberales Gesetz befunden. Mitte der 70er kam die Krise, die Arbeitslosigkeit stieg an wie die Wohnungsnot. Der Gebrauch von billiger Arbeitskraft stieg nun an und deswegen schürten die Kapitalisten den Wachstum des Rassismus. Die restriktiven Immigrationsgesetze, das buchstäbliche Verbot der Immigration, wurde 1975 durchgedrückt. Das verursachte eine große Revolte unter den Menschen. Als Antwort darauf versicherten die Herrschenden, daß dieses Gesetz nur für ein Jahr gültig sein sollte und das sollte die Situation der Flüchtlinge im Land schon bessern. Aber das Gesetz ist noch immer in Gebrauch!

FRAUEN

Auf viele Arten erfahren Frauen die schlimmste Diskriminierung. Wenige Frauen werden im Land als Flüchtlinge oder Arbeitssuchende geduldet. Aber die meißten von ihnen nur im Familienzusammenhang.

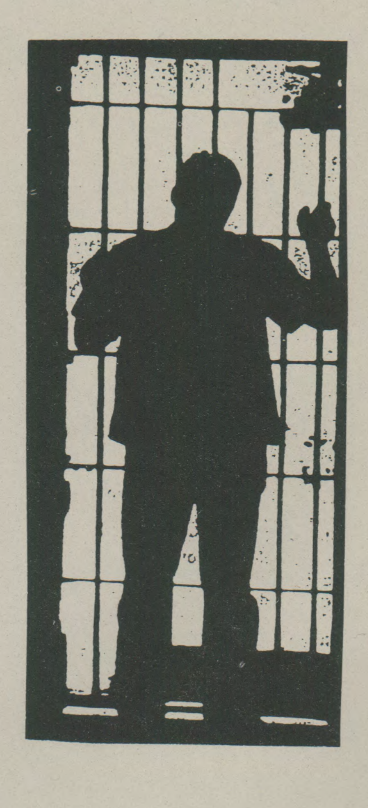
1. Ehefrauen von Studenten dürfen keine Vollzeitarbeitsstelle haben, aber sie dürfen die Arbeitserlaubnis ihres Ehemannes ausleihen oder sie mit ihm teilen.
2. Studenten oder andere ohne Arbeits- oder Aufenthaltserlaubnis haben keinen Anspruch auf familiäre Zusammenhänge.
3. Wenn in Norwegen eine Frau aufgrund ihrer Familienzugehörigkeit "bleiben darf", ist sie völlig abhängig von der ökonomischen Situation ihres Mannes. Wenn dieser gezwungen ist Arbeitslosenunterstützung zu beziehen, wird der Frau die Aufenthaltserlaubnis verweigert, auch wenn der Mann schon über 10 Jahre im Land ist.
4. Frauen müssen 3 Jahre verheiratet sein, um ihr Aufenthaltsrecht zu erlangen. Wenn die Ehepartner nicht zusammenleben, kann die Frau ausgewiesen werden, aber nach 3 Jahren "darf sie ihren eigenen Weg gehen".
5. Wenn die Familie von Sozialhilfe abhängig wird, wird die Frau "nach Hause" geschickt.
6. Anders wenn die Frau diejenige ist, die das Geld verdient, kann ihre Aufenthaltsgenehmigung widerrufen werden.

KEINE FLÜCHTLINGE ZURÜCK IN DEN IRAN – direkt oder indirekt – Verteidigt das Recht auf politisches Asyl!!!

Nach heftigen Protesten 1985 hatten die norwegischen Behörden die Tatsache zu akzeptieren, daß die Türkei ein sicheres Land für iranische Flüchtlinge war. Sie waren durch die öffentliche Meinung gezwungen, zurückzuholen, die sie ausgewiesen hatten. Die letzten 5 Jahre haben keine Verbesserung der Situation in der Türkei und im Iran gezeigt. Vom ersten Tag ihrer Macht an, hat die iranische islamische Republik das ungerechte System, das sie vom Schah geerbt hat, bewahrt und verschärft. Die Bevölkerung wurde durch die barbarischen und brutalen Methoden der islamischen Herrschaft ihrer grundlegenden, demokratischen und sozialen Gesetze beraubt. Selbst die kleinsten Proteste werden blutig niedergeschlagen. Verletzungen der Menschenrechte passieren weiterhin in unvorstellbarem Ausmaß. Bis heute wurden mehr als 100000 inhaftiert und zehntausende vom Staat getötet. 1988 begann eine Welle von Exekutionen politischer Gefangener. Hunde scharrten mehrere Massengräber frei, weil die Leichen so knapp unter der Oberfläche begraben waren. Außerhalb der Gefängnisse wuchsen die Schlangen der Angehörigen, die auf die privaten Überbleibsel der Exekutierten warteten, ins Endlose.
Vor kurzem gab es eine große Spontandemonstration in verschiedenen großen Städten, die vom Knüppel des Staates zerschlagen wurden, gefolgt von verstärktem Terror, Verhaftungen und Hinrichtungen. Aus diesem Grunde fliehen Menschen aus dem Land.
Viele Flüchtlinge fliehen über die Türkei, ein Nachbarland, das unter militärischer, faschistischer Herrschaft ist und sehr bekannt wegen ihrer systematischen Verletzung der Menschenrechte und der extremen Unterdrückung der Opposition und des kurdischen Volkes. In diesem "sicheren demokratischen" Land attackiert die türkische Armee den kurdischen Widerstand mit chemischen Waffen.
Wie gerade vor zwei Wochen. Am 17. März wurden viele bei einem Giftgasangriff auf Mardin getötet. An der Beerdigung von einem der Getöteten nahmen tausende von KurdInnen teil. Sie wurden von der Armee angegriffen und zwei Kinder wurden getötet. In vielen Städten Nord-Kurdistans gibt es zur Zeit eine Ausgangssperre. Am 21. März verbrannte sich ein kurdisches Mädchen aus Protest gegen die Behandlung ihres Volkes. Das ist das Land, welches die norwegische Regierung als sicher für iranische Flüchtlinge bezeichnet, obwohl sie wissen, was dort passiert und das die Türkei die guten Beziehungen zum Iran aufrecht hält, in dem sie iranische Flüchtlinge zurückschicken, zurück zu den Gefängnissen und den Hinrichtzungsstätten.
Im Juli 1988 brachten die türkischen Zeitungen Berichte über die Übergabe von 60 iranischen Flüchtlingen an die Behörden in Osalp an die iranische Grenze. Der Iran zahlte der Türkei dafür $ 7000 US pro Person und sie wurden auf der Stelle hingerichtet.
Diese Politik setzt sich ungehindert fort und die iranischen Flüchtlinge in den UN-Camps in der Türkei leben in der ständigen Bedrohung von Ausweisung oder Entführung. Die, die außerhalb der Camps leben, können jeden Tag verhaftet und in den Iran abgeschoben werden. Berichte aus Dänemark erzählen eine finstere Geschichte über einen Iraner, der aus Dänemark ausgewiesen wurde und sein Leben in den Händen der iranischen Polizei beendete. Keine der bekannten Informationen hatte Konsequenzen für die Entscheidung der norwegischen Behörden, die offen ihre Ignoranz darüber bekennen, was Flüchtlingen passiert, die in die Türkei oder den Iran zurückgeschickt werden. Jetzt ist eine Offensive gestartet worden, iranische Flüchtlinge so schnell wie möglich auszuweisen, innerhalb von einem oder zwei Tagen nach ihrer Ankunft. So verteidigt die norwegische Regierung das Recht auf politisches Asyl und die Menschenrechte.
Wir verachten diese Politik und fordern ihr sofortiges Ende.

KEINE IRANISCHEN FLÜCHTLINGE ZURÜCK IN DIE TÜRKEI UND DEN IRAN

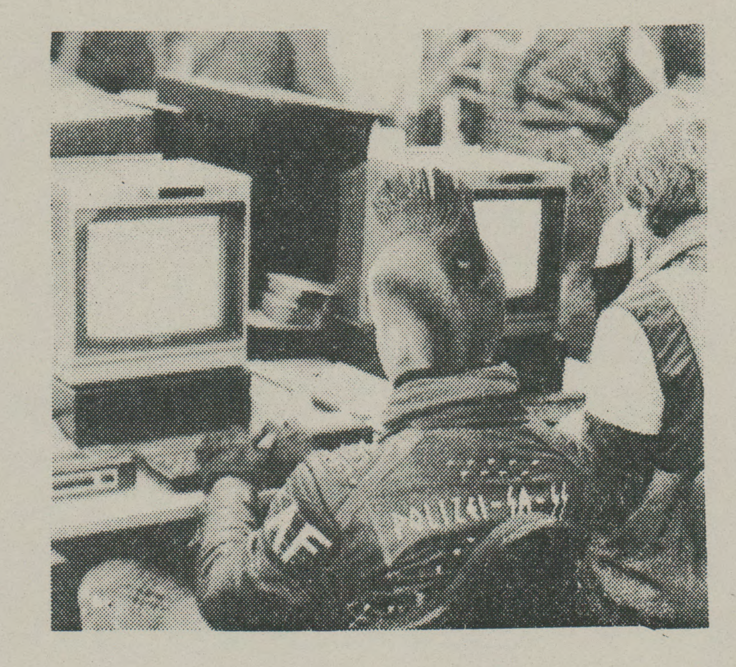
Dieser Protest wird von folgenden Gruppen unterstützt:
The Solidarity Committee for Iran
The Solidarity Committee for Kurders
The Latin-Amerca Groups in Norway
International Socialists
BLITZ
The Chile-group Sol y Luna
The Kurdic Democratic Workers Union
The Kurdic Federation
Red Youth
a group of iranians in Norway



IMMIGRATIONSPOLITIK

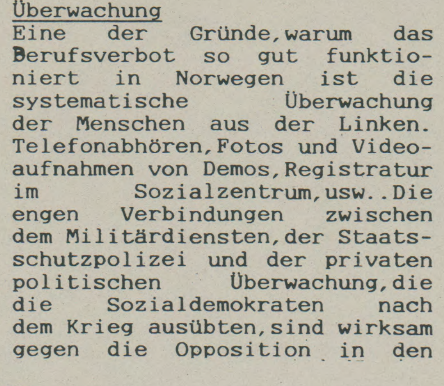
Um als politischer Flüchtling in Norwegen anerkannt zu werden müssen folgende Bedingungen erfüllt werden:
1. Verwicklungen in politische Aktivitäten z.B. Mitglied in einer verbotenen Partei, Teilnahme an "gewaltsamen" Protesten heißt, zur unerwünschten Person zu werden.
2. Verfolgung wegen 1.
3. Verfolgung als Individuum
4. Ernsthaft verfolgt, gefoltert oder von langen Gefängnisstrafen bedroht.

Allgemeine Praxis ist, Flüchtlinge in das Land zurückzuschicken, in dem sie nach ihrer Flucht zuerst angekommen sind, auf das sie dort politisches Asyl beantragen sollen.
In den letzten Monaten startete die norwegische Behörde eine neue Praxis, sogenannte "schnelle Ablehnung", d.h. Ablehnung der Asylanträge innerhalb von 24 Stunden, dann wird der Flüchtling in das "erste Land" seiner Flucht zurückgeschickt. Obwohl die Flüchtlinge Anspruch auf einen Anwalt haben, ist es für die Polizei nicht üblich dieses Recht zugewährleisten oder sie vergessen es einfach. 1987-88 machten Anwälte, die mit Flüchtlingen arbeiten, eine Untersuchung wonach 60% der Flüchtlinge ausgewiesen werden ohne legalen Beistand erhalten zu haben. Die Polizei betonte, daß sie keine Hilfe wollten.
Wenn das Asyl verweigert wird kann mann/frau vor Gericht gehen, aber es gibt keinen kostenlosen rechtlichen Beistand. Während der Prozedur des Asylantrages, müssen sich die Flüchtlinge einem polizeilichem Verhör unterziehen. Die Polizei droht oft damit Informationen aus dem Heimatland einzuholen, zur Überprüfung ob sie die Wahrheit sagen.
Nur 50-60% der Flüchtlinge dürfen in Norwegen bleiben, während ihr Asylantrag überprüft wird. Der frühere Justizminister erließ 1988/89 ein neues Gesetz, das besagte, daß Flüchtlinge, deren Antrag nach 15 Monaten noch nicht entschieden ist, automatisch im Lan bleiben dürfen.
Überflüssig zu sagen, daß die Polizei und die Behörden ihr Bestes geben, diese Gesetze zu unterwandern, in dem sie die Ablehnung auf einen Zeitraum vor Ablauf der 15 Monate datieren.
Flüchtlinge werden oft in Haft gehalten, um zu verhindern, daß sie sich im Falle einer Ablehnung ihres Antrages verstecken.
Im Januar 1989 starb ein Flücht ling aus Gambia in einer Isolationszelle eines norwegischen Gefängnisses. Er war seit 1987 in Norwegen und nachdem sein Asylantrag abgelehnt war, kam er in den Knast. Obwohl er ernsthaft krank wurde, dauerte es eine Woche, bevor er in ein Krankenhaus gebracht wurde. Er bekam Medikamente und wurde zurück in die Isolation gesteckt. Am nächsten Morgen wurde er tot aufgefunden.

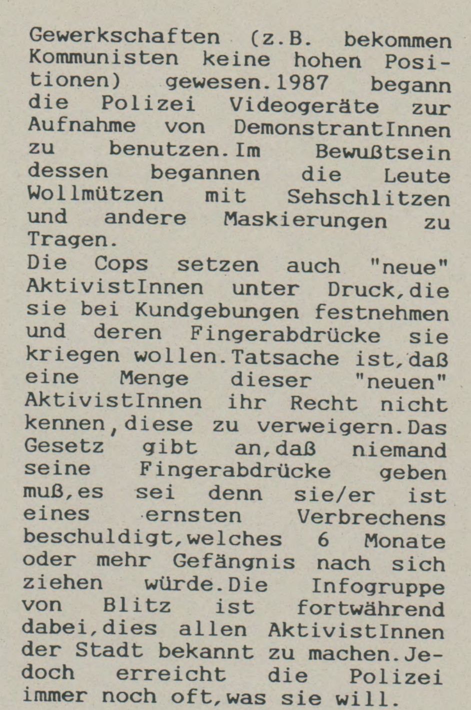


POLITISCHE REPRESSION IN NORWEGEN

Berufsverbot
Die gewöhnliche Form der Repression, mit der Leute seit 1920 konfrontiert werden, ist das Berufsverbot, d.h. Leute werden so sehr unter Druck gesetzt, in dem sie ihren Job verlieren und sie große Schwierigkeiten haben werden einen neuen zu finden. Besonders die organisierten Kommunisten (die Kommunistische Arbeiterpartei/ML) und die Norwegische Kommunistische Partei) werden mit dieser Art von Repression angegriffen. Mehrere Male ist es offen geworden, daß große Unternehmen eine politische Überwachung ihrer ArbeiterInnen vorgenommen haben um herauszufinden, ob sie kommunistische Sympathien haben. So haben z.B. Leute, die in den Medien als SprecherInnen für die feministische Bewegung oder die Besetzung von Skippergata 1981 aufgetreten sind, ihren Job verloren.



Überwachung
Eine der Gründe, warum das Berufsverbot so gut funktioniert in Norwegen ist die systematische Überwachung der Menschen aus der Linken. Telefonabhören, Fotos und Videoaufnahmen von Demos, Registratur im Sozialzentrum, usw.. Die engen Verbindungen zwischen dem Militärdiensten, der Staatsschutzpolizei und der privaten politischen Überwachung, die die Sozialdemokraten nach dem Krieg ausübten, sind wirksam gegen die Opposition in den



Gewerkschaften (z.B. bekommen Kommunisten keine hohen Positionen) gewesen. 1987 begann die Polizei Videogeräte zur Aufnahme von DemonstrantInnen zu benutzen. Im Bewußtsein dessen begannen die Leute Wollmützen mit Sehschlitzen und andere Maskierungen zu Tragen.
Die Cops setzen auch "neue" AktivistInnen unter Druck, die sie bei Kundgebungen festnehmen und deren Fingerabdrücke sie kriegen wollen. Tatsache ist, daß eine Menge dieser "neuen" AktivistInnen ihr Recht nicht kennen, diese zu verweigern. Das Gesetz gibt an, daß niemand seine Fingerabdrücke geben muß, es sei denn sie/er ist eines ernsten Verbrechens beschuldigt, welches 6 Monate oder mehr Gefängnis nach sich ziehen würde. Die Infogruppe von Blitz ist fortwährend dabei, dies allen AktivistInnen der Stadt bekannt zu machen. Jedoch erreicht die Polizei immer noch oft, was sie will.

Geldstrafen und Schäge
Die Polizeistrategie gegen politischen Aktivismus sind immer Geldstrafen gewesen und sind es auch noch. Während der 80er ist der Preis für Aktivismus rapide in die Höhe gestiegen, proprtional mit dem Ansteigen des Widerstandes. Diese Strategie hat es nicht geschafft, die Entwicklung des Widerstandes zu durchbrechen, seit dem mehr AktivistInnen lieber in den Knast gehen, als ihre Geldstrafe zu bezahlen. Es haben auch Aktionen gegen den Geldstrafenterror stattgefunden und Spendenfonds wurden als legale Hilfen für die Geldstrafen aufgebracht. Seit 1986 (Thatcher-Demo) kam zu der Geldstrafenstrategie noch die Propaganda der Einschüchterung hinzu.
Die Gerichte sind extrem loyal gegenüber der Polizei. Auf deren Ersuchen sperren sie Leute wegen eindeutig aufgeblasener Beschuldigungen ein. Oder einfach wegen nichts. Die loyalen Richter geben immer wieder lahme Entschuldigungen dafür, um die Leute einzusperren wie z.B. Die Gefahr der "Beweisverschüttung", der Versuch sich vor der gesetzesmäßigen Verfolgung zu drücken,...
Wenn die AktivistInnen vor Gericht gezogen werden sind die Türen vor der Öffentlichkeit und der Presse verschlossen, um eine Aufmerksamkeit für die Ungerechtigkeit dieser Fälle zu verhindern.
Früher hatten die Cops die Taktik so viele Leute wie möglich zu verhaften, heute picken sie sich nur wenige heraus, die harter Bestrafung ausgesetzt sind. Die Polizeigewalt bei Demonstrationen beabsichtigt Leute zu verletzen um sie abzuschrecken politisch aktiv zu sein.

Die Anti-Terrortruppe
die truppe wurde 1975 gebildet. die regierung befürchtet die welle der stadtguerilla-aktionen würde norwegen erreichen. schließlich war es ihre rechtfertigung für die gründung dieser paramilitärischen polizeitruppe, welche die hauptwaffe gegen politischen aktivismus der letzten 15 jahren ist.
die truppe besteht aus in allen kampfarten und -techniken hochtrainierten experten, die tagsüber gewöhnliche polizisten mit dem "befehlskommando" dienst tun. innerhalb dieses kommandos kommt die enge zusammenarbeit mit der terrortruppe in einer wachsenden kultur von gewalt und machohaltung zum ausdruck. bei demonstrationen treten sie mit dem motto "laßt uns einen schädel brechen" auf, was wirklich angst macht. die truppe wird auch gegen besetzte häuser und "kriminelle jugendgangs" eingesetzt.



direkte aktionen und repression gegen unsere szene

bombenanschläge und andere harte aktionen wurden gewöhnlich von rechtsextremisten verübt. die einzige, die von linken verübt wurde, war eine brandbombe gegen eine shell-station, 1987. die aktion konnte linken nicht nachgewiesen werden, da die leute niemals gefasst wurden. nichtsdestotrotz benutzte die polizei diese aktion dafür, die steigerung der überwachung und verfolgung von linken zu rechtfertigen. gewalttätige aktionen von rechten laufen weiterhin, aber für die polizei hat die linke immer noch priorität.
1987 fanden eine menge aktionen in oslo statt. die aktionen richteten sich gegen shell-stationen, ledergeschäfte, vivisektionslabore, unternehmen, polizeieigentum und staatliche einrichtungen. die polizei reagierte mit vielen razzien gegen kollektive, so auch gegen blitz (während der jahre wurde blitz 5-6 mal überfallen) und cafestofal.
1987 fand einer der schnellsten prozesse in der norwegischen geschichte statt. 7 leute wurden verhaftet, nachdem sie die amerikanische botschaft mit steinen und farbbeuteln angegriffen hatten. nachdem sie 10 tage in isolationshaft waren, war am 11. tag der prozess. er endete mit der verurteilung zu einem monat knast für 6 von ihnen. eine menge leute waren auch im knast wegen gewalt gegen die polizei, aktionen gegen das südafrikanische konsulat usw.
1930 wurde eine person mit hilfe des "anstiftungs§§" für schuldig erklärt, weil sie gegen den militärdienst agitiert habe.

diese person war ein bekannter arbeiteraktivist. somit war die beschuldigung auch ein angriff gegen die arbeiterklasse. diese erfahrung hinderte ihn nicht daran, repressive gesetze gegen die arbeiterklasse zu erlassen, als er später premierminister von norwegen wurde.

mitte der 80er wurde eine gruppe von anti-militaristen mit demselben §§ angeklagt. 1987 wurde eine person verhaftet (die schon seit über 10 jahren aktiv ist und ein sprecher von blitz war), nachdem es in 3 tagen davor 2 demonstrationen gegen den besuch des amerikanischen verteidigungsminister weinberger gegeben hatte. in der 4-wöchigen haft war er isoliert und wurde später mit dem anstiftungs§§ angeklagt. er hielt ein megaphon während der demo als die kops angriffen und rief den leuten zu, sie sollten zusammen bleiben. am nächsten tag waren in der konservativsten norwegischen zeitung bilder dieser person und die schlagzeile besagte, daß er die demonstration anführte, als der kampf zwischen der polizei und den demonstrantinnen losging. nach dieser schlagzeile wurde er politisch doppelt verfolgt, von der polizei und von den medien.
wenn es eine demo gibt und die presse darüber schreibt, haben sie immer ein bild von ihm, das sagt, daß er in der demo gewesen sei. wenn die polizei eine demo angreift, dann ist er üblicherweise unter den ersten, die verhaftet werden. eine menge leute sehen ihn als eine art boss oder führer und sie haben probleme unsere gleichberechtigten, kollektiven strukturen zu verstehen. während der weinberger demonstration hatte es ein ausgehverbot für die osloer innenstadt gegeben. leute, die wie "blitzer" aussahen wurden in der stadt sofort verhaftet; und die cops durchsuchten ein bürgerliches cafe um den "anstifter" zu verhaften, der kaffee trank und mit der presse redete. der ganze platz war zertrümmert und dabei machten die cops einen fürchterlichen fehler: es ist wohl in ordnung blitz zu stürmen oder irgendein anderes besetztes haus, wo keine presse und normale bürger die hölle erleben. aber einen bürgerlichen platz am hellichten tage vor den augen der presse zu stürmen ist nicht sehr geschickt. die zeitungen hatten ihren skandal und der zwischenfall war am nächsten tag auf allen titelseiten. der polizeichef willi "was, ich aufgeregt?", haugli versuchte den zwischenfall wie immer runterzuspielen, ohne erfolg. eine woche später protestierten 10.000 leute auf den straßen oslos gegen die brutalität und die repression durch die polizei; die größte illegale demo in norwegen seit 1945.

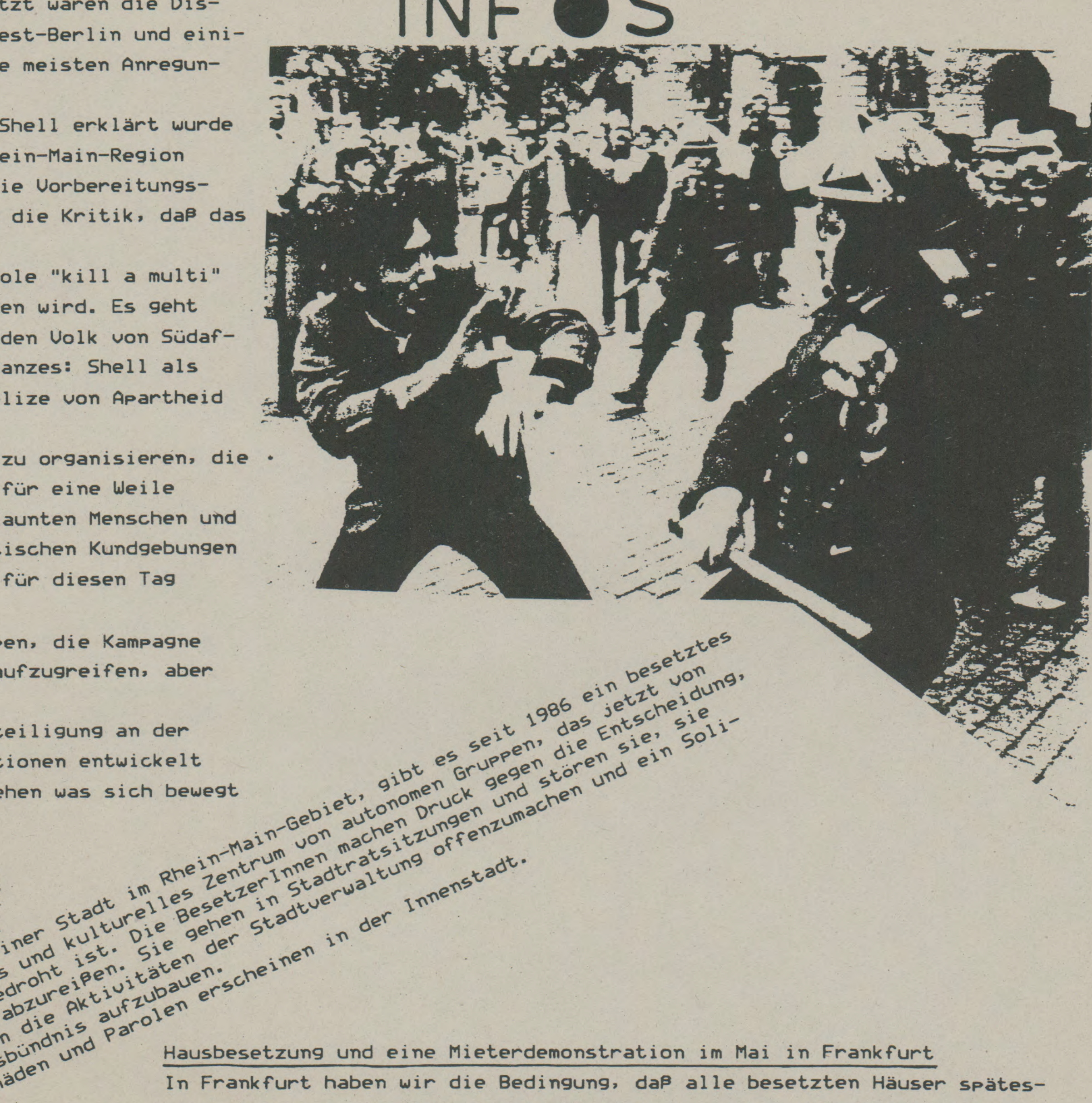
solidarität mit den gefangenen

norwegen hatte nie so hardcore-aktivistinnengruppen wie die RAF oder die bewegung 2. juni; und es gibt in norwegen keine gefangenen dieser art. es hat demos und aktionen zur unterstützung von eingeknasteten blitzern und anderen aktivistinnen gegeben. letzten sommer haben wir auch ein konzert außerhalb des lokalen knastes arrangiert, wo einige genossinnen ihre zeit verbrachten. blitz hat auch aktionen in bewegung gebracht gegen die neuen gefängnisgesetze, die 1989 rauskamen. diese gesetze rauben den gefangenen jede würde und jedes recht, sie schneiden sie von der aussenwelt ab, sie steigern die internationale kontrolle und sie halten ein ungerechtes system aufrecht, welches die, die dem system treu sind belohnt und die rebellen verprügelt. dieses gesetz ist auf massiven protest und widerstand innerhalb und ausserhalb der knäste gestossen. bands von blitz haben auch gigs in den knästen gespielt um die gefagenen zu ermutigen, und unsere zeitung "smorsyra" arbeitet mit der gefangenenzeitung zusammen um über den kampf gegen das neue gesetz zu berichten.
norwegens bekanntester politischer gefangener ist arne treholt, ein ehemaliger politiker der sozialdemokratischen arbeiterpartei. treholt bekam 21 jahre knast wegen einer aufgeblasenen spionagebeschuldigung. heute ist es ziemlich offensichtlich, daß treholt niemals der spion gewesen ist, für den die polizei ihn angab zu sein. es ist eher so, daß er opfer gewesen ist dafür, daß die staatsschutzpolizei ihre ärsche retten mußte, weil sie harte zeiten hatte, ihre existenz zu rechtfertigen. während seiner haftzeit und des prozesses wurde treholt zum objekt der aggressivsten und längsten medienverfolgung, die es jeh in norwegen gab. 2 (!) jahre lang dauerte der terror gegen treholt, seine familie, seine freunde und diejenigen, die ihm beistanden an. die medienverfolgung ging über die zweifel an der wesentlichen wichtigkeit der staatsschutzpolizei hinweg und ist ein schreckliches beispiel eines prozesses durch die medien. treholt war während seiner haft schärfstens isoliert, der eigenartige prozess gegen ihn und seine haftstrafe daraufhin. während der zeit, die er im ullersmo staatsgefängnis zubrachte, wurde treholt von seinen mitgefangenen zum sprecher gewählt. danach wurde er schnell ins staatsgefängnis von lla verlegt, wo er immer noch sitzt. seit seiner verhaftung ist ihm kein einziger urlaub genehmigt worden.

INTERNATIONALER AKTIONSTAG GEGEN SHELL

Seit einigen Monaten wird die Anti-Shell-Kampagne auch in der BRD aufgegriffen (die Broschüre "kill a multi" auch). Bis jetzt waren die Diskussionen und Aktivitäten aber offensichtlich auf West-Berlin und einige andere Städte beschränkt. Von dort kamen auch die meisten Anregungen für die Diskussion in dieser Region.
Als der 28.4. zum internationalen Aktionstag gegen Shell erklärt wurde entschieden sich einige autonome Gruppen aus der Rhein-Main-Region dafür, an diesem Tag teilzunehmen. Allerdings war die Vorbereitungszeit ziemlich kurz (2 bis 3 Wochen). Deshalb gab es die Kritik, daß das Ganze zur Eintagsfliege werden könnte.
Während der Vorbereitung wurde geklärt, daß die Parole "kill a multi" als grundsätzliches Element der Kampagne aufgegriffen wird. Es geht nicht nur um die Solidaritätsarbeit mit dem kämpfenden Volk von Südafrika, sondern auch um die Bedeutung von Shell als Ganzes: Shell als internationaler Multi in Südafrika und Europa, Komplize von Apartheid und Gentechnologie.
Für den Aktiontag wurde überlegt, eine Fahrraddemo zu organisieren, die die Zufahrten von 3 ausgewählten Shell-Tankstellen für eine Weile blockieren sollte. Diese Ziel wurde von 100 gut gelaunten Menschen und mit Flugblättern, Aufklebern, Sprühereien und politischen Kundgebungen erreicht. (dabei ist nicht zu vergessen, daß Shell für diesen Tag Anweisung gab, friedliche Aktionen zu tolerieren)
Zur Zeit ist die Stimmung in den Vorbereitungsgruppen, die Kampagne zwar mit kontinuierlichen Diskussionen und Arbeit aufzugreifen, aber ohne einen neuen Schwerpunkt daraus zu machen.
Im Moment läßt sich nicht sagen wie die weitere Beteiligung an der Kampagne aussehen wird, welche Diskussionen und Aktionen entwickelt werden, usw. Wir werden in den folgenden Monaten sehen was sich bewegt oder bewegt wird.

INFOS





HANAU

In Hanau, einer Stadt im Rhein-Main-Gebiet, gibt es seit 1986 ein besetztes politisches und kulturelles Zentrum von autonomen Gruppen, das jetzt von Räumung bedroht ist. Die BesetzerInnen machen Druck gegen die Entscheidung, das Haus abzureißen. Sie gehen in Stadtratsitzungen und stören sie, sie versuchen die Aktivitäten der Stadtverwaltung offenzumachen und ein Solidaritätsbündnis aufzubauen. Sachschäden und Parolen erscheinen in der Innenstadt.

Hausbesetzung und eine Mieterdemonstration im Mai in Frankfurt

In Frankfurt haben wir die Bedingung, daß alle besetzten Häuser spätestens 24 Stunden nach der Besetzung geräumt werden. Während der letzten Monate gab es einige Versuche Häuser zu besetzen.
Das letzte Mal am 30.4. in der Allerheiligenstr.
Bis jetzt beziehen sich nur einige Initiativen auch auf die Häuserkämpfe in in anderen Ländern (z.b. Dänemark, Niederlande, Norwegen,..) und es gibt nur wenig Auseinandersetzung mit der Koordination der Unterdrückung durch die westeuropäischen Regierungen. Es ist notwendig, die internationale Diskussion über einen gemeinsamen europäischen Kampf für unsere Häuser und Zentren in Gang zu bringen.
Eine andere Tatsache ist die schlechte Situation auf dem Wohnungsmarkt in den Städten. Am 19. Mai gab es eine Mieterdemonstration für bezahlbare Wohungen für alle. 1500 Menschen waren auf der Straße. Im Demo-Aufruf wurde gesagt, daß die Situation auf dem Wohnungsmarkt eng mit der ökonomischen Entwicklung der EG zusammenhängt. Auf der Demo wurde auf Transparenten, in Sprechchören und in Forderungen viel Solidarität mit Hausbesetzungen ausgedrückt.

DEMONSTRATION GEGEN DIE WIEDERVEREINIGUNG AM 12. MAI IN FRANKFURT

Am 12. Mai fand in Frankfurt eine bundesweite Demonstration gegen die Wiedervereinigung von BRD und DDR statt. Die Demo wurde von einem breiten Bündnis aus antifaschistischen und linken Gruppen und Organisationen organisiert. Zwischen 15.000 und 20.000 Menschen nahmen daran teil.
Auf der Demo gab es einen internationalistischen Block (revolutionäre Linke). Dort provozierten die Bullen permanent, liefen Spalier und knüppelten teilweise auch rein. Zum Teil konnte das Spalier aber auch auf Abstand gehalten werden.
Während der Abschlußkundgebung auf dem Römer gab es militante Auseinandersetzungen infolge von Bullenprovokationen. Zuerst konnten die Bullen mit Steinen usw. zurückgedrängt werden, aber später konnten sie mit 3 Wasserwerfern und vielen Bullen auf den Platz. Sie drohten, den Platz zu räumen, aber fast kein Mensch verließ ihn, auch nicht als die Bullen reinknüppelten und die Wasserwerfer einsetzten. Wieder und wieder wurden Ketten gemacht und parolenrufend auf die Bullen zugegangen.
Schließlich verließen die Bullen den Platz und die Kundgebung konnte fortgesetzt werden.
Der Bulleneinsatz gegen die Kundgebung und die Demo zeigt, daß die Bundesregierung auf Opposition gegen die Wiedervereinigung sehr empfindlich reagiert und außerdem, daß die Unterdrückung der Linken hier härter wird.

(eine Anmerkung zum Bullenspalier: während der letzten Jahre werden die Demos in der BRD einem wandelnden Gefangenentransport immer ähnlicher. Die Bullen machen an beiden Seiten der Demo und manchmal auch direkt davor enge Ketten, so daß es unmöglich für uns wird, unsere Ziele und Inhalte anderen rüberzubringen.)



INFOS

KNAST/ZL

Seit mehreren Wochen bereiten einige Gruppen ein zweites "Knastbeben" für Ende Juni/Anfang Juli vor.
Das "Knastbeben" ist eine, mehrere Stunden dauernde, politische Kundgebung mit Live-Musik vor dem Knast. Die Diskussion zwischen den Gruppen soll es ermöglichen, Knastkämpfe zu unterstützen. Außerdem soll her ausgearbeitet werden was der Kampf für Zusammenlegung mit den anderen Kämpfen im Knast für die Verbesserung der Haftbedingungen zu tun hat. Darüber kann mehr gesagt werden, wenn die Diskussion weiter ist.

SOLIDARITÄT MIT DEM HUNGERSTREIK DER GEFANGENEN AUS GRAPO, PCE/R UND EINEM LIBERTÄREN IN SPANIEN

* Nachdem der Tod von Manuel Sevillano Martin bekannt wurde, haben am nächsten Morgen ca. 30 Menschen in Frankfurt den Eingang der spanischen Handelsmission blockiert. Sie verschlossen die Tür von außen mit einer Kette und stellten sich davor. Die Bullen nahmen alle fest und mißhandelten sie bei der sogenannten "erkennungsdienstlichen Behandlung".

* Im Kaufhaus Hertie in Wiesbaden wurde ein Brandsatz gelegt. Die Aktion richtete sich gegen eine Propagandashow, die von Bundeskriminalamt, Landeskriminalamt und örtlichen Bullen dort durchgeführt wurde. (der Brandsatz wurde so gelegt, dass er nachts, wenn keine Kunden im Kaufhaus sind, losgeht).
In ihrer Erklärung bezieht sich die Gruppe auch auf den Hungerstreik der Gefangenen in Spanien. "Letzte Woche haben sie durch ihre Weigerung einen der hungerstreikenden Gefangenen ermordet. Mit dem Wissen um die eskalierte Situation für alle Gefangenen, unserer Wut und Trauer um den spanischen Genossen machen wir diese Aktion!
Sie ist gleichzeitig ein Schritt von uns im Kampf um ein starkes revolutionäres Kräfteverhältnis und heute mit dem konkreten Ziel, die Bullenpropagandashow zu blockieren.
Es ist unsere Erfahrung, dass wir zur Durchsetzung eigener Ziele die Organisierung des militanten Angriffs gegen die Machtstrukturen brauchen. Sie ist Teil in der Entwicklung einer revolutionären Bewegung.
Revolutionäre Bewegung heisst die Entscheidung jedes/r Einzelnen, egal an welchem Punkt er/sie kämpft und mit welchen Mitteln, wirklich um die gesamte Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen. Wir brauchen uns in diesem Prozess gegenseitig mit all den Erfahrungen, Ideen und praktischen Umsetzungen auf den verschiedenen Ebenen des Kampfes.
WIEDERZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN IN SPANIEN
ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND UND ALLER, DIE DARUM KÄMPFEN
KEINE RÄUMUNG BESETZTER HÄUSER - HAFENSTR. BLEIBT
ZUSAMMEN KÄMPFEN "

MÜNCHEN:

am ersten mai 90 demonstrierten etwa 50-60 turkInnen vor dem general konsulat gegen das vorgehen der türkischen polizei in istambul. dabei wurde aus der eingangstür und aus dem ersten stock scharf geschossen. die demonstrantInnen wurden von den türkischen sicherheitskräften die straße entlang gejagt. nuri g. wurde durch splittermunition am oberarm schwer verletzt und mußte mehrere male operiert werden. die ermittlungen der polizei begannen erst drei tage später. das konsulat konstruierte eine notwehrsituation. es war von einem anschlag mit einem molotowcoctail die rede, es wurden aber keine scherben gefunden.

im ermittlungsbericht heißt es der schütze sei "sehr zugänglich" gewesen, und gehört zum konsulatspersonal, genießt also immunität, d.h. es wird keine strafrechtliche verfolgung geben.

bereits im herbst 79 wurde im münchner türkischen konsulat schon einmal scharf geschossen. damals verfolgte ein konsulatsangehöriger zwei türken, die ein plakat zum wahlboykott afhängen wollten mit gezogener 9mm-pistole und feuerte 7-8gezielte schüsse ab. dabei wurde ein unbeteiligter passant verletzt. der schütze wurde nach rom versetzt, die beiden türken ausgebürgert. erst nach 6 jahren wurde ihr asylantrag anerkannt.

BÖRSENPROZEß

Seit dem 16. Februar laäuft gegen Siggi, Sven, Gaby und Stefan in Frankfurt ein Prozeß wegen der "Börsen-Aktion". Die 4 sind angeklagt, am 71. Tag des Hungerstreiks der kämpfenden Gefangenen die Frankfurter Börse mit Molotov-Cocktails angegriffen zu haben. Der Börsenbetrieb konnte damals nur mit Verzögerung beginnen.
Der Prozeß ist jetzt in der Schlußphase.

KRIMINALISIERUNG DER LEUTE, DIE ZUM BÖRSENPROZEß ARBEITEN

Am 27. März wurde das "Zentrum" in Frankfurt, ein Treffpunkt für verschiedene autonome Gruppen, von den Bullen durchsucht.
Das Zentrum ist die Postadresse für das Prozeß-Info "Kein Frieden mit den Banken". Gleichzeitig wurde auch die Stoltzestr. 11, ein Haus, das Ex-BesetzerInnen bewohnt wird, durchsucht. In der Stoltzestr. 11 findet das Prozeß-Cafe zum Prozeß gegen Siggi, Gaby,Sven und Stefan statt.
Die Bullen kamen mit dem Vorwand, nach einer gestohlenen Frankiermaschine zu suchen.
Die Behauptung, daß der Grund für die Durchsuchung Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls seien, steht im Gegensatz zu der Tatsache, daß "zentrum" und Stoltzestr. 11 von der politischen Polizei und dem BKA durchsucht wurden und daß sie nur politische Zeitungen und Papiere mitgenommmen haben. Mit den Durchsuchungen werden die Mobilisierung zum Prozeß und was sich daran entwickelt angegriffen.

FRANKREICH

in Lyon wurde anfang mai ein haus geräumt, das ca. 3 monate vorher besetzt worden war.
in paris wurden auch ab ca. anfang mai bisher 2 häuser geräumt (können inzwischen auch mehr sein). in paris gibt es über 100 besetzte häuser. sie sind in den meisten fällen keine politischen zentren, sondern leute, die keine wohnung haben, gehen einfach in leerstehende häuser und wohnen darin bis sie rausfliegen. die beiden jetzt geräumten häuser waren die größten, in dem einen lebten über 300 menschen, davon die hälfte kinder. die solidarität mit den auf die straße gesetzten arabischen familien war im viertel sehr stark, kleider, lebensmittel usw. in paris werden die räumungen als anfang eingeschätzt für eine ganze räumungswelle gegen die besetzten häuser

seit 1987 gibt es bei den demos gegen den opernball randale. zur opernballdemo 1990 gibt es in wien noch keine gemeinsame einschätzung. deshalb kann hier nur von den "nachwirkungen", u-haft und prozessen berichtet werden.
auf der demo kam es zu ca. 30 festnahmen. zwei personen wurden in u-haft überstellt.
mathias kam bei der haftprüfung am 6.3. wieder frei, der prozess hat noch nicht begonnen.
georg wurde in der nähe eines im zuge der randale geplünderten billa-supermarkts festgenommen, und saß dann bis 11.5. in u-haft. der erste prozeßtag war am 25. april, der prozeß wurde vertagt.
es laufen auch noch gegen einige andere leute prozesse, die aber bis jetzt alle vertagt wurden.

ERKLÄRUNG ZUR BESETZUNG VOM BÜRO DES UNTERSUCHUNGSRICHTERS M. NOWAK

wir haben heute, am 15.3.90 das büro des untersuchungsrichters m.nowak besetzt. diese solidaritätsaktion begreifen wir als öffentlichkeitsarbeit, um auf die situation des inhaftierten georg aufmerksam zu machen.
wir fordern sofortige besuchserlaubnis für alle!
novak lehnt es seit drei wochen kategorisch ab, besuchserlaubnis an freundInnen und bekannte von georg zu erteilen. bei unserem versuch besuchserlaubnis zu bekommen argumentierte der vertreter novaks er gewähre georg deshalb keinen besuch, weil er die aussage verweigert. mit der offiziellen begründung verabredungsgefahr wurde in wirklichkeit beugehaft verhängt.

georg sitzt stellvertretend für uns alle, die gegen soziales unrecht auf die straße gehen. es soll gezeigt werden, daß es uns allen so gehen kann wie ihm: willkürliche verhaftung und häfn (knast) unter verschärften, isolierten bedingungen. wir lassen uns von diesen bedingungen und methoden nicht einschüchtern! es ist einfach falsch zu glauben, mit "brav sein" und ruhig abwarten mehr zu erreichen.

es ist kein zufall, daß gerade georg aus der antifaschistischen scene festgehalten wird. das belegt auch die tatsache, daß die faschos die auf der demo angehalten wurden sofort wieder freigelassen wurden. faschisten und bullen koordinierten sich sowohl vor, als auch während der demo. sie arbeiten zusammen wenn es drum geht, revolutionären linken widerstand zu bekämpfen.

diese zusammenarbeit ist nichts neues. aber in dieser qualität muß das bündnis in zusammenhang mit innenpolitischen krisen (korruption, arbeitllosigkeit, bundesheerdebatte, ai-bericht, stapo-schnüffelei, lucona, noricum...), mit der neuen asylgesetzgebung, dem polizeibefugnisgesetz, kurz: den allgemeinen veränderungen in der neuen machtaufteilung gesehen werden.

die faschos auf den demos erfüllen genauso ihren zweck für die imperialisten wie die skins und reps auf den montagdemos in der DDR.
kampfbündnisse zwischen bullen und faschos sind weltweit traditionell. sie zeigen wie der krieg gegen die unterdrückte klasse geführt werden kann.
dieser krieg setzt sich auf den gerichten und im häfm auf juristischer ebene fort. dort soll es darum gehen, die klassenjustiz in faschistischer tradition auszuweiten.

der opernball wird von den medien in der öffentlichkeit als symbol für traditionelle kulturveranstaltungen auf der "insel der seligen" präsentiert. dort feiern die mächtigen aus politik und industrie in wiener gemütlichkeit die fixierung und den ausbau ihrer macht - die unterdrückung, die wir jeden tag zu spüren bekommen. entmündigung in der arbeitswelt, in der schule und auf den sozialämtern; kriminalisierung und bespitzelung politischer tätigkeit; repressive ausländerInnen und asylpolitik; spekulative wohnungspolitik (neues mietsrechtsgesetz); fortschreitenden abbau der von arbeiterInnen erkämpften rechte.

die demonstration wurde um 19.30 uhr zum ersten mal vom faschisten mit knüppeln und leuchtraketen angegriffen. als sich die demonstrantInnen wehrten wurde von der polizei ein kordon in ihre stoßrichtung aufgezogen. zu den ersten steinwürfen kam es, als sich die faschisten nachdem sie eine auseinandersetzung provoziert hatten, geschützt von der polizei in das lokal "die insel" zurückzogen, um von dor aus die agresion gegen die demonstrantInnen weiterzuführen. um eine weitere eskalation zwischen demonstrantInnen und faschisten zu verhindern schickte kommandant neugeboren seine einheiten in prügelketten gegen die demonstrantInnen los.

es folgte eine mehrstündige hetzjagd in der jeder dafür ausgebildete polizist nach eigenem moralischen ermessen für ruhe und ordnung sorgte. das ergebnis waren insgesamt 60 verletzte demonstrantInnen.
es gab während der demo 30 festnahmen zwecks feststellung der identität, einige verfahren sind schon am laufen.

I N F O S

der termin für die besetzung war einen tag vor georgs haftprüfung.
die besetzung dauerte ca. eine stunde. die 15 besetzerInnen wurden, nachdem sie weder auf ein angebot des gerichtspräsidenten am gang über eine besuchserlaubnis zu verhandeln, eingingen, noch der aufforderung auf personalienangabe nachkamen von der alarmabteilung geräumt und festgenommen.
am kommissariat gelang es durchzusetzen, daß alle von dort aus die rechtshilfe anrufen konnten, indem die identitätsfeststellung geschlossen verweigert wurde, bis diese forderung erfüllt war. die leute kamen dann nach ca. 3 stunden wieder frei.
georgs akte ging einen tag später vom (völligst entnervten) u-richter an den strafrichter weiter, und war dort einige tage nicht auffindbar.
danach gab´s dann die ersten besuche.

WIEN

plünderungen sind ein mittel der ausgebeuteten, sich das zu nehmen, was sie zum überleben brauchen, und was ihnen sowieso gehört.
plünderungen sind nichts außergewöhnliches, in der sogenannten dritten welt werden tagtäglich geschäfte enteignet.
die justiz ist dazu da, die besitzenden zu schützen, in unserem fall den billa-konzern, bzw. hr. wlaschek

billa, das heißt auf der einen seite eine umsatzsteigerung des konzerns von 10-15% jährlich in den letzten 10 jahren
auf der anderen seite
werden überstunden nur in filialen bezahlt, die eine bestimmte umsatzhöhe erreichen. das bedeutet, daß zum teil 2/3 der arbeitszeit nicht bezahlt werden!

auf der einen seite
eröffnet der konzern jedes jahr 60-70 neue filialen
auf der anderen seite
müssen frauen als kassiererinnen, verkäuferinnen, lagerarbeiterinnen und putzfrauen für öS 2.000 bis 6.000 arbeiten, was zum teil unter dem ohnehin schon miesen kollektvvertrag liegt.

auf der einen seite
plant billa die expansion in die CSFR, auf der anderen seite sind die menschen dort aufgrund des niedrigen lohnniveaus und fehlender arbeitsschutzgesetze noch besser ausbeutbar als hier.
der billa-konzern ist eine kette von supermärketen, drogerien, buchläden. dazu gehören: billa, merkur, mondo, bipa, litega, klepp, libro, emma, up to date, schokothek und fleischfabrik johann andert.

FREIHET FÜR GEORG!

22.2.90, anti-opernball-demo:
zusätzlich zu den prüglern rund um die oper setzten die kiebara motorisierte trupps in der weiteren umgebung des karlsplatz ein. bei einem dieser rollkommandoeinsätze wurde georg gemeiert.
seither sitzt er in untersuchungshaft, immerhin schon über 9 wochen lang. da er sich weigerte, aussagen zu machen, wurde ihm fast 6 wochen lang das besuchsrecht verweigert. also beugehaft verhängt, um ihn zum reden zu bringen.

am 63. tag seiner gefangenschaft fand der prozess gegen georg statt. ihm wird vorgeworfen, gemeinsam mit anderen die auslagenscheibe einer billa-filiale zertrümmert und die umstehenden dann aufgefordert zu habe, den laden zu plündern. weiters soll er eine bierdose auf ein bullenauto geworfen und die ihn festnehmenden bullen mit einer fahnenstage attakiert haben.

am prozeßtag wurde das gerichtsgebäude von stapo und alarmabteilung gesperrt. von den 50-60 zuschauerinnen konnten nur 6 das gebäude betreten mit der begründung, daß der gerichtssaal nur über 12 sitzplätze verfügt. die personen, die eingelassen wurden mußten sich einer ausweiskontrolle und taschenkontrolle mit metalldedektoren unterziehen. die personalien wurden beide male notiert.
während der verhandlung waren also 6 freundinnen, 3 journalisten und 4 stapos im saal. eine frau, die keinen sitzplatz mehr hatte, wurde hinausgetragen.

was das für georg bedeutet ist klar nach der wochenlangen isolation ist das ein weiterer versuch, ihn von seiner politischen linie/identität abzubringen. sie wollen ihn um die freundinnen und um die bestärkung bringen, 60 menschen um ihn zu haben, die zu ihm stehn.

"ÖFFETLICHKEIT" - WAS IST DAS?

prozesse müssen offiziell öffentlich abgehalten werden. wer diese öffentlichkeit ist, bestimmt das rechtsinstrument der herrschenden, die justiz, bzw. die allianz von bullen und justiz.

genausowenig wie die justiz neutral ist, sind die medien neutral, sondern vertreten ihre eigenen interessen. es gibt eine tendenz zur konzentration, bzw. monopolisierung am medienmarkt, d.h. immer mehr zeitungen werden von wenigen konzernen afgekauft (z.b. "krone" und "kurier" gehören dem WAZ-konzern, der "stadard" dem springer-konzern) deren ziel ist es einerseits möglichst viel profit zu machen, und andererseits die bedingungen, unter denen das möglich ist, aufrechtzuerhalten. mittels hetze gegen alle menschen, die ihnen dabei im wege stehen. der staat, dessen aufgabe es ist, das eigentum der herrschenden zu schützen, wird daher von diesen medien nicht prinzipiell angegriffen werden.

WAS DAS PERSPEKTIVISCH HEIßT:

1. totale isolation der gefangenen.

2. ausschluß der genossinnen der gefangenen, nicht nur vom besuch, sondern auch von den verhandlungen.

3. der nächste schritt wäre, daß justiz und bullen bestimmen, wer journalist ist, d.h. ausschluß von linken oder kritischen journalisten

4. d.h. überhaupt ausschluß von linker öffentlichkeit. das sind dann geheimprozesse, die aber über die pseudoneutrale berichterstattung legitimiert werden.

aufgrund dieser tendenz halten wir es für noch notwendiger, unsere öffentlichkeit herzustellen!

(stellungnahme vom georg-plenum zum prozeß)

Vorläufige Erklärung von Georg:

Ich bekenne Teilnehmer der Demonstration gegen den Opernball 1990 gewesen zu sein.
Ich habe somit den Tatbestand der Solidarität, mit einer immer größer werdenden Zahl von Menschen erfüllt, und diese darüber hinaus auch öffentlich kundgetan.
Z.Bsp.: Mit jenen 500000 Menschen in Österreich, die gezwungen sind, mit ÖS 4000 oder weniger monatlich auszukommen.
Z.Bsp.: Mit jenen Menschen, die gezwungen sind Nacht für Nacht zu zweit in einer Telefonzelle am Karlsplatz zu überwintern. Allein in Wien gibt es mindestens 10000 Obdachlose. In ganz Österreich doppelt so viele.
Z.Bsp.: Mit jenen, auf deren Kosten der Reichtum in den hochindustrialisierten Ländern geschaffen wird, und die gezwungen sind, in der sogenannten 3.Welt zu verhungern.
Dazu im krassen Gegensatz steht der Opernball, Symbol der strukturellen Ungerechtigkeit der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung.
Nur ein Stockwerk und 30 m von diesen Telefonzellenwinterquartieren entfernt. Lediglich dem "Treibhauseffekt" ist zu verdanken, daß dutzende Menschen jährlich allein in Wien der Erfierungstod erspart bleibt.
Zur Abhilfe ist ein neues Polizeisicherheitsgesetz geplant, das dieselbige mit ungeheuren Vollmachten ausstattet. Wie z.Bsp. dem "Wegweiserrecht", mit dem das Fremdenverkehrsidyll störende Obdachlose und Menschen, denen man ihre Abstammung ansieht", aus der Sicht geräumt werden sollen.
Weggeräumt werden aber auch all diejenigen, die gegen die sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen protestieren, an einem Ort, wo die Verantwortlichen und Nutznießer dieser Auspressungspolitik ihre rasant steigenden Gewinne feiern.
Gewinne, die z.Bsp. aus den explosiv teurer werdenden Wohnungspreisen stammen, die durch die bevorstehende Aufhebung der Kategoriemietzinsobergrenzen in Hinblick auf die Weltausstellung und der EG-Anschluß noch mehr durch Spekulation in die HÖhe getrieben werden.
Zur Durchsetzung dieser Ausgrenzungspolitik ist fast jedes Mittel recht. Dieses Jahr hat der Angriff auf das Demonstrationsrecht eine neue Qualität erreicht.
Die Taktik neofaschistische Schlägertrupps ungehindert Demonstrationsteilnehmer-Innen attackieren zu lassen, die in Österreich blutige Tradition hat, verband sich in erschreckender Weise mit einer Gewohnheit, die erst unlängst wieder beim Besuch des selbsternannten, britischen "Auschwitzhistorikers" David Irving, traurige Berühmtheit erlangte:
Die Zusammenarbeit von Polizei und Rechtsextremen (! Pfui!), deren gemeinsames Vorgehen hat zum Ziel, den Protest gegen die immer schärfer werdende Repression zu ersticken. Mittels Bedrohung durch Körperverletzung und Kriminalisierung sollen Demonstrationen verhindert und Widerstand massiv unterdrückt werden. Ein Teil dieser Strategie ist meine Verhaftung und deren Umstände, sowie die Verhängung der U-Haft und die sechswöchige Verweigerung des Besuchsrechts.
Damit wird offensichtlich versucht, mich mittels Beugehaft vom Gebrauch meiner Rechte abzubringen. Dem werde ich mich nicht beugen.

ANTIFA

in den u-bahn stationen und auf verschiedenen plätzen treten verstärkt gruppen von skins, hooligans und neonazis auf, die leute verprügeln und mit messern anstechen. es werden auch leute in der nacht in den u-bahnen vertögelt.
nach der opernballdemo hat es mehrere angriffe auf linke lokale, konkret aufs kuku, ein lokal der kjö (kommunistische jugend) und aufs rotstilzchen gegeben.

anfang april war in wien ein faschotreffen, mit skins und neonazis auch aus der BRD und aus ungarn (!!) ca. 100 im ganzen. sie wollten bei strömendem regen auf der donauinsel (wiener freizeitgelände) ein grillfest veranstalten, wurden aber von den bullen daran gehindert und aufgelöst. sie zogen dann in kleineren gruppen, immer noch unter bullenbewachung durch die innenstadt

antifademo am 20. april:
die demo wurde organisiert von verschiedenen autonomen gruppen, im bündnis mit sj - bezirksgruppe margareten (sozialistische jugend) und kjö.
am treffpunkt gab es einen angriff von 4 besoffenen skins auf die demo. einer hatte bereits vorher einem demonstranten ein messer in die brust gestoßen. die vier wurden aber dann von einigen leuten ordentlich verprügelt. die demo selbst verlief ohne besondere vorkommnisse.

ZU TATJANA:

seit 20. april saß tatjana in u-haft. die bullen warfen ihr vor, am abend des 20. april, in der nähe eines würstelstandes einen skin im laufe einer auseinandersetzung mit einem messer verletzt zu haben. ein freund von ihr wurde auch verhaftet. ihm wird vorgeworfen, daß er die tatwaffe verschwinden lassen hat. er wurde am 18.5. wieder entlassen, tatjana blieb bis zu ihrer haftprüfung am 1.6. in u-haft.

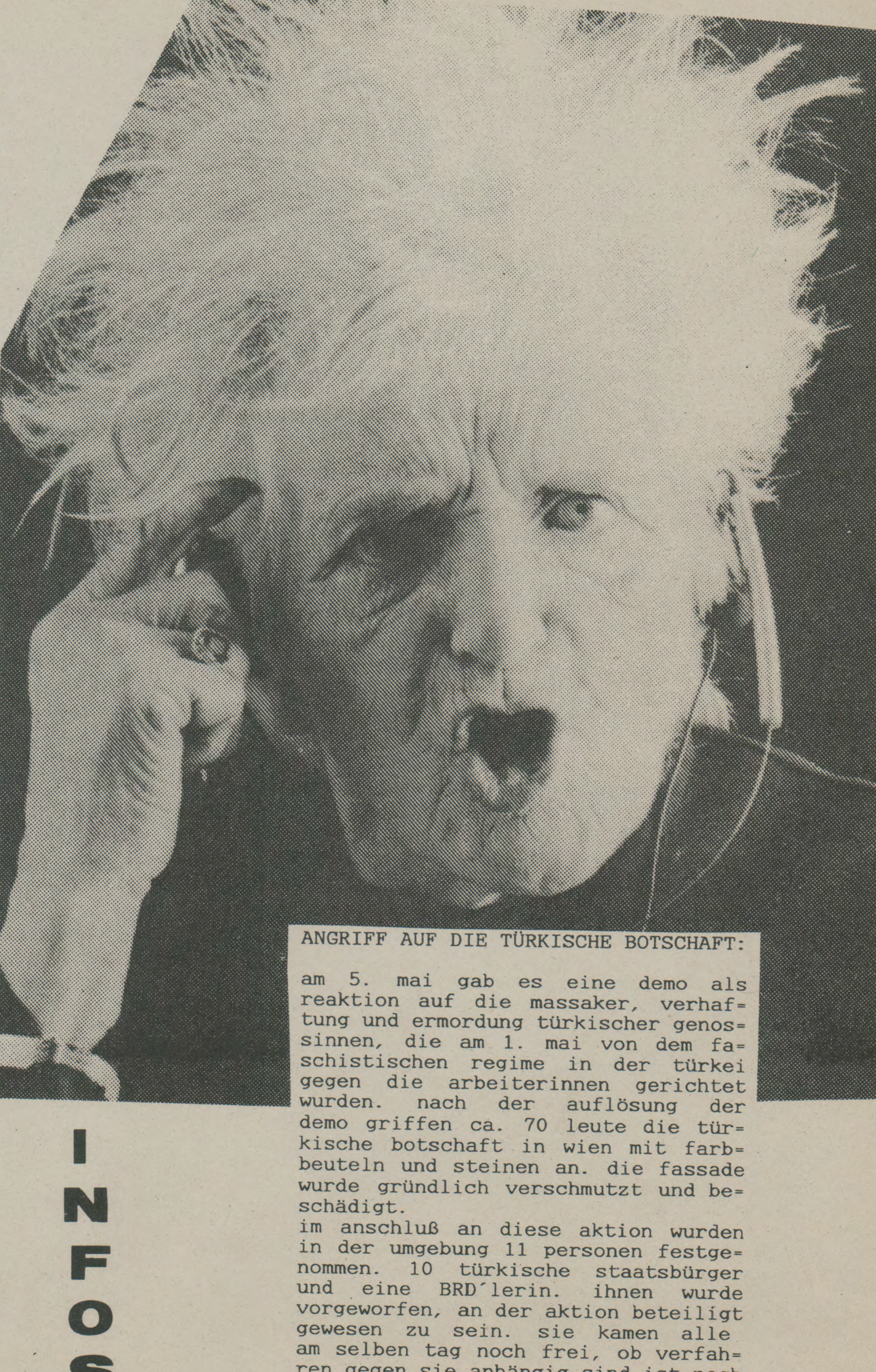
INITIATIVE NEUE LINKE

in wien tritt in letzter zeit verstärkt eine organisation auf, die sich "initiative neue linke" nennt. vor drei jahren wurde sie einer breiteren öffentlichkeit bekannt, als sie zum schutz vor "aids" die tätowierung aller HIV-positiven forderte.

mitte april gab es an der uni wien eine veranstaltung der "neuen linken mit dem titel "gleichheit statt feminismus". diese veranstaltung wurde von ca. 50 personen angegriffen, und praktisch verhindert. die infotische vor dem saal wurden mit eiern und tomaten beworfen und umgestoßen, und die eingänge wurden blockiert. es kam zum bulleneinsatz in der uni, dabei gab es keilereien mit zivis und alarmabteilung, drei personen wurden festgenommen. einem wurden sämtliche kleider vom leib gerissen, und er wurde am boden liegend, die hände am rücken gefesselt noch getreten und geprügelt. die drei kamen im laufe der nacht, bzw. am nächsten tag wieder frei. gegen eine frau läuft bereits ein verfahren wegen widerstand, körperverletzung und begünstigung.
die veranstalter von der "inl" arbeiteten offen mit den bullen zusammen. sie zeigten immer wieder auf leute, die angeblich ihr infomaterial zerstört, und sie angegriffen hatten.
die "initiative neue linke" hat verbindungen zur mri (marxistisch reichianische initiativer) in der BRD, und wird auch zumindest zum teil aus der BRD finanziert.

ROTSTILZCHEN - RÄUMUNGSGEFAHR!

das rotstilzchen ist das beisl (kneipe) der autonomen scene in wien es besteht schon seit 10 jahren. es ist nicht besetzt, sondern von einem privaten hausbesitzer vermietet. seit drei jahren läuft eine räumungsklage. der besitzer braucht das lokal, weil es interessenten gibt, die darin ein sonnenstudio aufmachen wollen. offizielle begründung für die klage ist "nachteiliger gebrauch".
anfang mai 90 war die letzte berufungsverhandlung in 2. instanz. die verhandlung dauerte nur 5 mminuten, die berufung wurde abgelehnt, und eswurde ein termin für die schlüssel übergabe festgesetzt. der schlüssel wurde zu diesem termin nicht übergeben, und bis jetzt ist das lokal weiter in betrieb.



INFOS NICHT NUR WIEN

ANGRIFF AUF DIE TÜRKISCHE BOTSCHAFT:

am 5. mai gab es eine demo als reaktion auf die massaker, verhaftung und ermordung türkischer genossinnen, die am 1. mai von dem faschistischen regime in der türkei gegen die arbeiterinnen gerichtet wurden. nach der auflösung der demo griffen ca. 70 leute die türkische botschaft in wien mit farbbeuteln und steinen an. die fassade wurde gründlich verschmutzt und beschädigt.
im anschluß an diese aktion wurden in der umgebung 11 personen festgenommen. 10 türkische staatsbürger und eine BRD´lerin. ihnen wurde vorgeworfen, an der aktion beteiligt gewesen zu sein. sie kamen alle am selben tag noch frei, ob verfahren gegen sie anhängig sind ist noch nicht klar.

SALZBURG:

seit ca. 2 monaten ist das haus innsbrucker bundesstraße nr.36 besetzt.ca. 13 leute wohnen ständig in dem haus, insgesamt schlafen aber immer 25 personen drin.

vor der besetzung hatte eine gruppe von 15-20 leuten sieben wochen lang jeden freitag gegen obdachlosigkeit demonstriert, dann besetzten sie eine fußgängerpassage vier tage lang rund um die uhr.
dort begannen gespräche mit dem vizebürgermeister, der ihnen das haus in der innsbrucker straße versprach.
kurz darauf relativierte er wieder, wegen zu hoher kosten. außerdem verlangt er von allen minderjährigen eine schriftliche erlaubnis der eltern, um in dem haus wohnen zu dürfen.
nach der besetzung der passage machten die jugendlichen eine demo zum haus, und blieben dann gleich dort. seither ist es besetzt.
anfangs hatten die bewohnerInnen täglich besuch von verschiedenen bullenabteilungen, die bie in die einzelnen zimmer kamen, und terror machten.
das haus ist ein zweistöckiges, relativ neues gebäude, das haus gehört der gemeinde salzburg, die auf dem gelände dahinter 1.000 mietwohnungen, und anstatt des hauses ein "soziales zentrum" errichten will. deshalb gibt es auch ein ultimatum an die bewohnerInnen, bis anfang oktober wieder auszuziehen.

der plan im erdgeschoß ein beisl zu machen konnte bisher nicht verwirklicht werden. das wäre aber dringend notwendig, da es in salzburg praktisch keine möglichkeit gibt, abends wohin zu gehen; die früheren scene-lokale haben entweder inzwischen geschlossen, oder sind auf yuppie-kundschaft umgestiegen.